



# Landtag von Baden-Württemberg

103. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 13. November 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 15:49 bis 16:46 Uhr

Schluss: 18:51 Uhr

## INHALT

|  |                                    |  |                              |
|--|------------------------------------|--|------------------------------|
| Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .   | 6259                               | 2.2 <b>Eskalierende Hochzeitskorsos</b> . . . . .  | 6324                         |
| Nachwahl einer Vertretung des Landtags im Rundfunkrat des Südwestrundfunks . . . . .   | 6259                               | Abg. Hans Peter Stauch AfD . . . . .   | 6324, 6326                   |
| 1. a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21)</b> – Drucksache 16/7171 |                                    | Minister Thomas Strobl . . . . .   | 6325, 6326, 6327, 6328, 6329 |
| <b>Allgemeine Aussprache</b>   |                                    | Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE . . . . .  | 6325                         |
| b) Erste Beratung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung – <b>Haushaltbegleitgesetz 2020/21</b> – Drucksache 16/7172 . . . . .   | 6259                               | Abg. Udo Stein AfD . . . . .   | 6325, 6328, 6329             |
| Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .   | 6259, 6306                         | Abg. Stefan Räßle AfD . . . . .  | 6326, 6328                   |
| Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU . . . . .   | 6267, 6309                         | Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE . . . . .  | 6327                         |
| Abg. Bernd Gögel AfD . . . . .   | 6276, 6311                         | Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .   | 6327, 6329                   |
| Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .   | 6285, 6313                         | Abg. Anton Baron AfD . . . . .   | 6328                         |
| Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .   | 6295, 6317                         | 3. Zweite Beratung des Gesetzesentwurfs der Fraktion der AfD – <b>Gesetz zur Aufhebung des Tariftrue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 16/6726 |                              |
| Ministerin Edith Sitzmann . . . . .  | 6301                               | Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Drucksache 16/7085 . . . . .  | 6329                         |
| Beschluss . . . . .  | 6318                               | Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . .   | 6329                         |
| 2. <b>Regierungsbefragung</b>  |                                    | Abg. Fabian Gramling CDU . . . . .   | 6330                         |
| 2.1 <b>Terrorismus/Extremismus</b> . . . . .   | 6318                               | Abg. Dr. Heiner Merz AfD . . . . .   | 6331, 6335                   |
| Abg. Nico Weinmann FDP/DVP . . . . .   | 6319                               | Abg. Daniel Born SPD . . . . .   | 6332                         |
| Minister Thomas Strobl . . . . .   | 6319, 6320, 6321, 6322, 6323, 6324 | Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .  | 6333                         |
| Abg. Udo Stein AfD . . . . .   | 6320, 6322                         | Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .   | 6335                         |
| Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .   | 6320, 6321, 6323                   | Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut . . . . .  | 6335                         |
| Abg. Daniel Rottmann AfD . . . . .   | 6322                               | Beschluss . . . . .  | 6336                         |
| Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .   | 6323                               | 4. Zweite Beratung des Gesetzesentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zum Bürokratieabbau für die Unternehmen in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 16/6758                                   |                              |
|  |                                    | Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Drucksache 16/7086 . . . . .  | 6336                         |

|  |      |   |      |
|--|------|---|------|
| Abg. Alexander Schoch GRÜNE . . . . .                | 6336 | Beschluss . . . . .                                 | 6342 |
| Abg. Claus Paal CDU . . . . .                        | 6337 | Nächste Sitzung . . . . .                           | 6342 |
| Abg. Carola Wolle AfD . . . . .                      | 6338 | Anlage  |      |
| Abg. Daniel Born SPD . . . . .                       | 6338 | Wahlvorschlag der Frktion GRÜNE – Nachwahl einer    |      |
| Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .          | 6339 | Vertretung des Landtags im Rundfunkrat des Südwest- |      |
| Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . . | 6340 | rundfunks . . . . .                                 | 6343 |
| Staatssekretärin Katrin Schütz . . . . .             | 6341 |   |      |

## Protokoll

über die 103. Sitzung vom 13. November 2019

Beginn: 10:02 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 103. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Deuschle, Frau Abg. Neumann-Martin, Herr Abg. Palka, Herr Abg. Dr. Rösler, Frau Abg. Saebel sowie Herr Abg. Dr. Weirauch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Herr Minister Hermann, Frau Staatsrätin Erler, bis 11:30 Uhr Frau Staatssekretärin Schütz und ab 18:45 Uhr Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 18. Oktober 2019 – 27. Landessportplan für die Haushaltsjahre 2020/2021 – Drucksache 16/7080

Überweisung vorberatend an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport und federführend an den Ausschuss für Finanzen

2. Mitteilung der Landesregierung vom 31. Oktober 2019 – 49. Landesjugendplan für die Haushaltsjahre 2020/2021 – Drucksache 16/7081

Überweisung vorberatend an den Ausschuss für Soziales und Integration, den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport sowie federführend an den Ausschuss für Finanzen

3. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 12. November 2019 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2019 bis 2023 – Drucksache 16/7173

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

4. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 12. November 2019 – Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission – Drucksache 16/7175

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

\*

Im Nachgang des letzten Mandatswechsels bei der Fraktion GRÜNE kommen wir heute zu einer Nachwahl für den Rundfunkrat des SWR. Der Landtag hat am 6. Mai 2015 die frühere Abgeordnete Beate Böhlen in den Rundfunkrat gewählt. Frau Beate Böhlen hat am 30. Oktober 2019 mitgeteilt, dass sie auf die Mitgliedschaft im SWR-Rundfunkrat mit Ablauf des 31. Oktober 2019 verzichtet.

Nach § 14 Absatz 7 des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk ist deshalb vom Landtag für den Rest der Amtszeit die Nachfolge zu bestimmen. Die Fraktion GRÜNE schlägt als Nachfolgerin Frau Abg. Dr. Ute Leidig vor.

(Unruhe)

Sind Sie damit einverstanden, diese Nachwahl entsprechend unserer üblichen Praxis offen durchzuführen? – Dies ist der Fall. Vielen Dank. Wer der Wahl von Frau Abg. Dr. Leidig als Vertreterin des Landtags im Rundfunkrat zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist dem Wahlvorschlag mehrheitlich zugestimmt.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

- a) **Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21) – Drucksache 16/7171**

**Allgemeine Aussprache**

- b) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2020/21 – Drucksache 16/7172**

Meine Damen und Herren, für die Allgemeine Aussprache zum Haushalt und in der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2020/21 – hat das Präsidium freie Redezeit festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verantwortung bedeutet, das Ganze in den Blick zu nehmen. Als Politikerinnen und Politiker sind wir jedoch oft in partiellen Interessen gefangen. Ressortpolitik, das eigene Fachgebiet, das spezielle Thema: Allzu oft lenkt sich der Blick darauf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kennen das. Sie wissen, was es bedeutet, sich bis ins Detail hinein einen Kopf über etwas zu machen, für etwas zu kämpfen, weil man eine politische Frage klären möchte, weil man für etwas brennt. Auch ich kenne solche Momente. Gewählt sind wir jedoch alle – hier zitiere ich unsere Landesverfassung – als Vertreter des ganzen Volkes. Wir tragen Verantwortung für das Ganze. Da-

(Andreas Schwarz)

rum geht es heute. Denn wo, wenn nicht im Haushaltsplan, spiegelt sich die Verantwortung für das Ganze wider?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein guter Haushalt ist ein Haushalt der Verantwortung. Das ist ein Haushalt, der ebendiese partiellen Interessen ausgleicht, ein Haushalt, der die großen Herausforderungen in den Blick nimmt, die auf uns in Baden-Württemberg zukommen werden, und ein Haushalt, der die richtigen Prioritäten setzt. Denn nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch machbar. Ein Haushalt der Verantwortung heißt: klare Linien, Verzicht auf Schnörkel und Ornamente, Verzicht auf „Nice to have“ und Geschenke, eben Konzentration auf das, was unser Land voranbringt.

Kein Haushalt verlässt das Parlament so, wie er eingebracht worden ist. Das gilt auch für diesen Haushalt,

(Abg. Stefan Teufel CDU: So ist es!)

auch wenn dieser Haushalt schon ein wirklich sehr guter Haushalt ist. Denn der Haushalt, der letzte Woche von unserer Finanzministerin eingebracht wurde, ist ein Haushalt der Verantwortung. Das kann man mit Fug und Recht sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Frau Ministerin, das war kein einfacher Prozess. Ich erinnere mich noch gut daran, wie wir in das Haushaltsplanverfahren in der Haushaltskommission gestartet sind. 4,8 Milliarden € waren die Mehranforderungen der Ressorts. 4,8 Milliarden €! Da musste doch jedem klar sein: Das geht so nicht. Es gibt keine Gelddruckmaschine im Land. Haushalten heißt, mit dem auszukommen, was da ist. Aus der Einzelsicht mag ja jede Forderung berechtigt sein. Aber Politik ist die Kunst des Machbaren, nicht die Kunst des Wünschens.

Dass es gelungen ist, einen Haushalt vorzulegen, der das Ganze in den Blick nimmt, die richtigen Prioritäten setzt, das ist zum großen Teil auch Ihr Verdienst, Frau Ministerin. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Kritik zu üben ist einfach. Es wird von den Oppositionsbänken viele mehr oder weniger kluge Vorschläge geben, wo man noch mehr Geld hätte ausgeben können. Da ist wohlfeil; das ist einfach. Das politische Kunststück ist es allerdings, die richtigen Prioritäten zu setzen, gerade in einer Zeit, in der die Schuldenbremse gilt. Deswegen ist es uns wichtig, an diesem Haushalt der Verantwortung festzuhalten.

Widmen wir uns den Prioritäten, die dieser Haushalt setzt. Denn mit diesem Haushalt gestalten wir Baden-Württemberg in den nächsten zwei Jahren; wir stellen dafür aber Weichen für die nächsten 20 Jahre. Es sind drei Themen, auf die wir ganz besonders achten müssen.

Nicht jede Stellschraube dafür liegt hier im Land; dennoch habe ich von Anfang an gesagt, dass wir diesen Haushalt an einem Klimakompass ausrichten müssen. Klimaschutz und Nachhaltigkeit, das sind die Grundlagen, ohne die nichts geht; das hat für uns oberste Priorität.

(Beifall bei den Grünen)

Baden-Württemberg ist das Innovationsland Nummer 1 in Europa. Damit das so bleibt, investieren wir in Köpfe, in Bildung, in Wissenschaft und Forschung. Das ist die zweite Priorität.

Wir sind in dieser Koalition von Grünen und CDU angetreten, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es reicht ja, sich noch einmal die letzten Plenarsitzungen vor Augen zu führen. Sie wissen, es gibt hier eine Fraktion, die das Geschäft der Spaltung und Polarisierung betreibt.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Deswegen ist es umso wichtiger, in diesem Haushalt die dritte Priorität, den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt, abzubilden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

In den letzten Tagen haben sich gegenüber dem Haushaltsplanentwurf zusätzliche Spielräume ergeben. Das ändert jedoch nichts an meinen grundsätzlichen Ausführungen. Zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik gehört, sorgsam mit diesen neuen Spielräumen umzugehen;

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

sonst bauen wir auf Sand. Wir, die grüne Fraktion, haben hier eine klare Leitlinie:

Erstens: Wir setzen uns für eine starke Rücklage ein, um Risiken für den Haushalt abzusichern. Das ist essenziell. Um das zu verstehen, reicht einfach ein Blick auf den Horizont der nächsten Jahre. Dann weiß man, worauf wir uns einlassen müssen.

Zweitens benötigen wir zusätzliche Mittel für den Klima- und Artenschutz. Gerade die Verständigung beim Volksbegehren, die Minister Peter Hauk und Minister Franz Untersteller herbeigeführt haben, macht das erforderlich.

Drittens unterstützen wir den Innovationsstandort Baden-Württemberg und hier insbesondere die Hochschulen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Haushalt 2020/2021 ist ein Klimahaushalt. Dass zwischen Verantwortung und Klimaschutz, zwischen Verantwortung und Nachhaltigkeit ein Zusammenhang besteht, erklärt sich fast von selbst. Es ist die junge Generation, die in großer Zahl auf die Straße geht, um für ein Einhalten der Klimaziele zu demonstrieren.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Es sind unsere Kinder und Enkel, um deren Zukunft es geht. Mit diesem Haushalt leisten wir einen Beitrag dazu, die Klimakrise und die Biodiversitätskrise zu bewältigen.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Dr. Wolfgang Reinhart und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Gleichwohl müssen wir anerkennen, dass wichtige Stellschrauben in der Bundespolitik liegen. Ich spreche das hier im Landtag von Baden-Württemberg bewusst an, weil wir mit dem, was das Bundeskabinett auf den Weg gebracht hat, nicht zu-

(Andreas Schwarz)

frieden sein können. Ein CO<sub>2</sub>-Einstiegspreis von 10 € hat den Namen „CO<sub>2</sub>-Preis“ kaum verdient. Das ist doch kein sinnvoller Einstieg in die CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Dies sehen auch andere so.

Im Sommer dieses Jahres hat der Bundesverband der Deutschen Industrie gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und anderen Verbänden Leitplanken für eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung vorgeschlagen,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

und wenn man zum Vergleich das heranzieht, was die Bundesregierung beschlossen hat, kann ich nur sagen: Thema verfehlt. Hier muss nachgearbeitet werden. Wir brauchen ein klares Zeichen für den Klimaschutz bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung.

(Beifall bei den Grünen)

Der Bund trödelt. Wir seitens des Landes tun das, was wir tun können. Für mich ist klar: Das Elektroauto der Zukunft wird in Baden-Württemberg erfunden. Es wird hier entwickelt und produziert – und es wird hier gefahren.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Der Strategiedialog Automobilwirtschaft läuft, und er läuft gut. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2030 mindestens ein Drittel aller Pkws klimaneutral anzutreiben. Dazu haben wir zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Wir gehen den Markthochlauf für Elektrofahrzeuge an. Wir setzen auf eine digital vernetzte Mobilität. Wir schaffen ein Netzwerk von Ladestationen.

Wichtig ist mir beim Elektroauto die Technologieoffenheit. Wir sind hier aufgeschlossen. Worauf es ankommt, ist das Ergebnis: eine zuverlässige und klimaschonende Mobilität. Wir setzen daher in der Forschung ebenso auf die Batterieforschung wie auf die Schlüsseltechnologie Brennstoffzelle und Wasserstoff. Ein wichtiger Baustein ist die „HyFab Baden-Württemberg – Forschungsfabrik für Brennstoffzellen und Wasserstoff“, in der untersucht werden soll, wie Brennstoffzellen in Serie produziert werden können.

Ob Batterie, ob Wasserstoff, ob „reFuels“ – also Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen –, wahrscheinlich werden all diese Technologien eine Rolle spielen. Was letztendlich zählt, ist emissionsfreie Mobilität.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Raimund Haaser und Nicole Razavi CDU)

Wir betrachten den Verkehr und die Mobilität ganzheitlich. Wir wollen nicht nur Autos mit Verbrennungsmotor durch Elektroautos ersetzen, sondern wir denken darüber hinaus. Im Haushalt haben wir Mittel für das E-Ticketing hinterlegt, also für das elektronische Ticketing. Das heißt, es wird künftig mit einer App auf dem Handy möglich sein, das Ziel anzugeben, und das Handy sagt Ihnen, wie Sie am schnellsten mit welchem Verkehrsmittel dorthin kommen, ob mit dem Car-sharing-Auto, dem Ridesharing, dem öffentlichen Verkehr, dem Leihfahrrad oder dem Taxi. Die Buchung des öffentlichen Verkehrs wird künftig einfacher sein. Das ist bequem für Nutzerinnen und Nutzer. So wird ökologischer Verkehr in Baden-Württemberg attraktiver.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Metropolexpresszüge, die seit einigen Jahren in Baden-Württemberg unterwegs sind, sind eine weitere konkrete Maßnahme, um den öffentlichen Nahverkehr attraktiver und effizienter zu machen.

Um mehr Züge fahren lassen zu können, brauchen wir allerdings eine leistungsfähige Infrastruktur. Deswegen wollen wir den Schienenknoten Stuttgart komplett mit der neuesten digitalen Sicherungstechnik ausrüsten

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wer zahlt's?)

und Stuttgart 21 um notwendige Elemente – beispielsweise um ein fünftes und sechstes Gleis zwischen Feuerbach und Zuffenhausen – ergänzen. Der Bahnhof Merklingen auf der Schwäbischen Alb ist im Bau, die Große Wendlinger Kurve beschlossen. Das sind sehr gute Voraussetzungen für klimafreundliche Mobilität, die wir mit diesem Haushalt schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Das Elektroauto, meine Damen und Herren, ist ein gutes Beispiel dafür, dass es sich lohnt, Klimaschutz und Wirtschaft zusammen zu denken. Klimaschutz und Wirtschaft: Dazwischen gehört kein Oder, kein Gegen. Ja, beides müssen wir zusammen denken.

Viele Unternehmerinnen und Unternehmer haben das längst verstanden. Deswegen investieren wir in Energie- und Ressourceneffizienz und fördern Unternehmen, die das ebenfalls tun wollen. Wir sind auf einem guten Weg zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft, und zentral dafür ist für uns die Zukunftstechnologie Bioökonomie.

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen. Nehmen Sie den nachwachsenden Rohstoff Holz – unseren großen Kohlenstoffspeicher. Er ist eine gute Alternative zu Beton und Plastik.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Wenn Sie sehen, woher das kommt, dann ist doch klar: Laubmischwälder sind die Wälder der Zukunft; sie sind klimastabil. Was aber noch fehlt, ist ein breiter Markt für Laubholz. Deswegen bauen wir das Technikum Laubholz auf. Hier entstehen innovative Produkte für neue Märkte. Das alles sind wichtige Schritte für eine klimaneutrale Wirtschaft hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Balzer zu?

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Nein.

(Oh-Rufe von der AfD)

Neben diesen Anreizen und Fördermaßnahmen gehört für uns ein gutes und funktionsfähiges System der CO<sub>2</sub>-Bepreisung dazu. Nur dann kann der Markt seine Logik steuernd entfalten. Über einen sozial gerechten CO<sub>2</sub>-Preis mit einer echten Steuerungswirkung können wir im Land nicht entscheiden; hier ist die Bundesregierung gefragt.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje, oje!)

(Andreas Schwarz)

Deswegen ist das Klimapaket der Bundesregierung momentan nicht zustimmungsfähig. Hier muss nachgebessert werden beim CO<sub>2</sub>-Preis, bei den Fehlanreizen, die dieses Paket jetzt enthält. Das können wir der Bundesregierung nicht abnehmen. Hier ist der Bund gefordert.

(Beifall bei den Grünen)

Klimaschutz ist für uns alle wichtig. Manches lässt sich mit Förderprogrammen und Anreizen erreichen, manchmal sind aber auch klare Ansagen und ein klarer Rechtsrahmen der richtige Weg.

Verantwortung bedeutet deswegen, die klimapolitischen Maßnahmen im Haushalt auch ordnungspolitisch zu ergänzen. Ein klarer ordnungspolitischer Rahmen hilft, wenn es darum geht, das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen. Deswegen nehmen wir alle Bürgerinnen und Bürger mit in die Verantwortung.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Ein Beispiel dafür ist die Solarbaupflicht für Neubauten. Wenn heute ein neues Dach errichtet wird, dann muss nach unseren Vorstellungen darauf eine Solaranlage kommen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Muss“!  
– Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Und wenn keine Sonne scheint?)

Das lohnt sich im Übrigen auch finanziell.

(Zurufe von der AfD)

Trotzdem passiert hier zurzeit zu wenig. Deswegen wollen wir gesetzlich festlegen –

(Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Schwarz, einen Moment bitte. – Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe. – Danke.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das nennt sich Zwischenrufe! Steht in der Geschäftsordnung! – Weitere Zurufe)

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Wir wollen hier über eine Solarbauverpflichtung reden. Denn es lohnt sich, darüber nachzudenken, dass immer, wenn neue Gebäude errichtet werden, gleich eine neue Solaranlage auf das Dach kommt. Das lohnt sich finanziell und ist ein wichtiger Beitrag für mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Energieversorgung und zu mehr aus erneuerbaren Quellen produziertem Strom aus dezentraler Energieversorgung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der AfD)

Ich möchte die zweite Priorität ansprechen: Der Haushalt 2020/2021 ist ein Haushalt der Bildung und der Innovationen.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh ja!)

Verantwortungsvolle und verlässliche Politik bedeutet auch, das einzuhalten, was wir angekündigt haben. Bildung und Forschung, Wissenschaft und Innovation, das sind die zentralen Grundlagen für ein starkes Land Baden-Württemberg. Deswegen war und ist für mich und meine Fraktion wichtig: Verantwortung für das Land, Verantwortung für die Zukunft bedeutet, Priorität auf Bildung und Wissenschaft zu setzen. Daher investieren wir in diesem Haushalt in kluge Köpfe.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das sagt eine grüne Partei!)

Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, sie alle erwarten von uns Verlässlichkeit in der Bildungspolitik. Für uns ist klar, dass jeder junge Mensch den für ihn besten Schulabschluss, den für ihn besten Bildungsabschluss erreichen können soll. Grundlage dafür ist eben ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem. Grundlage dafür ist, die pädagogische Qualität in den Mittelpunkt zu stellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das lässt sich messen. Daran orientieren wir uns. Deswegen setzen wir in diesem Haushalt einen klaren Schwerpunkt in der Bildung.

Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam eine Reihe von Maßnahmen angestoßen, um die Bildung in Baden-Württemberg leistungsfähiger, gerechter und besser zu machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Jetzt geht es darum, diese Vorhaben umzusetzen und sie klug mit Geld zu hinterlegen. Das ist gelebte Verantwortung für kommende Generationen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die Schulverwaltung im Land haben wir neu aufgestellt; das war dringend notwendig. Damit rückt Qualität in den Mittelpunkt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wahnsinn, Wahnsinn! Haben Sie eigentlich schon mal zugehört, was in der Realität gerade abgeht?)

Um die Qualität weiter zu verbessern, stärken wir die Schulleitungen. Wir erproben den Einsatz von Verwaltungsassistenten, um Schulleiter von Verwaltungsaufgaben zu entlasten. In einer ersten Tranche erhöhen wir die Besoldung für Schulleiterinnen und Schulleiter an Grundschulen und Haupt- und Werkrealschulen. Wir ermöglichen es den Schulen, zusätzliche Konrektorstellen und Abteilungsleiterstellen einzurichten. Damit machen wir die Position der Schulleiter attraktiver. Sie können sich stärker auf die pädagogische Qualität ihrer Schule konzentrieren. Das schafft mehr Freiraum an den Schulen in Baden-Württemberg

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf von den Grünen: Richtig! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Andreas Schwarz)

Wir bauen die rhythmisierte Ganztagschule weiter aus.

Zudem – das ist ein Novum in diesem Haushalt – werden wir künftig kommunale Betreuungsangebote durch Zuschüsse unterstützen. Uns ist es wichtig, dass auch bei den kommunalen Betreuungsangeboten eine gute pädagogische Qualität gewährleistet wird. Ich erwarte daher von den Kommunen, dass bei der Nachmittagsbetreuung pädagogisch geschultes Personal eingesetzt wird.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das größte Plus im Haushalt geht in den Bildungsbereich und hier in die Unterrichtsversorgung. Wir erhöhen die feste Krankheitsreserve auf 2 000 Stellen. Damit verbessern wir die Unterrichtsversorgung. Es wird weniger Unterricht in Baden-Württemberg ausfallen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Echt?)

Das ist insbesondere an den Grundschulen wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Weil möglicherweise von der Opposition wieder der Stellenaufwuchs kritisiert wird

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit Sicherheit! – Abg. Bernd Gögel AfD: Möglicherweise!)

– möglicherweise; es klingt ja schon etwas an –, muss ich Ihnen einfach sagen: Ich habe keinerlei Verständnis dafür, wenn der Stellenaufwuchs im Bildungsbereich kritisiert wird. Wir müssen doch mal sehen, dass hinter diesen Stellen aufwuchs Menschen stehen, die sich in Kindertagesstätten, in Schulen, in Betreuungseinrichtungen um die Bildung der Kinder in unserem Land kümmern. Das ist doch eine Investition in die Zukunft. Dieses Geld ist richtig angelegt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Sascha Binder SPD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

Wichtig ist meiner Fraktion – die Frage lasse ich nicht zu –, dass Baden-Württemberg weiterhin das Innovationsland Nummer 1 in Europa bleibt. Einen wichtigen Anteil daran hat die Wirtschaft in unserem Land. Vom kleinen, hoch innovativen Start-up über den mittelständischen Hidden Champion auf der Schwäbischen Alb bis zu den großen Playern hier in der Region: In Baden-Württemberg ist Innovation zu Hause. Nur deshalb ist das Land so stark. Es ist unsere Verantwortung als Parlamentarier, dafür Sorge zu tragen, dass das so bleibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das Innovationsland zu bleiben fängt bei den Rahmenbedingungen an. Ich nenne hier den Breitbandausbau. Ohne diese wichtige Infrastruktur geht es nicht. Das schnelle Internet ist das Rückgrat einer digitalen Gesellschaft. Wir gestalten den Netzausbau und unterstützen Kommunen zielgerichtet dort,

wo der private Netzausbau nicht funktioniert. Unser Ziel ist ein flächendeckendes, glasfaserbasiertes Gigabitnetz bis zum Jahr 2025. Über die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 200 Millionen € hinaus, die schon im Haushalt stehen, werden Grüne und CDU im parlamentarischen Verfahren weitere Verpflichtungsermächtigungen für den Breitbandausbau schaffen. Wir schaffen für das schnelle Internet in Baden-Württemberg gute Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Letzter Platz auf europäischer Ebene!)

Das Herz des Innovationslands Baden-Württemberg sind unsere Hochschulen. Ich erinnere noch einmal an die Erfolge in der Exzellenzstrategie.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Na ja!)

Die baden-württembergischen Universitäten sind hier ganz vorn mit dabei. Flächendeckend gibt es Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Standorte der Dualen Hochschule. Diese leisten eine herausragende Arbeit. Das heißt, überall in Baden-Württemberg schlägt das Herz des Innovationslands, überall in Baden-Württemberg werden frische Ideen in den Kreislauf eingespeist. Das hält Baden-Württemberg lebendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Wochen sind Studierende auf die Straße gegangen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Genau! Zu Recht!)

Es gab viele Gespräche mit Professorinnen, Professoren und den Hochschulleitungen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Ich habe ihnen zugehört! Ihr auch?)

Dabei ist vielfach die Sorge geäußert worden, dass die Wissenschaft als Innovationsherz des Landes ausbluten könnte. Ich sage Ihnen ehrlich: Ich habe diese Zurufe und diese Gespräche äußerst ernst genommen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aha!)

Mit dem ersten Hochschulfinanzierungsvertrag haben wir bundesweit vorgelegt. Was waren damals die Kriterien? Verlässlichkeit, frisches Geld des Landes und ein erheblicher Aufwuchs der Grundfinanzierung. Im Gegenzug haben sich die Hochschulen zu Qualität und zum Erhalt der Hochschulplätze bekannt. Das war und ist ein gutes Modell.

Gleichzeitig sehen wir: Wir sind heute in einer konjunkturell schwierigen Situation. Es ziehen dunkle Wolken am Konjunkturbereich auf.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Selbst gemachte! – Abg. Anton Baron AfD: Grüne Wolken! – Weitere Zurufe von der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Aber ich sage klar dazu: Bei den Hochschulen können wir nicht auf Sicht fahren. Bei den Hochschulen gilt zu Recht deren Erwartung an Verlässlichkeit und Planbarkeit. Darüber

(Andreas Schwarz)

müssen wir uns einig sein, wenn wir hier im Landtag über den Hochschulfinanzierungsvertrag II reden. Wir wollen und wir müssen den Hochschulen hier mehr Sicherheit geben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Wir sind uns derzeit einig, dass die Ausbaumittel in Höhe von 285 Millionen € verstetigt werden sollen und dass wir die Grundfinanzierung um 3 % erhöhen. Das ist im Jahr 2021 immerhin ein Mehr von 87 Millionen €. Das haben wir bereits in diesem Haushalt verankert. Das hat die grün-schwarze Koalition bereits beschlossen.

Für mich und meine Fraktion ist klar: Wir werden hier in die Zukunft investieren, und wir werden zusätzliche Mittel für die Hochschulen bereitstellen. Ich will es gern konkret machen: Aus den Mehreinnahmen, die das Land hat, nehmen wir zusätzlich mindestens 200 Millionen € – mindestens! – und geben diese on top in den Hochschulfinanzierungsvertrag hinein. Darüber hinaus müssen wir über eine höhere Grundfinanzierung für die Hochschulen reden. Die höhere Grundfinanzierung ist deshalb so zentral, weil mit ihr die Möglichkeit der Ausbringung neuer Stellen einhergeht. Somit wird das Ganze eine runde Sache, somit können wir Verantwortung für die Zukunft übernehmen, und das ist gut für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir haben hier im Haus vor einem Monat über den Bericht des Antisemitismusbeauftragten und über die zunehmende Polarisierung im Land diskutiert. Ich habe auch damals klar gesagt: Hass und Hetze werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deswegen möchte ich den dritten Schwerpunkt ansprechen: Der Haushalt für die nächsten zwei Jahre ist ein Haushalt des sozialen Zusammenhalts.

Aber auf Hass und Hetze, die auch von einer Fraktion immer wieder aufgeführt werden,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Von den Grünen natürlich! – Abg. Anton Baron AfD: Von den Grünen vor allem!)

ist Wut die falsche Antwort.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Da kennen Sie sich ja aus, mit Hass und Hetze!)

Politik mit Verantwortung bedeutet, mit heißem Herzen und kühlem Kopf

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie haben ein schwarzes Herz!)

die richtigen Prioritäten zu setzen, um das Land zusammenzuhalten. Ganz konkret bedeutet das: die politische Bildung ausbauen, die Gedenkstättenarbeit fördern. Wir werden im Landtag noch über den Einzelplan 01 reden, aber ich kann hier schon klar sagen, dass wir da Akzente setzen werden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Heuchlerische Symbolpolitik!)

Ich bin stolz darauf – auch wenn manche von Ihnen das anders sehen mögen –, dass wir in einer offenen und freien Gesellschaft leben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt  
Beifall bei der CDU)

Diese Werte verteidigen wir. Wir sorgen dafür, dass diese Werte geschützt werden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie zerstören diese Werte!)

Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Wir sind uns aber darüber klar, dass es hundertprozentige Sicherheit in einer offenen, freien Gesellschaft nicht geben kann. Ohne die bestmögliche Sicherheit jedoch können wir nicht in Freiheit leben.

Wie entsteht denn nun Sicherheit in einer offenen Gesellschaft? Im Kern sind dafür drei Dinge notwendig: öffentliche Räume, die den sozialen Zusammenhalt fördern, Maßnahmen, um die kulturelle und soziale Teilhabe zu unterstützen,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und eine gut ausgestattete und hervorragend ausgebildete Polizei und Justiz.

Das eine ist also der soziale Zusammenhalt. Dieser hat etwas damit zu tun, wie öffentliche Räume gestaltet sind. Gibt es eine aktive Quartiersarbeit? Identifizieren sich Bewohnerinnen und Bewohner des Ortes mit den Räumen, mit dem Ort und der Gemeinschaft dort? Es ist also nur konsequent, dass wir in diesem Haushalt die Mittel für die Quartiersentwicklung erhöhen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Zum sozialen Zusammenhalt gehört Teilhabe. Daher verlängern wir den Pakt für Integration. Die kommunalen Integrationsmanager können weiterhin finanziert werden. Herr Minister Lucha, mit den kommunalen Integrationsmanagern haben Sie eine richtige Erfolgsgeschichte für Baden-Württemberg entwickelt.

(Lachen der Abg. Anton Baron und Bernd Gögel  
AfD)

Diese helfen mit, Flüchtlinge dabei zu unterstützen, eigenständig ihren Weg in unsere Gesellschaft zu finden.

(Zurufe von der AfD)

Es ist ein gutes Signal, dass wir diese Finanzierung weiter fortführen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Wenn wir über soziale Teilhabe sprechen, kommen Kunst und Kultur sowie dem Sport in der Fläche unseres Landes eine besondere Bedeutung zu. Hier kommen Menschen zusammen. Sport, Kunst und Kultur schaffen Gemeinschaft. Diese Themen liegen mir besonders am Herzen.

(Zuruf von der AfD: Ganztagschulen!)

(Andreas Schwarz)

Deswegen werden wir in diesem Haushalt einen Schwerpunkt auf die kulturelle Bildung setzen. Insbesondere gehen wir endlich das Vorhaben an, ein ressortübergreifendes Kompetenzzentrum für die kulturelle Bildung zu schaffen. Damit bekommt die kulturelle Bildung den Stellenwert, der ihr gebührt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt  
Beifall bei der CDU)

Wenn wir über den sozialen Zusammenhalt reden, sprechen wir im Kern auch über Aufgaben der Kommunen. In unseren Kommunen entscheidet sich der soziale Zusammenhalt. Johannes Rau hat einmal gesagt:

*Die Gemeinde ist der Ernstfall der Demokratie ...*

Deshalb sorgen wir in diesem Haushalt dafür, dass unsere Kommunen gut aufgestellt sind. Ich bin überzeugt: Die zwei offenen Punkte mit den kommunalen Landesverbänden werden wir lösen. Ich bin hier sehr zuversichtlich, dass wir zu einvernehmlichen Lösungen kommen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Entscheidend ist, dass wir die Kommunen für die Aufgaben, die sie haben, finanziell gut ausstatten. Das tun wir. Wir haben dafür gesorgt, dass unsere Landkreise, Städte und Gemeinden gut aufgestellt sind. 2019 haben die Kommunen 6 Milliarden € mehr aus dem Finanzausgleich zur Verfügung als 2011. 6 Milliarden € mehr – das kann sich sehen lassen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Betrachtet man die Kommunen in Baden-Württemberg, dann stellt man fest, dass die Verschuldung hier so niedrig ist wie in keinem anderen Bundesland. Bei uns spielen Kassenkredite keine Rolle. Während in anderen Bundesländern über Altschuldentilgung nachgedacht wird, ist das bei uns kein Thema.

Wir werden die Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für die Kommunen aufstocken. Wir investieren inzwischen 1 Milliarde € in die Kleinkindbetreuung. Wir haben aus dem kommunalen Sanierungsfonds über 600 Millionen € zur Verfügung gestellt. Die Breitbandförderung erreicht ähnliche Größenordnungen.

Diese Zahlen zeigen: Bei allen noch zu klärenden Differenzen in Detailfragen, etwa zum Bundesteilhabegesetz oder zur Unterbringung geduldeter Flüchtlinge, gibt es für die kommunale Seite keinen Grund zur Klage.

(Beifall bei den Grünen)

Es ist gut, dass die kommunalen Landesverbände hart verhandeln. Ein starkes Land braucht starke Kommunen. Es ist aber auch gut, dass die Finanzministerin hart verhandelt, denn ohne ein starkes Land gibt es auch keine starken Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Sicherheit hat etwas mit Wohlstand und Armut zu tun. Auch in einem reichen Land wie dem unseren ist das ein Thema. Dort, wo es allen gut geht, fühlen sich die Menschen sicherer.

Dazu gehören ein Arbeitsplatz, eine bezahlbare Wohnung, eine gute medizinische Versorgung.

Soziale Teilhabe betrifft Kinder ganz besonders. Um gleiche Chancen von Beginn an zu gewährleisten, haben wir im Haushalt zusätzliche Mittel für die Bekämpfung der Kinderarmut verankert.

Wir setzen die Istanbul-Konvention gegen Gewalt gegen Frauen um. Das betrifft insbesondere den Ausbau der Plätze und die finanzielle Absicherung der Arbeit in den Frauen- und Kinderschutzhäusern.

Eine bezahlbare Wohnung ist für die soziale Sicherheit ganz grundlegend. Deswegen setzen wir die Finanzierung der Wohnraumförderung fort. Mit 250 Millionen € ist sie auf dem höchsten Niveau der Landesgeschichte. Zusätzlich kommt noch die Förderlinie „Wohnungsbau BW – kommunal“ hinzu. Mit dem Bodenfonds unterstützen wir die Kommunen bei dem Erwerb und der Erschließung von Wohnbauflächen. Wir legen für Menschen mit Behinderungen ein neues Wohnungsförderungsprogramm in Höhe von 12 Millionen € auf. Sie sehen: Wir kümmern uns gezielt um mehr bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje, oje! Und dann Solarmodule verpflichten! So schafft man keinen bezahlbaren Wohnraum!)

Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag zur sozialen Sicherheit in diesem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Sicherheit ist insbesondere eine Aufgabe der Polizei und der Justiz. Baden-Württemberg – darauf bin ich schon stolz – ist eines der sichersten Bundesländer.

(Zuruf von der AfD: Was?)

Schauen Sie sich die Indikatoren an. Die Kriminalitätsrate und die Zahl der Straftaten sind zurückgegangen. Die Aufklärungsrate ist gestiegen. Wir wollen, dass es in dieser Richtung weitergeht. Deswegen setzen wir den Kurs fort, Polizei und Justiz in der Fläche zu stärken. Ich danke allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, den Richterinnen und Richtern und dem Justizpersonal für ihre wichtige Arbeit, die sie jeden Tag leisten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Derzeit läuft bei der Polizei die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte des Landes. Wir schaffen nicht nur zusätzliche Stellen, wir sorgen vor allem dafür, dass wir qualifizierte und motivierte Kräfte bekommen. Wir verbessern mit Stellenhebungen die Situation im Justizvollzug. Mit weiteren Anwärterstellen für den Polizeidienst investieren wir in die Zukunft einer Polizei in der Fläche; denn Polizei und Justiz müssen dort sein, wo sie gebraucht werden, das heißt: nah bei den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Insgesamt, mit den Schwerpunkten, die wir auf Klimaschutz, auf Bildung und auf Innovation, auf den sozialen Zusammen-

(Andreas Schwarz)

halt legen, kann sich dieser Haushalt sehen lassen. Verantwortung heißt, das Ganze in den Blick zu nehmen: die Gegenwart, das ganze Land und insbesondere die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Ich kann feststellen: Das ist mit diesem Haushalt geschehen. Deswegen als Zwischenfazit: Das ist ein guter Haushalt für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe dargestellt, dass wir mit diesem Haushalt klare Prioritäten setzen, dass wir auf Schnörkel und Ornamente verzichten. Das ist ein guter Haushalt für das Land, und das ist ein Erfolg dieser Koalition.

Aber lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, noch etwas nachdenklicher zu werden und ein paar weitere Gedanken in den Raum zu stellen.

Wir haben manche Forderung und auch manchen Wunsch nicht in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen. Die Meldungen der Ministerien waren sehr umfangreich, und die Forderungen der kommunalen Landesverbände waren sehr groß. Vieles von dem, was nicht im Haushaltsplanentwurf steht, wäre sicherlich wünschenswert gewesen; ohne Zweifel. Für viele der nicht finanzierten Forderungen und Wünsche gab und gibt es gute Argumente und wichtige Gründe. Wir werden im parlamentarischen Verfahren an der einen oder anderen Stelle nachsteuern.

In der Gesamtschau und aus der Gesamtverantwortung heraus, die wir als Haushaltsgesetzgeber haben, muss unser Blick aber ein anderer sein. Unsere Verantwortung ist nicht die Addition des Wünschenswerten. Unsere Aufgabe ist der Ausgleich unterschiedlicher Interessen und Bedarfe zu einem klugen Gesamtwerk, zu einem Haushalt, der das Land weiterbringt, der Baden-Württemberg bestmögliche Zukunftschancen eröffnet und dabei Handlungsspielräume für künftige Generationen bereithält. Das erfordert eine kluge und strikte Prioritätensetzung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Schuldenbremse ist hierbei ein gutes Instrument. Sie setzt einen Rahmen. Sie schärft den Blick für Prioritäten. Sie sorgt dafür, dass wir ernsthaft und gründlich abwägen. Das ist kein bequemer Weg, aber es ist der richtige Weg. Über Jahrzehnte sind frühere Landesregierungen lieber den bequemeren Weg gegangen und haben Haushalte auf Pump finanziert. Dieser Weg hat zu einem Schuldenberg geführt, bei dem sich 46 Milliarden € auf türmen. Das haben wir beendet. Die Schuldenuhr läuft jetzt rückwärts, und mit der Schuldenbremse sorgen wir dafür, dass dieser Kurs auch in Zukunft so eingehalten wird. Das ist gut für die kommenden Generationen in diesem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Anton Baron AfD: Ihre 100 Millionen € haben Sie nicht auf dem Schirm!)

Denn selbst in Zeiten von Niedrigzinsen, wie wir sie momentan haben, schränkt der Schuldendienst die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik ein. Die Spielräume der Politik sind heute eingeschränkt, weil frühere Regierungen ihre damaligen Vorstellungen und Wünsche über Kredite finanziert haben. Das kann sinnvoll sein, wenn man Zukunftsinvestitionen tätigt oder wenn auf Krisen reagiert werden muss.

Deshalb ist die Schuldenbremse auch etwas anderes als die schwarze Null. Eine kluge Schuldenbremse ist keine Investitionsbremse, sondern ein kluger Verantwortungs- und Zukunftsgarant. Vielleicht sollten wir hier im Landtag einmal darüber nachdenken, ob wir einen anderen Begriff für die Schuldenbremse wählen – einen Begriff, der stärker an den positiven Wirkungen der Schuldenbremse festgemacht ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Implizite Schulden“-Bremse!)

An dieser Debatte beteilige ich mich gern. In der Vergangenheit wurde aber einfach zu oft Politik auf Pump gemacht. Deswegen ist es gut, dass sich vier Fraktionen im Landtag auf einen Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung verständigt haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Ausgegrenzt haben Sie uns!)

Das zeugt von Verantwortungsbewusstsein und Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die Herbststeuerschätzung zeigt noch einmal weitere Steuereinnahmen auf. Doch es wäre falsch, auf ewig von gutem Wetter auszugehen. Wir unterstützen den Vorschlag der Finanzministerin, eine starke Rücklage für zusätzliche Risiken anzulegen. Denn ich war schon etwas konsterniert, als ich – Sie haben die Meldungen aus der Industrie ja auch in der Zeitung gelesen – die Meldung vom VDMA, dem Verband der Deutschen Maschinen- und Anlagenbauer, zur Auftragsflaute im Maschinen- und Anlagenbau gelesen habe.

(Zuruf von der SPD)

Jetzt will ich keine Krise herbeireden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn aber der VDMA sagt, dass in den letzten elf Monaten die Zuwächse bei den Aufträgen ausgeblieben sind, dann sind das schon Warnzeichen, die wir ernst nehmen müssen. Das können wir nicht einfach so beiseitewischen.

Aber nicht nur die Auftragslage im Maschinenbau macht mir Sorgen. Sie alle kennen die Diskussionen, die in Großbritannien stattfinden. Im Raum könnte auch ein möglicher Wirtschaftskonflikt zwischen den USA und China stehen. Im Deutschen Bundestag gibt es Bestrebungen, die Körperschaftsteuer abzusenken. Das würde bedeuten, dass wir Millionen, vielleicht sogar 1 Milliarde € weniger hätten. Die Lage ist also ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Mit Blick auf diese Haushaltsrisiken, die ich gezeigt habe, ist eine ausreichend und gut ausgestattete Rücklage notwendig, um dafür gewappnet zu sein. Das ist nachhaltige Haushaltspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich habe bereits einiges dazu gesagt, warum dieser Haushalt ein Klimahaushalt ist. Aber seien wir ehrlich: Die Herausforderungen des Klimawandels erfordern nichts Geringeres als

(Andreas Schwarz)

eine ökologische Transformation der Wirtschaft in Baden-Württemberg und unserer Lebensweise.

(Abg. Anton Baron AfD: Ängste schüren!)

Das bedeutet für den Staat auch, dass kraftvoll investiert werden muss: in Klimaschutz, in Klimaanpassungen, in Forschung und Innovation in diesen Feldern. Wer allerdings die Vorstellung hat, dass diese Investitionen immer on top hinzukommen, der täuscht sich, der irrt.

Eine Politik der Nachhaltigkeit darf weder künftige Generationen belasten, noch darf sie zu sehr auf gezieltes Wachstum setzen. Jede Verschuldung verschiebt Lasten in die Zukunft und macht zukünftige Generationen vom Wachstum abhängig.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit Stellenabbau?)

weil sie nur mit weiterem Wachstum den Schuldendienst ohne Einschnitte leisten können. Deshalb dürfen notwendige Ausgaben für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, für Klima- und Umweltschutz, für die Energiewende, für eine moderne Mobilität nicht dauerhaft als freiwillige Mehrausgaben nach Kassenlage firmieren. Nein, diese Positionen gehören zu den Kernaufgaben des Staates. Sie müssen Kernbestandteil öffentlicher Haushalte sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh!)

Das erfordert insgesamt eine konsequente Aufgabenkritik, konsequentes Umsteuern. Deswegen ist es mir wichtig, dass wir den Kurs für eine nachhaltige Finanzpolitik energisch vortreiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Gerade die Grünen fliegen am meisten! Gerade Ihre Partei fliegt am meisten!)

Die Landesregierung hat mit diesem Haushaltsplan einen Haushalt der Verantwortung in den Landtag eingebracht. Ich habe deutlich gemacht, dass wir für haushaltspolitische Verantwortung stehen. Die Zeit der Wunschzettel ist vorbei. Wir werden den Haushalt im weiteren Verfahren an einigen Stellen nachsteuern und nachbessern: mit Sorgfalt und mit klaren Schwerpunkten, mit Vorsorge für morgen, für kommende Generationen, für den Klimaschutz, für Innovationen, insbesondere mit Blick auf die Hochschulen. Das ist gut für Baden-Württemberg, das sind die richtigen Schwerpunkte für die jetzige Zeit, und es sind die richtigen Schwerpunkte, damit Baden-Württemberg das Land bleibt, in dem Zukunft entsteht.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

(Abg. Anton Baron AfD: Juniorpartner!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle stehen an der Schwelle zu einem neuen Jahrzehnt. Wir alle schauen in eine offene Zukunft. Vieles ist in Bewegung. Wir alle spüren das Tempo

und die Kraft der Veränderung. Wir sind immer noch stolz, dass Baden-Württemberg die Innovationsregion Nummer 1 ist, und wir wollen mit diesem Haushalt dazu beitragen, dass dies in Zukunft so bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Innovation, Erneuerung, Veränderung, Verbesserung ist das, was wir schon immer, seit Jahrzehnten, in Baden-Württemberg am besten können. Wir sind in diesem Land Experten für gelingenden Wandel. Deshalb gehen wir mit Neugier, aber auch mit Zuversicht in diese neue, kommende Dekade. Gerade weil unser Land die Heimat der Innovation ist, erleben wir den Wandel in diesem Land besonders intensiv.

Wir erleben ihn aktuell in den Unternehmen in Baden-Württemberg, wir erleben ihn in der Industrie, im Mittelstand, als Frage nach den Produkten, den Märkten, nach den Jobs von morgen. Wir erleben ihn auch in der Wissenschaft, in der Bildung, in der Kultur als Ansporn für neue Kreativität.

Wir erleben ihn in unserer Gesellschaft vor allem auch als Herausforderung für den Zusammenhalt. Wir erleben ihn in der Politik, alle gemeinsam hier in diesem Parlament, als neue Gestaltungsaufgabe. Deshalb ist dieser Doppelhaushalt 2020/2021 sozusagen unsere Roadmap für das kommende Jahrzehnt.

Ich möchte an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen, auch der Finanzministerin, der Regierung, allen, die an diesem Haushaltsentwurf mitgewirkt haben. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Er ist eine gute, eine überzeugende Grundlage für die Beratungen, die wir heute beginnen. Jetzt ist die Stunde des Haushaltsgesetzgebers. Das Budgetrecht ist das Königsrecht von uns allen, vom Parlament. Ich kündige an: Wir werden dieses Recht ausüben.

Meine Damen und Herren, wir werden vor allem weitere Schwerpunkte im Haushalt setzen und damit klare Leitmarken für die Zukunft aufstellen und verzeichnen. Dazu werden die Regierungsfraktionen – Kollege Schwarz hat es schon angekündigt – Änderungsanträge einbringen. Für uns ist klar: Wir wollen dabei die Spielräume, die uns die Steuerschätzung gibt, für das Land und damit für die Menschen in diesem Land nutzen. Darum muss es gehen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Dazu gehört: Wir wollen unsere Stärken stärken, aber wir müssen vor allem auch unsere Kernaufgaben, die Kernaufgaben des Landes, kraftvoll wahrnehmen: bei Wachstum und Wirtschaftskraft, bei Bildung und Innovation, bei Sicherheit, Recht und Ordnung, auch beim Erhalt unserer Lebensgrundlagen und der Lebensqualität. Da sage ich: Es geht um Lebensqualität in Stadt und Land, nämlich in unserem ganzen Land. Das ist wichtig.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Das sind die großen Themen. Es stimmt: Wir müssen auch vorsorgen, wenn magere Jahre kommen sollten. Das tun wir

(Dr. Wolfgang Reinhart)

in diesem Haushalt mit kaufmännischer Vorsicht. Aber wir wollen nicht nur vorsorgen, indem wir Geld ausschließlich in Rücklagen legen. Nein, Politik muss auch gestalten. Das heißt, das Parlament hat die Aufgabe, die Ermächtigungsgrundlagen in den Haushaltsansätzen zu setzen, wie es sozusagen die Roadmap aufstellt. Wir brauchen Vorsorge und Initiative, Risikobewusstsein und Gestaltungswillen. Das ist Aufgabe, aber auch Anspruch unserer Politik. Denn Baden-Württemberg muss immer beides sein: Innovationsland und Investitionsland. Das ist die Herausforderung.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Die letzten Jahre waren für Deutschland und auch für das Land Baden-Württemberg außerordentlich erfolgreich. Wir hatten zuvor kaum jemals einen so lang anhaltenden und kraftvollen Aufschwung. Allein gegenüber 2015 hat die Wirtschaftsleistung im Land um rund 50 Milliarden € zugenommen, von damals 463 Milliarden € auf 511 Milliarden € Ende 2018.

Aber jetzt macht die Hochkonjunktur erst einmal Pause. Jeder sagt uns, der Boom ist zu Ende. Der Kollege Schwarz hat zu Recht den VDMA angesprochen. Dessen Präsident hat es auf dem letzten Gipfel so ausgedrückt – Zitat –:

*Die Party ist nicht vorbei, aber man sollte nahe am Ausgang tanzen.*

(Heiterkeit bei der CDU)

Das stand in der „Wirtschaftswoche“. Ich will schon sagen: Ja, die wirtschaftliche Abkühlung ist spürbar. Experten schätzen das Klima in der Weltwirtschaft aktuell sogar genauso schlecht ein wie im Krisenjahr 2009, das heißt, auf dem niedrigsten Stand in den letzten zehn Jahren, seit der Krise. Rund um den Globus schwächt sich das Wachstum ab, sei es im Welthandel, im privaten Konsum, aber auch bei den Investitionen.

Wir alle kennen die Meldungen über Auftragsrückgänge und Sparprogramme, jetzt auch über Kurzarbeit und zum Teil auch über Stellenabbau und Kündigungen. Ich will hinzufügen: Gerade die Zahlen zur Kurzarbeit, die jüngst in den Wirtschaftszeitungen veröffentlicht wurden, betreffen uns am stärksten. Jede fünfte Stelle mit Kurzarbeit ist in Baden-Württemberg. All das müssen wir in diesem Zusammenhang sehen.

Wir alle kennen die Wirklichkeit. Wir sind im Gespräch mit den Betrieben und der Wirtschaft. Es macht uns Sorgen; denn wir sehen, dass zum normalen Konjunkturzyklus jetzt auch Struktureffekte hinzutreten, die einen zusätzlichen Veränderungsdruck auslösen und damit für zusätzliche Kosten sorgen.

Noch mehr aber drückt uns – Baden-Württemberg ist Exportland – der internationale Handelskonflikt auf die Stimmung und auf die Zahlen. Morgen will der amerikanische Präsident seine Entscheidung über Strafzölle für Autos aus Europa bekannt geben. Der Zollstreit zwischen China und den USA hat zuletzt zwar Zeichen der Entspannung gezeigt. Wir konnten es aber heute Morgen in den Medien lesen: Es hätte in den letzten zehn Jahren einen Rückgang in der Wirtschaft gegeben, wenn wir nicht die Absatzmärkte in China gehabt hätten. Dort ist nämlich eines der weltweit größten Absatzgebiete für

die Automobilwirtschaft und auch für die deutsche Premiumindustrie entstanden.

Wir alle sehen die Zahlen: Europa hat jetzt mit 1,1 % die niedrigste Wachstumsrate prognostiziert bekommen. Bei uns im Bund ist sie auf 0,5 % reduziert worden. Das heißt, wir haben zusätzlich eine angespannte Lage.

Ich nenne auch das Tauziehen um den Brexit, das zu Recht angesprochen wird. Das verstärkt die Zurückhaltung bei den Investitionen, und dies bekommt unser Maschinenbau besonders zu spüren. Warum? Jeder vierte Arbeitsplatz in der Fahrzeugindustrie in Deutschland ist in Baden-Württemberg, und jeder dritte Arbeitsplatz im Maschinenbau – fast 33 % – befindet sich im Exportland Baden-Württemberg. Deshalb sind wir hier besonders betroffen.

Das zeigt: Es steht viel auf dem Spiel; die Lage ist angespannt, und wir sehen auch die Risiken.

Wir dürfen jetzt aber auch nicht schwarzmalen. Selbst der Ifo-Index ist gestiegen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Schön! Malen Sie weiter grün! – Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

– Schwarz zu unterstützen ist immer gut, Herr Kollege Hofelich. Man darf nur nicht schwarzmalen. Sie kennen den Unterschied.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich will schon sagen: Der Beschäftigungsaufbau geht nur noch leicht stagnierend weiter. Wir haben in der vergangenen Woche das Jahresgutachten der fünf Wirtschaftsweisen bekommen. In ihrem Gutachten gehen sie zwar nicht von einer tiefen Rezession aus, aber sie sagen, dass wir eine konjunkturelle Kaltfront bekommen werden. Wir wollen hoffen, dass diese auch wieder abzieht. Auf längere Sicht sind wir jetzt aber mit diesem Haushalt auf eine Schlechtwetterphase vorbereitet; denn wir haben in Baden-Württemberg die Boomjahre gut genutzt. Wir haben den Landeshaushalt in seiner Struktur nachhaltig verbessert, stärker und damit auch gesünder gemacht.

In der vergangenen Woche hat die Finanzministerin bereits einige Konsolidierungsleistungen erläutert. Ich will es noch einmal wiederholen: Von 2017 bis 2019 hat diese Koalition von CDU und Grünen mehr als 6,3 Milliarden € explizite und implizite Schulden des Landes getilgt.

(Beifall der Abg. Thomas Blenke CDU und Andreas Schwarz GRÜNE)

Wir haben sogar erstmals seit 50 Jahren Altschulden zurückgezahlt. Das war doch ein Novum.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Wir haben gemeinsam alte Kreditermächtigungen abgelöst, wir haben die Pensionsrücklagen massiv erhöht, und wir stellen mit dem neuen Doppelhaushalt das Kontrollkonto auf null und streichen damit weitere 132 Millionen € auf der Sollseite. Bei diesem Thema, Herr Kollege Stoch und Herr Kollege Rülke, waren wir uns darüber einig, dass wir nur dann eine

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Gemeinsamkeit der Fraktionen über die Verfassungsänderung und damit über die Etablierung der Schuldenbremse erreichen.

Ich will schon sagen: Wenn im Moment auch Wirtschaftswissenschaftler öffentlich darüber sinnieren, gerade jetzt die Schuldenbremse wieder aufzuheben, dann halte ich das für widersinnig. Denn es wäre in der jetzigen Zeit ein völlig falsches Signal, jetzt, da sie gerade in Kraft tritt – am 1. Januar 2020 –, die Bremse schon wieder zu lösen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Wir haben 2,2 Milliarden € in Brücken, Straßen und Landesgebäude investiert und damit unser öffentliches Vermögen in Schuss gehalten. Die Sanierungsoffensive geht auch in den nächsten beiden Jahren weiter. Wir sehen in diesem Haushaltsentwurf Investitionen von 1,4 Milliarden € für die Modernisierung landeseigener Gebäude vor, und im laufenden Haushalt haben die Ressorts – einer Vorgabe entsprechend – volle 2 Milliarden € eingespart. Das zeigt: Trotz sprudelnder Steuerquellen haben wir die Grundprinzipien der Sparsamkeit im Auge behalten und hochgehalten. Die Bilanz ist deshalb tadellos, die Bücher sind sauber. Wir starten frei von Lasten in die Ära der Schuldenbremse. Ich finde, das kann sich sehen lassen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb will ich noch einmal sagen: Die Forderung, mit der auch der SPIEGEL in der letzten Woche einen Artikel übertitelte: „Schafft die Schuldenbremse ab“ – – Übrigens, mit Herrn Struck und einem ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Günther Oettinger, an der Spitze hatten wir die Föko II. Ich hatte das Glück, in jeder Sitzung dabei zu sein. Wenn der Kollege Schwarz die Generationengerechtigkeit anspricht, dann hat das auch damit zu tun, dass wir nachhaltig wirtschaften müssen und jetzt nicht schon wieder über Verschuldung nachdenken sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Auch insoweit hat mich natürlich die Aussage des Kollegen Schwarz gefreut. Denn der Bundesvorsitzende der Grünen, Habeck – diese Bemerkung sei mir an dieser Stelle gestattet –, hat ja kürzlich schon wieder sinniert, man solle der Versuchung des Schuldenmachens nicht widerstehen. Insoweit bin ich davon überzeugt, Herr Ministerpräsident, dass die Kraft des Geistes

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

auch der Kollegen in dieser Regierungsfraktion in dieser Einsicht obsiegen wird.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Habeck soll ja Kanzlerkandidat werden! – Abg. Sascha Binder SPD: Der nächste Kanzler! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich will deshalb nur wirklich davor warnen. Seit wir die Schuldenbremse etabliert haben, sind die Steuereinnahmen in Deutschland um über 250 Milliarden € gewachsen – von 524 Milliarden auf 776 Milliarden € –, und die Steuerschätzer sagen uns einen weiteren Anstieg auf 935 Milliarden € im Jahr 2024 voraus.

Deshalb noch einmal: Bei solchen Zahlen und Zuwächsen muss es möglich sein, dass der Staat seine Aufgaben ohne neue Schulden erfüllt. Das ist unsere Haltung in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Trotzdem können wir auch investieren. Wir machen es vor. Tatsache ist: Ohne die Schuldenbremse ist es seit den Siebzigerjahren nie gelungen, auch die Schuldenstandsquote wirksam zu senken. Lars Feld hat kürzlich gesagt – Zitat –: „Wir haben den einarmigen Keynes praktiziert.“ Deshalb: Wir würden uns unglaublich machen, wenn wir die Schuldenbremse schon wieder lösen würden. So darf Politik nicht aussehen. Wir sollten von der Droge Schulden dauerhaft die Finger lassen und nicht schon wieder danach greifen, nachdem wir gerade „clean“ geworden sind, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des Abg. Dr. Alexander Becker CDU – Heiterkeit der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch – Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Deshalb: Wir stehen zur Nullverschuldung, und ich freue mich sehr, dass wir im Konsens so gehandelt haben – auch gestern alle vier Fraktionen. Das ist das richtige Signal zur richtigen Zeit. Wir verpflichten uns damit auch langfristig zur haushaltspolitischen Nachhaltigkeit, was zu Recht angesprochen wurde.

Gerade deshalb müssen wir bei jeder Investitionsentscheidung auch immer Maß und Ziel im Auge behalten. Mehr als 1 Milliarde € für die Sanierung der Stuttgarter Staatsoper, darüber müssen wir noch reden. Denn auch da sollten wir immer Maß und Ziel im Auge behalten. Da kann das letzte Wort über Zahlen und Konzepte noch nicht gesprochen sein, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt heißt die Aufgabe vor allem: Wir müssen heute den Wohlstand von morgen sichern. Wir müssen die Wirtschafts- und Innovationskraft unseres Landes erhalten und erneuern. Wir müssen den weltweiten Spitzenruf Baden-Württembergs als Hightechheimat einmal mehr neu unter Beweis stellen, und wir müssen die Weichen stellen für ein starkes und damit erfolgreiches Baden-Württemberg 2030.

Lasst uns jetzt den Bilderrahmen ausmalen, wie wir unser Baden-Württemberg 2030 gestalten. Baden-Württemberg ist Innovationsland; das ist unsere große Stärke. Deshalb setzen wir wichtige Schwerpunkte mit diesem Haushalt. Wir werden auch die Steuermehreinnahmen und die Einnahmen aus den Bußgeldern in großen Teilen in die Innovationskraft des Landes investieren. Deshalb brauchen wir – das ist unser Motto – volle Kraft für Innovation.

Wir verstärken, wir verstetigen, wir erweitern mit diesem Doppelhaushalt unser erfolgreiches Engagement, z. B. auf dem strategischen Zukunftsfeld „Künstliche Intelligenz“. Mit dem Cyber Valley haben wir einen einmaligen Leuchtturm mit globaler Strahlkraft aufgebaut. Das Cyber Valley ist schon jetzt ein spektakulärer Erfolg. Wir spielen damit in einer Liga mit Stanford. Das muss man immer sehen. Für die künst-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

liche Intelligenz haben wir im Etat des Wirtschaftsministeriums zusätzliche 16 Millionen € verankert. Das ist uns besonders wichtig. Im neuen KI-Fortschrittszentrum „Lernende Systeme“ vernetzen wir das Cyber Valley mit dem Mittelstand. Wir erschließen so den Technologie- und Innovations-treiber künstliche Intelligenz auch für die mittelständischen Unternehmen in unserem Land. Das ist wichtig für den Wirtschaftsstandort. Ich habe oft betont: Der Mittelstand ist der Joker im Standortpoker. Das müssen wir unterstützen, und darum muss es gehen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Damit setzen wir Maßstäbe. Wir konnten auch für das Wirtschaftsressort zusätzliche Mittel etatisieren für Handel, Handwerk, Hightech, denn in diesen Bereichen weht der Wind des Wandels besonders stark. Deshalb setzen wir die Segel und steuern klaren Kurs gerade beim Wirtschaftsstandort in Richtung Zukunft.

Ich will auch betonen: Um unser innovatives Handwerk zu stärken, bleibt für die CDU-Fraktion – Kollege Dörflinger hat das nochmals angemahnt – die Meisterprämie für die Handwerker in unserem Land auf der Tagesordnung.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl!)

Das ist in diesem Zusammenhang wichtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Wir wollen den Meisterabschluss mit einem Bonus von 1 500 € unterstützen.

(Abg. Anton Baron AfD: Nicht reden, handeln!)

Der Spielraum ist da.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Nutzen wir ihn für mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Reinhart, handeln! – Abg. Daniel Born SPD: Warum habt ihr dann – –? Das steht doch nicht im Staatshaushaltsplan drin!)

– Herr Kollege, ich mache Sie doch gerade zu Eingeweihten. Warten Sie es doch ab. Wir haben doch jetzt gerade darüber zu diskutieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Wenn es schon die Regierung nicht hinkriegt, dann muss es das Parlament richten!)

– Herr Kollege, gut Ding will Weile haben. Jetzt sind die Parlamentarier gefragt. Sie sehen es doch.

(Zurufe)

Aber ich will schon sagen: Das ist uns wichtig, und wir geben dem Handwerk damit dieses Zeichen der Anerkennung seiner Leistung. Wir brauchen – das haben wir immer betont – in diesem Land Master und Meister. Auch dafür werben wir in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Anton Baron AfD: Umsetzen, Herr Reinhart, nicht reden!)

Deshalb braucht ein innovatives Land auch junge Unternehmen. Wir legen bei der Gründerförderung des Wirtschaftsministeriums noch einmal nach. Wir schaffen eine hoch dynamische, kreative Gründerkultur und damit neue Impulse made in Baden-Württemberg.

Wir gehen bei der Batterieforschung voran – das wurde angesprochen – und lassen uns da auch nicht von einer Entscheidung des Bundes aus dem Tritt bringen. Deshalb haben wir schon beim letzten Nachtrag eine große Millionensumme an Landesmitteln reserviert, und wir haben hier auch weiterhin klare Erwartungen an den Bund. Die herausragende Kompetenz, die wir in Baden-Württemberg haben, muss im bundesweiten Dachkonzept Batterieforschung finanziell und auch konzeptionell eine wichtige Rolle spielen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das bleibt für uns auf der Agenda.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Ja, selbstverständlich, Herr Kollege Schweickert.

(Vereinzelt Beifall)

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Herr Reinhart, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Ich freue mich über die Nachricht, die Sie hier gerade zum Thema „Gleichwertigkeit von Meister- und Masterausbildung“ gegeben haben.

Weil die CDU-Fraktion ja immer gesagt hat, man dürfte das nicht nur für die Handwerksmeister, sondern sollte das auch für die IHK-Meister machen, habe ich die Frage: Gehen Sie da dann mit den 5 Millionen € hinein, die das jährlich für das Handwerk kostet, oder gehen Sie mit den 20 Millionen € hinein, die das jährlich für das Handwerk und für die IHK-Meister kostet? Das habe ich nicht ganz verstanden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Herr Kollege Schweickert, allein durch die Frage, die Sie stellen, ist eigentlich schon das Verständnis gezeigt. Deshalb unterstelle ich Ihnen, dass Sie verstanden haben, worum es geht,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

und zwar in Ihrem Sinn.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich will Sie da auch beruhigen. Wir werden das in aller Ruhe und Freundschaft innerhalb der Koalitionsfraktionen besprechen sowie

(Heiterkeit bei der CDU – Lachen bei der SPD)

mit Maß und Mitte angehen. Insoweit: Wir investieren in die Zukunftsfähigkeit. Seien Sie da ganz gelassen.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich will auch sagen: Wir wollen im Weltatlas der Batterietechnologie markant verzeichnet sein. Das muss in Berlin klar sein, und das fordern wir auch weiterhin unmissverständlich ein. Das will ich auch hier noch einmal unterstreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Baden-Württemberg ist Autoland. Darauf sind wir stolz, und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen auch in Zukunft Autos bauen, Autos verkaufen und natürlich Auto fahren. Der technologische und ökonomische Wandel in der Automobilwirtschaft gehört zu den großen Aufgaben in unserem Land. Der Automobilstandort Baden-Württemberg ist nicht nur Bosch oder ZF oder Daimler und Porsche; nein, wir haben allein 1 000 mittelständische Zulieferer, die unsere mittelständische Wirtschaft prägen.

Insoweit: Es ist völlig richtig, dass wir den Wandel in der Mobilität unterstützen sowie den öffentlichen Personennahverkehr mit Leistungsfähigkeit und Digitalisierung voranbringen und auch die Schiene mit klimafreundlicher Mobilität unterstützen. Aber genauso ist es wichtig, dass wir alle mitnehmen auf dem Weg in die Zukunft und damit auch auf dem Weg in die automobilen Zukunft.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Deshalb ist der Strategiedialog Automobilwirtschaft bundesweit vorbildlich unterwegs. Wir hatten schon im Jahr 2008, damals noch unter Ministerpräsident Günther Oettinger, einen großen Autogipfel einberufen,

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist dabei herausgekommen? Nichts!)

wo die großen Innovationstreiber, die Premiummarken, vertreten waren. Die Premiummarken sind die Innovationstreiber weltweit, aber jetzt ist eine große Veränderung angesagt. Deshalb ist es gut, dass die Regierung, Herr Ministerpräsident, diesen Strategiedialog Automobilwirtschaft einberufen hat und weiterbetreibt. Denn das ist eine der Kerntransformationen in der heutigen Zeit bei uns. Das ist das richtige Format, um Themen, Trends und Technologien rund um die Mobilität von morgen zu bündeln, vom autonomen Fahren bis hin zu der erwähnten Ladeinfrastruktur für E-Autos.

(Abg. Anton Baron AfD: Ergebnisse wollen wir hören, Herr Reinhart!)

Wir unterstützen diesen Weg, auch den Ansatz von 20 Millionen € für den Strategiedialog, ausdrücklich. Es geht dabei um nicht weniger als die industrielle Zukunft unseres Landes. Sie konnten heute Morgen lesen, dass manche prognostizieren: Bereits in fünf Jahren wird selbst bei der Automobilwirtschaft China die Nummer 1 sein. Darum geht es im Wettbewerb zwischen den Kontinenten, wo wir herausgefordert sind.

(Zurufe von der AfD)

Deshalb: Wir unterstützen dies. Ich will auch unterstreichen: Für uns ist die Zukunft des Automobils technologieoffen. Wir setzen nicht nur einseitig auf batterieelektrische Antriebe, sondern wir wollen genauso die enormen Potenziale der Wasserstofftechnologie oder der synthetischen Kraftstoffe erforschen, erschließen und zur Marktreife bringen.

Es ist wichtig, dass wir in die Zukunft blicken und damit alles, was Forschung und Entwicklung hergeben, auch wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der AfD, u. a. des Abg. Bernd Gögel)

– Ich gehe davon aus, Herr Kollege Gögel, dass Sie Zeitung lesen. Dann könnten Sie nachher hier auch mit großer Anerkennung wiederholen, dass letzte Woche beim KIT in Karlsruhe – Sie werden es gelesen haben – die Herstellung von synthetischem Kraftstoff aus Luft und Strom aufgenommen wurde. Das ist Wissenschaft in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir haben übrigens vier Exzellenzuniversitäten – darum beenden uns selbst die Bayern; die haben nur zwei –, und es ist wichtig, in die Zukunft zu investieren. Deshalb unterstützen und fördern wir natürlich – die Kollegin Gentges hat es vor Wochen schon öffentlich getan –, dass noch mehr bei den Hochschulen investiert wird. Wir wollen hier in den nächsten Jahren noch einmal 200 Millionen € einbringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Da gibt es überhaupt keinen Dissens. Daran sehen Sie auch, dass die Regierungsfractionen konstruktiv miteinander arbeiten, um diesen Haushalt zukunftsfähig zu gestalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut! – Abg. Anton Baron AfD: Auf Bundesebene haben Sie die synthetischen Kraftstoffe verboten! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es geht dabei um nicht weniger als um die industrielle Zukunft. Ich habe es gesagt. Insoweit geht es auf diesen Gebieten darum, dass wir initiativ sind, dass wir innovativ sind. Auch der Bereich der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft gehört dazu. Da ziehen wir alle an einem Strang.

Aber eine Kernbedingung für die Ausrichtung, für den Erhalt unserer Innovationskraft ist die digitale Infrastruktur. Deshalb machen wir beim Breitbandausbau – der Digitalisierungsminister ist anwesend – enorme Fortschritte bei der Versorgung mit schnellem Internet. Hier sind wir in kürzester Zeit vom Mittelfeld in die Spitzengruppe der Flächenländer vorgerückt. Seit 2016 konnte der Minister 2 000 Breitbandprojekte mit insgesamt 450 Millionen € fördern. Das umfasst aber nicht nur die 200 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen, die wir schon etatisiert haben, sondern wir wollen hier noch einmal eine dreistellige Summe draufpacken. Wir wollen damit die Zukunft gestalten.

Ich will es noch einmal deutlich machen, damit es jeder versteht: Diese Koalition hat in jedem einzelnen Jahr mehr in den Breitbandausbau investiert als – man sehe mir das nach – die Vorgängerregierung in fünf Jahren.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist die neue Kraft, die wir in diesem Bereich eingebracht haben.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Das ist eine Erfolgsgeschichte, die auch unterstreicht: Wir wollen zeigen, dass Baden-Württemberg als Innovationsland, als Land der Wirtschaftskraft, als Land der flächendeckenden Strukturstärke bei dieser Regierung, bei dieser Koalition in guten Händen ist.

Wir bringen jetzt in den Doppelhaushalt Verpflichtungsermächtigungen ein, die, wie gesagt, schon etatisiert sind und die wir um eine dreistellige Summe erhöhen. Damit rückt unser ehrgeiziges Ziel eines flächendeckenden glasfaserbasierten Gigabitnetzes bis 2025 Stück für Stück näher. Da wollen wir vor allem unterwegs sein.

Deshalb noch einmal: Wir unterstützen Vorsorge – das ist wichtig –, wir erhöhen die Vorsorgerücklage – gern gemeinsam –, aber wir müssen auch gestalten und damit in die Zukunft investieren, um damit den Blick in die Zukunft für morgen und übermorgen auszugestalten. Es geht um die zentrale Infrastruktur der Zukunft. Damit müssen wir ins digitale Zeitalter durchstarten, und wir geben mit diesem Haushalt zusätzlichen Schub. Das ist unser Anliegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ja, und dazu zähle ich als entscheidenden Faktor für die Stärke unseres Landes nicht nur die Universitäten, sondern alle Hochschulen. Baden-Württemberg ist einmal mehr das erfolgreichste Land in der Exzellenzstrategie; ich habe es angesprochen. Das kommt nicht von ungefähr. Das ist auch ein Ergebnis einer jahrzehntelang gelebten Kultur der Wertschätzung für Wissenschaft und Spitzenforschung in unserem Land in der Verantwortung jeder Regierung, die hier unterwegs war.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es war immer unsere Stärke – deshalb ist Baden-Württemberg noch die Innovationsregion Nummer 1 –, dezentrale Strukturen zu haben und die Hochschulen auch auf die Fläche zu verteilen und sie nicht nur in wenigen Universitätsstädten anzusiedeln. Die Präsenz von Hochschulen überall im Land ist auch ein wichtiger Grund dafür, dass wir keine strukturschwachen Räume haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen auch unterstreichen – da bin ich mit dem Kollegen Schwarz einig; da sind wir uns mit der Regierung einig, auch mit dem Vorschlag der Finanzministerin und der Regierung zur Verwendung der Steuermehreinnahmen –: Wir wollen in der Tat unterstützen, dass auch bei den Ansätzen für die Hochschulen nachgebessert wird. Das ist berechtigt, und da gibt es auch keinen Dissens zwischen den Partnern. Wir, die CDU-Fraktion, hatten, wie Sie wissen, schon sehr frühzeitig eine Aufstockung auch in diesem Bereich angeregt.

Wir müssen jetzt sehen, dass wir vieles umsetzen. Denn Bildung und die Hochschulen gehören auch zum Kernbereich.

Aber ich habe schon zu Beginn der Haushaltsaufstellung für unsere Fraktion gesagt: Erst die Pflicht, dann die Kür. Zu dieser Pflicht gehören vor allem auch die innere Sicherheit und unsere Politik für einen starken Rechtsstaat. Die Sorge für die Sicherheit des Volkes ist der erste Staatszweck; das hat schon vor Jahrhunderten Thomas Hobbes gesagt. Für uns hat Sicherheit allerobere Priorität.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das spiegelt sich aber im Haushalt nicht wider! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Pure Heuchelei! – Zuruf von der AfD: Sie holen die Flüchtlinge ins Land, und dann müssen wir sie versorgen!)

– Ja, Herr Generalsekretär, das werden wir jetzt unterstreichen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Ah! „Gut Ding will Weile haben“!)

Wir können hier konkrete Erfolge vorweisen. Es ist gut, dass Sie das ansprechen. Ich will Ihnen Zahlen und Fakten nennen.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Z-D-F: Zahlen, Daten, Fakten.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Seit 2016 hat die Kriminalstatistik die Richtung geändert; die Kurve zeigt nämlich klar nach unten.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Haftplätze reichen nicht aus!)

Die Kriminalitätsbelastung der Menschen im Land ist die niedrigste der letzten 30 Jahre.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Zurufe von der AfD)

Die Baden-Württemberger leben derzeit so sicher wie keine Generation zuvor.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Bernd Gögel: Hat das Herr Strobl geschrieben?)

Wir ruhen uns darauf nicht aus.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

– Frau Kollegin Baum, wir setzen die größte Sicherheitsoffensive in der Geschichte des Landes mit diesem Doppelhaushalt entschlossen fort.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Aber die Haftplätze reichen nicht aus!)

In den nächsten zwei Jahren wird der Innenminister 3 000 neue Polizeianwärter einstellen. Mehr Polizeibeamte sichtbar und präsent im Land,

(Abg. Anton Baron AfD: Aber es ist so sicher! Das ist doch ein Widerspruch!)

das ist der wichtigste Beitrag für mehr Sicherheit, für ein gutes Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Ich

(Dr. Wolfgang Reinhart)

danke an dieser Stelle allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren wertvollen Dienst, den sie in unserem Land für die Gesellschaft verrichten.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Wir investieren auch weiter kräftig in hochwertige Technik und Ausstattung. Wir steigen ein in den Aufbau einer besonderen, völlig neuartigen Einrichtung, nämlich einer Cybersicherheitsagentur, mit der wir die Bedrohungen durch Cyberangriffe gezielt bekämpfen. Der Minister hat es vorgestellt.

Zur Sicherheit gehört auch die Justiz. Wir stärken noch einmal die Gerichte, auch die Staatsanwaltschaften, auch den Strafvollzug. Denn ein starker Rechtsstaat braucht auch eine handlungsfähige Justiz. Deshalb schaffen wir bewusst nochmals 400 zusätzliche Stellen für die Justiz, nämlich für mehr Richter, für mehr Staatsanwälte, für mehr Rechtspfleger, für mehr Justizvollzugsbedienstete und auch für mehr Wachtmeister.

Damit setzen wir auf einen starken Rechtsstaat, der seine Regeln aktiv und konsequent durchsetzt, der Recht und Ordnung für alle garantiert. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sicherheit ist kein Luxusgut, Sicherheit ist elementar. Rechtsfreie Räume wird es mit uns auch in Zukunft in Baden-Württemberg nicht geben. Darum kümmern wir uns, und darauf kann sich jeder in diesem Land verlassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Gerade in der Nullzinsphase gilt, was Benjamin Franklin schon vor 200 Jahren wusste: Investitionen in Bildung zahlen die besten Zinsen. In den kommenden beiden Jahren legen wir in diesem Sinn 37 Milliarden € gewinnbringend in Bildung und Wissen an. Jeder vierte Euro, den das Land ausgibt, kommt aus dem Etat der Kultusministerin. Um unsere Schulen und unser Bildungswesen weiter zu stärken, schaffen wir 1 000 zusätzliche Lehrstellen. Es wurde betont: Wir stocken die Krankheitsreserve deutlich auf, wir sagen dem Unterrichtsausfall den Kampf an. Unser oberstes Ziel in der Bildungspolitik lautet seit dieser Legislaturperiode: Qualität und guter Unterricht. Darum muss es gehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Zurufe der Abg. Sascha Binder und Gabi Rolland SPD)

Die Kultusministerin hat hier – ich will das deutlich sagen – mit Energie, Entschlossenheit und Kompetenz eine neue Kultur der Qualität begründet, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie sind noch nicht einmal arbeitsfähig! Sie sind nicht in der Lage, Fortbildungen anzubieten! Unglaublich!)

– Herr Kollege Fulst-Blei, es ist klar, es schmerzt; denn jetzt sehen Sie, dass der Einsatz für die Unterrichtsqualität wirkt. Mit dem Paket zur Stärkung z. B. der Schulleitungen setzen wir einen weiteren Meilenstein der Qualitätsoffensive. Wir geben den Schulleiterinnen und Schulleitern mehr Raum für ihre wichtige Führungsaufgabe; denn auch auf sie kommt es

an. Sie sind die Qualitätsmanager vor Ort, in der Schule. Ihre zentrale Rolle als konzeptionelle Gestalter zu stärken und aufzuwerten empfehlen im Grunde alle Bildungsforscher, und dies übrigens seit Jahren. Aber wir setzen es jetzt um – das ist der entscheidende Unterschied gegenüber früher.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Für unsere beiden Fraktionen ist es wichtig, dass wir mit dem Haushalt in die Förderung der flexiblen, familienfreundlichen Ganztagsbetreuung einsteigen, und dies auch in der Regie der Kommunen. Wir korrigieren damit die einseitige Festlegung auf die verbindliche Ganztagschule.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Na, na!)

– Herr Kollege Hofelich, wir fanden, das ging am Elternwillen vorbei. Das war das Ergebnis der Analyse.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Gute Bildung geht also am Elternwillen vorbei!)

Damit können wir jetzt den bedarfsgerechten Ganztags an den Schulen, und zwar gemeinsam mit den Kommunen, endlich weiter ausbauen. Das ist ein echter Durchbruch, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Betreuung!)

Flexible Angebote statt starrer Stundenpläne am Nachmittag, das ist es, was die Eltern in ihrer großen Mehrheit wirklich wollen und auch brauchen. Hier stehen wir an der Seite der Eltern und der Familien. Wir haben jetzt einen großen Schritt für mehr Wahlfreiheit beim Ganztags geschafft. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Zurück in die Zukunft! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, genau!)

Auch im frühkindlichen Bereich gehen wir weiter mit großen Schritten voran. Sie werden sehen und haben es schon gehört: Die Kindergartenförderung der über Dreijährigen werden wir verdoppeln. Sie war seit 2013 bei 529 Millionen € gedeckelt. Jetzt steigern wir sie auf über 1 Milliarde €.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

– Herr Kollege Stoch, das ist ja gerade der Punkt. Man muss Prioritäten setzen, und man braucht natürlich auch die Mittel. Das ist der Hintergrund. Darum geht es.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wegen der SPD? – Abg. Andreas Stoch SPD: Warum nicht wegen der CDU? – Weitere Zurufe von der SPD)

Allein für die Betreuung der unter Dreijährigen werden wir die Mittel gegenüber 2015 ebenfalls verdoppeln, dort von gut 600 Millionen € auf fast 1,2 Milliarden € im Jahr 2021. Schon heute ist Baden-Württemberg – das ist unbestritten; das kommt ja nicht vom Parlament; das kommt von Gutachtern – bundesweit Spitze bei der Qualität der Kinderbetreuung. Darauf können wir stolz sein.

(Zurufe von der SPD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Mit dem „Pakt für gute Bildung“ investieren wir noch einmal 80 Millionen € gezielt in die Qualität für die Kleinsten. Ich will überhaupt nichts bestreiten, aber mittlerweile haben wir gegenüber 2009 und der letzten Dekade eine Verzehnfachung der Mittel für die Kinder unter drei Jahren zu verzeichnen.

(Zurufe von der SPD)

Natürlich gab es auch – –

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

– Ja, das ist unbestritten. Damals hat man mit 100 Millionen € begonnen. Aber eines will ich Ihnen sagen: Natürlich haben wir jetzt auch eine andere Dekade hinter uns. Es gibt immer nur zwei Wege, um reich zu werden: entweder den Besitzstand mehr oder die Bedürfnisse mindern. In einer Zeit der schlimmsten Krise, 2008/2009, hatten wir Bruttosteureinnahmen in Höhe von 23 Milliarden €; heute nähern wir uns den 40 Milliarden €.

(Abg. Winfried Mack CDU: Eben! Das ist eine andere Zeit!)

Es ist doch ganz klar, dass heute andere Gestaltungsmöglichkeiten herrschen. Das ist ja selbstverständlich. Zahlen kann man nicht bestreiten.

Auch im frühkindlichen Bereich kommen wir deshalb sehr gut voran, ebenso wie im „Pakt für gute Bildung und Betreuung“. Dazu kommen die Mittel – da können Sie doch mit uns gemeinsam stolz sein –

(Abg. Sascha Binder SPD: Sind wir doch!)

aus dem „Gute Kita“-Gesetz im Bund. Lasst uns das feiern! Dieses Geld nehmen wir an, und wir werden es gut investieren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Insoweit ist es doch klug und wirksam eingesetzt. Mit uns ist Baden-Württemberg Kinderland,

(Zuruf des Abg. Andreas Kenner SPD)

und das wollen wir weiter ausbauen und fördern.

Chancen durch Bildung sind das Wichtigste, was wir unseren Kindern mit ins Leben geben können – was wir mit ins Leben geben können. Aber das Wichtigste, das wir ihnen hinterlassen müssen, sind intakte Lebensgrundlagen. Auch hierum geht es in dieser Zeit; Kollege Schwarz hat es in vielerlei Aspekten angesprochen. Diese Koalition bringt den Klima- und Artenschutz entschieden voran. Der Landwirtschaftsminister und der Umweltminister sind anwesend; wir sind hier kräftig unterwegs.

Die Verantwortung für die Schöpfung ist für uns in der CDU ein Grundmotiv, das unser Handeln schon immer leitet. Es prägt auch diesen Doppelhaushalt. Gerade bei uns im Land muss das heißen: Wir setzen auf neue Ideen, auf klima- und umweltfreundliche Technologien, auf Fortschritt. Ich will aber auch sagen: Wir setzen nicht auf Zwang und auf Verbote, sondern auf Anreize und auf Innovationen. Das muss in diesem Bereich der Ansatz sein.

(Beifall bei der CDU)

Denn – das will ich offen sagen – durch Verzicht oder durch Verbote werden wir die Herausforderungen durch den Klimawandel nicht bewältigen können. Deshalb meinen wir, das Klimapaket der Bundesregierung ist ein erster wichtiger Meilenstein, und es ist ein erster wichtiger Schritt für den Klimaschutz in Deutschland. Es ist damit ein erster wichtiger Einstieg. Jetzt wird es um die Beratungen im Bundesrat gehen. Ich kenne das Geschäft: Da wird nun zunächst verhandelt, es wird nach Mehrheiten gesucht; man braucht 35 von 69 Stimmen, und es sind auch neun Bundesländer dabei, die unter grüner Beteiligung regiert werden. Ich bin da zuversichtlich; es wird einen wichtigen Schritt nach vorn geben. Aber unterstreichen will ich auch: Wir wollen in der Umweltpolitik Möglichmacher sein und nicht Madigmacher; das gilt auch beim Klimapaket.

(Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Es geht doch nur darum, die Bürger zu schröpfen, bei dem, was da gemacht wird! Ist doch so!)

– Herr Kollege, die Finanzministerin hat es letzte Woche erwähnt: 20 Cent von jedem Euro, den dieser Doppelhaushalt an Mehrausgaben vorsieht, gehen in den Klimaschutz. Darauf sind wir stolz; da haben wir Übereinstimmung und Gemeinsamkeit in beiden Regierungsfraktionen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Absolut! – Abg. Anton Baron AfD: Zeigen Sie mal anschließend die Ergebnisse!)

Wir wollen sogar noch darüber hinausgehen: Weil durch die Steuermehreinnahmen Spielraum entstanden ist, werden wir bereits heute Abend darüber sprechen, was wir beim Thema Klima neben dem Aspekt der Innovation noch alles an Gutem unternehmen können. Für uns zählt dazu auch der Einstieg in eine Klimaschutzstiftung. Wir glauben, es ist wichtig, dies auch langfristig im Auge zu behalten.

(Lachen der Abg. Gabi Rolland SPD)

Wir haben ja schon eine Landesstiftung, und dort gibt es Unterstiftungen, beispielsweise die „Stiftung Kinderland“. Wir können bei der Landesstiftung jederzeit und ohne bürokratischen Aufwand als Teileinstieg eine Klimaschutzstiftung andocken. Das halten wir für sinnvoll.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ovationen des Koalitionspartners! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Jedem das seine!)

– Ja, auch hier gilt manchmal: Gut Ding will Weile haben.

Wir wollen das vor allem als zentrale Aufgabe in diesem Land betrachten und damit auch als gemeinsames Dach für Klimaschutzengagement von Land, Kommunen, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern. Auch wenn Landesbedienstete reisen, geben sie ihren Obolus natürlich dort hinein.

Das ist Klimaschutz zum Mitmachen, und zwar unter dem Motto: Klimaschutz aus Baden-Württemberg für Baden-Württemberg. Das ist unsere Überlegung, darum geht es. Lasst uns das gemeinsam angehen, dann können wir zusammen auch für den Klimaschutz viel erreichen. Das gilt, meine ich, für alle Fraktionen und Abgeordneten hier in diesem Parlament.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Unser wichtigster Verbündeter im Klimawandel ist unser Wald. Der Wald in Deutschland entlastet die Atmosphäre jährlich um 60 Millionen t Kohlendioxid. Baden-Württemberg ist ein Waldland. Wir wollen den Wald im Wandel stark machen. Dafür haben wir Vorsorge getroffen, und zwar mit zusätzlich rund 100 Millionen € für die Notfallhilfe, für die schnelle Beseitigung akuter Schäden, für die Klimaanpassung unserer Wälder, für unsere Holzbauoffensive, für Forschung rund um den klimafreundlichen Rohstoff Holz. Wir überlassen unseren wertvollen Wald nicht sich selbst, sondern kämpfen für seine Zukunft. Darum muss es gehen, auch beim Wald, in diesem Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Einer der Gründe dafür, dass unser Land stark und zukunftsfähig ist und bleibt, ist, dass es starke und zukunftsfähige – auch ländliche – Räume hat.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah!)

Ja, die flächendeckende Strukturstärke ist einer der größten Schätze in diesem Land Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

Ländlicher Raum heißt bei uns nicht, abgehängte Provinz, sondern das heißt für uns, Motor und Kraftzentrum zu sein. Der ländliche Raum mit seiner Wirtschaftskraft ist die Quelle und auch die Heimat unserer Innovationsstärke. Drei Viertel der kleinen und mittleren Unternehmen, der Mittelständler sind im ländlichen Raum beheimatet – das ist eine Stärke dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Zurufe von der CDU: So ist es!)

Deshalb gibt es bei uns kein Stadt-Land-Gefälle. Wir wollen Stadt und Land im Gleichklang entwickeln. Das war schon immer Landespolitik und ist für uns ein zentrales Prinzip. Dafür treten wir auch weiterhin ein; das ist für uns elementar.

Der ländliche Raum braucht natürlich auch verlässliche, gleichwertige Strukturen der Daseinsvorsorge. Das geht vom Verkehrsangebot über die digitale Infrastruktur bis hin zur Gesundheitsversorgung. Deshalb wollen wir auch eine Landarztquote für mehr Ärzte; wenn wir 10 % mehr Medizinstudiplätze schaffen, so gehört auch dieser Aspekt dazu.

(Beifall bei der CDU)

Vor allem müssen Ärzte – das betrifft gar nicht allein den ländlichen Raum – dorthin, wo unterversorgte Gebiete existieren. Darum muss es gehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, das wird ein großes Problem!)

Deshalb ist das für uns schon ein wichtiges Instrument für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land.

Unser Anliegen Flächenfaktor haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart. Wir wollen faire, verbesserte Bedingungen für Städte und Gemeinden. Es gibt Gemeinden, die genauso viel Fläche wie Stuttgart haben, statt 630 000 Einwohnern aber nur 5 000 Einwohner. Dem müssen wir uns widmen; das gehört zu den Punkten, die noch offen sind.

Wir sind ein verlässlicher Partner – lassen Sie mich das abschließend sagen – auch für unsere Kommunen. Gerade in den letzten drei Jahren hat das Land den Städten und Gemeinden als rein freiwillige Leistung 600 Millionen € vor allem für die Sanierung der Schulen überwiesen. Wir wollen jetzt die Programme für Schulbau und für Schulsanierung mit einem Volumen von 200 Millionen € zusammenbringen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Pro Jahr!)

das entspricht dem Wunsch der Kommunen. Damit arbeiten wir weiter mit hohem Einsatz und hohem Tempo für moderne Schulhäuser überall im Land.

Wir verdoppeln die LGVFG-Mittel auf 320 Millionen € pro Jahr. Das ist ein starkes Signal für die kommunale Infrastruktur, für Straßen, ÖPNV und Radwege in allen Räumen.

Wenn es immer wieder heißt, der Bund tue zu wenig für Schiene und ÖPNV: Diese CDU-geführte Bundesregierung wird die Bundes-GVFG-Mittel in den nächsten zwei Jahren von 333 Millionen € auf 2 Milliarden € versechsfachen. Das ist Geld, das direkt vor Ort ankommt.

(Abg. Anton Baron AfD: Die sanieren Bundesstraßen, die eigentlich noch gut sind!)

Deshalb müssen wir hier Vorsorge treffen. Denn auch das Land stattet seine Kreise, Städte und Gemeinden hervorragend aus.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Anders als andere Länder hat Baden-Württemberg den Anteil an den Steuereinnahmen bei den Kommunen nie gesenkt. Wir haben weiterhin eine Steuerverbundquote von 23 % – das haben wir hier oft betont –; Bayern ist auf 12,8 % zurückgegangen.

Die Summe, die die Finanzministerin und auch der Kollege Schwarz erwähnt haben, wiederhole ich bewusst. Wenn das Land die Leistungen an die Kommunen von 6 auf 12 Milliarden € erhöht hat, dann wäre es ein Witz, wenn wir die paar wenigen offenen Baustellen nicht auch noch bereinigen würden. Wir wollen hier die Einigung von Land und Kommunen, weil uns die gute Partnerschaft wichtig war und wichtig ist. Die gute Ausstattung der Kommunen wird uns auch in Zukunft wichtig sein. Das will ich hier deutlich unterstreichen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Insoweit bin ich davon überzeugt, dass wir auch in diesen Punkten vernünftig zusammenkommen. Denn die baden-württembergischen Kommunen stehen gut da, sie stehen hervorragend da, sie sind stark und auch handlungsfähig. Deshalb wollen wir ihnen auch ein weiteres Stück entgegenkommen.

Die wenigen offenen Fragen kann man klären. Eine Einigung kann gelingen. Land und Kommunen sind schon immer Partner auf Augenhöhe gewesen. Das ausgleichende Miteinander hat für uns einen hohen Wert und hat auch Tradition. Es hat dieses Land bis heute einig, stark und erfolgreich gemacht. Deshalb wollen wir, dass das Miteinander mit den Kommunen auch in Zukunft so bleibt.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Wir alle, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben das Glück, in diesem wunderbaren Land Baden-Württemberg zu leben.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Ich finde, es ist ein Glück, in diesem schönen Land zu leben. Deshalb wollen wir, dass Baden-Württemberg ein Land ist, das die Herausforderungen von morgen im Miteinander und nicht im Gegeneinander besteht. Wir wollen, dass Baden-Württemberg ein Land ist, in dem Gemeinsinn, Engagement und Verantwortung auch im nächsten Jahrzehnt gedeihen und gelingen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg ein Land ist, das seine Zukunft selbstbewusst und im Vertrauen auf seine Stärken in Angriff nimmt und gestaltet.

Wir sind Baden-Württemberg. Wir sind Identität und Innovation, Spätzle und Spitzenforschung, Zusammenhalt und Zuversicht. So ergreifen wir die Chancen des Wandels – für unsere starke Heimat, für eine gute Zukunft für unser Land Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Winfried Mack CDU: Jawohl!  
– Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben nun den zweiten Doppelhaushalt der grün-schwarzen Landesregierung vor uns liegen. Das Positive vielleicht gleich vorneweg: Das ist der letzte Haushalt von Grün-Schwarz, und das ist gut so.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Ihre Vorträge zu diesem Haushalt, Frau Finanzministerin, Herr Schwarz, Herr Reinhart, erinnern mich in der Vortragskraft und dem Inhalt an das letzte Verlesen eines Fünfjahresplans der DDR-Volkskammer.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es haben Visionen gefehlt, es hat Heimatliebe gefehlt,

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

und es hat das nötige Feuer gefehlt. Dafür gab es Ökoideologie im Überfluss.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie haben sich von einer Kiwi-Koalition zu einer Limetten-Koalition entwickelt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist aber gesund!)

Jeglicher schwarzer Farbfehler fehlt. Es scheint so, als würden die Grünen in diesem Bundesland inzwischen allein regieren.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Es ist ein typischer Haushalt, typisch im grünen Format, ein Bevormundungshaushalt für dieses Land auf 4 444 Seiten. Es ist ein Ländlezerstörungshaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: „Ländle“!)

Warum? Die Finanzministerin hat in ihrer Rede angekündigt, klimaschädliche Abgase aus Innenstädten zu verbannen. Diese Landesregierung hat also ganz offen angekündigt, was sie bisher nur hinter vorgehaltener Hand angekündigt hat: Den Verbrennungsmotor, den Motor aus Baden-Württemberg, will Frau Sitzmann aus den Innenstädten verbannen. Ich kann nicht in Worte fassen, wie katastrophal das für unsere Heimat Baden-Württemberg ist.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Frau Sitzmann, das wird Ihr letzter Doppelhaushalt sein, und das ist auch wirklich gut so.

(Beifall bei der AfD)

Mit einer solchen Aussage gefährden Sie Hunderttausende zusätzliche Automobilarbeitsplätze. Sie reden den Verbrennungsmotor schlecht, Sie machen unsere Wirtschaft nieder und wundern sich dann über die ausbleibenden Steuereinnahmen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Sie lieben dieses Land nicht. Dieser Haushalt zeigt, dass Sie weder konstruktiv mit der Wirtschaft arbeiten noch sorgsam mit den Steuergeldern umgehen, geschweige denn sich um die arbeitende Bevölkerung kümmern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geidon [fraktionslos] – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Was Sie machen, ist, grüne Ideologie umzusetzen,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Ihre Klientel in der Verwaltung unterzubringen, um unser schönes Land Baden-Württemberg als Geisel zu nehmen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: So sieht es aus!)

Als Baden-Württemberg-Fraktion stellen wir uns entschieden gegen diese Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Die Auswirkungen, die solche Ideen auf die Innenstädte haben, ignorieren Sie. Wenn die Leute ihre Großeinkäufe nicht mehr in der Stadt erledigen können, dann bestellen sie über das Internet. Sie, meine Damen und Herren, sind die Totengräber für den Einzelhandel in unseren Kommunen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so sieht es aus! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE schütelt den Kopf.)

Würde diese Regierung ihre Antiautopolitik selbst ernst nehmen, würde die Finanzministerin Sitzmann auf ihre Limousine verzichten, würde der Ministerpräsident Kretschmann auf seinen Geländewagen verzichten. Verzichten Sie auf Ihren Luxus, fahren Sie selbst mit Bus und Bahn zu Terminen!

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

(Bernd Gögel)

Die ewigen Verspätungen, Zugausfälle und schmutzigen Abteile werden Sie vor große Herausforderungen stellen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Übrigens regiert unser Verkehrsminister Hermann seit acht Jahren in diesem Ressort

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Gut so! – Gegenruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Nein, schlecht!)

und hat es bis heute nicht geschafft, den öffentlichen Verkehr pünktlicher und sauberer zu gestalten.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD)

Selbst der grüne Verkehrsminister fährt lieber mit der Fahrerlimousine zu den Terminen und erklärt, dass Bus und Bahn zu lange dauern würden.

Noch nie war die Bahn in Baden-Württemberg so unpünktlich wie im Jahr 2019.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja! – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Die Kunden auf den Strecken der Privatbahnen Abellio und Go-Ahead wünschen sich sogar die Deutsche Bahn zurück.

(Heiterkeit bei der AfD)

Herr Hermann, Sie sind wie ein Marketingbotschafter für die Deutsche Bahn.

(Heiterkeit bei der AfD)

Der Verkehrsminister Hermann probiert alles. Er kauft für das Land für rund 700 Millionen € Züge für diese Privatbahnen. Die Züge sind übrigens in großen Teilen noch nicht auf der Schiene. Die Bürger stehen an den Gleisen und warten vergeblich auf die Züge.

(Abg. Anton Baron AfD: Erst heute wieder!)

Dann merkt der Verkehrsminister, dass die Zugführer fehlen. Also versucht er mit allen Mitteln, Asylbewerber über Bevorzugung zu Lokführern auszubilden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: War ja klar! – Abg. Dr. Stefan Fulist-Blei SPD: Wir haben schon gewartet! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Weil das auch nicht hilft, finanziert das Land noch eine zusätzliche Zugführerreserve. Jetzt stellt sich nur noch die Frage: Wenn die DB Netz die Schienen stellt, das Land die Züge und die Zugführer, was machen die Bahnunternehmen noch?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Die Antwort ist klar: Sie schreiben Rechnungen, kassieren und kommen trotzdem zu spät.

(Beifall bei der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Oh Mann!)

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur Wettbewerbsverzerrung, das ist Sozialismus pur.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Es ist ein Schritt zur Großen Transformation hin zu einer ökosozialistischen Planwirtschaft.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Schauen wir uns das nächste gescheiterte Verkehrsprojekt des Landes an: die Expressbuslinie X1 in Stuttgart, im Volksmund auch gern „Geisterbahn“ genannt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Es reicht, wenn Sie aus den Fenstern des Landtags schauen; dort sehen Sie die Busse meist leer vorbeifahren.

(Abg. Nicole Razavi CDU: „Ghost Rider“!)

Gekostet hat die Einführung des sogenannten Expressbusses 2,5 Millionen €. Über die vergangenen zwei Jahre kostete dieser Bus insgesamt 8 Millionen €. Die durchschnittliche Nutzerzahl in diesem Bus beträgt pro Fahrt sieben Personen.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Immerhin!)

Für die Mathematiker unter Ihnen: Sie können ausrechnen, was ein Ticket an Zuschüssen kostet. Das nennen wir, die AfD, Verschwendung von Steuergeldern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Aber, Herr Verkehrsminister – er ist heute leider nicht da –, wir geben die Hoffnung nicht auf, dass für Sie und Ihre Regierung im Jahr 2021 der letzte Zug abfahren wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Bis zu diesem Zeitpunkt sollte allerdings ermittelt werden, wie hoch eigentlich der volkswirtschaftliche Schaden für Baden-Württemberg ist, der durch diese Fehlplanungen, durch die vielen Ausfälle hier tatsächlich für die Volkswirtschaft entsteht. All dies macht es vor allem für berufliche Pendler nicht gerade attraktiv, diese Art der Beförderung zu wählen.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Im Schienenverkehr braucht unser Land ein gut ausgebautes und aufeinander abgestimmtes Nah- und Fernverkehrsnetz. Ihre planwirtschaftlichen Experimente müssen ein Ende finden, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Das nächste Trauerspiel sind die Gäubahn und die A 81. Seit acht Jahren sind Sie Verkehrsminister in Baden-Württemberg, und Sie haben es nicht geschafft, das zweitwichtigste Bahnprojekt in Baden-Württemberg anzuschieben. Die AfD-Fraktion verlangt dringend einen Ausbau auch in der Bahninfrastruktur. Dafür sollten Sie viel mehr Geld bereitstellen und nicht für einen Geisterbus in Stuttgart, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Die Menschen in den Kreisen südlich von Böblingen stehen vor einem verkehrspolitischen Infarkt. Demnächst wird die

(Bernd Gögel)

A 81 umgebaut, und die Gäubahn ist weiterhin unpünktlich und nur eingleisig. Die Menschen aus dem Süden wissen gar nicht, wie sie nach Stuttgart zur Arbeit kommen sollen. Damit sind Lebensentwürfe in Gefahr, und es ziehen noch mehr Menschen in die Metropole Stuttgart.

Wir, die AfD, werden in den Haushaltsberatungen zusätzliche Mittel für den Ausbau der Bahninfrastruktur fordern. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir Zukunftspläne, meine Damen und Herren,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

wie wir den Süden von Baden-Württemberg besser an das Land anbinden. Mit diesen Plänen wollen wir den Verkehrsknoten rund um Stuttgart deutlich entlasten.

Die AfD fordert die Südautobahn von Freiburg über Villingen-Schwenningen nach Memmingen Richtung München. Nirgendwo in Deutschland gibt es so wenig Autobahnkilometer wie im Regierungsbezirk Tübingen. Nirgendwo gibt es so viele Mittelständler, die unter dieser schlechten Anbindung leiden. Helfen Sie, Baden-Württemberg ein Stückchen mobiler zu machen, und bauen Sie mit uns die Südautobahn.

(Beifall bei der AfD)

Fordern Sie mit uns die vorrangige Priorität im neuen Bundesverkehrswegeplan, bringen Sie diese Ideen in Berlin mit Nachdruck vor. Die AfD-Bundestagsfraktion wird Sie dabei auch tatkräftig unterstützen.

Meine Damen und Herren, auch im Umweltministerium sehen wir einen riesigen Verschwendungshaushalt. Schlagen Sie die Zeitung auf: Täglich bekommen Sie es schwarz auf weiß serviert, was Sie mit Ihrer verbohrten Klimapolitik hier im Land anrichten. Sie haben durch selbst bestellte und bezahlte Wissenschaftler den vom Menschen gemachten Klimawandel zur Religion erhoben.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:  
Ja! Bravo!)

Wenn wir schon beim Thema Klimawandel sind,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich dachte,  
bei der Religion!)

sollte man den ursprünglichen Grundstein der Klimahysterie nicht unerwähnt lassen; und zwar ist das auch so eine tolle NGO: der Club of Rome. Man höre und staune: Dieser wurde bereits 1968 gegründet.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Ein blödes Jahr!)

Die 68er-Generation war sowieso eine sehr kritische Generation und das Jahr 1968 eine kritische Wende in diesem Land. Der Club of Rome wurde in Rom gegründet und hat seinen Sitz in der Schweiz. Mittlerweile ist dieser Verein international vernetzt und auch in Deutschland vertreten, er sitzt inzwischen auch hier im Bundeskanzleramt.

(Lachen des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE  
– Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: „Im Bundeskanzleramt“!)

Im Club of Rome sitzen fast alle Herren, die dem WEB, dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Um-

weltveränderungen, angehören und die Bundesregierung beraten.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das ist interessant!  
Aha!)

Dieser Club berät die Bundesregierung zu Themen der Klimapolitik. Dort sitzen u. a. der Co-Präsident des Club of Rome, Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr kluger Mann!)

Herr Schellnhuber, den wir noch aus anderer Funktion kennen, vom PIK, Uwe Schneidewind vom Wuppertal Institut. Diese Klimafachexperten beraten unsere Bundeskanzlerin.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Gut so! – Abg.  
Dr. Christina Baum AfD: Aha!)

Ich will Ihnen zum Verständnis nur zwei oder drei Kernforderungen des Club of Rome darstellen, damit Sie vielleicht wieder ein bisschen in sich gehen. Die erste Forderung ist – ich zitiere –:

*Verstärkter Einsatz grüner Konjunkturpakete, finanziert durch zusätzlich „gedrucktes“ Geld oder Steuererhöhungen, damit der Staat auf den Klimawandel reagieren und Einkommen umverteilen kann.*

(Zurufe der Abg. Dr. Christina Baum AfD und Daniel  
Andreas Lede Abal GRÜNE)

Eine wörtliche Kernforderung des Club of Rome, der die Regierung und die Bundeskanzlerin berät.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Super!)

Ich sage Ihnen noch etwas viel Schlimmeres. Es sind 14 oder 15 Forderungen. Wenn Sie die lesen, haben Sie vielleicht tatsächlich ein neues Weltbild. Die dritte Forderung will ich hier auch wörtlich zitieren:

*Anhebung des Renteneintrittsalters, damit ältere Menschen ihren Lebensunterhalt so lange wie möglich selbst bestreiten können.*

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bestreiten müssen!)

Eine tolle Zukunftsforderung, eine tolle Transformation unserer Gesellschaft.

Es kommt aber noch etwas viel Schlimmeres:

*Geburtenkontrolle in Industriestaaten:*

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Aha!)

*Kinder in Industriestaaten verbrauchen 30-mal mehr Ressourcen als Kinder in Entwicklungsländern. Deshalb müssen die Geburtenzahlen auch in Industriestaaten sinken. Frauen, die höchstens ein Kind bekommen, sollten deshalb eine Geldprämie erhalten.*

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Schämen Sie sich! –  
Zuruf von der AfD: Das sind ja schon chinesische  
Verhältnisse!)

Meine Damen und Herren, das sind nur einige dieser wahnwitzigen Forderungen. Dieser Club berät die Regierung. Wir

(Bernd Gögel)

sehen, wie in der Praxis ein Punkt nach dem anderen in der Realität umgesetzt werden soll und umgesetzt wird. Das ist nicht unsere Zukunft, in der wir leben wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos] – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Was hat das mit dem Haushalt zu tun? – Gegenrufe von der AfD, u. a.: Weil Sie es selbst nicht verstehen wollen!)

– Dass Sie das nicht verstehen, spricht für sich. – Das sind nur einige Forderungen dieser Lobbygruppe.

Sie belügen im Übrigen auch die Bevölkerung mit der These vom Verbrauch unwiederbringlicher Ressourcen. Sagen Sie mir einmal, welche Ressource jemals diesen Planeten verlassen hat.

(Heiterkeit bei der AfD)

Da passt es wie die Faust aufs Auge, dass der Landeshaushalt die horrenden Strafzahlungen von Daimler, Porsche und Bosch frech vereinnahmt und die Unternehmen damit deren eigenen Niedergang finanzieren lässt. Keine Frage: Die grüne Transformationspolitik soll weitergehen.

Zeugt es von Umsicht der Grünen, ein Kraftwerk nach dem anderen vom Netz zu nehmen, ohne zu wissen, wie ohne gesicherte Leistung morgen noch das Stromnetz stabil funktionieren soll? Ist es besonders klug, alle Eier in den einen Korb Elektrifizierung zu legen und vielversprechende Alternativen wie die Wasserstofftechnologie nur halbherzig zu verfolgen? Zeugt es von großer Weitsicht, Hunderttausende Arbeitsplätze in Baden-Württemberg aufs Spiel zu setzen, meine Damen und Herren? Ist es nicht naiv, zu glauben, dass es dem Wähler verborgen bleibt, dass die „Fridays for Future“-Bewegung maßgeblich von der grünen Parteisoldatin Luisa Neubauer gesteuert wird?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja! – Zuruf von der Abg. Jutta Niemann GRÜNE)

Nein, meine Damen und Herren. Wir, die AfD, hoffen, dass die Belastbarkeit unseres Gemeinwesens nicht bis zum bitteren Ende ausgereizt wird. Wir hoffen, dass die bürgerliche Mitte unserer Gesellschaft diesen Prozess der Transformation in eine Industiewüste und in ein Auenland stoppen wird.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Glauben Sie eigentlich, was Sie hier sagen? – Weitere Zurufe)

– Wie schon mehrfach erwähnt, dies wird der letzte Doppelhaushalt dieser Regierung sein, Herr Schwarz. Das ist absolut gut so.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist der letzte Doppelhaushalt, bei dem Sie als Fraktionsvorsitzender sprechen!)

Ich glaube das, was ich lese, tatsächlich. Ich denke, es wird Ihnen nicht anders gehen. Es ist ja das Schlimme, dass wir Ihre Einlassungen hier auch ertragen müssen. Wir gehen auch

davon aus, dass Sie das, was Sie hier verkünden, auch glauben.

Die „Frankfurter Allgemeine“ hat in einem Artikel geschrieben, Ministerpräsident Kretschmann hätte die baden-württembergische Autoindustrie in den letzten Jahren gemanagt.

(Heiterkeit bei der AfD)

Wenn die FAZ damit meint, dass er das Land aus einer blühenden Industrie- in eine schrumpfende Trümmerlandschaft verwandelt hat, dann hat sie recht.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben Baden-Württemberg tatsächlich ein Stück deindustrialisiert. So erreichen Sie Ihr Ziel der Dekarbonisierung. Wenn die Menschen arbeitslos sind und zu Hause sitzen, dann sinkt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß automatisch. Nicht mehr lange, und die Arbeitnehmer fahren mit ihren Elektrorollern zu ihrem früheren Arbeitsplatz – doch die Werkstore sind geschlossen. „Wir produzieren nun in China“, steht auf dem Fabrikator. Das ist Ihre Politik. So schaffen Sie Arbeitsplätze ab.

Doch Sie schaffen Ersatz an Arbeitsplätzen – nicht in der Industrie, sondern in Ihrem eigenen Klientelbereich, bei den Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Also bei der Polizei beispielsweise, oder was meinen Sie?)

– Nein, Herr Schwarz. Unter Ihrer Ägide haben wir inzwischen 11 000 neue Beamte und Angestellte. Ich glaube nicht, dass die alle bei der Polizei eingestellt worden sind.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oder im Schuldienst?)

Im Vergleich mit dem Haushalt 2018/2019 wollen Sie mit diesem Doppelhaushalt rund 5 000 neue Stellen aufbauen. Wir, die AfD, stellen uns die berechnete Frage, ob Sie grob fahrlässig oder bewusst gegen die Bürger unseres Landes handeln.

(Zuruf von der AfD: Beides!)

Aktuell verlieren Hunderttausende Facharbeiter in der baden-württembergischen Automobilindustrie ihre Arbeitsplätze. Sie betreiben eine Einstellungsoffensive im Verwaltungsbereich. Ja, wie verantwortungslos ist das denn, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der AfD)

Sie haben bereits im letzten Haushalt eine Blütezeit für Mensch-Wald-Psychologen geschaffen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

eine Hochzeit für Integrationsberater, Sozialarbeiter, Inklusionsberater, Antirechtsfantasten – all die, die von den Steuergeldern leben. Also, im Prinzip macht sich Ihre grüne Kernklientel

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

dieses Land zum Untertan. Auch in diesem Doppelhaushalt planen Sie zusätzliche Stellen für Waldberater ein. Offensicht-

(Bernd Gögel)

lich haben die Waldpsychologen den Wald in die Depression geschickt.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, die AfD-Fraktion sagt: Hören Sie auf mit Ihrem niemals endenden Stellenaufwuchs! Durch 5 000 Beamte entstehen dem Land ca. 4 Milliarden € an zusätzlichen Pensionslasten.

Wie Sie, Frau Finanzministerin, bei solchen Zahlen noch von Schuldentilgung träumen können, ist uns schleierhaft. Sie haben einmalig zusätzlich 120 Millionen € in die Pensionsrücklage gesteckt. Sie haben für 2021 im Landeshaushalt inklusive der Landesbetriebe 194 000 Beamte eingeplant. Wenn wir diese Zahl mit 800 000 multiplizieren – das ist, in Euro, der Rückstellungsbedarf pro Beamtem –, dann kommen wir auf mindestens 155 Milliarden € – mindestens; wohlgemerkt ohne die Beamten, die aktuell schon in Pension sind. Hinzu kommt, dass eine große Pensionierungswelle auf uns zurollt. Was sind da Ihre Pensionsrückstellungen in Höhe von 7,8 Milliarden € gegen 155 Milliarden €, die noch auf uns zukommen?

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Ist das eine solide Haushaltsführung?

(Zuruf von der AfD)

Kein Wunder, dass Sie sich gegen die doppelte Buchführung in der Landesverwaltung wehren.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Diese würde Ihnen allen vor Augen führen, wie schlecht es tatsächlich um die Finanzen dieses Landes bestellt ist.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das wollen sie ja nicht!)

Die doppelte Buchführung samt einem konsequenten betrieblichen Rechnungswesen würde Sie vor die Trümmer Ihrer eigenen Politik stellen.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Wir, die AfD-Fraktion, haben ganz natürlich gefordert, die doppelte Buchführung auch auf Landesebene einzuführen. Aber Sie lehnen jeden konstruktiven Vorschlag von uns ab. Sie möchten Ihr eigenes finanzpolitisches Versagen nicht transparent darstellen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Aber, meine Damen und Herren, wir werden Sie auch weiterhin nicht aus der Verantwortung für die galoppierende Staatsverschuldung durch den erneuten Beamtenaufwuchs entlassen. Wir, die AfD, fordern auch weiterhin die Einführung der Doppik, um das Fantasiegebilde der expliziten Schulden zum Einsturz zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Wir werden einen Änderungsantrag in die Haushaltsberatungen einbringen, der diese Einführung fordert.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Gögel, lassen Sie eine Zwischenfrage ...

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Nein.

**Präsidentin Muhterem Aras:** ... des Abg. Weber zu?

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Nein. Ich möchte meinen Vortrag zu Ende führen.

Meine Damen und Herren, die Gemeinsame Finanzkommission der Kommunen und der Landesregierung dient der Absprache einer fairen Finanzierung der Städte, Gemeinden und Kreise. Herr Reinhart, der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Joachim Walter, den Sie mit Sicherheit sehr gut kennen, spricht von einer Enttäuschung über den Ministerpräsidenten. Er spricht davon, dass die Landesregierung die Kommunen beim Thema Asyl – ich zitiere – massiv im Stich lässt.

Er spricht von 150 Millionen €, die die Landkreise beim Thema Asyl dazugeben müssen oder drauflegen müssen. Der Bund und das Land ließen Hunderttausende Menschen illegal ins Land. Ausbaden muss das die kommunale Familie. Diese erhöht nun die Gebühren und Steuern. Das sind 150 Millionen € weniger für Kindergärten, weniger für Schulrenovierungen, weniger für die Pflege von Kreisstraßen aufgrund der Asylkrise. Schämen Sie sich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Wir sagen Ihnen: Die leichteste und einfachste Lösung, die Asylkosten zu verringern, ist im Übrigen das konsequente Abschieben von nicht Bleibeberechtigten. Aber nein, es werden zusätzlich 70 Millionen € für sogenannte Migrationsmanager in den Haushalt eingestellt. Das ist ein weiterer Beleg für den linksgrünen Transformationsprozess in unserer Gesellschaft. Jeder Mitarbeiter, der bei den Ausländerbehörden eingestellt wird, fehlt in anderen Ressorts.

Das ist jedoch nicht das Ende der Fahnenstange. Wir fordern von Ihnen allen: Beenden Sie die illegale Masseneinwanderung!

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Beenden Sie die Siedlungsprogramme, und sorgen Sie dafür, dass die Menschen, die unberechtigt hier sind, wieder in ihre Heimat kommen.

Meine Damen und Herren, sich um die Kommunen kümmern heißt auch, dass wir uns um die Feuerwehr und die Rettungsdienste kümmern. Herr Innenminister Strobl, beenden Sie im Bereich der Rettungsdienstleister und Feuerwehren endlich den Zustand der annähernden Einsatzunfähigkeit

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben keine Ahnung! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lächerlich!)

– Beispiele wie Bergwacht, Wasserrettung, DLRG stehen hierfür; sprechen Sie mit den Menschen –, indem Sie deutlich

(Bernd Gögel)

mehr Mittel einplanen. Ein Plus von mindestens 20 Millionen € in diesem Doppelhaushalt wäre sicher angemessen, und wir werden diese Forderung über Anträge in die Haushaltsberatungen einbringen.

Wertschätzen Sie die Einsatzbereitschaft ebendieser Ehrenamtlichen durch sinnvolle Anreize anstatt durch schöne Sonntagsreden. Als Beispiel sei hier eine Löschrente genannt, aber auch ein Ausgleich durch kostenlosen Eintritt in öffentlich finanzierte Einrichtungen, gern auch für Familienangehörige. Das wäre Anerkennung und Ausgleich für diese ehrenamtlich tätigen Menschen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, die Förderung der künstlichen Intelligenz mit zukünftig weiteren 20 Millionen €, wie von Ministerpräsident Kretschmann verkündet, ist nichts weiter als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Wenn man nun noch die für diese Technologien schädliche Umsetzung der fragwürdigen DS-GVO im Land hinzunimmt, dann verdampfen diese 20 Millionen € noch schneller, als sie eingenommen wurden. Unter diesen Voraussetzungen betrachten wir dieses Geld als zum Fenster hinausgeworfen, bevor es überhaupt zur Verfügung gestellt wurde.

Man will die Konkurrenz aus anderen Ländern überholen, liest man in den Medien. Wir sagen Ihnen: Zum Überholen müssen Sie die Geschwindigkeit der anderen überhaupt erst einmal erreicht haben, um dann eventuell noch schneller werden zu können.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Mit dem Stichwort Geschwindigkeit wären wir schon beim nächsten Punkt, denn dabei reden wir über die eigentliche Grundvoraussetzung, um zukünftig KI überhaupt nutzen zu können. Für die Übertragung von Daten in Echtzeit benötigen Sie nämlich die entsprechende Infrastruktur. Wie viele Anschlüsse sind denn in unserem Land schon per FttB mit Glasfaser vernetzt? Ich sage es Ihnen: keine 6 %. Das ist erschreckend, meine Damen und Herren.

Daraus folgt für uns: Die Mittel zur Breitbandförderung müssen massiv aufgestockt werden – massiv! Vor allem der ländliche Raum ist hier verstärkt zu berücksichtigen. Nur um die Zahl in Relation zu setzen: Allein der Enzkreis, den ich hier im Landtag vertrete, wird spätestens 2020 eine Förderung in Höhe von 50 Millionen € beantragen. Das ist ein Kreis in Baden-Württemberg. Verteilen Sie das Geld doch besser direkt an die Kommunen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Jeder bekommt entsprechend dem bestehenden Netzausbau einen Anteil der Mittel und kann darüber für die Breitbandprojekte frei verfügen. Das Ergebnis wären weniger Bürokratie und tatsächlich schnellerer Netzausbau.

Da wir noch immer bei den Kommunen sind: Wann unterstützen Sie diese bei der Digitalisierung der Schulen endlich mit entsprechendem Personal? Es kann nicht angehen, dass reguläre Lehrkräfte die Administration der EDV nebenher mit übernehmen müssen. Unser Vorschlag der digitalen Hausmeister liegt schon lange vor.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Starten wir doch mit Zuschüssen im Gegenwert von 100 diesbezüglichen Fachkräftestellen, und entlasten wir endlich die betroffenen Lehrer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Als positiver Nebeneffekt wüsste die Landesregierung dann auch ziemlich schnell, wie viele Schulen überhaupt über eine schnelle Breitbandverbindung verfügen. Vielleicht denkt das Kultusministerium dann auch über Informatik als Pflichtfach nach.

Kommen wir nun zu einem Thema, das ganz bestimmt nichts mit der Asylpolitik zu tun hat: Die Gefängnisse in unserem Land Baden-Württemberg sind so überfüllt wie niemals zuvor, und noch nie hatten wir so viel Gewalt in den Gefängnissen wie im Jahr 2018. Wer möchte da noch in diesem Justizsystem arbeiten?

(Vereinzelt Lachen)

Bei aktuell schon fehlenden über 1 000 Haftplätzen versucht die Landesregierung über Umbaumaßnahmen, Anbauten und ähnliche Korrekturmaßnahmen, Probleme zu lösen, die erstens durch ihre verfehlte Politik geschaffen wurden und zweitens nur mit dem Bau von neuen Haftanstalten oder der Privatisierung im Vollzug gelöst werden könnten. In der Planung ist lediglich die neue JVA Rottweil, und das schon seit einigen Jahren, und wenn wir Glück haben, wird sie zusammen mit dem Berliner Flughafen dann auch irgendwann fertiggestellt werden.

(Heiterkeit bei der AfD)

Wir finden im Haushalt auch keinen Titel für neue Abschiebehaftplätze. Und das alles in einer Situation, in der über 20 000 Haftbefehle in Baden-Württemberg nicht vollstreckt werden können.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das gibt es doch gar nicht!)

Ich frage Sie deshalb: Sieht so ein tragfähiges und belastbares Justiz- und Sicherheitskonzept aus, meine Damen und Herren?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Unglaublich!)

Kommen wir zum Sozialministerium. Auch hier werden noch immer Hunderte Millionen Euro hart erarbeiteter Steuergelder für die verfehlte und verantwortungslose Migrationspolitik der Bundesregierung verschwendet, mitgetragen von den Koalitionären hier im Land.

Allein für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – angeblich minderjährig – werden in den nächsten zwei Jahren mehr als 400 Millionen € an Ausgaben erwartet – davon ein erheblicher Teil völlig zu Unrecht. Inzwischen hat selbst die Landesregierung dies erkannt und die Mittel zur Überprüfung angeblich minderjähriger Flüchtlinge erhöht. Es freut uns, dass Sie unsere Forderung, die wir bisher bei jeder Haushaltsberatung gestellt haben, nun endlich wenigstens in Teilen umsetzen.

(Beifall bei der AfD)

(Bernd Gögel)

Das lohnt sich nämlich: Bei rund 40 % der Betroffenen müssen wir davon ausgehen, dass hinsichtlich des Alters die Unwahrheit gesagt wurde. Für den Steuerzahler bleibt aber die bittere Erkenntnis, dass die Sturköpfigkeit der schon länger hier Regierenden bei objektiv richtigen Vorschlägen der AfD sehr, sehr teuer werden kann. Mehrere Hundert Millionen Euro hätten allein in dieser Legislaturperiode eingespart werden können, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Vergessen wir dabei nicht, dass bei Anlegung eines objektiven Maßstabs ohnehin nur ein Bruchteil derer, die unsere Gastfreundschaft genießen, dies auch zu Recht tun. Deshalb sei noch einmal wiederholt, dass nicht Integration, sondern Remigration und umfangreiche Abschiebemaßnahmen das Gebot der Stunde sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Weil das Ganze nicht auf ungeteilte Gegenliebe stößt, darf sich die Bevölkerung nun über Projekte zum betreuten Denken freuen. Unter den Schlagworten „Demokratie“ und „Extremismusprävention“ fließen Hunderttausende Euro an Organisationen, die in ihren Publikationen u. a. linke Gewalt verharmlosen und legitimieren, Verständnis für Vorbehalte gegen die Polizei zeigen und sich mindestens im Umfeld der links-extremen Antifa bewegen, wenn sie nicht gar Teil dieser sind, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ganz genau so sieht es aus! – Zuruf von der AfD: Richtig!)

Vielleicht denkt wenigstens die CDU, die unseren Polizisten ja immer gern ihre Unterstützung zusagt, einmal darüber nach, ob sie es mittragen möchte, dass geistige Steinwerfer der Antifa aus Steuermitteln bezahlt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Das ist belegbar, und wir werden uns in diesem Haus in naher Zukunft noch detaillierter darüber unterhalten.

Aber, meine Damen und Herren, es darf natürlich auch das tolle Thema Gender im Haushalt nicht fehlen. Unsere Haltung dazu kennen Sie. Es war ja immer zu hoffen, dass sich die CDU wenigstens bei der Frage nach der Abschaffung des Aktionsplans „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ – also die Steuerverschwendung für den Genderunsinn – durchsetzen könnte. Die Realität sieht leider so aus, dass es unter Grün-Schwarz nicht nur weiter, sondern sogar noch mehr Geld für dieses Projekt gibt als unter Grün-Rot. Die Union hat auch hier leider versagt, unser Volk und insbesondere unsere Kinder vor dem Einfluss von Genderideologien zu schützen.

(Abg. Sabine Wölfe SPD: Schützen müssen wir unsere Kinder vor der AfD!)

Auch hier: Diese Regierung ist ein grüner Durchmarsch zur Transformation, und die CDU ist nirgendwo zu sehen.

(Beifall bei der AfD)

Wir nennen Ihnen einmal ein konkretes Genderprojekt. Mit dem Projekt „Regenbogenfamilie – Die Vielfalt des Regen-

bogens“ wollte die Landesregierung eine möglichst große Geschlechtervielfalt zeigen. Ich frage die Damen und Herren von der CDU: Wie viele Geschlechter gibt es eigentlich laut Ihrem christlichen Weltbild?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Gute Frage!)

Wir sagen Ihnen, was die Biologie sagt: Es gibt zwei Geschlechter – Männchen und Weibchen.

(Beifall bei der AfD)

Kein einziges mehr. Dazu sollten Sie sich vielleicht auch einmal positionieren.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Jeder Dackel weiß das! – Abg. Winfried Mack CDU: Wie peinlich!)

– Ja gut, wenn Sie mehr kennen, kann ich nichts machen, Herr Mack. Ich kenne nur die zwei.

Ihre Landesregierung kann übrigens solche Fragen nicht beantworten; im Gegenteil. Sie finanziert die erfundene große und unchristliche Geschlechtervielfalt mit rund 10 000 € in diesem Haushalt.

Familien stehen schon lange im Hintertreffen dieser Regierungspolitik. – Übrigens: Bei Familien denken wir zurück an den Club of Rome mit der These von der Einkindfamilie, wohin wir steuern sollen. Diese Dinge erleben wir aktiv live in den Haushalten, in den Beratungen, in der Umwandlung unserer Gesellschaft. Hier müssen wir energisch gegensteuern –

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

gleichgültig, ob es um Kindergartenplätze, Schülerbeförderung oder das Landeserziehungsgeld geht. Und wie ist es mit dem von der CDU geforderten Familiengeld? Fehlanzeige.

Es ist wahrlich eine Schande für Baden-Württemberg, wie wenig den hier schon länger Regierenden die Familien und deren Förderung wert ist.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Während es sich Berlin leistet – Länderfinanzausgleich sei Dank –, dass jeder Kindergartenplatz kostenlos zur Verfügung gestellt wird, folgen Zeter und Mordio hier im Ländle, wenn es dann die SPD mit einem Volksbegehren zur Gebührenfreiheit wagt, eine Berliner Selbstverständlichkeit für Baden-Württemberg zu fordern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Aber auch eine von der AfD geforderte unentgeltliche Schülerbeförderung würde die Familien entlasten, die durch die Streichung des Landeserziehungsgelds ohnehin finanziell schon sehr gebeutelt sind.

Ja, Kinder kosten. Aber sie sind es wert. Denn Kinder sind unsere Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Aber nicht nur bei Familien, nein, auch bei der Gesundheit wird sich zu Tode gespart. Abteilungen oder ganze Kranken-

(Bernd Gögel)

häuser werden gestrichen bzw. geschlossen, anstatt weiterhin eine flächendeckende Grundversorgung zu garantieren oder sicherzustellen. Das Land trägt die Verantwortung, die entsprechende Infrastruktur zu sichern – sowohl bei Krankenhäusern als auch bei Pflegeheimen. Es täte der Regierung somit gut, sich wieder auf ihre grundlegenden Aufgaben zu besinnen und die Daseinsvorsorge in der Fläche zu garantieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:  
Bravo!)

Es sind Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, dass die Tätigkeiten der Menschen – egal, ob es Ärzte sind oder ob es das Pflegepersonal ist – wieder angemessen gewürdigt werden. Diese Investitionen sind in allen Institutionen – vom Krankenhaus über Rehaeinrichtungen bis zum Pflegeheim – nötig.

Das sind Strukturen, die die Bürger, insbesondere die älteren Bürger, in unserem Land auch erwarten und erwarten dürfen. Nur das garantiert eine durchgehende Gesundheitsvorsorge und verhindert, dass Menschen an ihrem Lebensabend zum Sozialfall werden. Denn hier in Baden-Württemberg wie auch in anderen Ländern heißt es: Pflege macht arm.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Die Landesregierung kann sich aber nicht aus ihrer Pflicht zur Regelung und zur finanziellen Unterstützung der Schwächsten in unserer Gesellschaft verabschieden. Das Land Baden-Württemberg hat durch Förderung der Investitionskosten wieder eine angemessene Mitverantwortung zu übernehmen, weil es sich dabei um schnelle Hilfe handelt, die beim Bürger auch direkt ankommt.

Auch für Herrn Sozialminister Lucha heißt es: Das wird Ihr letzter Doppelhaushalt sein. Für Sie wird es Zeit, in Sozialministerpension zu gehen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU:  
Herr Lucha ist doch jünger als Sie!)

Meine Damen und Herren, die Finanzministerin hat in ihrer Rede letzte Woche ein weites Feld von Themen angesprochen, aber ein Thema wurde bewusst ausgelassen – auch heute Morgen habe ich dazu nichts vernommen; die Vorredner haben nicht viele Worte über dieses Thema verloren –: der Wohnungsbau.

Die Landesregierung sitzt inzwischen auf Ausgaberesten in Höhe von 353 Millionen € im Bereich der Wohnraumförderung. Ich weiß nicht, wieso man hier noch mehr Mittel einstellen will, wenn man nicht einmal die vorhandenen abarbeiten kann. Mir erschließt sich nicht, warum und weshalb man das tut. Niemand möchte diese 353 Millionen € von der Landesregierung für den Wohnungsbau einsetzen. An was liegt das wohl? Die Landesregierung hat keine passenden Programme, um die Wohnraumproblematik in unserem Bundesland zu lösen. Deshalb wird auch mehr geschwiegen.

In dieses Bild passen auch die weiteren Zahlen zum Bereich Bauen und Wohnen. Wir haben beispielsweise sprudelnde Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer. Nachdem die Einnahmen

im Jahr 2017 noch bei 1,75 Milliarden € lagen, rechnen Sie für 2020 und 2021 mit jeweils 2,17 Milliarden €.

Seit Sie an der Regierung sind, meine Damen und Herren, sind die Immobilienpreise förmlich explodiert, und die Mehreinnahmen aus dem Grunderwerbsteuerbereich resultieren hauptsächlich aus dieser Explosion. Meine Damen und Herren, bei den Mieten betrug die Steigerung von 2016 bis 2018 12 %. Im gleichen Zeitraum sind die Preise für Häuser sogar um 22 % und für Eigentumswohnungen um 24 % angestiegen. Zum Vergleich: Das Durchschnittseinkommen in Baden-Württemberg stieg um ca. 5 %.

Sie, liebe Einheitsfraktionen, haben sich in Ihren Elfenbeintürmen eingenistet und dabei jegliches Verständnis für den im Mehrfamilienhaus wohnenden einfachen Bürger verloren, dessen Traum vom Eigenheim mehr und mehr dahinschmilzt. Anders ist es nicht zu erklären, mit welcher Regelmäßigkeit Sie sich gegen eine Absenkung der Grunderwerbsteuer sperren, meine Damen und Herren.

In dem vorliegenden Haushaltsentwurf muss natürlich auch die um ein Viertel erhöhte Förderung für innovative Bauweisen gestrichen werden.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Das werden wir auch beantragen. Es gehört nicht zu den Kernaufgaben der Landesregierung, angegrünter Stuttgarter Architekten ihre Träume von CO<sub>2</sub>-Neutralität an repräsentativen Gebäuden zu finanzieren.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, einen weiteren Änderungsantrag werden wir zum Bereich Landesplanung einbringen. Wir werden die Zuschüsse an Regionalverbände für die Windkraftplanung selbstverständlich streichen, und zwar ersatzlos, meine Damen und Herren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das glaube ich nicht, dass Sie das streichen!)

Wir werden dieser ineffizienten und umwelt- wie landschaftsschädlichen Technologie auch in diesem Bereich sämtliche Unterstützung entziehen.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion hat übrigens im Bereich Bauen und Wohnen ein Alleinstellungsmerkmal. Während Sie unser Baden-Württemberg unansehnlicher und teurer werden lassen, setzen wir uns für lebenswerte und bezahlbare Wohnverhältnisse auf dem Land wie in Großstädten ein. Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, haben im Bereich „Bezahlbarer Wohnraum“ total versagt. Die AfD-Fraktion war die einzige, die eine Lösung angeboten hat. Wir haben beantragt, die Grunderwerbsteuer zu senken. Die Umsetzung unseres Gesetzesentwurfs hätte das Land 547 Millionen € gekostet. Aber das wären 547 Millionen €, die tatsächlich direkt bei Familien und Häuslebauern ankommen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:  
Genau!)

Das gilt im Übrigen auch für den gesamten Haushalt. Sie haben es geschafft, Haushaltsreste in Höhe von 5,6 Millionen €

(Bernd Gögel)

aufzubauen. Das hört sich für den Menschen draußen im Land nicht sonderlich gefährlich an, aber Sie haben sich damit einen Schattenhaushalt erarbeitet. Das ist das Ungehörige und Ungewöhnliche; denn Sie haben dabei mehr als 10 % des Gesamthaushalts in Höhe von 5,6 Milliarden € aufgehäuft, die Sie ohne das Parlament jederzeit verwenden dürften.

Dieser Schattenhaushalt dokumentiert auch, dass die Förderprogramme, die Pläne und die Ideen der Landesregierung an den Realitäten unseres Bundeslands komplett vorbeigehen. Deshalb fordern wir: Gehen Sie endlich verantwortlich mit den Steuermitteln um. Das haben die hart arbeitenden Bürger in unserem Land verdient.

(Beifall bei der AfD)

Gerade bei den Bauprogrammen gibt es enorme Ausgaberes- te; das habe ich eben schon erwähnt. Trotzdem stellen Sie 80 Millionen € für energetische Maßnahmen bei Landesge- bäuden zur Verfügung. Wir haben uns einmal zwei große Mus- terprojekte im Land angeschaut, die uns zeigen, was Ihr öko- logisches Bauen bedeutet.

Die Universitätsbibliothek Freiburg – oder sollen wir sie lie- ber die „Glasvilla Sitzmann“ nennen? –

(Heiterkeit bei der AfD)

steht in Ihrem Wahlkreis, Frau Sitzmann. Statt 32 Millionen € hat sie 53 Millionen € gekostet.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Stimmt gar nicht!)

Darüber hinaus blendet die Bibliothek Autofahrer. Deshalb wurde sie jetzt mit einer riesigen Plane verhängt. Sie gefähr- det durch herabfallende Bauteile Fußgänger, und Behinderte können mit ihrem Rollstuhl im Boden einbrechen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Unglaublich!)

Mitarbeiter klagen über Beschwerden aufgrund der Belüftung, und es laufen aktuell drei Klagen gegen diesen Bau.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Unglaublich!)

Aber die Energiekosten sind günstiger als zuvor.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Oder nehmen wir das Besucherzentrum des Nationalparks Schwarzwald. Ursprünglich sollte es 25,5 Millionen € kosten. Inzwischen sind wir bei einer deutlichen Verdopplung ange- kommen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Aber wir haben es doch!)

Meine Damen und Herren, kein Häuslebauer kann es sich lei- sten, einfach doppelt so viel für sein Reihenhaus zu bezahlen. So viel mehr bezahlen können nur Sie, die Landesregierung.

Zu dieser Preisexplosion speziell im Besucherzentrum des Na- tionalparks Schwarzwald hat u. a. der Import von Alaska-Ze- dernholz geführt. Eine grüne Landesregierung, die statt hei- mischer Hölzer lieber Holz aus Alaska einschiffen lässt!

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich hoffe nicht, dass Sie es haben einfliegen lassen; ich hoffe, dass es eingeschifft wurde. Das ist Ihr ökologisches Bauen, das ist Ihr neues, grünes Bauen, meine Damen und Herren. Damit ist, glaube ich, schon sehr viel über dieses Thema ge- sagt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Carola Wolle AfD: Doppel- moral!)

Die Bildung in diesem Land ist das, was uns einmal ganz nach vorn gebracht hat. Einst hieß es: „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ Heute können wir nicht einmal mehr Bildung. Die IQB-Studie von 2018 war der Beleg für unseren Abstieg. Acht Jahre Kretschmann haben dafür gereicht, meine Damen und Herren.

Wir, die AfD, fordern ein Ende der Kuschelpädagogik.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Wir fordern, stattdessen wieder Leistung in den Vordergrund zu stellen. Gute Zukunftsaussichten hat unser Land nur, wenn es uns gelingt, über das Leistungsprinzip wieder junge Cle- verle heranzubilden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: So sieht es aus! Bravo!)

Ich gebe die Hoffnung nicht auf. Die aktuelle Kultusministe- rin, Frau Eisenmann, stellt sich als Spitzenkandidatin der CDU zur nächsten Landtagswahl. Wir sind gespannt, ob sie sich traut, im Wahlprogramm eine Wende in der Bildungspolitik des Landes darzustellen. Wenn nicht, hat auch sie zu Recht ihren letzten Bildungshaushaltsentwurf vorgestellt.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, auch vor der Kunst macht der öko- sozialistische Transformationsprozess nicht halt. Es gibt auch hier in Baden-Württemberg Theater, die politisch instrumen- talisiert werden. Das Zimmertheater Rottweil ist ein klassi- sches Beispiel. Mit projektbezogenen Mitteln finanziert das Land ein Theaterstück gegen die Opposition,

(Abg. Winfried Mack CDU: Dagegen hat Kollege Sänze auch schon protestiert!)

gegen die demokratische Oppositionspartei AfD.

(Abg. Winfried Mack CDU: Es gibt die Kunstfrei- heit, Herr Kollege!)

Das nennen wir einen Neutralitätsbruch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Erlauben Sie mir am Ende noch einige Bemerkungen zu Ih- rem so heiß geliebten EU-Modell.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Ihre viel beschworene Formel, uns Baden-Württembergern gehe es mit der europäischen Plan- und Verwaltungsunion bes- ser, ist völliger Unsinn. Ein Beispiel: Die durchschnittliche

(Bernd Gögel)

jährliche Zuwachsrate des deutschen BIP von 1972 bis 1992 betrug 2,7 %. Die durchschnittliche Zuwachsrate des deutschen BIP von 1993 bis 2013 betrug 1,4 % pro Jahr. Das heißt, nach den EU-Knebelverträgen von Maastricht begann ab 1992 der Abschwung – trotz Binnenmarkt und Euro 48 % weniger Wachstum. Was ist das denn für ein Erfolgsmodell, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:  
Das ist wahr!)

Ihre Politik ist Kontrolle, Planung, Aufblähung der Verwaltung – immer neue Verordnungen und Gesetze von der europäischen Plan- und Verwaltungsunion. Für diese Gaben bezahlt der baden-württembergische Steuerzahler jährlich 3,5 Milliarden € netto in die Kasse der Technokraten nach Brüssel. Für die Unternehmen hier in Baden-Württemberg bedeutet dies mehr Bürokratie, mehr Vorschriften, mehr Fristen, mehr Papierkram. Ein trauriges Beispiel ist das Bildungszeitgesetz für Unternehmen in Baden-Württemberg, das im Übrigen nur von 1 % der Berechtigten in Anspruch genommen wurde. Ungefähr 25 % davon haben sich tatsächlich politisch indoktrinieren lassen in Bezug auf ökoradikale Parteipropaganda. Das nennt man dann in Ihrer Sprache „politische Bildung“.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja! Bravo!)

Meine Damen und Herren, die Unternehmen in Baden-Württemberg stehen in einem harten internationalen Wettbewerb. Sie zahlen die weltweit höchsten Energiepreise, haben die weltweit höchsten Arbeitskosten, und sie ersticken an Umweltauflagen und Bürokratie, erdacht in Brüssel.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Was diese Unternehmen mit Sicherheit zuletzt benötigen, sind Arbeitnehmer, die eine Woche lang für politische Verbildung ihrem Arbeitsplatz fernbleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Wenn es noch eines weiteren Beweises für den dringend benötigten Politikwechsel in diesem Land bedurft hätte, dann hätte dieser Haushaltsentwurf ihn geliefert. Die Transformation unseres Industriestandorts Baden-Württemberg in ein sozioökologisches Auenland darf keine Zukunft haben.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:  
Jawohl!)

Die Entscheidungsgewalt darüber, was mit dem Geld der Bürger geschieht, darf nicht länger in den Händen von Klimaneurotikern und Gegnern der individuellen Freiheiten bleiben.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Politiker, die unsere Identität und unser Selbstwertgefühl zerstören, sollen und dürfen nicht länger an der Regierung beteiligt werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir, die AfD, werden uns für eine lebenswerte Zukunft der Bürger in Baden-Württemberg einsetzen. Die Menschen in

Sachsen, Brandenburg und Thüringen haben bereits begriffen und haben die Wende eingeleitet. Auch in Baden-Württemberg werden die Wähler im Jahr 2021 eine Entscheidung zu treffen haben – die Entscheidung, ob sie ihren Wohlstand und ihre individuellen Freiheiten mit den Weltrettungsfantasten aufgeben wollen, oder ob sie mit einer starken AfD die Zukunft in Baden-Württemberg mitgestalten und dadurch sichern möchten.

(Beifall bei der AfD)

Mit unseren Änderungsanträgen werden wir in den anstehenden Haushaltsberatungen die Vorstellungen von einer soliden und nachhaltigen Haushaltsführung zum Ausdruck bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir haben heute hier im Landtag von Baden-Württemberg den Landeshaushalt zum Thema. Als ich den ersten beiden Redebeiträgen zuhörte, den Reden des Kollegen Schwarz von den Grünen und des Kollegen Dr. Reinhart von der CDU,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Waren Sie begeistert!)

fiel mir ein Spruch aus einer der Werbe- und Imagekampagnen des Landes Baden-Württemberg ein. Ich weiß nicht, ob Sie es schon gesehen haben: Es gibt T-Shirts, auf denen steht: „Nett hier. Aber waren Sie schon mal in Baden-Württemberg?“ Diese Imagekampagne soll kokett damit spielen, dass das Image von Baden-Württemberg aus unserer eigenen Sicht ja oft ein bisschen schwach ausgeprägt ist und wir selbst auch nicht immer das nötige Selbstbewusstsein haben, aber dass wir sehr viel zu bieten haben. Wenn ich diesen Werbeslogan aber auf diese beiden Reden anwende, müsste ich sagen: Nett, was Sie uns hier im Landtag erzählen; aber waren Sie zuletzt einmal im Land Baden-Württemberg unterwegs und haben mit den Menschen gesprochen?

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Boser klatscht! – Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mir ging durch den Kopf: Warum demonstrieren denn Hunderte, ja Tausende aus dem Bereich der Hochschulen gegen die Politik der Landesregierung? Weil sie mit dieser Landesregierung so zufrieden sind?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Mit Sicherheit nicht!)

Warum bringen hier in Baden-Württemberg Verbände, aber auch viele, viele Menschen ein Volksbegehren zum Thema Artenschutz ein? Weil sie so glücklich sind über die Politik dieser Landesregierung?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Engagierte Bürgergesellschaft!)

Warum stehen Menschen auf den Straßen und demonstrieren dagegen, dass in Baden-Württemberg jetzt Arbeitsplatzabbau angekündigt ist? Weil sie das Gefühl haben, dass diese Lan-

(Andreas Stoch)

desregierung etwas dagegen tut? Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Menschen sind in Sorge; sie erwarten von der Politik Handeln und nicht nur Reden.

(Beifall bei der SPD)

Die Ausgangslage unter den demokratischen Parteien ist, glaube ich, unstrittig. Ich habe das zumindest herausgehört. Wir stehen in unserem Land Baden-Württemberg vor ganz gewaltigen Herausforderungen, die auf uns zukommen oder teilweise bereits vorhanden sind. Menschen demonstrieren, weil sie sich um das Klima und den Artenschutz sorgen. Die Wohnungsnot und steigende Mieten, auch Probleme mit der bisherigen Mobilität beschäftigen die Menschen. Jeden Tag, wenn Menschen in diesem Land versuchen, in Ballungsräume zu kommen, wird deutlicher, dass sich die Frage nach der zukünftigen Mobilität in Baden-Württemberg stellt.

Diese Transformation betrifft Baden-Württemberg gleich doppelt: die notwendige Veränderung in der Mobilität, die Vernetzung der Verkehrsträger und gleichzeitig die Diskussion über die Frage, wie es mit der Automobilwirtschaft in unserem Land, einer der wichtigsten Säulen, auf die wir unseren Wohlstand stützen, weitergeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, digitale Revolution ist überall. Die digitale Revolution betrifft die Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit, vor allem in ihrer Arbeitswelt.

Wir machen uns auch Sorgen über unklare Veränderungen der Weltmärkte, teilweise getrieben von Menschen in der Politik. Wir haben in den USA einen Präsidenten Trump oder auch andere Akteure, die unberechenbar sind.

Wir müssen diese Sorgen der Menschen ernst nehmen. Die Menschen erwarten Antworten von der Politik und nicht nur große Überschriften, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das gar nicht allein auf Baden-Württemberg beschränken. Viele der Probleme, die ich gerade beschrieben habe, gibt es weltweit. Fast alle diese Probleme bestehen bundesweit. Es gibt viele Länder, auch viele Bundesländer, die diese Aufgaben zwar sehen, aber kaum die Mittel an der Hand haben, um etwas dagegen zu unternehmen.

Aber Baden-Württemberg – und das ist gut so – ist, was die aktuelle finanzielle Situation angeht, besser dran. Baden-Württemberg hat nämlich enorme Finanzmittel, um diese Herausforderungen aktiv anzunehmen und etwas zu tun. Allein in den vergangenen zehn Jahren sind die Einnahmen des Landes um sage und schreibe 68 % gestiegen: von 23,4 Milliarden € im Jahr 2010 auf prognostizierte 39,5 Milliarden € im Jahr 2020. Seit Jahren jagt ein Einnahmerekord den nächsten.

Das liegt daran, dass die Menschen viel arbeiten und die Firmen Geld erwirtschaften, weil Export und Technologie auf Weltniveau liegen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das muss in Baden-Württemberg so bleiben. Aber es bleibt nicht vom Zuschauen so; wir müssen handeln.

(Beifall bei der SPD)

Die Welt bewegt sich, die Märkte bewegen sich. Darum müssen auch wir uns bewegen. Die Regierung muss diese Bewe-

gungen nicht nur zulassen, sondern sie forcieren, anschieben und auch Initiativen ergreifen.

Wer im Herbst 2019 bei all den drängenden Herausforderungen in der Wirtschaft, in der Bildung, in der Gesellschaft, bei Wohnen und Mobilität, in Gesundheitsversorgung und Pflege, wer angesichts Tausender Millionen Euro zusätzlicher Einnahmen nicht handeln, sondern nur zusehen will, wer nicht agiert und nicht investieren will, sondern all das Geld seiner Bürger nur unters Kopfkissen stopft, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Regieren heißt nicht, sich zurückzulehnen und auszuruhen, erst recht nicht jetzt, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können uns Passivität nicht leisten, wenn wir diesem Land eine sichere Zukunft garantieren wollen.

Frau Sitzmann sagte zuletzt in ihrer Rede zur Haushaltseinbringung, die Steuermehreinnahmen aus der November-Steuererschätzung sollten zu einem Teil in die Rücklage fließen und zum anderen den Hochschulen in diesem Land zugutekommen. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Denn bei den Hochschulen – wir haben hier über die Wichtigkeit der Ressource Bildung gesprochen – besteht tatsächlich Nachholbedarf. Gerade bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und auch bei der DHBW gibt es ein Problem mit der Finanzierung, vor allem im Bereich der Lehre, weil diese bei der Grundfinanzierung nicht in dem Maß vom Hochschulpakt profitiert haben. Deswegen brauchen wir auch den von Ihnen angekündigten Aufschlag im Bereich der Hochschulen.

Wir werden genau darauf achten, ob die Mittel auch an die richtigen Stellen gehen. Es geht darum, an allen Hochschulen, vor allem auch an den HAWs und an der DHBW, beste Bedingungen für die Lehre in Baden-Württemberg zu gewährleisten, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Rücklagen, Frau Sitzmann, frage ich dann schon: An welche Rücklage denken Sie denn konkret? In welcher der Rücklagen möchte die Regierung den Stillstand verwahrt wissen? Wir werden das Jahr 2019 bald abschließen und dann – Stand heute – über Rücklagen von 5 Milliarden € verfügen.

Ich habe mir mal die Mühe gemacht, die Rücklagenentwicklung im Landeshaushalt anzuschauen: von 2016 mit 1,6 Milliarden € auf jetzt 5 Milliarden €, über 1 Milliarde € für Haushaltsrisiken laut Entwurf, ein Plus von 224 Millionen €. Jetzt will die Finanzministerin von den zusätzlichen Mitteln eine weitere Milliarde in der Rücklage unterbringen, statt sie in dieses Land zu investieren. Wo will sie das tun, und vor allem wozu? Noch einmal: Risikovorsorge ist richtig und nicht falsch, aber eine Regierung muss wissen, wann sie in die Zukunft des Landes investieren muss.

Auch das Tilgen von Schulden, Herr Professor Reinhart, mit dem Sie sich so gern schmücken, ist nun mal beileibe keine Leistung dieser Landesregierung. Sie waren und sind bei so extrem guten Steuereinnahmen, wie wir sie in den letzten Jahren hatten und jetzt haben, gezwungen, in die Tilgung der Schulden zu gehen. Dass Sie sich Ihrer Tilgungsverpflichtung teilweise dadurch entzogen haben, dass Sie unter dem schwach

(Andreas Stoch)

auskonkretisierten Begriff „Implizite Verschuldung“ viele Gelder in Bereiche gesteckt haben, die nun wirklich nichts mit Schuldentilgung zu tun haben, schmückt gerade nicht diese Regierung. Das ist vor allem kein Zeichen von finanzpolitischer Transparenz. Wir brauchen eine Landesregierung, die finanzpolitisch transparent handelt, die die Steuereinnahmen dazu verwendet, zu investieren und, soweit sie das muss, auch zu tilgen. Dies aber hier dann als eigene Leistung darzustellen ist – mit Verlaub – Spiegelfechtereie, und das ist unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es noch einmal: Es ist nicht falsch, Rücklagen zu bilden. Es ist nicht falsch, in guten Zeiten auch Geld einzusparen. Aber in den beiden kommenden Jahren – über diese sprechen wir hier bei diesem Doppelhaushalt – kommen ganz andere Aufgaben auf dieses Land, auf Baden-Württemberg, zu.

Stellen Sie sich vor, wie verheerend es wäre, wenn allein die Automobilindustrie in unserem Land den Anschluss an die Weltspitze verlöre, wenn die Standorte bei uns von anderen Standorten überholt würden, an denen die dortigen Regierungen mehr in die Zukunft investieren. Was tun Sie dann? Stellen Sie sich dann vor Tausende von Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, halten Ihr „Sparbüchle“ hoch und sagen: „Wir haben aber ein paar Milliarden in der Rücklage“?

(Abg. Raimund Haser CDU: Ah ja, jetzt komm!)

Das Jahresgutachten der Wirtschaftsweisen – das ist keine Erfindung von mir – trägt den Titel „Den Strukturwandel meistern“. Der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Christoph Schmidt, sagt dazu – Zitat –:

*Um die Chancen des Strukturwandels zu ergreifen,*

– es stecken auch erhebliche Chancen darin –

*muss Deutschland seine Wirtschafts- und Industriepolitik nicht neu erfinden, sondern weiterentwickeln.*

Die digitale Infrastruktur – das ist dort ein Beispiel – muss weiterentwickelt werden. Die explizite Aussage der Experten, Herr Kollege Reinhart, ist:

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ich habe es gelesen!)

Die schwarze Null darf angesichts der enormen Herausforderungen nicht als Selbstzweck behandelt werden.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: So ist es!)

Dieser Staat hat Verantwortung für die Zukunft. Wenn er diese Verantwortung nur durch Investitionen meistern kann, dann brauchen wir hier nicht über Rücklagen zu diskutieren, dann brauchen wir auch nicht über ein Verbot der Schuldenaufnahme zu diskutieren. Dann ist die allein entscheidende Frage: Was braucht dieses Land für eine gute Zukunft? Das sind Investitionen in die Menschen und in die Technik dieses Landes.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das eine tun und das andere nicht lassen!)

Zur Schuldenuhr noch einmal – das fällt mir dann immer ganz spontan ein, Herr Kollege Reinhart –: Wenn Sie den Schul-

denstand des Landes anschauen, fällt Ihnen sicher auf, dass die CDU hier ein paar Jahrzehnte regiert hat. In der Zeit, in der die Schulden ganz besonders zugenommen haben, hat die CDU in diesem Land regiert.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Absolut richtig!)

Wir müssen also immer aufpassen, dass wir historisch bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Ich nehme jetzt einmal die Aussagen der Regierung auf, in diesem Fall insbesondere der Grünen. Die Regierung behauptet, sie investiere dort, wo sie es für nötig halte, und dort, wo es nötig sei, nehme sie auch genug Geld in die Hand. Schauen wir doch einmal, ob das so ist.

Schauen wir einmal auf den Klimaschutz. Der grüne Fraktionsvorsitzende Schwarz hat angekündigt: „Wir werden alle Ausgaben im Haushalt auch unter klimapolitischen Aspekten betrachten.“ Die Frage ist: Werden Sie diesem Anspruch gerecht? Frau Finanzministerin Sitzmann sagt: „Wir investieren in diesem Doppelhaushalt 20 % der zusätzlichen Mehrausgaben für den Klimaschutz.“ Das wären bei 1,35 Milliarden € – mal 0,2 – etwa 0,27 Milliarden € oder 270 Millionen €, und dies bei einem Volumen des Doppelhaushalts von 103 Milliarden €.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ankündigung und Wirklichkeit klaffen auseinander. Wenn wir uns mit der Frage der Erfolgsbilanz dieser grün-schwarzen Landesregierung im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes befassen, dann verwundert es einen doch ein bisschen – vielleicht auch nicht –, wenn inzwischen bei gleichen bundespolitischen Rahmenbedingungen Länder wie Bayern, aber auch wie Nordrhein-Westfalen Baden-Württemberg z. B. beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinter sich lassen.

(Zuruf des Ministers Franz Untersteller)

Ich glaube, das ist keine besondere Leistungsbilanz für eine grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg. Klimaschutz sollte man nicht nur im Munde führen, man sollte auch etwas dafür tun, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich sage an dieser Stelle auch sehr deutlich: Umweltschutz und Klimaschutz sind brandheiße Themen. Man kann gerade den Grünen nicht vorwerfen, dass sie das nicht erkannt hätten. Aber wenn das Haus brennt, dann reicht es nicht, zu pusten. Da müssen schon andere Werkzeuge her. Es besteht aber kein Grund zur Häme, sondern zu grundsätzlicher Sorge. Die Grünen wissen sicher, dass es beim Klimaschutz den großen Wurf braucht. Dennoch reicht das, was wir bisher im Haushalt erkennen können, nicht. Wir sehen auch, dass andere Länder ohne grüne Regierungsbeteiligung weiter sind. Es liegt nicht an der Einsicht, aber aus der Einsicht muss offenbar Handeln werden. Das ist das Problem.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bereich des Artenschutzes – ich bleibe in diesem Bereich – gab es zuletzt die Initiative der Landesregierung, um das Volksbegehren – ich sage es jetzt einmal so – weiterzuentwickeln und aufzufangen.

(Andreas Stoch)

Herr Kollege Reinhart, Sie brauchen sich aber über die Sorgen der Menschen nicht zu wundern. Sie haben vorhin gesagt, der CDU sei der Begriff der Schöpfung ganz besonders wichtig. Wenn aber der Landwirtschaftsminister in dieser Landesregierung auch für den Verbraucherschutz zuständig ist und mit der Aussage gegläntzt hat: „Es geht den Verbraucher schlicht und einfach nichts an, was auf den Feldern ausgebracht wird“, dann frage ich schon: Meinen Sie Schöpfung, die Ihnen wichtig ist, oder meinen Sie allein die Wertschöpfung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen?

(Beifall bei der SPD)

Beim Klimaschutz sind wir bei einem auch für Baden-Württemberg wichtigen politischen Thema, das gestaltet werden muss. Aber es ist eben nicht das einzige Thema, mit dem wir uns beschäftigen sollten. Ich spreche ganz konkret die Transformation im Bereich der Wirtschaft und der Arbeitswelt an. Wenn die anderen Parteien vielleicht bei Umwelt und Klima durchaus den Grünen einmal zuhören sollten, kommt jetzt ein Thema, bei dem man vielleicht auch einmal auf die SPD hören sollte. Die Konjunktur deutet nämlich einen Abschwung an. So wäre doch jetzt – das ist keine Erfindung von mir, sondern von namhaften Wirtschaftswissenschaftlern – der richtige Zeitpunkt erreicht, um mit Investitionen antizyklisch gegen diesen Abschwung zu arbeiten und nicht der Konjunktur zuzuschauen wie der Frosch dem Wetter, sondern zu handeln. Das muss die Devise sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir alle haben in den letzten Wochen die Pressemeldungen gesehen, beispielsweise des SPIEGEL, der in einer Überschrift von „Musterlände ade?“ spricht. Diese Überschrift darf keine Wahrheit werden. Baden-Württemberg darf eben gerade nicht seine Stärke aufs Spiel setzen; Baden-Württemberg darf nicht die Boomregion von gestern sein. Das Ruhrgebiet ist ein abschreckendes Beispiel, wie der Verlust von Kohle und Stahl dazu geführt hat, dass eine ganze Region in ein Loch fiel. Diese Region arbeitet sich jetzt mit vielen Investitionen und Mühen aus diesem Loch heraus. Ich will, dass Baden-Württemberg gar nicht erst in ein Loch fällt, sondern dass wir diese Transformation gerade in den Bereichen Maschinenbau und Automobil durch Investitionen in die Forschung, vor allem auch in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewältigen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht – ich sage es ganz deutlich – nicht darum, Panik zu schüren; denn wenn wir Panik schüren, dann profitieren allein diejenigen, die die Verunsicherung in der Gesellschaft für ihre politischen Zwecke nutzen und diese Ängste auch noch verstärken wollen. Es geht darum, dass wir in diesen Bereichen den Menschen die Zuversicht geben, die Transformation gestalten und bestehen zu können.

Bei Transformation, würde ich sagen, sollten wir nicht konservativ auf das Vergangene blicken, sondern wir müssen nach vorn blicken. Wir müssen bereit sein zur Veränderung, gerade weil wir es zu einem guten Teil selbst in der Hand haben, diese Veränderungen zum Guten zu gestalten. Und das geht. Das hat dieses Land in der Geschichte mehrfach bewiesen.

Vor der industriellen Revolution – ich erinnere daran –, vor über 150 Jahren waren Baden und Württemberg beileibe keine reichen Länder und keine reichen Regionen. Damals hat der Staat eingegriffen. Er hat die Eisenbahn gebaut, die Wasserversorgung errichtet, später Elektrizitätsnetze geschaffen und nicht auf die Privatwirtschaft gewartet.

Der Staat hat eine zentrale Aufgabe in diesem Bereich, um z. B. durch ein funktionierendes Bildungssystem die Voraussetzungen zu schaffen, dass wir auch zukünftig erfolgreich sind. Das heißt: ein Eingreifen nicht gegen, sondern für die Wirtschaft, für Arbeitsplätze durch den Staat, eine gute Partnerschaft zwischen Staat und freier Wirtschaft.

Transformation bedeutet eben, dass der Staat wieder echte Wirtschaftspolitik machen muss. Die Wirtschaft allein wird diese Umbruchprozesse, Transformationsprozesse nicht bewältigen. Sich hinzusetzen und auf die Wirtschaft zu hoffen ist zu wenig. Der Ministerpräsident hat, auf die Transformation und die Veränderungen angesprochen, in der Regierungspressekonferenz gesagt, er könne die dunklen Wolken nicht beiseiteschieben. Das stimmt.

(Zuruf: Wer hat das gesagt?)

– Der Herr Ministerpräsident. – Aber der Ministerpräsident kann mithelfen, dass wir beizeiten im Trockenen sind, oder zumindest dafür sorgen, dass wir einen Regenschirm haben.

Die Digitalisierung fordert – das sind Aussagen von Wirtschaftswissenschaftlern – in den nächsten Jahren voraussichtlich etwa 1,5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Gleichzeitig werden, wenn man es richtig macht, durch die Digitalisierung 2,5 Millionen Arbeitsplätze entstehen. Das klingt im Saldo sehr erfreulich. Das klingt auch durchaus ermutigend. Aber die entscheidende Frage – das bewegt die Menschen im Land – ist doch nicht, ob das Land ein paar Millionen Euro in eine Initiative wie das Cyber Valley investiert. Die Menschen wollen wissen: Falls ich einer der 1,5 Millionen bin, die ihren Arbeitsplatz verlieren, werde ich dann in der Lage sein, einen dieser neu entstehenden Arbeitsplätze haben zu können?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das entsteht nicht von allein. Das entsteht auch nicht durch die Wirtschaft allein. Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass dieser Transformationsprozess nicht auf Kosten von Hunderttausenden Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg geht. Deswegen müssen wir in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Land, in die Weiterbildung, die Weiterqualifizierung investieren. Das ist das Zeichen der Zeit in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Da fällt es mir, offen gesagt, auch schwer, nachzuvollziehen, wofür im Haushalt des Staatsministeriums 26 Millionen € im Bereich des Strategiedialogs Automobilwirtschaft geparkt werden. Wenn wir doch gerade in der Automobilindustrie diesen Umbruch besonders stark erleben, wenn jetzt bereits Pressemitteilungen kommen, wonach Hunderte, teilweise Tausende Arbeitsplätze abgebaut werden, dann brauchen Sie doch dieses Geld nicht für den Strategiedialog zu parken, wenn Sie wissen, dass es dringend in die Weiterbildung und die Weiterqualifizierung investiert werden sollte. Vor allem die kleinen

(Andreas Stoch)

und mittleren Unternehmen, vor allem die Zulieferindustrie werden große Probleme haben, diesen Wandel insbesondere auf der Produktseite, aber auch auf der Qualifikationsseite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bestehen.

Deswegen ist es aus meiner Sicht dringend notwendig, wie es die SPD schon bei den letzten beiden Haushaltsberatungen gefordert hat, endlich einen Weiterbildungsfonds in Baden-Württemberg aufzulegen, aus dem kleine und mittlere Unternehmen Mittel bekommen, um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut auf die Zukunft vorbereiten zu können.

(Beifall bei der SPD)

Und ja, der Wandel in der Automobilindustrie – vor allem, wenn es um die Frage der Technik, des Antriebsstrangs geht – kann in Deutschland Hunderttausende Arbeitsplätze kosten. Deshalb ist es wichtig, dass wir in diesem Bereich nicht nur auf ein Pferd – möglicherweise auf ein weiteres falsches Pferd – setzen, sondern verschiedene Innovationen zulassen. Wichtig ist dabei, dass der Staat mitmischt.

Wir haben eigentlich alle verstanden – und darum zu Recht Empörung gezeigt –, dass die Entscheidung der Bundesbildungsministerin Karliczek für Münster, was das Thema Batteriezellenforschung angeht, falsch war. Es war nicht nur für Baden-Württemberg, sondern für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands insgesamt bei diesem wichtigen Thema Speichertechnik eine falsche Entscheidung. Aber dann werden wir eben andere Bemühungen an den Tag legen müssen und dürfen dabei nicht nur die Frage problematisieren, ob es jetzt Batterie, Wasserstoff oder künstliche Kraftstoffe sind. Wir brauchen eine Situation, in der wir technisch hoch innovativ sind durch die Zusammenarbeit mit Hochschulen, auch unter Verknüpfung zur mittelständischen Wirtschaft.

Wir brauchen vor allem auch endlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Veränderung schaffen und ihr standhalten können. Wir müssen, genauso wie vor 150 Jahren schlaue Firmen ihre Mitarbeiter freiwillig gegen Krankheit versichert haben, heute eine Pflicht zur Weiterbildung einführen. Die Unternehmen müssen ihren Teil dazu beitragen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht auf der Straße landen, sondern ihre Arbeitsplätze in den Unternehmen behalten können.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Digitalisierung ist eines der zentralen Themen, wenn es um staatliche Aufgaben geht. Ein ordentliches Miteinander zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Markt und öffentlicher Hand hat unser Land groß gemacht. Ich habe einige Beispiele dafür genannt. Die Wohnungsnot wurde nach dem Krieg nicht vom Markt beseitigt, sondern durch staatliche Investitionen in den Wohnungsmarkt, durch viele kommunale Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften. Es war nicht der Markt allein. Auch der Fernsehempfang kam nicht durch Privatfirmen, sondern durch den Staat in den Schwarzwald. Ein Grund, dass wir bei der Breitbandversorgung immer noch hinterherhinken, liegt aus meiner Sicht darin, dass die Aufgaben des Staates und die des Marktes ungleich verteilt sind. Die Marktakteure suchen sich die rentablen Bereiche aus, in denen sie die Breitbandversorgung gewährleisten. Wir müssen dann aber mit Steuermitteln, mit dem Geld der Steuerzahler, die Lücken, deren Schließung wirtschaftlich offensichtlich nicht interessant ist, füllen.

Deswegen müssen wir ehrlich sein: Der Markt allein richtet die Infrastruktur nicht. Wir brauchen ein sinnvolles Zusammenwirken zwischen Staat und freier Wirtschaft. Erst dann können die Lebensverhältnisse im Land Baden-Württemberg – egal, ob in der Stadt oder auf dem Land – gleichwertig sein. Das muss oberstes Ziel unserer Politik in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist die Grundlage für eine digitale Wirtschaft auch eine funktionierende digitale Infrastruktur. Es ist unbefriedigend, dass wir noch immer Löcher im Mobilfunknetz haben. Von 5G reden wir noch gar nicht. Wir haben noch erhebliche Löcher bei der Breitbandversorgung, und dies in Baden-Württemberg im Jahr 2019.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Das ist der Beweis dafür, dass der Markt doch nicht alles zum Guten regelt und auch der Staat gefordert ist. Noch immer fühlen sich aber die Kommunen alleingelassen, und die Förderpötte sind schon jetzt überzeichnet.

In Ihrer Haushaltsrede, Frau Finanzministerin, war entgegen früheren Jahren von der Digitalisierung kein Wort mehr zu hören. Vielleicht ist Ihnen dieses Thema wegen der Bildungsplattform „ella“ peinlich, vielleicht ist es auch peinlich, weil man beim E-Government nicht wirklich vom Fleck kommt. Das kann es aber nicht sein. Gefragt ist eine Strategie. Die Regierung kann sich nicht für ein paar schöne Leuchttürme feiern lassen, den Rest des Landes aber nicht bedienen. Wir brauchen gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land.

Die Frage, die dabei eine zentrale Rolle spielt, ist die nach dem Zugang zu Bildung. In Deutschland und in Baden-Württemberg haben wir in den letzten Jahrzehnten viel dafür getan, möglichst allen Menschen – egal, welchen sozialen Hintergrund sie haben – beste Bildungschancen zu gewähren. Wir müssen trotzdem feststellen, dass dieser Anspruch noch nicht so erfüllt ist, wie er erfüllt sein sollte. Wir können es uns weder gesellschafts- noch wirtschaftspolitisch leisten, nicht jedem Kind, das in diesem Land auf die Welt kommt oder hierherkommt, die besten Bildungschancen zu geben, damit diese Kinder schulisch optimal gefördert werden können.

Deswegen ist für meine Fraktion, die SPD-Fraktion, eine Forderung ganz zentral: Der Zugang zu Bildungseinrichtungen darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Wir brauchen eine kostenlose, eine gebührenfreie Bildung von der Kita über das Hochschulstudium bis zum Meister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden es uns zukünftig auch nicht mehr leisten können, die Bildung nur auf die Zeit vor dem 18. oder dem 21. Lebensjahr zu beschränken und dann mit der Bildung aufzuhören, wenn die Hochschule verlassen oder die Ausbildung beendet wird. Lebenslanges Lernen darf in einer Gesellschaft, die sich in einer Dynamik befindet, wie sie jetzt besteht, nicht zur reinen Phrase verkommen, sondern muss auch tatsächlich umgesetzt werden. All das, was wir in Bildung investieren, ist für die Zukunft unseres Landes wichtig. Investitionen in Bildung sind nie Luxus, denn wir können es uns nicht leisten,

(Andreas Stoch)

uns Bildung nicht zu leisten. Frau Sitzmann hat bei der Einbringung des Haushalts gesagt:

*Entscheidend ist, dass alle unabhängig von ihrer Herkunft und vom Portemonnaie die gleichen Chancen auf gute Bildung haben. Dafür nehmen wir, das Land, Geld in die Hand.*

Wir unterstützen das ausdrücklich. Bildungsausgaben sind einer der wichtigsten Investitionsschwerpunkte, die ein Landeshaushalt haben sollte.

Wenn ich dann über die Frage des Ortes der Investitionen nachdenke, stelle ich schnell fest, dass wir in Baden-Württemberg – Herr Kollege Dr. Reinhart, das gehört eben auch zur historischen Wahrheit – in den Bereich, der für die Entwicklung von Kindern von ganz erheblicher Bedeutung ist, viel zu lange viel zu wenig investiert haben. Es geht nämlich um die Frage, wie Kinder in ihren frühen Jahren gefördert werden. Jede Ihrer Reden wird irgendwo den Satz beinhalten: „Auf den Anfang kommt es an.“ Aber wir haben nicht nach diesem Grundsatz gehandelt.

Wir haben in Baden-Württemberg bis 2011 unter Regierungen, die von CDU und FDP/DVP geführt wurden, den Bereich der frühkindlichen Bildung bei Weitem nicht ernst genug genommen. Denn in diesem Bereich der ersten Bildungseinrichtung nach der Familie, die ein Kind besucht, haben wir eben nicht den entsprechenden Anspruch umgesetzt, Kinder bestmöglich auf die Schule vorzubereiten. Ich nehme die Grundschule ausdrücklich dazu, die – auch in der bildungspolitischen Debatte – immer ein Stück weit ein Schattendasein geführt hat.

Wir brauchen Investitionen in den Anfang von Bildungskarrieren von Kindern, also von Kindern im Alter von bis zu zehn Jahren. Wir, die SPD, haben gemeinsam mit den Grünen 2011 in Baden-Württemberg ein Erbe von CDU und FDP/DVP übernommen, wonach wir hinsichtlich der Qualität der frühkindlichen Bildung und auch der Verfügbarkeit von Plätzen im bundesweiten Vergleich auf dem letzten oder vorletzten Platz standen.

Wir haben damals in unserer Regierungszeit zwischen 2011 und 2016 die Kommunen in einem Bereich unterstützt, in dem endlich etwas passiert ist. Zwischen 2011 und 2016 wurden die Zuschüsse an die Kommunen für den Bereich der frühkindlichen Bildung von 150 Millionen auf über 850 Millionen € pro Jahr erhöht. Das heißt, endlich konnte auf kommunaler Ebene das entstehen, was notwendig war, nämlich Plätze in der Kinderbetreuung – U 3 wie Ü 3 –, endlich konnte Personal eingestellt werden, das dringend notwendig ist, und endlich konnte auch in die Qualität an den Kitas und den Kindergärten investiert werden. Das war sozialdemokratische Bildungspolitik, denn auf den Anfang kommt es an, wenn wir Bildungsbenachteiligungen von Kindern eliminieren wollen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sollte man sich nicht mit fremden Federn schmücken, Herr Kollege Reinhart.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Verdoppelt in diesem Haushalt!)

Es ist gut, wenn Sie es inzwischen eingesehen haben, und es ist gut, wenn es dort weitergeht. Aber die Verfügbarkeit von Plätzen ist in manchen Städten Baden-Württembergs noch immer ein Problem. Wir müssen dort weiter investieren.

Die Qualität ist in der frühkindlichen Bildung nach wie vor ein virulentes Thema. Und dank des Bundes – durch das „Gute Kita“-Gesetz – ist es uns möglich, in einem ganz wichtigen Bereich wie der Leitungszeit jetzt endlich zu investieren. Ich sage es Ihnen ganz offen: Das wäre eigentlich Aufgabe des Landes. Wir sind dem Bund dankbar, dass Familienministerin Franziska Giffey, dass die SPD in der Bundesregierung das angeschoben hat. Das ist gute Politik, gerade auch für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Aber dann müssen Sie den dritten Schritt eben auch noch machen, weil immer auch von Familienfreundlichkeit und Familienförderung die Rede ist.

Ausbau an Plätzen ist wichtig, Qualität ist wichtig. Aber erklären Sie doch mal irgendjemandem, warum die erste Bildungseinrichtung, die ein Kind besucht – und die sehen wir alle, glaube ich, für die Entwicklung von Kindern als sehr wichtig an –, im Gegensatz zu Schule und Hochschule Geld kostet, nämlich Elternbeiträge. Es ist inkonsequent, wenn wir Eltern dafür bestrafen, dass sie ihre Kinder kriegen und ihre Kinder in eine Kita schicken. Deswegen muss in einem Land wie Baden-Württemberg mit einem Landeshaushalt, der über 5 Milliarden € an Rücklagen aufweist und noch immer eine positive Finanzentwicklung hat, eines klar sein: Wer es mit Bildungschancen für alle Kinder ernst meint, der muss Kitagebühren in diesem Land endlich abschaffen.

(Beifall bei der SPD – Staatssekretärin Bärbl Mielich schüttelt den Kopf.)

Auch in den Hochschulen muss etwas passieren. Ich habe es vorhin gesagt: Draußen marschieren Studierende und auch Beschäftigte der Hochschulen und Angestellte des Mittelbaus. Deswegen ist es notwendig, dass wir in diesem Bereich handeln. Es sieht so aus, als ob man mit den 200 Millionen €, die Sie beide genannt haben, nun wenigstens den dringenden Bedarf decken würde. Das ist sicher nicht zu viel. Es muss aber auch klar sein, dass das keine Almosen sind, sondern die notwendige Ausstattung ist, auf die unsere Hochschulen ein Recht haben.

Und um Bildung ins 21. Jahrhundert zu übersetzen – das Recht auf lebenslanges Lernen –: Auch auf unsere Hochschulen werden neue Aufgaben zukommen, wenn wir das lebenslange Lernen ernst nehmen.

Wenn der Spruch stimmt, den Zukunftsforscher sagen – Sie kennen das Zitat, wonach drei Viertel unserer heutigen Grundschüler mal in einem Beruf tätig sein werden, den es heute noch gar nicht gibt. Das ist ein Satz, der sehr, sehr schwer zu greifen ist. Aber der Satz drückt aus, dass sich die Arbeitswelt in einer unglaublichen Veränderungsdynamik befindet. Das heißt aber, dass von dieser Veränderungsdynamik nicht nur der Grundschüler betroffen ist, sondern auch derjenige, der schon ein abgeschlossenes Hochschulstudium, eine abgeschlossene Ausbildung hat, der 25, 30 oder auch 40 Jahre alt ist und der noch 25 oder 27 Jahre zu arbeiten hat. Wir werden

(Andreas Stoch)

uns an den Gedanken gewöhnen müssen, dass sich Menschen im Laufe ihrer beruflichen Karriere komplett neu orientieren müssen. Dabei brauchen sie Unterstützung durch Bildungsangebote, die der Staat organisieren muss, u. a. auch durch die Hochschulen. Das sind Aufgaben, die die Zukunft des Landes Baden-Württemberg betreffen. Über diese und nicht über Klein-Klein müssen wir hier diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Schulen sind natürlich von diesem Landeshaushalt betroffen. Sie haben in diesem Bereich zusätzliche Stellen ausgebracht. Wir müssen aber auch ganz klar sagen: Das, was die grün-schwarze Landesregierung seit 2016 getan hat, ist ja nicht ein Lehrstellenaufbau, obwohl man schon festgestellt hat, dass die Schülerzahlen wieder zunehmen. Vielmehr hat man die Zahl der Lehrstellen sogar noch gesenkt. Ich erinnere daran: Im ersten Jahr hat man über 1 000 Lehrstellen gestrichen, sehenden Auges, dass die Unterrichtsversorgung damit in eine Schieflage gerät.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sprechen jetzt davon, dass die Krankheitsvertretungsreserve aufgestockt wird. Herr Kollege Schwarz, ich habe mir das angeschaut: Von den 2 000 Stellen lese ich im Haushalt nichts. Das ist ein Aufbau von 100 und noch einmal 100 Stellen. Dabei kommen knapp über 1 800 Stellen heraus. Wenn Sie meinen, dass das die Unterrichtsausfälle in diesem Land behebt, dann schließen Sie sich einmal mit Ihrer bundespolitischen Ebene zusammen, die ja gerade heftig über das Thema Homöopathie diskutiert. Mit homöopathischen Mitteln werden Sie den Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg jedenfalls nicht beheben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wie kommen Sie jetzt von Hochschulen zur Homöopathie?)

Dieses Land braucht echte Hilfe. Die Schulen in unserem Land brauchen eine handlungsfähige Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch so, dass diese Regierung in manchen Bereichen richtige Investitionen tätigt. Wenn wir das Stellenprogramm für innere Sicherheit und den Justizbereich betrachten, dann sagen wir: Wir halten es für richtig, in diesen Bereichen zu investieren. Wir brauchen einen funktionsfähigen Rechtsstaat sowohl auf der Seite der Polizei als auch auf der Seite der Justiz. Was wir aber nicht brauchen, sind zusätzliche Ausgaben, die dadurch entstehen, dass z. B. durch eine Reform der Polizeireform – und zwar nicht aus sicherheitspolitischen Erwägungen, sondern aus Wahlkreisinteressen einzelner Abgeordneter – Präsidien gebastelt werden und damit die Vertretung der Polizei auf der Straße reduziert wird, weil zusätzliche Verwaltungsstrukturen geschaffen werden. Das ist der falsche Weg, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Der Staat hat – das ist unsere Definition von Staat – mehr Verantwortung, als nur für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Der Staat kann mehr, er darf mehr, und er muss mehr können.

Die Menschen müssen in Baden-Württemberg leben können. Gerade bei einem Thema wie dem Wohnen wird das doch ganz besonders deutlich. Baden-Württemberg hat in den letz-

ten Jahren einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Das kann einen nicht wirklich überraschen. Auf der einen Seite stehen zwar die demografische Entwicklung und eine relativ geringe Geburtenrate, aber Baden-Württemberg hat als starker Wirtschaftsstandort Zuwanderung aus anderen Bundesländern und aus anderen Ländern.

Aus diesem Grund brauchen wir für viele Menschen bezahlbaren Wohnraum. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Debatte darüber, dass auch der Staat etwas dazu beitragen muss, dass bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen da ist. Unter dem Stichwort Daseinsvorsorge – dieser Begriff wurde vorhin schon genannt – ist es auch nicht verwerflich, wenn sich der Staat darum sorgt, dass für alle Menschen bezahlbarer Wohnraum da ist.

Wir haben in Baden-Württemberg eine Situation, in der in vielen Regionen die Mieten stark steigen, Grundstückspreise stark steigen und für viele Menschen mit normalen Einkommen ein Eigenheim gar nicht mehr erreichbar ist. Das muss uns umtreiben; denn wenn die Menschen das Gefühl haben, sie können nicht mehr dort leben, wo sie wollen, sondern nur noch dort, wo es für sie bezahlbar ist, dann fällt die Gesellschaft an dieser Stelle auch ein Stück weit auseinander.

Wenn die Löhne oder Tarife in der freien Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst um 2,5 oder 3 % erhöht werden, ist das für die Beschäftigten ja grundsätzlich etwas Positives. Wenn aber gleichzeitig bei diesen Menschen die Miete um 5 oder 6 % pro Jahr steigt, machen sich diese Menschen Sorgen, und dann müssen wir alle etwas dafür tun, dass in einem Land wie Baden-Württemberg mehr Wohnungen entstehen.

In diesem Zusammenhang sage ich Ihnen eines ganz klar: Es reicht nicht, nur zu sagen: „Der Markt wird es schon richten“, und dann, wenn man merkt, dass es nicht funktioniert, von Marktversagen zu sprechen. Der Markt agiert in seiner Logik, und ein Investor agiert in seiner Logik. Es ist überhaupt nicht verwerflich, dass ein Investor ein Grundstück kauft – eventuell auch teuer kauft –, darauf etwas baut und einen maximalen Profit erwirtschaften will. Das ist völlig legitim. Aber am Ende dieses Prozesses steht eben nicht für 100 % der Menschen, die in Baden-Württemberg eine Wohnung brauchen, bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung, sondern vielleicht für die Hälfte. Deswegen brauchen wir dringend kommunale Verantwortung, kommunale Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften. Aber dort, wo es sie nicht mehr gibt, brauchen wir endlich eine Landeswohnungsbaugesellschaft, die akute Wohnungsnot in diesem Land verhindert.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Thema, das die Menschen umtreibt, ist natürlich die Mobilität. Heute ist viel davon die Rede, dass wir eine Mobilitäts- und Verkehrswende haben werden. Ja, es ist schön, wenn ein Land wie Baden-Württemberg mit MobiData BW landesweit Mobilität aus einem Guss erfassen will. Noch schöner wäre es aber, wenn landesweite Mobilität vor allem auch mit öffentlichem Nahverkehr und öffentlichen Verkehrsmitteln aus einem Guss ermöglicht würde. Wir brauchen ein Anerkenntnis – dafür steht diese Landesregierung jedoch gerade nicht –: Wir werden in Baden-Württemberg ganz unterschiedliche Mobilitätskonzepte brauchen. Denn die Mobilitätsbedürfnisse in einem Ballungsraum sind andere als die in einem dünn besiedelten ländlichen Raum.

(Andreas Stoch)

Deswegen kann es nicht funktionieren, dass man sagt: „Wir machen das alles wie bisher mit ganz viel Individualverkehr“, wie es die CDU zu glauben scheint. Es wird aber auch nicht funktionieren, wie es die Grünen suggerieren, wir müssten nur alles gegen den Individualverkehr entwickeln – Parkraumverknappung und Ähnliches –, und dann würden alle selig auf den öffentlichen Personennahverkehr umsteigen, und das gar noch durch Verbote angetrieben.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wenn wir wollen, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg für eine andere Mobilität entscheiden, wenn wir wollen, dass sie ihr Auto stehen lassen und den öffentlichen Personennahverkehr benutzen, dann dürfen wir nicht über Verbote, sondern müssen wir über Angebote kommen, und dann müssen wir über den Preis sprechen.

Andere Länder sind da schon ein Stück weiter. Deswegen fordern wir: Wir müssen den öffentlichen Nahverkehr attraktiver machen, und wir wollen in einem ersten Schritt, dass ein 365-€-Ticket für alle Schüler, Azubis, Studenten, Senioren und als Sozialticket in Baden-Württemberg eingeführt wird.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist doch mein Vorschlag! – Unruhe)

Ich habe aus den grünen Reihen gehört, dass so etwas bejaht wird. Wir wollen, dass zukünftig Menschen in diesem Land den öffentlichen Personennahverkehr als Chance sehen und ihr Auto stehen lassen. Die neue Mobilität muss angetrieben werden; sie passiert nicht nur durch Handauflegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist doch mein Vorschlag! Du hast meinen Vorschlag einfach kopiert! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhardt CDU: Das ist ein Plagiat! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir reichen – das sollte die Grünen jetzt nicht erschrecken – euch bei diesem wichtigen Zukunftsthema die Hand und können dieses Thema hier im Landtag gemeinsam voranbringen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sollten, wenn wir die Herausforderungen in ihrer Dimension ernst nehmen, nicht glauben, dass das Land allein die Möglichkeiten hätte, diese zu bewältigen. Deswegen ist es aus meiner Sicht umso widersinniger, dass die Landesregierung sich immer weiter von ihren Partnern, die sie benötigt, isoliert. Ich spreche auf der einen Seite vom Bund und auf der anderen Seite von den Kommunen.

Wir seitens der SPD haben – Beispiel „Gute Kita“-Gesetz – im Bund dafür plädiert, die Finanzierung über 2022 hinaus zu garantieren. Es war jedoch der CDU im Bund wichtig – das ist ein Kompromiss –, dass die Zusagen im „Gute Kita“-Gesetz nicht über 2022 hinaus garantiert werden sollten. Aber gleichzeitig ist kein Ministerpräsident im letzten Jahr derart gegen Eingriffe in die föderale Selbstbestimmung und Einmischungen aus Berlin auf die Barrikaden gegangen wie unser Ministerpräsident hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Da hat er recht!)

Er sagte teilweise: „Wir wollen gar kein Geld.“ Aber im nächsten Satz wurde dann gesagt: „Und außerdem ist es zu wenig.“

Das Land pocht auf die eigenen Hoheiten, und das ist richtig. Aber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sollten uns keine Illusionen machen: Die Menschen schauen, wenn etwas nicht funktioniert, nicht darauf: „Ist da jetzt die Kommune schuld, ist das Land schuld, oder ist der Bund schuld?“, sondern sie wollen Lösungen von der Politik, vom Staat, und ihnen ist es egal, was für ein verfassungsrechtlicher Streit hier darüber ausbricht, wer zuständig ist.

Deswegen geht auch die Diskussion über die Frage: „Ist der Beitrag des Landes zur Schulsozialarbeit ein freiwilliger Beitrag?“ an der Lebenswirklichkeit der Menschen in diesem Land vorbei.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Die Menschen wollen – und das zu Recht – einen funktionierenden Staat und damit eine Partnerschaft zwischen allen Ebenen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deswegen ist es hoch problematisch – das kann man auch nicht kleinreden –, dass diese Landesregierung bereits zum zweiten Mal hintereinander in der Gemeinsamen Finanzkommission keine Einigung mit den Kommunen hinbekommen hat. Wenn wir uns die Positionen anschauen, stellen wir ganz schnell fest, dass gerade beim Bundesteilhabegesetz und auch im Bereich der Integrationskosten – das sind ja nun wahrlich keine Themen, die die Kommunen erfunden haben – das Land die Kommunen wieder einmal zu Bittstellern degradiert.

(Minister Manfred Lucha: Nein!)

Es geht auch nicht darum, dass wir jetzt jedes Mal vor einem Doppelhaushalt mit den Kommunen schachern, sondern wir brauchen eine klare gesetzliche Regelung, die den Kommunen garantiert, dass die Umsetzung bundesgesetzlicher und landesgesetzlicher Regelungen und Entscheidungen auf der kommunalen Ebene auch finanziert ist, und zwar durch eine adäquate Unterstützung durch die Landesregierung von Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss zu der Dimension noch einmal sagen: In der Geschichte des Landes Baden-Württemberg ist es historisch, dass man zum zweiten Mal hintereinander eine Einigung nicht hinbekommt. Aber ich sage auch ganz klar: Maximalforderungen auf beiden Seiten werden nicht funktionieren. Man wird aufeinander zugehen müssen.

Es ist nun einmal so, dass über Monate hinweg verhandelt wurde und zuletzt die Vertreter der kommunalen Landesverbände aufgestanden sind, weil sie gesagt haben, das, was das Land anbiete, sei nicht akzeptabel. Deswegen kann ich an dieser Stelle nur ganz deutlich in Richtung der Landesregierung und der Regierungsfraktionen appellieren: Gehen Sie auf die Kommunen zu! Die Kommunen leisten in diesen Bereichen eine wichtige Arbeit für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Reden Sie hier nicht immer nur vom Zusammenhalt der Gesellschaft! Durch eine ordentliche Finanzierung der Kommunen können Sie garantieren, dass es draußen auch wirklich funktioniert, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

(Andreas Stoch)

Ich habe so den Verdacht, dass Sie gerade nicht verstanden haben, wie das Land funktioniert und wie zentral vor allem die Kommunen sind, wenn es um die Lebenswirklichkeit der Menschen geht. Wenn Kommunen dann aus Leistungen aussteigen oder nicht mehr planen können und die Landesregierung auf Jahre hinaus dieser Situation nachtrauern wird, wenn es an Schulsozialarbeit und an Integration fehlt, wenn die Krankenhäuser in unserem Land nicht mehr ordentlich ausgestattet sind, wenn all diese Leistungen in Gefahr geraten und die Bürger das spüren, treten Sie dann vor die Leute und sagen: „Wir haben aber tolle Rücklagen auf unserem ‚Sparbüchle‘“?

Es ist eine Riesenaufgabe für unser Land, für die alle noch besser zusammenarbeiten müssen. Partnerschaft ist das Stichwort, nicht Konkurrenz. Stattdessen müssen wir endlich dafür sorgen, dass wir nicht mehr im Gegeneinander denken, sondern dass Kommunen, Land und Bund diese großen Zukunftsherausforderungen gemeinsam angehen.

Noch einmal: Das Land hat Tausende von Millionen Euro zusätzlich im Budget und riskiert trotzdem einen nie da gewesenen Streit und damit nicht nur einen Gutteil der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen, sondern auch den Verlust des Vertrauens der öffentlichen Akteure zueinander.

Es darf nicht sein, dass Minister Lucha immer wieder auf die Freiwilligkeit der Leistungen des Landes verweist – z. B. bei der Schulsozialarbeit. Wir kommen so nicht weiter, weil der Beschluss zur Schulsozialarbeit – wir hatten in der letzten Legislaturperiode beschlossen, dass sich das Land daran wieder beteiligt; es war damals auch die Regierung aus SPD und Grünen, die das beschlossen hat – genau auf der Einsicht beruhte, dass dadurch eine große Entlastung für die Lehrkräfte an unseren Schulen eintritt. Diese Entlastung ist auch für das Land Baden-Württemberg sehr wichtig.

Wenn Sie heute an die Schulen gehen, und zwar an alle Schulen, dann sagen die Ihnen ganz deutlich, dass Schulsozialarbeit nicht mehr wegzudenken sei. Wenn das Land Baden-Württemberg seinen Landeszuschuss nunmehr seit mehreren Jahren nicht erhöht hat und damit nicht mehr ein Drittel, sondern nur noch weniger als 25 % der Gesamtkosten trägt, dann ist das letztlich ein Aufkündigen der Solidarität mit der kommunalen Ebene, aber vor allem auch mit denen, die an der Schule sind, nämlich mit den Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern. Das ist kein gutes Bild, das das Land Baden-Württemberg an dieser Stelle abgibt.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch noch etwas zum Thema „Öffentliche Verwaltung“ sagen. Ich habe etwas zu den Polizeistellen und zu den Stellen in der Justiz gesagt. Wir müssen auch im Bereich der Verwaltung, und zwar gerade dort, wo es um die Realisierung der Steuergerechtigkeit geht, etwas tun. Die Finanzbeamtinnen und -beamten, die die Landesregierung nun einstellen möchte, werden nicht nur für die Bewertung der Grundstücke gebraucht, die wir nach der Grundsteuerreform vorzunehmen haben. Wenn Sie sich die Auslastung und vor allem die Belastung unserer Steuerbeamtinnen und -beamten anhand der Fallzahlen ansehen, spricht das eine eindeutige Sprache.

Ich glaube, wir sollten uns nicht damit schmücken, dass Baden-Württemberg im Bereich der Steuerverwaltung die we-

nigsten Beschäftigten pro Kopf hat. Die Beschäftigten in der Steuerverwaltung und der Finanzverwaltung sind nämlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, die dafür garantieren, dass wir Steuergerechtigkeit umsetzen und gleichzeitig Einnahmen erzielen, die sonst der öffentlichen Hand verloren gingen. Deswegen gilt an dieser Stelle ganz besonders: Der Ehrliche soll nicht der Dumme sein. Steuergerechtigkeit setzt voraus, dass wir eine gut ausgestattete Finanzverwaltung haben, und das fordern wir von der Landesregierung von Baden-Württemberg ein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen dreht sich die Diskussion über den Haushalt nicht nur um die Frage von Mehrausgaben oder Minderausgaben, sondern auch um die Frage, ob wir an der richtigen Stelle investieren. Uns allen ist klar – ich habe die Herausforderungen skizziert –: Es wird in diesem Land nicht so weitergehen wie bisher, nicht beim Klima, nicht bei der Umwelt, aber eben auch nicht bei der Wirtschaft, den Arbeitsplätzen und der Mobilität. Es steht die größte Veränderung unserer Gesellschaft seit Jahrzehnten an. Diese Veränderung fordert uns alle, die Politik, aber vor allem auch die Menschen im Land. Wer begreift, dass wir alle der Staat sind, der merkt, dass jetzt auch der Staat und damit in unserem Land auch die Landesregierung gefordert ist. Es ist klar, dass die Landesregierung und auch die Landespolitik in diesem Bereich nicht alles in der Hand haben, was weltpolitische Fragen und was die Weltkonjunktur angeht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es wäre schön, wenn es so wäre!)

Aber wir müssen eben alles tun, was in unserer Macht steht. Wir wissen auch, was wir tun können: Initiativen starten, Transformation stärken, Land, Bewohner, Arbeitnehmer und Firmen fit für die Zukunft machen, vor allem für Bildung und Infrastruktur, für Pflege, Mobilität und bezahlbaren Wohnraum sorgen. Leider finden sich in viel zu vielen dieser Bereiche keine wirklichen Initiativen der Landesregierung, sondern an manchen Stellen nur Überschriften, aber keine wirklich tief greifenden Konzepte.

Der Ministerpräsident klagt – in Teilen zu Recht – über das „Klimapäckchen“ der Bundesregierung. Er muss sich dann aber auch anhören, dass diese Landesregierung trotz dringendem Handlungsbedarf und trotz finanzieller Spielräume in dem vorliegenden Haushalt auch nur ein „Zukunftspäckchen“ schnürt. Für Transformation, für Bildung und für Digitalisierung ist zu wenig da. Die Grünen setzen beim Haushalt eben keine Impulse. Es geht hier nicht vorwärts. Stattdessen vernehme ich bei der Finanzministerin eher die Mentalität einer Kleinsparerin.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Transformation unserer Wirtschaft nicht begreifen kann, ist aus meiner Sicht nicht geeignet, ein Land ins nächste Jahrzehnt zu führen. Wer behauptet, eine Landesregierung könne nicht viel mehr tun, um dieses Land fit für eine andere, aber immer noch gute Zukunft zu machen, der redet nicht nur den Staat klein, der redet am Ende auch unser Land Baden-Württemberg klein.

Wenn Baden-Württemberg eine Firma wäre, dann könnte man feststellen, dass diese Firma erfolgreich wurde, weil sie einst

(Andreas Stoch)

nicht an Rücklagen dachte, sondern an eine Wasser- und Stromversorgung, an den Ausbau von Schienenwegen, an Telefonnetze und Rundfunkempfang dachte, weil sie das Schul- und Bildungssystem weiterentwickelte, weil man in großem Stil neue Wohnungen baute, wenn sie nötig waren.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir haben nicht weiter das Wasser im Eimer aus der Quelle geholt, wir sind nicht weiter mit der Kutsche gefahren, und wir haben auch nicht weiter Brieftauben gebraucht, um zu kommunizieren, wir haben die Dampfmaschinen abgeschafft. Wenn wir das nicht getan hätten, hätten wir vielleicht allerhand Rücklagen, aber Baden-Württemberg wäre heute nur noch ein Freilichtmuseum.

Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Das sorgt für den Rekordhaushalt und sorgt für eine starke Ausstattung auf finanzieller Seite. Aber mit dieser Stärke müssen wir auch die richtigen Akzente setzen. Wir müssen vor allem in die Menschen in diesem Land investieren, in Bildung und Bildungschancen – darum unsere Forderung nach Kostenfreiheit. Wir brauchen Weiterbildung – deswegen unsere Forderung, dass Weiterbildung und Weiterqualifizierung durch den Staat, durch diese Landesregierung unterstützt werden müssen. Wir brauchen gegen den Wohnungsmangel einen intensiven Wohnungsbau, und diesen eben nicht nur durch private Investoren, sondern auch durch Wohnungsbaugesellschaften, die bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir brauchen in diesem Land, um die großen Herausforderungen bewältigen zu können, endlich eine Politik, die handelt. Wir brauchen eine Regierung, die die großen Initiativen entfaltet und nicht nur zuschaut. Die Regierung sagt, sie will das, die Kassenlage sagt, sie kann das. Warum handelt sie dann nicht?

Genau hier steckt das Grundproblem dieser Regierung. Die Grünen sind erst in den guten Zeiten der Bundesrepublik entstanden, mit dem Fokus auf die unbestrittenen ökologischen Schattenseiten dieser guten Zeiten. Dass wir ökonomisch an der Weltspitze stehen, schien immer fast wie ein Naturgesetz. Diese Vorstellung ist inzwischen weit verbreitet, aber sie ist falsch.

Die CDU wiederum hat spätestens in der Ära Kohl das gute Miteinander von Staat und Wirtschaft verlernt und meint, es sei konservativ, wenn sich der Staat auf wenige Aufgaben zurückzieht und ansonsten von der Besuchertribüne aus dem Spiel der Märkte und der freien Wirtschaft zuschaut. Dass dieses Land auf die Vorstellung gegründet wurde, dass der Staat immer mitspielt, war einst auch jedem CDU-Mitglied klar. Heute gilt diese Idee als links. Dies war für uns Sozialdemokraten schon immer ein schlechter Zustand. Jetzt droht das Ganze zu einem untragbaren Zustand zu werden; denn auf dieses Land kommen Herausforderungen zu, die wir alle – die Gesellschaft, die Wirtschaft und eben auch ein handlungsfähiger Staat – gemeinsam angehen müssen.

Gefragt ist deswegen ein Staat, der begreift, dass ihm seine Bürgerinnen und Bürger Geld an die Hand gegeben haben, das er in die Zukunft dieses Landes investieren muss, anstatt es aufs „Sparbüchle“ zu legen. Nachhaltiger Verkehr ist mehr als ein Strategiedialog mit den Chefs der Automobilfirmen. Es geht um öffentliche Verkehrsmittel, auch um Klima und

Umwelt für ein funktionierendes Land. Stau aus E-Mobilen bleibt ein Stau. Darum braucht es endlich eine Initialzündung zur Umsetzung einer echten Mobilitäts- und Verkehrswende.

Deswegen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist es wichtig, dass wir in diesen Standort Baden-Württemberg investieren, in die Menschen investieren. Das bedeutet einen Weiterbildungsfonds für die Menschen, die heute arbeiten und morgen noch arbeiten wollen, und auch für die, die übermorgen arbeiten wollen; es bedeutet gleiche Bildungschancen von Anfang an.

Deswegen brauchen wir eine Initiative, mit der diese Landesregierung endlich handelt. Dazu zitiere ich den Literaturnobelpreisträger des Jahres 2016, der Bob Dylan hieß. Herr Ministerpräsident, bei den katholischen Bischöfen haben Sie uns auch mit einem Bob-Dylan-Zitat und nicht mit einem Hannah-Arendt-Zitat beglückt. Bob Dylan hat ein bekanntes Lied geschrieben, das den Titel trägt „The Times They Are A-Changin‘“. Mancher von Ihnen hat es noch im Ohr. Darin gibt es die berühmte Liedzeile:

*Then you better start swimmin' or you'll sink like a stone  
for the times they are a-changin'*

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Guter Text für die SPD!)

– Frau Kollegin Lösch singt bereits. – Rücklagen schaffen keine Arbeitsplätze. Die Menschen im Land sind in Sorge um unseren Planeten und sein Klima, aber eben auch um ihre Arbeitsplätze und ihre eigene Zukunft. Die Menschen machen sich Sorgen, weil sie nicht mehr dort wohnen, wo es sinnvoll wäre, sondern nur noch dort, wo sie es bezahlen können. Die Bürger sehen sich all dem ausgeliefert. Aber die Summe der Bürger ist eben der Staat, dieses Land, und dessen Regierung hat es in der Hand, mitzugestalten, den Wandel positiv zu gestalten, vor allem sozial und gerecht.

Unser Staat ist – ich möchte das deutlich sagen – stark genug. Die Mittel sind in der Kasse, um etwas zu bewegen. Aber die jetzt Regierenden haben den Staat offensichtlich über Jahrzehnte nicht nur kleingeredet, sondern das, was sie sagten, auch wirklich geglaubt. Damit trauen wir uns zu wenig zu und vergessen, dass gerade das Duo aus einem starken Staat und einer starken Wirtschaft dieses Land nach dem Krieg und nach den großen Veränderungen groß gemacht hat.

Unser Land muss endlich vorankommen, unsere Wirtschaft muss die Veränderungen meistern. Wir brauchen einen neuen Schub beim Wohnungsbau und Fortschritte bei der Bildung. Deswegen braucht dieses Land eine Regierung, die mehr tut, als zuzuschauen und in ihren Taschen mit dem Geld zu klimpern.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Nehmen Sie die Hände endlich aus den Taschen, krepeln Sie die Ärmel hoch, und gestalten Sie endlich! Die Menschen in diesem Land haben es verdient, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt hat für die FDP/DVP-Fraktion Herr Kollege Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Dem Redner fällt ein Blatt Papier herunter. – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ihnen ist etwas heruntergefallen!)

– Danke, ich kann mich noch bücken.

Frau Finanzministerin, Anlass dieser Debatte sind ja die Einbringung Ihres Haushalts und die Rede, die Sie in der vergangenen Woche zur Haushaltseinbringung hier gehalten haben. Ich habe genau zugehört, habe mir diese Rede auch genau angeschaut. Bei einigem von dem, was Sie gesagt haben, ist mir ein Satz aus Nepal eingefallen: „Seichte Bäche rauschen am meisten.“

(Heiterkeit des Abg. Bernd Gögel AfD)

Sie haben erklärt – ich zitiere wörtlich –: Geld ausgeben ist keine Kunst, sondern mit wenigen Mitteln auskommen. „Mit wenigen Mitteln auskommen“, Frau Kollegin Sitzmann.

Schauen wir uns also einmal die Entwicklung des Landeshaushalts an, beginnend mit dem Jahr 1996, zur Zeit der schwarz-gelben Koalition. Das wird ja gern zitiert. Damals haben wir – natürlich noch in D-Mark – umgerechnet mit einem Haushaltsvolumen in Höhe von 31,8 Milliarden € angefangen.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Nach 15 Jahren – die Regierungszeit Kretschmann war also deutlich kürzer – haben wir im Jahr 2011 bei 35,1 Milliarden € übergeben. Daraus hat die grün-rote Landesregierung dann 37,6 Milliarden € gemacht.

An dieser Kurve sehen Sie nun die Entwicklung bis 2021.

(Der Redner deutet auf das Schaubild. – Abg. Klaus Dürr AfD: Ist das inflationsbereinigt? – Zuruf von der AfD: Ist das eine Trauerweide?)

Bei dieser inflationären Steigerung wollen Sie, Frau Ministerin, uns ernsthaft erklären, Geld auszugeben sei keine Kunst, sondern die Kunst sei, mit wenig Mitteln auszukommen? Sie haben ja noch das Glück, dass der Länderfinanzausgleich auf neue Füße gestellt wird; sonst wären wir auch ohne das Volumen, über das wir noch reden werden – es geht um die knapp 2 Milliarden €, die noch zur Verfügung stehen –, bei 55,3 Milliarden €.

Frau Ministerin, dieser seichte Bach rauscht also schon ziemlich heftig bei dieser Entwicklung. Wir stellen fest: Sie haben in den letzten Jahren eine massive Einnahmesteigerung verbuchen können. Kollege Reinhart hat die 23 Milliarden € genannt, die wir in Zeiten der Finanzkrise zur Verfügung hatten; im Jahr 2013 waren wir dann bei 42,8 Milliarden € Einnahmen – was schon eine heftige Steigerung war –, und jetzt sind für das Jahr 2021 52,2 Milliarden € geplant.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Das ist eine Steigerung um 9,4 Milliarden € allein in acht Jahren.

Was geschieht nun mit diesem Geld? Es wird 1 : 1 ausgegeben. Da können Sie, Frau Ministerin Sitzmann, doch nicht sagen, Sie kämen mit wenig Geld aus. Nein, Sie vervespern alles. Für Sie und für diese Landesregierung gilt aber jene Bauernweisheit, die da lautet:

*Wer ausgibt und nicht Rechnung führt,  
er wird bald arm, ohn' dass er's spürt.*

Das wird die Folge Ihrer Regierungspolitik sein –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da gibt es keinen Applaus! – Gegenruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

natürlich noch nicht gleich; das ist klar. Im Moment ist es ja möglich – aufgrund der enorm hohen Steuereinnahmen, aufgrund der konjunkturellen Lage. Aber wir haben am heutigen Tag schon darüber gesprochen, wie sich am Horizont bereits die Bremsspuren abzeichnen, in welcher Weise mit Konjunktüreintrüben zu rechnen ist. Das Problem ist, dass Sie keinen Haushalt vorlegen, der auf Krisensituationen reagieren könnte. Sie schaffen vielmehr überwiegend strukturelle Belastungen, die eben nicht so einfach zurückzudrehen sind.

Wir werden daher als künftiger Landtag von Baden-Württemberg die Zeche für den Haushalt, den Sie heute vorlegen, im nächsten Jahrzehnt zu bezahlen haben – und zwar unabhängig davon, wer im nächsten Jahrzehnt in Baden-Württemberg regiert.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Tilgung beträgt gerade einmal 1,25 Milliarden € – bei den Möglichkeiten, die Sie hatten. Vom Jahr 2018 zum Jahr 2019 schleppen Sie jedoch 5,6 Milliarden € an Ausgaberechten einfach mit hinüber. Bei der Tilgung könnte man also deutlich mehr tun; man könnte auch ehrlichere Haushalte vorlegen.

Es ist nicht nur die Opposition, Frau Ministerin, es sind auch Neutrale, die die Seichtheit des rauschenden Baches erkennen. Ich zitiere aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 9. Oktober dieses Jahres:

*... der Etat für die Jahre 2020 und 2021 enthält die traurige Kunde, dass Grün-Schwarz das Prinzip der Schuldenbremse immer noch nicht verstanden hat.*

In der „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom selben Tag heißt es:

*Es bleibt das Grundproblem des grün-schwarzen Zweckbündnisses: In komfortablen Zeiten für Haushälter fehlen Mut, Visionen und vor allem eine gemeinsame Linie. So wird ein Stillstand fortgeschrieben, der auch künftige Regierungen binden wird.*

(Beifall bei der FDP/DVP)

So ist es: ein Stillstand, der künftige Regierungen binden wird.

Nicht einmal mit der Zinsentwicklung können Sie umgehen. Für das Jahr 2020 rechnen Sie mit 1,3 Milliarden € Zinsbelastung, für das Jahr 2021 mit fast 1,7 Milliarden € – und das bei der Politik der Europäischen Zentralbank. Meine Damen

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

und Herren, da stimmt irgendetwas nicht; da ist offensichtlich wenig Professionalität am Werk.

Was sind nun die Gründe für die Schieflage dieses Haushalts? Was sind die Gründe dafür, dass dieser Haushaltsentwurf nicht zukunftsfest ist? Welche Gründe hat es, dass Sie künftige Generationen mit diesem Haushalt strukturell belasten? Das Stichwort heißt: Konsumtion statt Investition, insbesondere im Stellenbereich. Was in diesem Haushaltsentwurf fehlt, sind nachhaltige Investitionen. Sie legen den Schwerpunkt auf das Konsumieren, insbesondere auf Personalstellen, die das Land Baden-Württemberg auf Jahrzehnte binden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dabei spreche ich nicht von Stellen, die Sinn ergeben – Stellen in den Bereichen Sicherheit und Bildung. Ich rede davon, dass wir seit 2017 fast 7 600 zusätzliche Personalstellen im Haushalt ausgebracht haben; in den Landesbetrieben sind es im selben Zeitraum fast 3 400 Stellen. Wenn Sie das addieren, sind Sie bei 11 000 Stellen. Neben den sinnvollen Stellen für Bildung und innere Sicherheit sind es aktuell 730 Stellen für die Landesbetriebe, 150 Stellen im Bereich Forst und natürlich zehn Stellen für Ihr Lieblingskind, den Nationalpark, der sich sozusagen zum grünen Hauptstadflughafen entwickelt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

Das Besucherzentrum des Nationalparks verzeichnet mittlerweile eine Kostenexplosion von rund 50 %. Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Besucherzahlen etwa 15 % dessen ausmachen, was Sie prognostiziert haben. Da ist diese Kostensteigerung doch in keiner Weise gerechtfertigt. Mit diesem Besucherzentrum Nationalpark haben Sie es ja auch schon ins Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler geschafft.

Es sind 150 Stellen im Bereich der Finanzverwaltung; heute habe ich irgendwo etwas von 500 Stellen gelesen

(Abg. Peter Hofelich SPD: Sollen es mal werden!)

– sollen es werden, aufgrund der Grundsteuerreform. Das ist auch kein Wunder angesichts dessen, was Ihnen da offensichtlich vorschwebt: eine Mischung aus den Vorstellungen von Olaf Scholz und dem, was Bayern vernünftigerweise tut, nämlich ein bürokratisches Modell, das am Ende wahrscheinlich doch wieder dazu führt, dass der Bürger noch stärker abkassiert wird.

Ich sage Ihnen eindeutig: Nehmen Sie ein unbürokratisches Modell, ein Flächenmodell, wie es die Bayern haben. In der Vergangenheit war es nie ganz schlecht, nach Bayern zu schauen; manches kann man durchaus übernehmen. Dieses Flächenmodell ist unbürokratischer und bürgerfreundlicher. Dann brauchen Sie auch nicht 500 zusätzliche Finanzbeamte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese Politik ist natürlich auch der Grund dafür, dass der Personalbereich die größte Steigerungsrate im Haushalt ausweist: für das Jahr 2020 plus 1,3 Milliarden €, für das Jahr 2021 plus 2,1 Milliarden €.

Das ist eine Entwicklung, die besorgniserregend ist. Sie wird uns unmittelbar auf die Füße fallen, sobald in Baden-Württemberg die Auswirkungen des Konjunkturereintruchs – der absehbar ist und gegen den Sie nichts tun; im Gegenteil, Sie befördern ihn; darauf werden wir noch zu sprechen kommen – vollständig erkennbar werden.

Deshalb war es gut, dass die vier Fraktionen des demokratischen Verfassungsbogens –

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Oh-Rufe von der AfD – Abg. Udo Stein AfD: Es gibt noch eine direktdemokratische Fraktion!)

– Interessant, dass Sie sich gleich angesprochen fühlen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Bernd Gögel AfD: Wir warten die ganze Zeit darauf!)

Die vier Fraktionen des demokratischen Verfassungsbogens haben zu einem Thema, bei dem der Finanzministerin ein wenig die Hände eingeschlafen waren, etwas getan: Sie haben das Thema Schuldenbremse vorangebracht, auch die Implementierung der Schuldenbremse in die Landesverfassung.

Zum einen ist es in Zeiten, in denen es Bundesländer gibt wie Thüringen, in denen das demokratische Spektrum schon gar keine Mehrheiten mehr hat, gut, dass wir deutlich machen, dass dort, wo es wirklich darauf ankommt, demokratische Parteien und demokratische Fraktionen zur Zusammenarbeit bereit und fähig sind.

Zum Zweiten liegt das im Interesse des Landes. Herr Kollege Reinhart, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist nie falsch!)

wenn Sie sagen: Es ist an dieser Stelle jetzt völlig falsch, zu erklären: Ach, das mit der Schuldenbremse muss man nicht so eng sehen. Das mit der Schuldenbremse kann man eigentlich gleich wieder vergessen. Wir können jetzt eigentlich investieren, um – wie hat es der Kollege Stoch genannt? – antizyklische Politik zu machen.

Herr Kollege Stoch, Sie haben gestern auch mitgemacht, und Ihre heutigen Ausführungen passen nicht zu 100 % zu der gestrigen Entscheidung,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das passt sehr gut!)

wenn Sie einerseits erklären: „Wir machen mit bei der Schuldenbremse“, aber auf der anderen Seite dann sagen: „Eigentlich müsste man jetzt doch wieder antizyklisch die Schleusen öffnen.“

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir können es unter Wahrung der Schuldenbremse!)

Wir müssen nicht antizyklisch die Schleusen öffnen, sondern wir müssen richtig investieren, und zwar nachhaltig in die Infrastruktur und nicht, wie diese Landesregierung es tut, nur im Personalbereich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb hat meine Fraktion darauf hingewiesen, dass wir gern bereit sind, zu einer nachhaltigen Lösung zu kommen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wir sind dankbar, dass uns auch ein Stück weit entgegengekommen wurde, etwa beim Thema Kontrollkonto, sodass wir zu einer stärkeren Tilgung gekommen sind, als das ansonsten der Fall gewesen wäre. Ich glaube, wir haben damit eine zukunftsfeste Lösung, die auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten das Land Baden-Württemberg und die jeweiligen Landtage und Regierungskoalitionen einerseits handlungsfähig lässt, wenn beispielsweise eine Notlage festgestellt worden ist, aber eben einer Regierungskoalition auch nicht die Möglichkeit gibt, mit vorgeschobenen Argumenten eine solche Notlage festzustellen. Vielmehr braucht man gute Argumente, um zumindest Teile der Opposition davon zu überzeugen. Ich denke, das ist eine kluge Lösung, die wir da zusammen gefunden haben.

Trotz aller Ausgabenwut, insbesondere im Personalbereich, gibt es in diesem Haushalt Spielräume, die nicht genutzt worden sind. Es gibt enorme Spielräume. Fast 2 Milliarden € sind noch offen. In der vergangenen Woche haben Sie, Frau Ministerin, erklärt, diese Mittel wollen Sie im Wesentlichen in die Rücklage nehmen, während der Kollege Reinhart erklärt hat: „Wir wollen gestalten

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

als Regierungsfraktion.“ Ja, was denn nun?

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Beides!)

– Beides?

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

Sie nehmen das Geld einerseits in die Rücklage und geben es gleichzeitig aus, Herr Kollege Reinhart.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Nein, wir teilen es klug auf!)

Das sind die Taschenspielertricks einer Regierungskoalition. Sie können nur entweder gestalten oder das Geld in die Rücklage nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Das ist kreatives Arbeiten!)

Es ist aber erkennbar: Dieses viele Geld tut Ihnen nicht gut.

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Lachen des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das macht neidisch!)

Da gilt ein Satz von Friedrich dem Großen, der einmal gesagt hat:

*Der Luxus hingegen treibt den Menschen nicht zu einer einzigen Tugend an, sondern stumpft alle Gefühle in ihm ab.*

Genau das ist erkennbar bei dem Luxus dieses Haushalts.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

– Herr Kollege Haser, ich habe gehört, Sie verstehen es nicht. Ich bin bereit, es Ihnen nachher persönlich zu erklären.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist ein cleveres Kerlchen, der versteht alles!)

– Ich weiß, dass er clever ist. Dann wird er es wahrscheinlich auch beim zweiten Mal verstehen.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Nur gut, dass wir so gute Lehrer haben!)

Frau Kollegin Sitzmann, die Spielräume dieser Regierungskoalition haben Sie beispielsweise nicht für ein Übereinkommen mit den kommunalen Landesverbänden genutzt. Sie haben so viel Geld wie nie, aber gleichzeitig so viel Streit wie nie mit den Kommunalen. Das müsste einem doch eigentlich zu denken geben. Es ist ja auch kein Wunder, wenn die Kommunalen für die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge im Jahr 2020 270 Millionen € brauchen und Sie gerade mal 150 Millionen € bieten.

Wenn man den „Schwarzwälder Boten“ vom 6. November liest, dann erfährt man, wie beispielsweise Wolf-Rüdiger Michel, Landrat des Landkreises Rottweil, dies beurteilt – ein CDU-Mann; das muss der CDU in den Ohren klingen; ein guter Mann. Er sagt: „Allein für den Kreis Rottweil fehlen 3 Millionen € im Jahr.“

(Abg. Stefan Teufel CDU: Entenklemmer!)

Er bezeichnet das Handeln seiner Regierungskoalition, von eigenen Parteifreunden, als unmöglichen Vorgang. Er sagt – wörtlich –:

*In Stuttgart sitzen schwäbische Entenklemmer.*

Frau Sitzmann, das Ihnen als Freiburgerin! „Schwäbische Entenklemmer sitzen in Stuttgart“, sagt Landrat Michel stellvertretend für die Kommunalen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wie ist denn die weibliche Form?)

– Vielleicht hat er auch eine Entenklemmerin gemeint. Ich meine, da sie keine Schwäbin ist –

(Heiterkeit des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Eine Ente ist immer weiblich!)

– Kollegin Razavi weist zu Recht darauf hin: Eine Ente ist weiblich. Insofern stimmt ja alles.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Im übertragenen Sinn muss man dann das vortragen!)

Auch im Steuerbereich, meine Damen und Herren, wäre manches möglich. Über das Thema Grundsteuer habe ich schon gesprochen.

Auch beim Thema Grunderwerbsteuer gilt: Wenn wir das Wohnraumproblem in Baden-Württemberg wirksam angehen wollen, dann sollte der Grunderwerbsteuersatz wieder sinken, und zwar von den 5 %, die wir im Moment haben – gar nicht zu reden von den 6 % in den geheimen Zusatzprotokollen zum

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Koalitionsvertrag –, auf 3,5 %, wie wir es im Jahr 2011 hinterlassen hatten.

Ich will nur darauf hinweisen: Im Jahr 2011 hatte das Land Baden-Württemberg ein Grunderwerbsteueraufkommen von 940 Millionen €. Für das Jahr 2021 sind 2,17 Milliarden € geplant. Wenn wir wieder auf das verträgliche Maß eines Steuersatzes von 3,5 % zurückgehen würden, dann läge das Steueraufkommen immer noch bei 1,52 Milliarden €. Wir hätten die Möglichkeit, den Bürgern gut 600 Millionen € für Investitionen in Wohnraum zur Verfügung zu stellen, und hätten noch immer eine Steigerung um fast 100 % im Vergleich mit dem Jahr 2011. Nur so werden wir das Wohnraumproblem in Baden-Württemberg lösen – nicht mit irgendwelchen Landesprogrammen, bei denen Mittel nicht abgerufen werden, auch nicht mit irgendwelchen dirigistischen Maßnahmen, den ganzen Mietpreisbremsen und was es sonst alles an Werkzeugen auf dieser Welt gibt,

(Abg. Anton Baron AfD: Deckelung!)

sondern nur, wenn man Anreize setzt, in Wohnraum in diesem Land zu investieren. Den besten Anreiz können Sie setzen, wenn der Grunderwerbsteuersatz endlich wieder auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, in der vergangenen Woche haben Sie sich intensiv mit dem Thema Medien auseinandergesetzt. Ich habe gelesen, Sie befürchteten Nachrichtenwüsten. Wenn man Nachrichtenwüsten in Zeiten von Fake News und dergleichen mehr sowie Konzentrationsprozesse in der Medienlandschaft befürchtet, dann würde ich mir eigentlich wünschen, dass im Gegenzug etwas für die Regionalsender getan wird. Wenn den Regionalsendern Zuschüsse von 4,9 Millionen € versprochen wurden, obwohl sie eigentlich 5,9 Millionen € bräuchten – schauen wir uns einmal an, wie es beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist –, dann ist es nachgerade schon eine Schande, wenn man sie letztlich mit 3 Millionen € abspesen will.

Wenn man dann über Nachrichtenwüsten jammert, Herr Ministerpräsident, ist dies Heuchelei. Dann gilt wahrscheinlich ein Satz des Aphoristikers Jürgen Köditz, der gesagt hat: „Besonders talentierte Heuchler klopfen sogar ihrem Spiegelbild auf die Schulter.“ So ungefähr ist es, wenn man in diesem Zusammenhang über Nachrichtenwüsten jammert.

Frau Ministerin, Sie haben behauptet, der Haushalt sei wetterfest. Bei den Stellen ist dieser Haushalt mit Sicherheit nicht wetterfest. Er ist auch strukturell nicht wetterfest. Sie haben zum Zweiten in Ihrer Haushaltsrede behauptet, diese Koalition habe erfolgreich gestaltet. Gleichzeitig räumen Sie ein, die Wirtschaftsleistung flau ab. Halten Sie es für einen Erfolg Ihres wetterfesten Wirtschaftens, wenn die Wirtschaftsleistung abflaut?

(Lachen der Ministerin Edith Sitzmann)

Wir können gleich noch darüber reden, welche Gründe das hat und was Sie tun, um dem entgegenzuwirken.

Sie haben in Ihrer Haushaltsrede gesagt – der Kollege Reinhart hat es entweder zitiert oder selbst gewusst –,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat auch zugehört, wie Sie!)

dass ein Drittel der Arbeitsplätze im Maschinenbau und ein Viertel der Arbeitsplätze im Fahrzeugbau der Bundesrepublik Deutschland in Baden-Württemberg angesiedelt sind. Also dieser Bereich – insbesondere der Bereich Mobilität und die Zulieferindustrien der Mobilität – ist der, der bei uns Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, ist der, der bei uns für Wertschöpfung sorgt. Das ist die Grundlage unseres Wohlstands.

Kollege Reinhart, Sie haben gesagt – ich darf das zitieren; ich kann das unterschreiben –: „Baden-Württemberg ist ein Autoland.“ Ja, Baden-Württemberg ist ein Autoland. Aber dann – das sollte sich diese Regierungskoalition ins Stammbuch schreiben – sollte das Land dies auch bleiben. Dieser Batteriehypothese, dem manche hier huldigen – auch diese Landesregierung –, ist das Gegenteil dessen, was notwendig ist, um das Land Baden-Württemberg als Autoland zu erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf: Recht hat er!)

Heute haben wir erfahren, dass Tesla 7 000 Arbeitsplätze schaffen will. Und wo? In Brandenburg.

(Zuruf: 10 000!)

Ich sage Ihnen voraus: Die Politik, die im Moment gemacht wird und bei der Sie Beifall klatschen, führt genau dazu, dass Arbeitsplätze in Baden-Württemberg vernichtet und diese Arbeitsplätze dann beispielsweise nach Brandenburg verlagert werden, weil wir beispielsweise die Wertschöpfung in Baden-Württemberg dadurch ruinieren, dass Sie – – Bosch-Chef Volkmar Denner sagt, er brauche für die Produktion von Dieselfahrzeugen zehn Arbeitsplätze und für die Produktion von batteriebetriebenen Fahrzeugen einen. Das ist nicht in unserem Interesse. Das führt zu einem Strukturbruch im Land Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Wenn Sie mit dieser Politik so weitermachen, dann werden Sie feststellen, dass wir im Baden-Württemberg des 21. Jahrhunderts das erleben, was das Ruhrgebiet im 20. Jahrhundert erlebt hat:

(Zuruf von der AfD: Genau!)

genau diesen Strukturbruch und die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wenn Herr Özdemir im Bundestag erklärt, es sei nicht damit getan, aus 40 Millionen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor 40 Millionen Autos mit Elektromotoren zu machen, bin ich ihm für diese Äußerung sehr dankbar. Denn dann ist klar, was eigentlich dahintersteht: Man will eine Technologie durchsetzen, die nichts taugt, damit die Leute aufhören, Auto zu fahren. Das ist das eigentliche Ziel, das Sie im Auge haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Widerspruch bei den Grünen)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Schauen wir uns das Ganze doch einmal an. Ist der Lithiumabbau in Südamerika – in Bolivien gehen die Leute auf die Straße – ökologisch verantwortbar?

(Zuruf von der AfD: Bei den Grünen schon!)

Im Kongo: Kinderarbeit beim Kobaltabbau – Verzeihung, Frau Baerbock würde sagen: „Kobold“; aber es ist Kobalt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Bei der Landesstiftung schmeißen sie alle Papiere raus,

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

die irgendetwas mit Kinderarbeit zu tun haben; bei der Batterie ist Kinderarbeit aber überhaupt kein Problem.

(Zuruf von der AfD: Heuchelei ist das! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Kennen Sie die Studie von e-mobil BW?)

Sehen wir uns einmal den ökologischen Fußabdruck dieser Batteriemobilität an und vergleichen das mit dem, was die Europäische Union vorgibt. Wir stellen fest, dass diese Batteriemobilität den ökologischen Fußabdruck eines Elefanten hat, und Brüssel tut so, als wäre es eine Ameise. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren –

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Carola Wolle AfD – Heiterkeit der Abg. Carola Wolle AfD)

von der Entsorgung dieser Dinger gar nicht zu reden.

Man kann demjenigen, der ein Einfamilienhaus hat, eine Ladestation bieten. Das funktioniert. Aber was machen Zehntausende Menschen, die in Hochhäusern wohnen und auf der Straße parken? Wo laden die ihre Fahrzeuge?

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deshalb kaufen die Leute diese Dinger auch nicht, und deshalb erhöhen Sie dann einfach die Subventionen, nach dem Motto: Wir leisten so hohe Subventionen, bis es der Letzte verstanden hat. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Vernünftige Technologien wie die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie oder E-Fuels – synthetische Kraftstoffe – werden blockiert.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Kürzlich hat beispielsweise die Geschäftsführung eines großen Unternehmens – Sie haben es vielleicht gelesen – eine Alternative vorgeschlagen und wurde sofort wieder unter fadenscheinigen Gründen ausgebremst,

(Abg. Anton Baron AfD: Von Schwarz-Rot!)

weil nämlich das Ziel verfolgt wird, die Leute zu dieser Batteriemobilität zu drängen, weil man weiß, es funktioniert

nicht, weil man das Automobil als solches vernichten will. Das ist Ihre eigentliche Zielsetzung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Vollkommen falsch, Herr Kollege!)

Es ist möglich, den Verbrennungsmotor auch bei einer ökologischen Wende nicht mit fossilen Kraftstoffen, sondern mit synthetischen Kraftstoffen zu betreiben und die Wertschöpfung in Baden-Württemberg zu halten. Das ist möglich. Und es muss möglich sein, das Thema Wasserstoff voranzubringen – und eben nicht diese Batterie –, damit die Wertschöpfung in Baden-Württemberg erhalten bleibt und wir nicht im Endeffekt erleben, dass wir unsere Schlüsselindustrie kaputt machen und die Arbeitsplätze nach Brandenburg abwandern. Das ist keine verantwortungsvolle Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Rülke, Herr Abg. Katzenstein möchte eine Frage stellen.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Wenn es

(Abg. Peter Hofelich SPD: Der Wahrheitsfindung dient!)

der Wahrheitsfindung und der Bildung dient.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

**Abg. Hermann Katzenstein** GRÜNE: Vielen Dank, Herr Rülke. Davon können Sie ausgehen.

Ist Ihnen erstens bekannt, dass die Energieeffizienz des Wasserstoffs im Vergleich mit dem batterieelektrischen Antrieb um den Faktor 2,5 schlechter ist und dass sie bei den synthetischen Kraftstoffen noch einmal um den Faktor 6 – insgesamt also um den Faktor 9 – schlechter ist als beim batterieelektrischen Antrieb?

Ist Ihnen zweitens bekannt, dass wir selbstverständlich technologieoffen agieren und den Wasserstoffantrieb auch berücksichtigen, dass dieser aber beim Pkw im Moment keinen Sinn macht, weil wir dafür nicht genügend erneuerbaren Strom haben?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ich stelle jetzt zwei Tatsachen fest. Erstens haben Sie sich widersprochen, Herr Katzenstein. Sie haben erklärt, Sie seien technologieoffen, gleichzeitig aber halten Sie vom Wasserstoff nichts.

(Widerspruch der Abg. Thekla Walker GRÜNE)

Zweitens kann ich Ihnen zu den Schadstoffen und zur Effizienz Folgendes sagen: Jeder Wissenschaftler kann Ihnen nachweisen, dass beispielsweise Dieselfahrzeuge der Euronorm 6d umweltfreundlicher sind als alle Batteriefahrzeuge. Trotzdem wird in Baden-Württemberg und anderswo diese Politik gemacht, und genau das ist falsch.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Rülke, Herr Abg. Katzenstein möchte Ihnen noch einmal eine Frage stellen. Sind Sie damit einverstanden?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Nein. Herr Katzenstein hatte die Chance und hat sie nicht genutzt. Jetzt geht's weiter.

(Heiterkeit)

Frau Ministerin, Sie haben erklärt, knapp jeder vierte Euro in diesem Landeshaushalt werde in die Bildung investiert. Das ist richtig. Gleichzeitig stellen Sie fest, dass die Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudien – ich zitiere Sie weiter – uns nicht zufriedenstellen können. Haben Sie, Frau Ministerin, oder Sie, Herr Ministerpräsident, sich einmal gefragt, wie es zusammenpasst, dass wir jeden vierten Euro für die Bildung ausgeben und die Schüler in den internationalen Vergleichsstudien immer schlechter abschneiden? Möglicherweise liegt das daran, dass Sie eine falsche Bildungspolitik machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Das könnte doch sein. Darüber würde ich zumindest einmal nachdenken. Was läuft denn falsch, wenn wir immer mehr Geld in die Bildung stecken und die Schüler immer schlechtere Ergebnisse erzielen? Das kann doch eigentlich nur an Ihrer Bildungspolitik liegen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Der Grund dafür ist auch eindeutig: Sie setzen nicht auf die erfolgreiche Vielfalt der Vergangenheit, auf ein vielgliedriges, differenziertes Schulsystem, auf die Grundlage unseres Wohlstands. Ich sehe ein Strahlen im Gesicht des Kollegen Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Ich stehe in diesem Fall auf Vielfalt!)

Jetzt setzen Sie auf etwas anderes, nämlich darauf, eine Einheitsschule durchzusetzen. Ministerin Eisenmann – vielleicht ist sie schon im Wahlkampf – hat sehr durchsetzungsstark erklärt, sie möchte die kleinen Schulen erhalten, sie möchte Grundschulen, Hauptschulen und Werkrealschulen erhalten. Im Haushalt lesen wir aber, dass dort ein Abbau von 1 810,5 Stellen geplant ist, während bei den Gemeinschaftsschulen ein Aufwuchs von 2 031 Stellen geplant ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist so was von durchsichtig!)

Entweder haben sich die Vorstellungen von Frau Eisenmann nicht bis zur Finanzministerin durchgesprochen, oder es ist reine Heuchelei. Die CDU hat sich damit abgefunden, dass diese Schulen plattgemacht werden und sich das Ganze schon im Haushalt abbildet.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach komm!)

Das Klassenteilerprivileg haben Sie auch noch nicht abgeschafft. Nach wie vor liegt der Klassenteiler bei 28 Schülern an den Gemeinschaftsschulen und bei 30 an den anderen. Das nenne ich nicht Wettbewerbsgleichheit. Das ist der politische Versuch, eine Entwicklung zu verstetigen, die letztlich zu dem

geführt hat, was wir feststellen: Wir geben immer mehr Geld für die Bildung aus, und die Schüler schneiden immer schlechter ab. Das ist das Ergebnis Ihrer Bildungspolitik, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bei der Digitalisierung stoßen wir auf ein ähnliches Bild. Vorhin haben sich die Vorsitzenden der beiden Regierungsfractionen dafür gefeiert, wie viel Geld in die Digitalisierung gesteckt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Die Zahl der Funklöcher nimmt aber nicht ab. Herr Kollege Reinhart, wenn ich versuche, Sie zu erreichen, und Sie in Ihrem Wahlkreis, im Main-Tauber-Kreis, unterwegs sind, ist die Leitung immer tot.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das liegt an etwas anderem, Herr Rülke!)

Da gibt es nur Funklöcher, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wenn man ein altes Handy hat! – Unruhe)

Oder er hat das Handy abgeschaltet. Das kann natürlich auch sein.

Aber das gilt ja nicht nur für den Main-Tauber-Kreis. In die Digitalisierung wird immer mehr Geld hineingesteckt, doch die Zahl der Funklöcher nimmt nicht ab. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben neulich auf einer Regierungspressekonferenz doch mal erklärt, seit acht Jahren seien Sie Ministerpräsident, seit acht Jahren würden Sie durch Stuttgart fahren: immer das gleiche Funkloch. Da muss man sich doch auch einmal die Frage stellen: Was nutzt das viele Geld, das wir da investieren? Offensichtlich läuft da politisch etwas falsch. Offensichtlich versickert das Geld, und man hat keine Strategie.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Am Anfang der Legislaturperiode wurde noch angekündigt: „Wir wollen eine Digitalisierungsstrategie entwickeln.“ Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Das ist vielleicht auch ganz gut so, denn mittlerweile stellen wir fest: Es gibt nur noch Einzelprojekte in Fachministerien. Daran krankt auch die Digitalisierung im Land Baden-Württemberg. Es gibt zwar einen Minister, der sich Digitalisierungsminister nennt, aber die Kompetenzen sind weit gefächert. Es ist notwendig, diese Kompetenzen in einem Ministerium zu bündeln.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Jawohl! Genau!)

Dazu brauchen wir einen Minister, der die Aufgabe nicht in Form eines 450-Euro-Jobs nebenher wahrnimmt, sondern einen, der sich völlig auf die Digitalisierung konzentriert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Unter dem Strich können wir feststellen – alles in allem –: Uns liegt ein Haushalt vor, der unglaublich viele Ressourcen zur Verfügung stellt und der mit diesen unglaublich vielen Ressourcen unglaublich viel Positives für das Land Baden-Württemberg bewirken könnte. Aber im Endeffekt tut er das

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

nicht. Im Endeffekt fehlt nicht das Geld, sondern es fehlt die Regierungskunst. Das ist das Problem. Oder, um mit einem Satz von Oscar Wilde zu schließen:

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

*Es gibt Leute, die nichts können, aber selbst das verpfuschen sie noch.*

So arbeitet diese Landesregierung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, nun hat die Regierung das Wort. – Frau Ministerin Sitzmann, bitte.

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Vor einer Woche haben Sie mir etwas über eine Stunde lang – 69 Minuten – Ihr Ohr geschenkt.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Heute ist die Stunde des Landtags, und ich habe Ihnen seit 10 Uhr aufmerksam zugehört.

(Zuruf von der AfD: Sie waren doch draußen!)

Ich möchte auf einiges, was Sie gesagt haben, noch einmal eingehen.

Ja, wir haben einen Haushaltsentwurf vorgelegt, und er ist die Grundlage dafür, dass wir mit Zuversicht ins neue Jahrzehnt starten können. Und warum können wir das? Weil dieser Haushaltsentwurf eine solide Grundlage ist. Er ist nachhaltig,

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Und wetterfest!)

er denkt an heute, aber auch an morgen und übermorgen, er ist generationengerecht,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

und er ist wetterfest, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Halten Sie jetzt die Rede von letzter Woche noch einmal? – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Er ist wetterfest. Und die Grundsätze, die diesem Haushaltsentwurf zugrunde liegen, lauten zum einen: Es handelt sich um Steuergeld. Es ist nicht mein Geld, es ist nicht das Geld des Haushaltsgesetzgebers,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unser Geld!)

sondern es ist das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das sind auch wir alle hier im Raum – der Kollege Röhm selbstverständlich ebenso.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich zahle gern Steuern! Der Staat gibt mir ja etwas zurück! – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Deswegen haben wir natürlich den Anspruch, mit diesem Geld verantwortungsvoll und effizient umzugehen sowie zum Zweiten einen Mehrwert zu schaffen. EU-Kommissar Oettinger hat

in Bezug auf die europäischen Finanzmittel einmal gesagt: „Es muss ein Mehrwert geschaffen werden.“

Das sind also die Leitlinien. Und, meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass all diese Grundsätze und Leitlinien mit diesem Entwurf auch eingehalten sind.

Wir haben uns viel Mühe gegeben. Das gilt natürlich für die Landesregierung, die den Entwurf aufgestellt hat. Aber vor allem gilt auch: Es ist ein Gemeinschaftswerk, das gemeinsam mit den Regierungsfractionen, mit Grünen und CDU, erarbeitet wurde. Wir haben uns in vielen und langen Sitzungen der Haushaltskommission auf diesen Entwurf verständigt. Dafür noch einmal ganz herzlichen Dank an dieser Stelle, meine Damen und Herren.

Gern gehe ich auf einige Kritikpunkte ein, die die Opposition hier formuliert hat.

(Zuruf: Auch die CDU!)

Um es deutlich zu sagen – das wurde schon im ersten und im zweiten Redebeitrag gesagt –: Wir sind noch nicht fertig. Das ist der Entwurf der Regierung, und jetzt beginnen die Beratungen im Parlament. Wir werden in den kommenden zwei Wochen, Herr Kollege Stickelberger, gemeinsam viele Stunden im Finanzausschuss verbringen, nehme ich an

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ich freue mich darauf!)

– ich freue mich auch darauf –, und wir werden jeden Einzelplan intensiv beraten. Selbstverständlich wird es Änderungen am Haushaltsplanentwurf geben. Alles andere wäre eine nie da gewesene Premiere. Änderungen muss es schon allein deshalb geben, weil die Ergebnisse der Steuerschätzung erst vorlagen, nachdem der Haushaltsentwurf beschlossen worden war. Deshalb müssen, Herr Kollege Stoch und Herr Kollege Rülke, noch einige Punkte geklärt werden. Da geht es auch um die Steuerermehreinnahmen und die Daimler-Bußgelder – beides zusammen fast 2 Milliarden € – und die Frage: Wie ist die Verwendung dieser Mittel geplant? Ich habe in der letzten Woche dafür plädiert, Vorsorge zu treffen, die Rücklage zu erhöhen und insbesondere für konjunkturelle Risiken vorzusorgen.

Damit sind wir schon an einem Punkt, an dem ich einiges, was der Kollege Stoch gesagt hat, einmal genauer unter die Lupe nehmen möchte.

„Handeln statt reden“, haben Sie gefordert. Das haben Sie jetzt nicht zum ersten Mal gesagt. Die Handlung erfolgt dann, wenn der Haushalt beschlossen ist. Erst dann sind die Mittel freigegeben. Und dann können all die Projekte, all die Verbesserungen, all die Investitionen in reale Politik umgesetzt werden.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Wir haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass wir in Baden-Württemberg handeln. Das werden wir selbstverständlich auch in den kommenden Jahren tun.

Zu dem Satz der AfD-Fraktion, dies sei der letzte Haushalt von Grün-Schwarz, kann ich nur sagen: Träumen Sie weiter. Es wird nicht der letzte sein.

(Ministerin Edith Sitzmann)

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Lachen der Abg. Bernd Gögel und Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: Das werden wir sehen! Vielleicht kommt ja Grün-Gelb!)

Es ist der zweite Doppelhaushalt, und es werden noch einige weitere Doppelhaushalte folgen.

Wir sind in einer Situation – das habe ich in der letzten Woche auch nicht verhehlt –, in der sich die konjunkturelle Entwicklung im Vergleich mit den letzten Jahren auf jeden Fall abgeschwächt hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zu den Grünen: Haben Sie das gehört? Das war eine Koalitionsaussage! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Die CDU jubelt!)

Deshalb müssen wir Vorsorge treffen, und deshalb sollten wir die Rücklagen erhöhen.

Wie Sie, Herr Kollege Stoch, auf die Summe von 5 Milliarden € an Rücklagen kommen, die wir jetzt angeblich noch hätten, kann ich nicht nachvollziehen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ah ja!)

Ich kann Ihnen sagen: Wir hatten eine Rücklage für Haushaltsrisiken. Diese umfasste einmal ein Volumen von 1,056 Milliarden €. Im September waren davon noch etwas über 300 Millionen € nicht gebunden. Mittlerweile sind 8,9 Millionen € davon noch nicht verausgabt bzw. gebunden. Also, diese Mittel können Sie nicht gemeint haben, Herr Kollege Stoch.

Vielleicht haben Sie in die 5 Milliarden € die 2,2 Milliarden € eingerechnet, die wir für den Abbau der impliziten Verschuldung, also den Sanierungsstau an landeseigenen Gebäuden, zurückgelegt haben. Das könnte sein. Wenn das der Fall ist, dann kann ich Ihnen sagen, dass im Herbst 52 Millionen € von diesen 2,243 Milliarden € noch nicht für konkrete Projekte gebunden waren. Seit der Finanzausschusssitzung im Oktober hat sich auch das geändert. Also, die komplette Summe für die Sanierung von landeseigenen Gebäuden ist mittlerweile gebunden.

Dass Sie die Rücklagen für Stuttgart 21 da jetzt subsumiert hätten, kann ich mir irgendwie nicht vorstellen. Wenn Sie sagen: „Wir haben ja so viel Geld frei“, würde das ja bedeuten, dass Sie sagen, wir sollten die 379 Millionen €, die da drin sind, jetzt für etwas anderes verwenden.

Ich weiß auch nicht, ob Sie den Versorgungsfonds oder die Versorgungsrücklage eingerechnet haben. Das kann aber eigentlich nicht sein; denn das wären inzwischen rund 8 Milliarden €. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie diese auch erhalten wollen.

Ob Sie jetzt auch schon die Milliarde eingerechnet haben, von der ich in der vergangenen Woche gesagt hatte, die sollten wir zusätzlich verwenden, weiß ich ebenfalls nicht.

Auf jeden Fall kann ich Ihnen sagen: Die Rechnung, die Sie hier aufgemacht haben, ist definitiv falsch, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Sie ist falsch, und deswegen müssen wir tatsächlich – darüber werden wir in der Koalition beraten – die Vorsorge erhöhen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wer auch in Zukunft handlungsfähig sein will und auch in Zukunft gestalten will, der muss jetzt Vorsorge treffen. Und genau das werden wir tun.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fabian Gramling CDU – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Und investieren!)

– Ja, und wir investieren viel. Und ich sage: Wenn man fast 2 Milliarden € mehr zur Verfügung hat, dann kann man sowohl zusätzliche Ausgaben tätigen als auch die Rücklage aufstocken. Beides ist möglich, meine Damen und Herren, beides werden wir tun. Wo genau wir investieren, werden wir heute und auch im Zuge der Finanzausschusssitzungen intensiv diskutieren und dann beschließen.

Herr Kollege Stoch, besonders interessant war Ihre Forderung, wir sollten jetzt antizyklisch investieren. Zunächst einmal: Wir haben ja mit dem Abbau der impliziten Verschuldung die Möglichkeit, Mittel, die für Tilgung vorgesehen sind, auch in den Erhalt des landeseigenen Vermögens zu investieren. Das heißt, es ist möglich, in die Substanz des Landes zu investieren. Das ist gut und richtig. Wenn wir die Mittel jetzt gebunden haben, ist ja noch nicht jedes Projekt fertiggestellt und abgeschlossen; das dauert ein bisschen länger. Ich sage einmal: Es liegt insbesondere daran, dass die Baukonjunktur nach wie vor sehr gut läuft und es eine hohe Auslastung gibt.

Es ist doch klar, dass die Probleme, die wir jetzt haben, insbesondere im Bereich der Automobilindustrie und im Bereich des Maschinenbaus liegen. Das haben Sie selbst ja auch angesprochen. Ich weiß jetzt nicht genau, was Sie meinen, wenn Sie sagen, wir sollten in Baden-Württemberg antizyklisch investieren. Sollen wir Maschinen anschaffen? Sollen wir mehr Autos kaufen? Ist das Ihre Vorstellung von antizyklischen Investitionen? Das kann ich mir jetzt nicht vorstellen.

Wenn hier behauptet wird, diese Regierung würde zusehen, wie die wirtschaftliche Entwicklung läuft, und nicht handeln, dann kann ich Sie nur fragen: Wer war es denn, der den ersten sogenannten Autogipfel einberufen hat? Das war nicht die Bundesregierung, und das war auch kein anderer Ministerpräsident, sondern das war Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Aus diesem ersten Autogipfel ist dann der Strategiedialog Automobilwirtschaft entstanden, eine Vernetzung von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, und ich kann nur sagen: Das hat sich als absolut vorausschauende Initiative bewährt. Über diesen Strategiedialog Automobilwirtschaft sind eine Menge gemeinsamer Projekte entstanden. Und ich denke, das ist genau die richtige Reaktion auf die schwierigen Entwicklungen im Bereich Fahrzeugbau gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die betreffenden Mittel sind übrigens im Einzelplan 12 und nicht im Einzelplan 02 ausgebracht; aber das ist nur ein Detail. Das wollen wir an dieser Stelle nicht vertiefen. Das ist ein Punkt gewesen.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Ein weiterer Punkt ist, dass wir selbstverständlich im Gespräch sind mit Vertretern der Wirtschaft und der Verbände, mit Unternehmerinnen und Unternehmern, mit IHKs. Natürlich bemühen wir uns, einen branchendifferenzierten Blick auf die derzeitige Entwicklung zu haben. Ich kann nur sagen, dass unsere Wirtschaftsministerin, Kollegin Hoffmeister-Kraut, zu einem Strategiegeläch zur konjunkturellen Entwicklung eingeladen hatte und dass daraus eine Taskforce entstanden ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: „Taskforce“!)

Diese beschäftigt sich mit der Frage, was wir tun können, um vor allem den internationalen Entwicklungen, die ja den exportorientierten Unternehmen in unserem Land Probleme machen, zu begegnen.

Aber wir haben nicht nur Vorsorge über Rücklagen geleistet. Wir haben nicht nur dadurch vorgesorgt, dass das Volumen von Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds insgesamt mittlerweile fast 8 Milliarden € beträgt oder indem wir die landeseigenen Gebäude und landeseigenen Straßen sanieren. Wir haben natürlich auch in die Innovationskraft Baden-Württembergs investiert. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Wo tun wir das? Ein Beispiel ist der Strategiedialog mit der Automobilindustrie. Das ist ein wichtiger Beitrag der Landespolitik zur Stärkung der Innovationskraft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir machen das intensiv im Bereich der künstlichen Intelligenz – das Thema „Cyber Valley“ ist hier heute bereits angesprochen worden –, und, ja, Herr Rülke, wir machen das auch intensiv im Bereich der Batterieforschung. Wir hätten gern die Batteriezellenforschungsfabrik in Ulm gehabt. Das hat leider nicht geklappt. Aber davon werden wir uns nicht entmutigen lassen, sondern werden diesen Weg weiter gehen, um zukünftige Mobilität in Baden-Württemberg sicherzustellen.

Wir investieren in Lernfabriken – nicht erst morgen, sondern bereits seit vielen Jahren. Wir investieren in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Wir investieren in Bildung, hier insbesondere – ich habe in der letzten Woche schon viele Schwerpunkte genannt, will hier aber noch einmal zwei Punkte hervorheben – in das Profifach IMP und in den Klimaschutz. Zum Klimaschutz haben Sie die Zahlen schön verdreht.

Das, was ich in der letzten Woche gesagt habe, ist, dass wir 20 % der Mehrausgaben im kommenden Haushalt für den Klimaschutz verwenden. Sie haben aber diese Zahl auf das Haushaltsvolumen bezogen. Im Haushaltsvolumen von 50 Milliarden € bzw. 52 Milliarden € sind Maßnahmen, Projekte, Initiativen enthalten, die wir schon längst machen und die wir selbstverständlich auch fortführen. Also, auch beim Klimaschutz fangen wir nicht erst mit diesem Haushalt an. Da sind wir schon längst dran.

Ich habe in der letzten Woche auch gesagt: Das eine sind konkrete Projekte, für die wir Mittel bereitstellen, das andere sind gesetzliche Vorgaben, die wir bereits beschlossen haben. Ich erinnere an dieser Stelle noch einmal an das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, an das Klimaschutzgesetz, das jetzt in der Novel-

lierung ist, und an das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept, das die Ziele unseres Klimaschutzgesetzes in konkrete Maßnahmen umsetzt, weil wir nämlich ambitioniert sind, diese Ziele tatsächlich zu erreichen.

Weiter haben wir mit dem kommenden Haushalt vor, in das Technikum Laubholz zu investieren – auch eine Zukunftsinvestition, wie ich finde. Und selbstverständlich werden wir die Besitzerinnen und Besitzer der Wälder in unserem Land, die gerade in einer schwierigen Situation sind, unterstützen.

Jetzt hatten wir von Ihnen, Herr Rülke, wie eigentlich immer, den Vorwurf gehört, der Haushalt hätte so ein großes Volumen. Das hat er. Einnahmen und Ausgaben sind in einem Haushalt immer ausgeglichen. Ich kann nur sagen, dass sich natürlich die Vorsorge für die zukünftigen Pensionen als Ausgabe im Haushalt niederschlägt. Das ist eine solche Ausgabe.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war bei uns auch schon so! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist aber schon ein bisschen her!)

– Das war bei Ihnen schon so. – Das heißt, das Haushaltsvolumen zu kritisieren, macht keinen Sinn.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Man muss es schon erklären! Das ist wichtig! – Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Man muss die Einnahmen richtig, zukunftsicher und nachhaltig verwenden, und genau das tun wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ja, wir haben, wie in der Vergangenheit auch, Ausgabereiste. Alle Ausgabereiste, die nicht gebunden sind, fließen in den Gesamthaushalt zurück. Bei vielen Aufgaben sind die Mittel gebunden, jedoch sind sie noch nicht ausbezahlt. Aber es gibt Verträge, es gibt Vereinbarungen. Ein Beispiel ist übrigens der Breitbandausbau, zu dem wir sehr viele Verträge mit Gemeinden, mit Landkreisen geschlossen haben. Wir haben also eine Zahlungsverpflichtung, aber die Mittel konnten noch nicht abgerufen werden, weil die Baumaßnahmen noch nicht abgeschlossen sind.

Ausgabereiste sind also per se erst mal nichts Schlechtes. Sie basieren auf einer Verpflichtung, die wir eingegangen sind, und sie führen zu einer Verbesserung der Infrastruktur in unserem Land, beispielsweise beim Breitbandausbau.

Ich kann nur sagen, lieber Kollege Stoch: Das Tempo, das wir beim Breitbandausbau seit 2016 vorgelegt haben, ist wirklich beispielgebend.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir haben unsere Breitbandinitiative noch einmal novelliert, um sie mit den Breitbandinitiativen der Bundesregierung und der Bundesförderung besser zu verzahnen. Ich kann also sagen: An der Politik dieser Landesregierung scheitert der Breitbandausbau nicht; ganz im Gegenteil: Wir geben an dieser Stelle mächtig Gas.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Herr Kollege Rülke, Sie haben sich die mittelfristige Finanzplanung angeschaut, haben die Entwicklung der Zinsausgaben unter die Lupe genommen und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht ganz schlüssig sei, wenn wir für das Haushaltsjahr 2021 davon ausgehen, dass die Zinsausgaben höher sind als 2020. Das liegt nicht daran, dass wir mit einem plötzlichen Anstieg der Zinsen rechnen. Nein, es liegt daran, dass es in der Vergangenheit – übrigens war da Ihre Fraktion mit an der Regierung – einen sogenannten Zinssammler mit einem Volumen von 264 Millionen € gegeben hat. Dieses Geld, das bereits damals entnommen worden ist, wird dann fällig. Deswegen steigen im Jahr 2021 die Ausgaben im Bereich des Schuldendienstes.

Ich kann Ihnen versichern: Wir im Finanzministerium können gut rechnen, und die Zahlen, die wir Ihnen vorlegen, haben Hand und Fuß.

Warum steigen die Summen bei den Personalausgaben? Sie steigen beispielsweise deshalb, weil wir Tarifierhöhungen von 3,2 % zum 1. Januar dieses Jahres und von 3,2 % zum 1. Januar nächsten Jahres und von noch einmal 1,4 % im Folgejahr haben. Ich bin sehr froh, dass wir alle hier im Haus – auch Sie von der FDP/DVP, Herr Rülke – dieser Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zugestimmt haben. Das ist ein gutes und wichtiges Signal der Wertschätzung. Es ist aber auch klar – darauf habe ich hingewiesen –, dass das zu Mehrausgaben in der Zukunft führt.

Wir haben über das Thema Stellen gesprochen. Sie haben mehrfach den Stellenaufwuchs erwähnt. Die AfD hat sogar behauptet, es wären 11 000 neue Stellen und in diesem Haushalt 5 000. Wie Sie diese Zahlen errechnet haben, ist nicht nachvollziehbar. Es geht um 2 858,5 zusätzliche Stellen, die jetzt im Haushaltsplanentwurf vorgesehen sind.

Schauen Sie sich die Entwicklung der letzten 22 Jahre an. Der Stellenaufwuchs betrug etwa 2 %. Was die Einwohnerzahl in Baden-Württemberg im selben Zeitraum angeht, liegt der Aufwuchs bei 7 %. Dabei habe ich von den zusätzlichen Aufgaben, die wir mittlerweile haben, noch gar nicht gesprochen. Aber 2 % mehr Stellen in 22 Jahren und 7 % mehr Einwohner in 22 Jahren zeigen sehr wohl, dass hier eine Balance besteht und wir bei den Stellen sogar hinter der Einwohnerentwicklung zurückbleiben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Oi!)

Und ja: Wir schaffen neue Stellen. Wenn wir uns die Entwicklung in der 16. Legislaturperiode anschauen, dann kommen wir auf 4 744 Stellen. Ich kann Ihnen auch sagen, was wir damit machen. Wer dies falsch findet, möge dafür plädieren, in diesen Bereichen keine zusätzlichen Stellen auszubringen.

Ein Großteil dieser Stellen, knapp 2 000, sind für den Bereich des Innenministeriums. Die Digitalisierung ist hier mit dabei, aber es sind auch Stellen für die innere Sicherheit, für die Polizei. Ich denke, meine Damen und Herren, dass ein Stellenaufwuchs in diesem Bereich dringend nötig war. Es gibt 1 000 zusätzliche Stellen im Bereich des Kultusministeriums. Auch das halte ich für einen richtigen Weg. Etwa 700 zusätzliche Stellen gibt es im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, zusätzliche Stellen gibt es aber auch im

Bereich des Finanzministeriums. Wenn Sie diese Zahlen addieren, dann sind Sie fast schon bei der Gesamtsumme von 4 744 neuen Stellen in dieser Legislaturperiode. Ich denke, alle diese Stellen sind tatsächlich gut begründet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Abg. Anton Baron AfD: 10 800 bei Kretschmann!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen weiteren Punkt aufgreifen, der hier angesprochen worden ist: den Bereich der Finanzverwaltung. Selbstverständlich haben wir ein Interesse daran, unsere Finanzverwaltung, also jene, die für die Steuereinnahmen sorgen, zu stärken. Im Bereich der Finanzverwaltung haben wir schon viel getan, haben aber auch noch sehr viel vor. So werden wir z. B. im mittleren Dienst eine Erhöhung vornehmen, was das Eingangsamt in Besoldungsgruppe A 5 bzw. A 6 betrifft, und sorgen damit für Attraktivität. Ohne Steuereinnahmen können wir auch schwerlich darüber entscheiden, wo wir in Zukunft mehr Mittel investieren wollen.

Meine Damen und Herren, das Thema Grundsteuer ist hier noch kurz angesprochen worden. Das ist eine gute Überleitung zum Thema Stellen, Herr Kollege Rülke. Wir werden, unabhängig von der Frage, welches Modell Baden-Württemberg letztlich anwenden wird, in Zukunft 500 zusätzliche Stellen brauchen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU niest.)

– Gesundheit, Herr Kollege Reinhart!

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist eine Stellenallergie!)

150 Stellen davon sind im Haushaltsplanentwurf 2020/2021 vorgesehen. Es müssen nämlich 5,6 Millionen wirtschaftliche Einheiten, wie man das nennt, neu bewertet werden. Das ist ohne zusätzliches Personal einfach nicht leistbar.

Für mich gibt es einige Grundsätze für ein neues Grundsteuermodell. Es muss natürlich verfassungskonform sein, es muss bürokratiearm, administrierbar und aufkommensneutral sein. Wir werden uns sehr zeitnah über die Frage, welches Modell in Baden-Württemberg umgesetzt werden soll, verständigen. Klar ist aber, dass wir 42 Millionen € vorsehen müssen, um die Möglichkeit zu haben, hier in Baden-Württemberg ein vom Bund abweichendes Modell umzusetzen. Wir müssen nämlich die IT-, die EDV-Ausstattung sicherstellen.

Der Haushalt ist gut aufgestellt. Die Schuldenuhr läuft rückwärts. Ich bin froh und dankbar, dass es jetzt eine Einigung zwischen Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP gibt, dass die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert werden soll. Wir hatten ja bereits in der letzten Legislaturperiode einen Anlauf unternommen; da hat es leider nicht geklappt. Ich möchte mich nun bei allen Fraktionsvorsitzenden und allen finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprechern bedanken. Ich finde, es ist ein wirklich sehr gutes Signal, die Schuldenbremse eben nicht, wie es manche tun, infrage zu stellen, sondern sie – im Gegenteil – in der Landesverfassung zu verankern.

Wir haben, meine Damen und Herren, tatsächlich eine weitere positive Entwicklung beim Thema „Schulden und Tilgung“.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Ich habe Ihnen schon mehrfach über die Entwicklung der Schuldentragfähigkeit berichtet, also das Verhältnis der Schulden zum Bruttoinlandsprodukt. Ich kann nun sagen: Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf verbessert sich dieses Verhältnis weiter. Waren wir im Jahr 2016 noch bei 9,7 % Schuldenanteil am BIP, so werden wir im Jahr 2021 bei 8,1 % liegen. Auch an dieser Zahl sehen Sie, meine Damen und Herren, dass sich die positive Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Finanzpolitik hier in Baden-Württemberg fortsetzen wird.

Herr Kollege Stoch, Sie haben noch einige inhaltliche Punkte angesprochen. Zu manchen dieser Punkte habe ich bereits etwas gesagt, etwa zum Thema Breitband, zum Thema Bildung – Themen, die wir mit diesem Entwurf deutlich stärken werden.

Aber auch der Wohnungsbau ist hier zu nennen. Noch nie wurde in Baden-Württemberg eine so hohe Summe für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, wie es nun seit dem Jahr 2016 der Fall ist.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Bundesmittel!)

Das Fördervolumen beträgt nämlich 250 Millionen € pro Jahr.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es ist ein wichtiges Anliegen der Regierung wie auch der zuständigen Ministerin, insbesondere den sozialen Mietwohnungsbaue zu fördern und für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt  
Beifall bei der CDU)

Wir wissen, dass dieses Thema die Menschen umtreibt. Das bekommen wir alle tagtäglich mit. Wir wissen auch, dass dies ein relevantes Problem darstellt.

(Abg. Anton Baron AfD: Hausgemacht!)

Deswegen sind wir seit 2016 intensiv daran, alle Möglichkeiten zu nutzen und Maßnahmen zu ergreifen, um für mehr bezahlbare Wohnungen in Baden-Württemberg zu sorgen.

(Abg. Anton Baron AfD: Und dann die Solarpflicht!)

Ich kann nur sagen, dass wir da schon ein gutes Stück vorangekommen sind. In Zukunft werden wir eine neue Förderlinie „Wohnungsbaue Baden-Württemberg – kommunal“ haben, um die Kommunen insbesondere beim Erwerb von Flächen und beim Bau von Wohnungen zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, das ist ein wichtiges Thema. Wir sind bereits seit mehreren Jahren an diesem Thema dran und werden unsere Anstrengungen fortsetzen.

Was die Schulsozialarbeit betrifft, kann ich Ihnen sagen, dass sich die Mittel auch mit diesem Haushaltsentwurf weiter erhöhen werden. Für 2020 sind 28,7 Millionen € vorgesehen, für 2021 30,2 Millionen €; on top kommen jedes Jahr 2,5 Millionen € im Rahmen des Pakts für Integration. Die Vorhaltungen, Herr Kollege Stoch, die Sie hier gemacht haben, sind also wirklich nicht haltbar.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das heißt, die Kommunen haben unrecht!)

Wir stehen zur Schulsozialarbeit. Wir wissen, dass dies ein wichtiges ergänzendes Angebot an unseren Schulen ist.

Zur Gemeinsamen Finanzkommission: Ja, meine Damen und Herren, wir haben in der Gemeinsamen Finanzkommission intensiv diskutiert. Wir haben uns mehrfach getroffen. Wir haben auch in der Haushaltskommission intensiv darüber diskutiert, welches Angebot wir den kommunalen Landesverbänden unterbreiten können. Wir haben dies deshalb intensiv diskutiert, weil uns eine faire Partnerschaft auf Augenhöhe mit unseren Kommunen ein ganz essenzielles Anliegen ist.

Das Angebot des Landes war eines vor der Steuerschätzung. Wenn Sie den beiden Kollegen Schwarz und Reinhart zugehört haben, haben Sie auch gehört, dass das nicht unbedingt das Ende bedeutet,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Aha! – Ah-Rufe von der AfD und der SPD)

sondern dass wir selbstverständlich weiterhin in Gesprächen sind und die Probleme, die wir haben, mit den Kommunen klären wollen.

Wir wissen auch, was die Kommunen besonders drückt. Ein Punkt ist dabei natürlich das Bundesteilhabegesetz, abgekürzt BTHG, das zum kommenden Jahr in Kraft tritt. Die entscheidende Frage – die auch nicht einfach zu klären ist; sie ist hochkomplex – ist dabei, welche Leistungen der Konnexität unterliegen.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Inklusion nach Kassenslage!)

Für Leistungen, die der Konnexität unterliegen, sind wir, das Land, auch bereit, aufzukommen. Allein, uns fehlt bislang die Erfahrung. Es gibt lediglich Schätzungen, die sehr, sehr weit auseinandergehen. Ich kann aber auch sagen, dass der zuständige Minister und das Sozialministerium weiterhin im Gespräch mit der kommunalen Seite sind, ebenso wie die Regierungsfractionen.

Immerhin war das Angebot, das wir gemacht haben, 566 Millionen € schwer. Das ist jetzt nicht nichts, sondern eine Menge Geld, meine Damen und Herren – gerade vor dem Hintergrund der guten Finanzausstattung und angesichts der Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen. Ich habe es in der letzten Woche angesprochen: 2009 betrug die Zuweisungen des Landes an die kommunale Seite 5,6 Milliarden €, 2019 über 12 Milliarden €; das ist eine Steigerung auf 213 %.

Klar ist, dass wir auf Augenhöhe, fair und konstruktiv miteinander verhandeln, aber die Interessen sind vielleicht nicht immer deckungsgleich. Wir wollen es jedoch auf jeden Fall hinbekommen, eine Einigung mit den Kommunen zu erreichen.

Wir wissen, dass es dabei auch um das Thema „Unterbringung von sogenannten Geduldeten“ geht.

(Abg. Anton Baron AfD: Abschieben!)

Das stellt die Kreise vor eine große Herausforderung. Meine Damen und Herren, die Gespräche laufen. Auch da bin ich zuversichtlich.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Zum Hochschulfinanzierungsvertrag: Das Angebot, das das Land im Haushaltsentwurf hinterlegt hat, ist ordentlich. Sie müssen ja bedenken: Wir hatten einen Hochschulfinanzierungsvertrag I, der beispielgebend war und den es in dieser Republik nirgendwo sonst gab; kein Bundesland hatte zur damaligen Zeit einen solchen Hochschulfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Damit haben wir den Hochschulen fünf Jahre lang Planungssicherheit gegeben. Es gab einen Aufwuchs bei der Grundfinanzierung in Höhe von 3 %.

Jetzt geht es darum, dass wir den Hochschulen auch in Zukunft Planungssicherheit geben wollen. Im Moment ist ein Volumen von 410 Millionen € zu Beginn der Laufzeit und ein Volumen von 820 Millionen € zum Ende der Laufzeit im Haushalt hinterlegt. Darin ist die Verstetigung der Ausbauprogrammmittel enthalten. Auch hier haben Sie die Signale gehört: Man kann sich durchaus vorstellen, die Mittel für die Hochschulen im Hochschulfinanzierungsvertrag noch einmal zu erhöhen. Ich habe der Haushaltskommission einen Vorschlag unterbreitet. Ich bin zuversichtlich, dass wir da auch zu einem guten Ergebnis kommen werden.

Uns ist die Innovationskraft der Hochschulen wichtig. Die brauchen wir, damit Baden-Württemberg auch in Zukunft gut aufgestellt ist. Dafür sind wir selbstverständlich bereit, die Hochschulen, die Universitäten, die HAWs, die Duale Hochschule, die Pädagogischen Hochschulen, die Kunst- und Musikhochschulen zu unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, das sind einige Punkte, die Sie heute angesprochen haben und die ich jetzt noch einmal aufgegriffen habe. Wir werden in den nächsten Wochen noch intensiv Gelegenheit haben, weitere Punkte zu diskutieren, zu klären und vielleicht auch die eine oder andere Zahlengrundlage miteinander zu besprechen.

Ich möchte zusammenfassend noch einmal darstellen: Wir haben in den vergangenen Jahren die guten Zeiten genutzt, um in vielerlei Hinsicht Vorsorge zu treffen –

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Vorsorge zu treffen, um in die Innovationskraft Baden-Württembergs zu investieren, Vorsorge zu treffen bei den Pensionen, damit wir die Pensionsverpflichtungen, die wir in Zukunft haben werden, gut abfedern können. Wir haben Vorsorge getroffen, was die Sanierung der landeseigenen Gebäude und Straßen betrifft. Wir haben insgesamt 6,3 Milliarden € an Verschuldung abgebaut – implizit und explizit. Explizit haben wir 1,25 Milliarden € Kreditmarktschulden getilgt. Wir haben auch bei den Landesbeteiligungen Baden-Württemberg 400 Millionen € getilgt.

Meine Damen und Herren, alles in allem sind wir der Ansicht: Weitsicht ist besser als Nachsicht. Diese Weitsicht haben wir in den vergangenen Jahren walten lassen. Das werden wir auch in den kommenden Jahren tun. Der Haushaltsentwurf ist dafür eine wunderbare Grundlage.

Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen mit Ihnen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt sind noch einmal die Fraktionen an der Reihe. – Zuerst hat Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz das Wort für die Grünen.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der ersten Runde hatte ich ausgeführt, dass der vorliegende Haushalt schon ein sehr guter Haushalt ist und wir ihn im parlamentarischen Verfahren noch besser machen.

Auf die Vorwürfe der Opposition muss man aber einiges entgegenen. Herr Kollege Stoch sagt: „Es wird zu wenig investiert.“ Herr Kollege Rülke wirft hier Schaubilder ins Plenum

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, nein, ich habe sie nur gezeigt!)

und sagt, wir hätten ein zu hohes Haushaltsvolumen. Ich glaube, mit diesem Haushalt haben wir Maß und Mitte ganz gut getroffen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Stoch hält dann vor, wir hätten eine aktive Bürgergesellschaft in Baden-Württemberg und die Menschen würden sich für Artenschutz und Klimaschutz interessieren. Mit Verlaub, Herr Kollege, ich finde es gut, dass wir eine so engagierte Bürgergesellschaft haben. Die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg engagieren sich im Ehrenamt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Deswegen haben wir es begrüßt, dass sich die Menschen für den Klimaschutz und den Artenschutz engagieren, dass es hier eine Initiative gab. Die Regierung und die Koalitionsfraktionen haben daraus Eckpunkte entwickelt: Artenschutz gemeinsam mit der Landwirtschaft. Hier setzen wir neue Maßstäbe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Gabi Rolland SPD: Aber kein Geld!)

– Auf diesen Zuruf kann ich Ihnen, Frau Kollegin, sagen: Schauen Sie im Haushalt nach.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das habe ich gemacht!)

Wir führen das Sonderprogramm „Biologische Vielfalt“ fort.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das ist doch schon alt!)

Wir legen ein Sofortprogramm für den klimaangepassten, naturnahen Waldumbau auf. Das hilft der Forstwirtschaft; das schützt die Natur. Kollege Reinhart hat schon vom Waldland Baden-Württemberg gesprochen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das hat aber nichts mit den Eckpunkten zu tun!)

Hier sehen Sie, dass wir entsprechend handeln.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Wir finanzieren die Bio-Musterregionen. Wir setzen auf eine Außer-Haus-Verpflegung. Das sind alles Weichenstellungen

(Andreas Schwarz)

für mehr Biodiversität in Baden-Württemberg. Hier liefern wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen:  
Sehr gut! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Und wir gehen noch eins weiter. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir zusätzliche Gelder für den Klima- und Artenschutz in diesem Haushalt unterbringen, denn wir wollen ja die Landwirtschaft bei der Umstellung unterstützen.

(Abg. Gabi Rolland SPD unterhält sich mit Minister  
Franz Untersteller.)

Es gibt einige Landwirte, die mit uns den Weg in den ökologischen Landbau gehen. Mit unserem Förderprogramm FAKT – Frau Kollegin, hören Sie einmal zu –, dem Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl, unterstützen wir gezielt die Landwirte in Baden-Württemberg, wenn sie auf den Ökolandbau umstellen. So kommen Haushaltspolitik, Naturschutzrecht und eine naturnahe Landwirtschaft sehr gut zusammen. Das wird eine runde Sache, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Norbert Beck  
CDU)

Herr Kollege Stoch hat vorgetragen, es würde zu wenig investiert werden. Deswegen will ich es noch einmal sagen: Innovation braucht Forschung. Die wirtschaftliche Stärke unseres Landes ist eng verknüpft mit der hohen Leistungsfähigkeit unseres Forschungs- und Innovationssystems.

Einen ganz wichtigen Beitrag dazu leistet die Forschung an den Instituten der Innovationsallianz und der Fraunhofer-Gesellschaft. Deswegen ist es für uns wichtig, dass wir im Bereich „Künstliche Intelligenz“ gezielt investieren, dass wir Spitzenforschung von der Grundlage bis zur Anwendung unterstützen. Das Cyber Valley in Tübingen ist in wenigen Jahren von einer Idee zum europäischen Spitzenreiter für maschinelles Lernen geworden. Das ist ein Erfolgsprojekt, und das ist in diesem Haushalt weiter abgesichert. Hier sehen Sie, dass wir gezielt in Forschung und Entwicklung investieren. Wir schaffen gute Grundlagen für die Erfolge von morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Stoch, Sie haben die Mobilität angesprochen; Herr Kollege Rülke hat sie ebenfalls angesprochen. Ich habe mich gefragt: Was wollen Sie denn eigentlich? Wir führen den Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg sehr gezielt. Wir haben dafür 26 Millionen € im Haushalt hinterlegt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Für was?)

Ich kann mir auch gut vorstellen, dass wir da noch eine Schippe drauflegen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Für was brauchen Sie die 26 Millionen? – Gegenruf des Abg. Stefan Räßle AfD: Für Schnittchen und Übernachtungen! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Hochglanzbroschüren!)

Denn das ist doch, Herr Binder, genau das richtige Vorgehen. Wir besprechen im Dreieck – Politik, Wirtschaft und Wissenschaft – diesen Transformationsprozess. Nicht wir geben vor, wie es in der Zukunft zu sein hat, sondern wir besprechen gemeinsam den Weg der Transformation. Wie kommen wir zu vernetzter Mobilität, zum emissionsfreien Fahren in Baden-Württemberg? Welche Techniken können wir unterstützen? Der Strategiedialog ist eine Erfolgsgeschichte. Daher führen wir ihn weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des  
Abg. Sascha Binder SPD)

Wir leisten aktiv unseren Beitrag: Markthochlauf für Elektrofahrzeuge, Ausbau digital vernetzter Mobilität, ein Netzwerk aus Ladestationen in Baden-Württemberg.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Wir binden den öffentlichen Nahverkehr über E-Ticketing ein, wir leisten unseren Beitrag für den Baden-Württemberg-Tarif. Es ist viel einfacher, mit Bus und Bahn durch das Land zu fahren. Wir haben unseren Beitrag für die VVS-Tarifreform geleistet; erstmals sind Tickets günstiger geworden. Da sind wir ganz gut aufgestellt.

Ich kann mir nach der unsäglich gelaufenen Vergabe der Batterieforschungsfabrik gut vorstellen – immerhin kennt jetzt jeder die Bundesministerin Anja Karliczek –,

(Abg. Anton Baron AfD: Welche Partei?)

dass wir ein eigenes Landesprojekt in diesem Bereich starten.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Geballte Kompetenz!)

Herr Kollege Rülke hat sich heute einer Verschwörungstheorie bedient.

(Heiterkeit der Abg. Carola Wolle AfD – Abg. Dr.  
Timm Kern FDP/DVP: Bab, bab, bab!)

Deswegen möchte ich es einfach noch einmal klarstellen: Uns ist die Technologieoffenheit beim Elektroauto wichtig.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir sind hier aufgeschlossen. Es zählt immer das Ergebnis, das Ziel. Das Ergebnis ist eine zuverlässige und klimaschonende Mobilität. Wir werden alle Technologien benötigen, die batteriebetriebenen Fahrzeuge der Elektromobilität ebenso wie die Schlüsseltechnologie Wasserstoff und die Brennstoffzellentechnik, ebenso „reFuels“, also Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen. Wahrscheinlich werden all diese Technologien für ihr jeweiliges Anwendungsgebiet eine Rolle spielen.

(Abg. Anton Baron AfD: Davon hat aber Ihr Kollege  
hier nicht geredet!)

Was für uns letztendlich zählt – genau das ist die Aufgabe des Strategiedialogs –, ist, dass wir im Bereich der emissionsfreien Mobilität

(Abg. Stefan Räßle AfD: Die gibt es doch gar nicht!)

einen Beitrag für die Wertschöpfung, für Arbeitsplätze und für den Klimaschutz in unserem Land leisten.

(Andreas Schwarz)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Rülke hatte am 21. Oktober eine Ehemetapher gebraucht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist, wenn man glücklich verheiratet ist!)

Herr Kollege Rülke hat nämlich gesagt: Die FDP ist jetzt eine Braut, die so geschmückt ist, dass eigentlich jeder sie haben wollen müsste.

(Heiterkeit)

Jetzt habe ich mir gedacht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schaue mir diese Braut einmal an. Heute ist der Brautschleier gehoben worden,

(Oh-Rufe)

und anstelle einer schön geschmückten Braut waren doch noch der Rülke und die FDP darunter.

(Heiterkeit – Oh-Rufe)

Also nichts mit dieser schön geschmückten Braut!

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ja, die Braut, die sich nichts traut: Da ist nachschmücken angesagt, Herr Kollege.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Und manchmal nützt es nichts! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die Attraktivität muss ja auf beiden Seiten vorhanden sein!)

– Und manchmal nützt es nichts, Frau Staatssekretärin, da haben Sie auch recht.

Herr Kollege Stoch hat unsere Idee, ein landesweites Schülerticket in Baden-Württemberg einzuführen, heute hier im Landtag erwähnt. Ja, ein landesweites Schülerticket ist eine gute Sache. Es bringt mehr junge Leute zum öffentlichen Nahverkehr, es ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, und es vereinfacht auch die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich bin froh, dass der Verkehrsminister dabei ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das ist bei uns, Herr Stoch, aber nicht so leicht wie in Hessen. In Hessen hat übrigens die schwarz-grüne Regierung das landesweite Schülerticket eingeführt. Bei uns ist es nicht so leicht, weil es hier mehr als 20 Verkehrsverbände gibt, mit denen Sie in Verhandlungen eintreten müssen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Es könnten auch schon weniger sein!)

Da müssen Sie Berechnungen vorlegen. Deswegen wird es im nächsten Jahr rein aufgrund des Verwaltungsaufwands nichts werden. Aber ich kann mir gut vorstellen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Vorstellen können wir uns auch viel!)

dass wir das landesweite Schülerticket für die nächste Legislaturperiode des Landtags auf die Tagesordnung nehmen. Für mich ist es wichtig, dass wir mittelfristig zu einem landesweiten Schülerticket kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die SPD hat jetzt den Klimaschutz angesprochen. Dafür danke ich mich. Sie haben das hier sehr sorgfältig vorgetragen. Gleichwohl, Herr Kollege: Die SPD ist Teil der Bundesregierung.

(Abg. Sascha Binder SPD: Stimmt! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Sie können Ihren Beitrag leisten, indem Sie im Bund für einen vernünftigen CO<sub>2</sub>-Preis eintreten. Die weiteren Gespräche werden jetzt ja im Vermittlungsausschuss laufen. Da werden wir eine zentrale Rolle spielen. In meinen Augen muss im Vermittlungsverfahren ein vernünftiger CO<sub>2</sub>-Einstiegspreis gefunden werden; nur dann taugt das Klimaschutzpaket tatsächlich etwas, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: An uns wird es nicht scheitern!)

Dann haben Sie, Herr Stoch, bei den Kindergartengebühren wieder so eine alte Schallplatte laufen lassen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Was? Für viele Familien ist es keine alte Schallplatte!)

Ich bin bei Ihnen, dass es auf den Anfang ankommt. Deswegen investieren wir ja 1 Milliarde € in die U-3-Betreuung, und wir haben den Zuschuss des Landes für die Ü-3-Betreuung deutlich erhöht. Die Bertelsmann-Studie bestätigt ganz klar, dass Baden-Württemberg beim Betreuungsschlüssel vorn liegt. Das ist gut.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unstrittig!)

Jetzt geht es darum, dass wir die richtigen Entscheidungen treffen. Da steht für meine Fraktion im Vordergrund, dass wir mehr Plätze schaffen – in Baden-Württemberg gibt es nämlich inzwischen eine steigende Geburtenrate –;

(Abg. Andreas Stoch SPD: An was könnte das liegen?)

wir brauchen mehr Betreuungsplätze, wir brauchen längere Öffnungszeiten, wir brauchen mehr Ganztagsplätze. Wir wollen, dass die Auszubildenden fair bezahlt werden, dass sie eine gute Chance zur Personalentwicklung haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ach was?)

Letztendlich können die Kommunen und die anderen Träger einkommensabhängige Gebühren festlegen.

(Abg. Sascha Binder SPD: So ein Quatsch!)

Das ist wesentlich sozialer, als für alle den Kindergarten gebührenfrei zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

(Andreas Schwarz)

Dann, Herr Kollege, haben Sie bei dem Thema „Zusätzliche Lehrerstellen“ ein bisschen herumgörgelt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie haben bisher ein Minus in Ihrer Legislatur!)

Ich kann es nicht verstehen. Ich werde es Ihnen einfach noch einmal deutlich machen: Wir haben in diesem Haushalt ein Konzept zur Stärkung von Schulleitern hinterlegt, wir bauen den Ethikunterricht und den Informatikunterricht weiter aus, und zum ersten Mal in der Geschichte des Landes haben wir eine feste Krankheitsreserve von 2 000 Stellen. So hoch war die feste Krankheitsreserve noch nie. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich glaube, wir können mit Fug und Recht sagen: Dieser Haushalt ist zukunftsfähig, er ist generationengerecht, und er ist in jedem Sinn des Wortes nachhaltig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Reinhart, bitte, noch einmal für die CDU.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei einer Debatte ist man beim Zuhören immer auf die Redebeiträge vor allem der Opposition gespannt; denn man wartet dabei natürlich auf die konstruktiven Alternativvorschläge. Nun haben wir gespannt gewartet, gewartet

(Abg. Winfried Mack CDU: Und gewartet!)

und gewartet – und es kam nichts.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber zugehört haben können Sie da nicht!)

An diesem Punkt frage ich nach dieser Debatte schon: Wo sind die großen Zukunftsentwürfe der Opposition? Wo waren die großen Fragen und die Antworten auf die Herausforderungen der Digitalisierung?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann lesen Sie es doch mal im Protokoll nach!)

Wo sind bei Ihnen die Konzepte zum Klimaschutz oder gar zur Zukunft des Automobilstandorts, zur Innovationspolitik oder zur inneren Sicherheit? Fehlanzeige!

(Abg. Winfried Mack CDU: Nichts! Heiße Luft! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es ist schon einfach, sich hier hinzustellen, zu kritisieren und zu sagen, in diesem Land laufe es nicht optimal – obwohl wir sehr gut dastehen –, selbst aber keine klare Agenda mit konstruktiven Zukunftsentwürfen einzubringen. Da war Fehlanzeige.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Räßle AfD: Dann hört doch einmal zu!)

Wir haben den Haushalt konsolidiert. Wir haben den Sanierungsstau abgebaut. Wir investieren in die Substanz und in die Zukunft des Landes. Das alles ist im Zeitalter von Nullzinsen sehr klug.

Natürlich danke ich dem Kollegen Schwarz für die eigentlich mittelbare Liebeserklärung, die er eben abgegeben hat.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sehr mittelbar! – Abg. Reinhold Gall SPD: An wen? – Abg. Anton Baron AfD: Mal schauen, ob Sie in der Opposition glücklicher wären!)

Er hat Liebesbekundungen für Grün-Gelb zurückgewiesen. Es zeigt sich wie im richtigen Leben auch immer wieder: Beziehungen können mit der Zeit wachsen, sich vertiefen, verbessern, und so ist es bei der Beziehung dieser beiden Regierungsfractionen auch. Insoweit will ich sagen: Ja, wir arbeiten stabil und gut zusammen.

Zur Kritik an der Zahl der Stellen, die aufgebaut wurden: Die Finanzministerin hat den Zuwachs der Stellen der letzten Jahrzehnte, aber auch den Einwohnerzuwachs angesprochen.

(Abg. Anton Baron AfD: 10 800 Stellen!)

Das will ich gar nicht miteinander vergleichen. Ich will nur die nahe Zukunft ansprechen. Im Grunde genommen stimmt es, was Sie sagen. Wir haben ab dem 1. Januar 2021 eine Steigerung der Besoldung um 8,1 % für unsere über 250 000 Landesbediensteten. Ja, das ist ein hohes Zeichen von Wertschätzung und Anerkennung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Ich will Ihnen sagen: Wir orientieren uns dabei an nichts anderem als an den Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes. Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Sind unsere Beamten nicht genauso wertvoll und genauso viel wert wie die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Haben wir nicht gute Landesbedienstete? Ich danke unseren Landesbediensteten für ihre großartige Arbeit, die sie für dieses Land machen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Vom Kollegen Rülke wurde die Zahl der Bruttosteureinnahmen des Jahres 2009, die ich genannt habe, angesprochen. Das war richtig rezitiert, es waren rund 24 Milliarden €. Allerdings ist diese Zahl nicht auf 52 Milliarden € gestiegen, sondern wir sind im Jahr 2020 bei Bruttosteureinnahmen von 38,7 Milliarden €. Das ist die Steigerung, die sich in diesen Jahren ergeben hat. Deshalb müssen wir schon, wenn wir bei dieser Entwicklung Vergleiche ziehen, die richtigen Zahlen miteinander vergleichen. Die Finanzministerin hat das ja auch anhand vertiefter Beispiele dargestellt.

Ja, wir haben auch ein Einnahmeplus verbucht; überhaupt keine Frage. Aber jetzt will ich Ihnen, was die Gesamteinnahmen angeht, zum Vergleich noch Folgendes sagen: Die Einnahmen sind gegenüber 2010, wenn wir die 23,4 Milliarden € nehmen, schon allein bis 2016 um rund 40 % gestiegen. Herr Hofelich,

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Sie wissen das. Das war unter Finanzminister Nils Schmid. Und trotz der Zuwächse hat man in jenen fünf Jahren 3 Milliarden € Schulden zusätzlich etatisiert.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Insoweit will ich einfach sagen: Wir haben Schulden abgebaut; die 6,3 Milliarden € sind angesprochen worden. Das ist schon eine Leistung.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Die sollten wir nicht geringschätzen. Insoweit haben wir im Grunde auch eine andere Auffassung.

Herr Kollege Stoch, Sie haben heute wiederholt, was Sie im Video des Newsrooms der „Stuttgarter Nachrichten“ gesagt haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was Sie alles gucken! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er nicht! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wo der sich überall rumtreibt!)

– Ja. Ich finde es immer interessant, was für Überlegungen eingebracht werden. – Sie sagten, Herr Stoch, eine vorübergehende Schuldenaufnahme – trotz Schuldenbremse und Zuwachs der Einnahmen – könne ein sinnvolles Instrument sein. Das haben Sie heute wiederholt. Ich will Ihnen offen sagen: Wir wollen im Gegensatz dazu keine Schulden machen. Wir wollen Schulden abbauen. Das haben wir in diesen fünf Jahren auch getan.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir sind deshalb, glaube ich, auf einem guten Kurs.

Jetzt zum Wohnungsbau. Die Bedeutung dieses Themas wurde auch hier mehrfach betont. Zum einen: Wir investieren sehr viel in den Wohnungsbau. Das hat auch die Finanzministerin noch einmal unterstrichen. Es handelt sich um die höchste Investition überhaupt, die es jemals für den Wohnungsbau – nicht nur für Städte, sondern für das ganze Land – gegeben hat.

Und es ist immer wichtig, darauf hinzuweisen – Sie wissen das, Herr Stoch –: Es kann manchmal sogar eine Täuschung durch Unterlassen geben, wenn man eine Garantienstellung hat. Sie haben einen Hinweis unterlassen, nämlich – das muss man immer wieder sagen –: Wenn man die Einrichtung einer Landesentwicklungsgesellschaft fordert, gehört zur ganzen Wahrheit die Antwort auf die Frage: Wer hat die Landesentwicklungsgesellschaft verkauft? Verkauft wurde sie vom damaligen SPD-Finanzminister.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das war doch keine Landesentwicklungsgesellschaft! Das ist doch Unfug! – Abg. Sascha Binder SPD: Das stimmt doch nicht!)

Dann muss man dazusagen: Das war ein Fehler. – Bitte?

(Zurufe von der SPD)

– Ja, natürlich. Es war ein Fehler, dass man dort ausgestiegen ist und den Verkauf getätigt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Gabi Rolland SPD: Wenn man eine Garantienstellung hat, muss man die Wahrheit sagen! Das ist schlicht falsch, was Sie sagen! – Abg. Andreas Stoch SPD: Da war Nils Schmid noch in der Schule!)

– Sie wissen, was ich meine.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Nein!)

Die Analyse ist klar. Die Analyse ist: Wir brauchen dringend weiteres verfügbares Bauland und Bauflächen. Das ist die einzige Lösung, mit der wir dem Wohnungsmangel überhaupt begegnen können. Wir dürfen auch Bauen und Wohnen nicht verteuern, sondern müssen es eher verbilligen. Das ist die Aufgabe, die vor uns liegt.

(Abg. Anton Baron AfD: Dann tun Sie was!)

– Ja, das tun wir.

(Abg. Anton Baron AfD: Innenentwicklung statt Außenentwicklung!)

Nun zu den Fragen. Ihr Kollege Gögel sagt hier, wir hätten den Klimawandel zur Religion erhoben, und wir seien Klimaneurotiker. So kann man natürlich auch die Realität ausblenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Ich will mich hier nicht mit neurotischen Fragen befassen. Aber eines ist nun einmal Fakt: Wir haben einen Klimawandel. Wir müssen ihm begegnen. Und mit diesem Haushalt investieren wir in den Klimaschutz mehr denn je – mehr denn je!

(Abg. Stefan Räßle AfD: Was denn?)

Es ist richtig, dass wir diese Investitionen vornehmen. Das fängt beim Verkehr an, geht über den Artenschutz, das Waldland bis hin zu vielen Bereichen, in denen wir jetzt ordentlich zulegen. Der Kollege Schwarz hat es auch angesprochen, was vorgesehen ist. Insoweit ist das auch dort eine wichtige Investition in die Zukunft.

Wir gehen auch weiter, denn im Grunde genommen legen wir nichts zurück. Es wurde immer die Zahl 5,5 Milliarden € angesprochen. Ja, die gibt es, aber das betrifft die Ausgabereise. Das ist wahr: Deren Summe ist gestiegen; unstrittig. Aber wir müssen natürlich sehen: Wenn Geld noch nicht verausgabt ist aufgrund von Vereinbarungen und Verträgen, z. B. beim Breitband bei den Kommunen, dann ist logischerweise die Summe angewachsen, aber es ist eine Verbindlichkeit, es ist eine Rechtsverpflichtung. Das heißt, der Gläubiger, gegenüber dem man sich verpflichtet hat, hat die Forderung, aber wir haben die Verpflichtung und Verbindlichkeit. Deshalb kann man nicht sagen: Das ist eine Rücklage, in die man einfach hineingreifen kann. Das Geld ist etatisiert, aber es ist vergeben aufgrund von Verträgen des Landes. Darüber können wir dann nicht mehr verfügen. Die Mittel müssen dann zufließen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

Darüber hinaus wurde hier dargelegt, wir würden die Kommunen im Stich lassen. Ich habe gesagt, es ist uns ein Anlie-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

gen – das ist auch so –, dass wir selbst bei den wenigen offenen Punkten die Einigkeit mit den Kommunen herbeiführen und anstreben. Das unterstützen wir auch. Aber wir können doch nicht kleinreden: Wenn mit der Erhöhung von 5,6 Milliarden € auf 12,1 Milliarden € die Ausstattung der Kommunen in diesem Land Baden-Württemberg besser ist als in allen anderen 15 Bundesländern,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

dann ist das eine große Leistung, und es ist auch ein Grund, dass die Kommunen in Baden-Württemberg nicht nur finanziell am besten von allen 16 Ländern dastehen, sondern auch was die Entwicklung vor Ort angeht. Es ist alles damit investiert, und zwar oft mit pauschalen Zuweisungen in die Zukunft der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das hat denen gutgetan, das hat dem Land gutgetan. Wir haben eine exzellente Beziehung, und wir werden dafür sorgen, dass es so bleibt, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl!)

Dazu gehört auch, dass wir bei der Bildung – das ist uns wichtig – 1 000 neue Lehrerstellen vorgesehen haben. Ich habe die Polizeianwärter angesprochen: 3 000 im nächsten Doppelhaushalt. Wir haben die Justiz angesprochen. Dieser Justizminister hat enorm viel für seine Justiz erreicht,

(Abg. Anton Baron AfD: Wieso?)

damit der Rechtsstaat gestärkt wird, nicht nur bei der Polizei, wo ermittelt wird. Das muss ja auch in den Verfahren abgearbeitet werden,

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! Hausgemachte Probleme!)

damit da ein Pendant besteht.

Wir investieren aber auch in die Zukunft, ob Cybersicherheit, ob KI, ob Zukunftstechnologien, ob Stärkung der Schulleitungen, ob „Pakt für gute Bildung und Betreuung“.

Wir verdoppeln die Kindergartenförderung. Das muss man immer sagen. Sowohl bei Ü 3 als auch bei U 3 verdoppeln wir die Fördermittel. Das ist ein enormer Einsatz, den wir damit für das Wichtigste, für die Kinder, die unsere Zukunft sind, erbringen.

(Beifall der Abg. Isabell Huber und Thomas Blenke CDU – Abg. Stefan Räßle AfD: Fördern Sie mal Ihren Koalitionspartner!)

Wir verdoppeln die LGVFG-Mittel. Auch den Notfallplan Wald habe ich angesprochen.

Diese Regierung arbeitet, und diese Regierung arbeitet konstruktiv, und die beiden Fraktionen arbeiten ebenfalls konstruktiv zusammen. Mit der ersten Lesung beginnt jetzt die gemeinsame Arbeit in der Hoheit des Parlaments. Diese Anträge werden wir gemeinsam stellen, auch in der zweiten und dritten Lesung.

Ich kann Ihnen versichern: Uns bewegt gemeinsam eines: Wir wollen die Zukunft dieses Landes verbessern und damit die

Herausforderungen annehmen, neben sanieren vor allem auch investieren

(Zuruf: Das hört sich gut an!)

und damit das Land zukunftsfest machen. Daran arbeiten wir,

(Zuruf: Fangen Sie mal an!)

und da sind wir in Übereinstimmung beider Fraktionen. Deshalb auch herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, bitte, für die AfD.

**Abg. Bernd Gögel AfD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Reinhart, nochmals vielen Dank für den Hinweis und den Tipp zum Klimawandel. Ich glaube, dass es niemanden gibt, der den Wandel des Klimas bestreitet, sondern wir müssen einfach einmal festhalten, dass wir nicht an den menschengemachten Klimawandel glauben

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und dass diese These – das sage ich Ihnen noch einmal – von einer Industrie und von Wissenschaftlern vertreten wird, die Sie dafür engagiert haben und die Sie dafür bezahlen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Unsinn! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Da sind wir grundsätzlich unterschiedlicher Auffassung. Das sind die zwei Modelle, die hier gegeneinander stehen. Sie müssen uns unseren Glauben lassen; wir lassen Ihnen Ihre Religion ja auch.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Manche glauben auch, dass die Erde eine Scheibe ist!)

Zu dem Thema „Keine Vorstellungen und keine alternativen Konzepte“, Herr Reinhart: Wir haben in der Vergangenheit immer wieder Ideen und Konzepte vorgestellt und auch in Ausschüsse eingebracht. Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, dass jeder Vorschlag der AfD hier abgelehnt wird,

(Zuruf: Zu Recht!)

niedergebügelt wird und nicht diskutiert wird. Dass wir selbst in Bezug auf Diskussionen und Verhandlungen, in denen es um Änderungen der Landesverfassung geht, von der Finanzministerin und von der Landesregierung diskriminiert, ausgeladen und ausgegrenzt wurden und an diesen Verhandlungen nicht teilnehmen durften, das ist ein absoluter Demokratieverstoß und spricht eigentlich für Ihr Verständnis von Demokratie in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nicht „ausgeladen“ worden! Nicht eingeladen worden! – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD: Das macht es nicht besser! Beschämend! – Unruhe)

Das ist eine nicht zu akzeptierende Angelegenheit.

Zum Thema Vorstellungen: Ich sage Ihnen noch einmal zu Ihren Vorstellungen von Politik: Sie haben im Jahr 2015 einen

(Bernd Gögel)

Wechsel in diesem Land zugelassen, einen Wechsel hin zu einem Staat, der sich in Auflösung befindet. Das haben Sie im Jahr 2015 zugelassen.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Dieser Zustand hält bis heute an. Jeden Tag kommen Menschen in dieses Land, von denen Sie nicht wissen, woher sie kommen, wer sie sind, wie alt sie sind, wohin Sie sie verbringen möchten und welche Absichten sie haben. Bis zum heutigen Tag hält dieser Zustand an. Nach Baden-Württemberg sind seither etwa 400 000 Menschen zugereist, und Sie haben in diesem Zeitraum etwa 140 000, 150 000 Wohnungen gebaut. Das ist ein Thema, bei dem Sie nicht hinterherkommen, bei dem Sie nicht wissen, wie Sie es lösen sollen. Sie haben kein vernünftiges Konzept und Programm. Wir haben mit unserer Forderung nach einer Absenkung der Grunderwerbsteuer Vorschläge gemacht.

(Abg. Tobias Wald CDU: Die kommen ja in jeder Sitzung!)

Das wollten Sie nicht.

Sie müssen den Kommunen die Mittel bereitstellen, damit sie wirklich Baugebiete ausweisen können, und Sie müssen auch Vorschriften absenken, was Ihre Begrünungsstrategien, was Ihre Fahrradstellplatzstrategien,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

was Ihre Fotovoltaikanlagenvorschriften etc. angeht. All das, was Sie an Vorschriften hier aufgebaut haben, müssen Sie zurückfahren, damit man günstig bezahlbaren Wohnraum schaffen kann.

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig!)

Zu den Problemen in Bezug auf die Mobilität und die Infrastruktur, die Sie hier in Stuttgart haben – Straßen hier um Stuttgart –, haben wir Vorschläge gemacht. Die wollen Sie nicht hören. Wenn Sie in Stuttgart keine Umfahrung hinbekommen – eine Nordostumfahrung um Stuttgart, eine Filderauffahrt um Stuttgart –, werden Sie die Verkehrsverhältnisse hier nicht verbessern und nehmen nach wie vor in Kauf, dass eine Fahrt von 20 km Länge zu einer normalen Tageszeit anderthalb Stunden dauert.

Es gibt Lösungen. Wir haben heute eine aufgezeigt. Es gibt Lösungen, den transeuropäischen Fernverkehr aus Osteuropa Richtung Iberische Halbinsel hier über den Süden zu führen. Das ist eine Möglichkeit, Stuttgart zu entlasten. Der zweite Effekt ist, die Region im Süden von Baden-Württemberg deutlich besser mit Infrastruktur zu versorgen und die Anbindung besser zu gewährleisten, vielleicht auch den Flughafen in Friedrichshafen wieder interessanter, attraktiver zu machen und die Region insgesamt attraktiv zu machen. Da gibt es Lösungen, da muss man Mittel in die Hand nehmen, muss Mut beweisen, muss Visionen haben und das den Menschen auch erklären.

Sie können den Menschen nicht erklären, dass Sie in einer Phase der Null-Prozent-Zinspolitik die Schuldenbremse, die schwarze Null als oberstes Gebot Ihres Handelns hier darstellen und die wirklich benötigten Verbesserungen in der Fläche

im Land damit brachliegen lassen und zu einer Verschlechterung der Zukunft der Menschen in Baden-Württemberg beitragen. Das können Sie niemandem erklären, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben Möglichkeiten und müssen diese auch ausschöpfen. Die A 81 wollten Sie schon seit ewigen Zeiten von Leonberg nach Gäufelden verlängern. Aber überall dort, wo sich dann einige Bürger melden und protestieren, auf die Straße gehen, da ziehen Sie zurück, da wollen Sie plötzlich das Gemeinwohl nicht über das Wohl und die Interessen Einzelner stellen. Der Ausbau der A 81 von Leonberg nach Gäufelden wäre eine deutlich bessere Maßnahme, als die A 81 im Bereich Böblingen zu überdecken. Das sind Dinge, die wir nicht nachvollziehen können. Hierzu gibt es aber Konzepte, die die AfD zur Verbesserung der Verhältnisse in diesem Land vorlegt.

(Beifall bei der AfD)

Zur Digitalisierung habe ich, wie ich denke, heute Morgen ausführlich dargelegt, dass Ihre hierfür zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen. Ich glaube, das ist hinlänglich bekannt. Sie müssen da vielleicht direkt Geld in die Kommunen geben. Das wäre ein sinnvoller Vorschlag. Die Kommunen wissen damit schon gut umzugehen,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Es wäre dort besser aufgehoben!)

und wir kämen so bei diesem Thema einen deutlich schnelleren Schritt voran.

In der Infrastruktur fehlen Krippenplätze, fehlen Kindergartenplätze, fehlen Plätze in den Schulen. All das hängt logischerweise auch mit der Zuwanderungswelle nach Baden-Württemberg zusammen.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wir haben in der Zuwanderung ja zwei Ströme: Zum einen die Zuwanderung von Menschen, die wir über eine längere Zeit hier auszubilden versuchen – Sie zumindest versuchen es, diese Menschen hier in der Gesellschaft unterzubringen –, zum anderen aber auch von Menschen, die wegen der Arbeitsplätze nach Baden-Württemberg kommen – beide Strömungen sind etwa gleich stark –, denen Sie auch Wohnraum anbieten müssen, und zwar bezahlbaren Wohnraum.

Wenn Sie im Land nicht in die Förderung von Apotheken, von Arztpraxen, von Infrastruktur, die die Bevölkerung auf dem Land braucht, investieren, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn die Landflucht anhält und es die Menschen in die Stadt zieht, sodass wir irgendwann Wohnverhältnisse haben werden, wie sie heute in manchen asiatischen Metropolen schon vorherrschen, dass auf 4 m<sup>2</sup> fünf Leute wohnen. Diese Verhältnisse wollen wir hier sicherlich nicht haben.

Der Aufwuchs von Beamtenstellen im Polizeibereich, im Justizbereich ist doch auch eine Folge der Zuwanderung und vor allem der illegalen Zuwanderung. Das ist doch völlig klar.

Sie werden heute noch nicht gehört haben, dass ich das Wort Ulm in den Mund genommen habe. Ich will es auch jetzt nicht

(Bernd Gögel)

tun. Ich sage Ihnen nur: Es gibt täglich Fälle, an denen Sie sehen können, dass es eben mit der Migration nicht funktioniert, dass Menschen, die mit einem anderen Frauenbild in unser Land kommen, besonders häufig straffällig werden und dann auch mit der Justiz in Kontakt kommen.

Sie haben die Haftanstalten mit Menschen belegt, von denen Sie 140 Sprachen hören können. Die Haftanstalten sind überbelegt. Sie verfügen über keine Abschiebehaftplätze außer den 50 oder 54 in Pforzheim. Auch in diesem Bereich haben Sie keine Verbesserungen geschaffen. Sie werden die Menschen, die sich unberechtigt in diesem Land aufhalten, nicht abschieben. Das gäbe schlechte Bilder an Bahnhöfen und auch an Flughäfen. Das wollen Sie nicht. Sie werden sie hier im Land weiter dulden, zum Teil beobachten.

Die Gefährder möchten Sie auch nicht in Gefährdungshaft nehmen. Dazu haben wir ebenfalls einen Vorschlag gemacht, und zwar die Schaffung einer Möglichkeit zur Verlängerung des Festhaltens im Polizeigesetz. Der kommt demnächst ins Parlament.

Der Aufwuchs dieser Beamtenstellen hängt mit Ihrer verfehlten Migrationspolitik, mit Ihrer Grenzöffnungspolitik, mit Ihrer fehlenden Sicherheitspolitik in diesem Land zusammen. Auch mit noch einmal 5 000 Polizisten können Sie die Sicherheitslage nicht verbessern. Das funktioniert nicht.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner  
[fraktionslos]: Geleit für die Gefährder!)

Ohne äußere Sicherheit keine innere Sicherheit. Das ist das absolut Wesentliche. Ohne das geht es nicht. Sie müssen Ihre Politik grundsätzlich ändern, wenn Sie den Menschen draußen eine positive Zukunft bieten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ihre Biolandwirtschaft finden wir gut; wir finden die ganz toll. Bioprodukte, natürlich gewachsene Produkte möchte jeder Mensch zu Hause gern konsumieren. Sie alle hier im Haus können das auch. Ihnen fällt das nicht schwer. Sie haben das Einkommen dafür. Aber gehen Sie doch einmal in die Läden der Ketten. Ich will hier keine Namen nennen. Aber das sind diese Billigdiscounter mit diesen kunststoffverpackten Tomaten aus Holland. Fragen Sie einmal die Kunden dort, wie viel sie im Monat für gute Lebensmittel zur Verfügung haben.

(Beifall der Abg. Stefan Räßle und Dr. Rainer Balzer AfD – Abg. Stefan Räßle AfD: So ist es!)

Dann werden Sie merken, dass viele nach Abzug der Fixkosten mit 200, 300 € im Monat auskommen müssen, um sich zu ernähren. Dann erzählen Sie mir mal, wie Sie diese Menschen mit Bioprodukten versorgen wollen, die sie sich leisten können. Das wird so nicht funktionieren.

Den Strategiedialog mit der Automobilwirtschaft hat Herr Schwarz als großes positives Signal angesprochen. Wir haben zwar von Ihren Gipfeln gehört, haben das auch verfolgt. Wir haben auch die Hochglanzprospekte zur Kenntnis genommen, die Sie über diese Gipfel erstellt haben. Es gibt ja auch einen Titel im Haushalt, in dem man sieht, was diese Werbeaktionen gekostet haben. Aber diese Gipfel haben doch nichts an der Tatsache geändert, dass, wie man im Moment überall lesen kann, die Automobilindustrie und die Zulieferer viele Ar-

beitsplätze abbauen. Ich weiß nicht, wie Sie es bewerten, dass jetzt der größte Anbieter von Elektromobilität, Tesla, in Brandenburg eine Megafabrik für Europa bauen will.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Weil dort der einzige CO<sub>2</sub>-freie Flughafen ist!)

Glauben Sie, das ist für die Zulieferer und die Facharbeiter in Baden-Württemberg ein Gewinn? Nein. Der Hersteller wird seine Marktführerschaft ausbauen, und die Baden-Württemberger werden sicherlich nicht nach Brandenburg ziehen wollen. Die Batterietechnik für diese Fahrzeuge wird auch nicht in Ulm gebaut. Die wird Tesla allenfalls in Brandenburg bauen. Das wird Tesla angesichts der Lohnstückkosten aber wohl sehr schnell bleiben lassen, sondern diese in Asien bauen lassen und dann importieren. Und unsere Hersteller in Baden-Württemberg werden ihre hochpreisigen Automobile nicht mehr absetzen. Damit gehen Hunderttausende Arbeitsplätze verloren. Aber immerhin können Sie darauf verweisen, dass Sie einen Strategiedialog mit diesen Automobilisten geführt haben.

Ich will nur sagen: Die gesamten Investitionen in Ihren Haushaltsplänen fließen wie mit einer Gießkanne nach wie vor in ideologische Projekte,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: „Ideologische Projekte“! Das ist ja der Wahnsinn! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Wenn es wenigstens so wäre!)

aber nicht in echte Zukunftsprojekte. Denn ich sage Ihnen: Auch in 20 Jahren werden sich die Menschen, unabhängig vom Antrieb eines Autos, mobil verhalten. Die Mobilität ist eines der höchsten Güter. Es gab schon Umstürze – in jüngster Geschichte sogar in unserem Land – wegen fehlender Mobilität, wegen fehlender Freiheit. Das, was Sie für uns, für Gesamtdeutschland, einführen wollen, wird Ihnen misslingen.

Die AfD wird sich eine Braut suchen müssen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oh!)

wenn wir in den Wahlen unsere Ziele erreichen. Ich kann schon einmal von vornherein sagen, dass mindestens zwei Parteien als Braut völlig ausfallen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und wir hoffen, dass sich zumindest die eine oder andere Partei noch hübsch macht für eine entsprechende Hochzeit.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben Sie schon eine Braut im Blick? – Gegenruf von der AfD: Nein!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, wollen Sie die Brautschau weiter fortsetzen?

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wenn wir schon bei der Frage sind, wem welche Braut gut gefällt:

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

(Andreas Stoch)

Herr Kollege Schwarz hat ja vorhin über die wahren Gesichtszüge der FDP philosophiert.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Braut, die sich nicht traut!)

Wir alle hatten uns sowieso schon über diesen phänomenalen Kuschelkurs gewundert. Ich denke, es wurde heute wieder einmal deutlich, dass bestimmte Dinge einfach gar nicht zusammenpassen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie mal die Reden übereinandergelegt?)

Da müssten durchaus noch Entwicklungen passieren.

Ich möchte noch auf eine Aussage der Frau Finanzministerin kommen. Sie hat vorhin doch tatsächlich gesagt, es gebe noch zahlreiche grün-schwarze Haushalte in diesem Land. Da habe ich in die Gesichter der Mitglieder der Regierungsfractionen geblickt.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Martin Rivoir SPD: Schrecken!)

Ich darf Ihnen sagen, dass ich dort Schrecken, geradezu Verstörung und Panik erkennen konnte. Das sagt doch alles über den Zustand dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Das sind Ihre Erfahrungen!)

Das gilt für beide Seiten, Frau Sitzmann.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ich darf noch eine weitere Aussage von Ihnen aufgreifen, Frau Sitzmann. Meine Aussage, wir brauchten endlich mehr Handeln und weniger Reden, haben Sie in einem Akt der Rabulistik darauf bezogen, wir müssten erst einmal den Haushalt beschließen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Sehr geehrte Frau Sitzmann, ich glaube, genau das ist das Problem: Sie verstehen nicht oder wollen nicht verstehen, was von unserer Seite an diesem Haushalt kritisiert wird, nämlich dass es draußen in unserer Gesellschaft große Veränderungen gibt und viele Menschen das Gefühl haben, dass ihnen diese Veränderungen zum Nachteil gereichen.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Genau dieses Problem der Unsicherheit und der Angst führt dazu, dass hier im Parlament und auch draußen politische Kräfte aktiv werden, die diese Ängste nutzen, billig Schuldige, oft kleine Gruppen, suchen und damit die Verunsicherung in unserer Gesellschaft zum Hass treiben.

(Zuruf von der AfD)

Wir alle dürfen nicht zulassen, dass diese sehr oft rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Bewegungen diese Gesellschaft

spalten. Deswegen brauchen wir klare Signale für die Menschen in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Udo Stein AfD: Ihre Politik spaltet das Land! – Zuruf von der AfD: Der allerletzte Rettungsanker!)

Mit klaren Signalen meine ich, dass die Menschen die Sicherheit oder zumindest Zuversicht brauchen, dass sie auch zukünftig ihren Arbeitsplatz behalten können oder mit ihrer Hände und Köpfe Arbeit Geld für sich und ihre Familien verdienen können. Natürlich ist vollkommen klar, dass keine Landespolitik und auch keine Landesregierung neue Produkte entwickeln wird. Unterstützen können wir beim Wissenstransfer aus Hochschulen, aus Forschung und Wissenschaft, in die Unternehmen. Diesbezüglich habe ich die Politik der Landesregierung nicht kritisiert, aber das allein wird nicht reichen. Ich habe sehr deutlich gemacht, dass wir, der Staat – der Staat ist die Summe der Bürgerinteressen; so lautet die richtige Definition –, dafür sorgen müssen, dass Infrastrukturentscheidungen getroffen werden und dass heute in Infrastruktur so investiert wird, dass es auch funktioniert und dass vor allem der Prozess der Digitalisierung gelingt.

Ich glaube, insoweit sind wir uns einig. Deswegen ist es doch gerade wichtig und richtig, dass wir, wenn dieser Landeshaushalt entsprechende Potenziale hat, vor allem in Zukunftstechnologien, in Zukunftsinfrastruktur investieren. Das ist eine zentrale Aussage, die aus einem Landeshaushalt hervorgehen muss.

(Beifall bei der SPD)

Ein dritter Punkt ist für unsere Wirtschaft wichtig – ich nenne ihn noch einmal; in meiner Rede vorhin habe ich sehr lange darüber gesprochen –: Das ist die Ressource Bildung. Wenn wir nicht verstehen, dass Bildung die wichtigste Zukunftsinvestition ist, gefährden wir unsere Zukunft.

(Abg. Anton Baron AfD: Genug kaputt gemacht!)

Wir müssen den Begriff „Bildung“ endlich auch passend zu den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts definieren. Bildung heißt nämlich nicht mehr nur gute Schule und – ich sage es bewusst dazu – gute frühkindliche Bildung und gute Hochschulen. Bildung im 21. Jahrhundert muss vielmehr heißen: Wir brauchen Bildungsinfrastruktur für all jene, die während ihres Berufslebens feststellen, dass sie dringend Weiterbildung und Weiterqualifizierung benötigen. Insoweit erwarten wir von einer Landesregierung mehr visionäres Geschick als das, was sich aus dem Landeshaushalt dieser Regierung ergibt.

(Beifall bei der SPD)

Auch was das Thema Wohnen angeht, ist die Unsicherheit – kann ich mir und meiner Familie den Wohnraum noch leisten? – ein Problem. Da reicht es nicht, zu sagen: Wir geben aber 250 Millionen € pro Jahr, so viel wie noch nie. Zur Wahrheit gehört nämlich, dass 180 Millionen € davon vom Bund stammen.

(Abg. Anton Baron AfD: Meine Güte!)

Das hat nämlich die SPD innerhalb der Bundesregierung durchgesetzt, weil wir der Meinung sind, der Staat darf dort nicht

(Andreas Stoch)

nur zuschauen. Aber wenn Sie jetzt feststellen, dass die Mittel, die Sie in Ihren Töpfen haben, gar nicht abgerufen werden, dann dürfen Sie doch nicht fragen, ob es zu viel oder zu wenig Geld ist, sondern Sie müssen fragen: Was sind die richtigen Instrumente, um den Wohnungsbau nach vorn zu bringen? Hierzu habe ich von Ihnen keine vernünftige Antwort gehört.

Herr Kollege Reinhart, Sie haben nur auf die Landesentwicklungsgesellschaft der Vergangenheit hingewiesen. Das war im Jahr 2007. Damals war Herr Schmid kein Finanzminister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Einen Moment, Herr Kollege! Ich will nur korrigieren! Ich habe etwas verwechselt! Ich habe den Verkauf der LBBW-Wohnungen im Jahr 2012 gemeint! Ich habe das falsch ausgeführt! Entschuldigung!)

– Sie haben es nicht falsch ausgedrückt, Sie haben es falsch gesagt. Aber ich akzeptiere, dass Sie sich getäuscht haben.

(Abg. Martin Rivoir SPD zu Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Da war auch einer von euch dabei! Föll hat es vermasselt!)

Die Investitionstätigkeit im Bereich des Wohnungsbaus braucht sinnvolle und richtige Instrumente. Diese Instrumente müssen gewährleisten, dass tatsächlich bezahlbarer Wohnraum entsteht.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt fahren Sie einmal hinaus, und gehen Sie zu den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern oder zu den Oberbürgermeistern. Fragen Sie sie einmal, wie es läuft. Dort, wo es kommunale Wohnungsbaugesellschaften gibt – in meinem Wahlkreis gibt es eine solche –, funktioniert es. Wir haben einen guten, ausgeglichenen Wohnungsmarkt. Aber je weiter Sie in die Ballungsräume kommen, desto mehr stellen Sie fest, dass oft die Instrumente fehlen, um diesen Wohnungsbau zu werkstelligen.

Da ist es doch nicht falsch, zu schauen: Was machen andere? Und wenn u. a. Bayern eine Landeswohnungsbaugesellschaft errichtet hat, können wir doch zumindest einmal die Frage stellen: Würde uns in Baden-Württemberg ein solches Instrument helfen? Wir sind der Überzeugung: Ja, es würde helfen.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir nun zum Thema Grundsteuer. Wir haben inzwischen – Kollege Rülke hat das Thema aufgebracht und andere sind darauf eingegangen – eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

(Zuruf von der AfD)

zum Thema Grundsteuer. Das bisherige Modell der Grundsteuer wurde als verfassungswidrig bezeichnet. Dieses war – ich darf das einfach noch einmal deutlich sagen; denn ich glaube, manche wissen es gar nicht – ein Modell, das auf den Wert der Grundstücke, und zwar der bebauten Grundstücke, Bezug nahm. Es basierte auf der Frage: Was hat dieses Objekt an Wert? Das Bundesverfassungsgericht hat nun gesagt: Die

Regelung der Grundsteuer ist deswegen verfassungswidrig, weil die Einheitswerte, die zur Wertermittlung herangezogen werden, zu einem falschen Wert führen. Das heißt, dass innerhalb des Systems Grundsteuer manche zu viel und manche zu wenig zahlen, weil der tatsächliche Wert von diesem Einheitswert abweicht.

Jetzt kommen Sie ernsthaft mit einem Modell daher, bei dem allein auf Basis der Fläche die Höhe der zu zahlenden Grundsteuer ermittelt wird. Sie können dabei noch so oft von Entbürokratisierung und Vereinfachung sprechen; die Folge Ihres Modells, liebe CDU und liebe FDP, ist doch, dass diejenigen, die weniger wertvolle Gebäude haben, belastet werden, während die anderen entlastet werden. Das ist sozial zutiefst ungerecht, was Sie fordern.

(Beifall bei der SPD – Abg. Udo Stein AfD: Sie reden von sozialer Gerechtigkeit! Unglaublich!)

Da hilft es auch nicht viel – deswegen komme ich zu den 42 Millionen €, die Frau Finanzministerin Sitzmann jetzt für die Programmierkosten fordert –, wenn wir nur den Wert eines Grundstücks heranziehen. Wir kommen dann zwar ein Stück näher an die Gerechtigkeit,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Dass Sie das Wort Gerechtigkeit überhaupt noch in den Mund nehmen!)

erfüllen aber bei Weitem nicht den Anspruch, den das Bundesverfassungsgericht formuliert hat. Denn dann unterscheiden wir nicht, ob auf dem jeweiligen Grundstück ein Haus im Wert von 200 000 € oder von 2 Millionen € steht. Sie können doch nicht ernsthaft behaupten, ein solches Modell sei gerecht. Wir brauchen ein Modell, das dem Modell von Olaf Scholz entspricht und eine ehrliche Bewertung der Grundstücke und der darauf stehenden Gebäude vorsieht. Dann haben wir eine soziale Grundsteuerreform; sonst eben überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie es so machen, wie ich es gerade dargelegt habe, sparen Sie sich flott einmal 42 Millionen € in diesem Haushalt, weil Sie diese 42 Millionen € nicht brauchen, wenn Sie das Scholz-Modell umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Noch einmal zum Thema Schuldenbremse: Herr Kollege Rülke meinte, mich auf einen Widerspruch zwischen meiner gestrigen und meiner heutigen Aussage hinweisen zu müssen. Die Schuldenbremse, die wir nun bald in der Landesverfassung haben werden, hat bezogen auf die Regelung zur Schuldenbremse mehr oder weniger deklaratorischen Wert. Denn aufgrund der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse sind wir ohnehin an die Schuldenbremse gebunden.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Das, was wir jetzt in der Landesverfassung verankern werden, zielt ein Stück weit darauf ab, die Handlungsfähigkeit des Parlaments zurückzugewinnen. Wir sagen nämlich: Wir definieren Ausnahmefälle und lassen damit unter Voraussetzung einer qualifizierten parlamentarischen Mehrheit auch Ausnahmen von der Schuldenbremse zu.

(Andreas Stoch)

Ich sage es einfach einmal in die Runde – hier sind ja Menschen mit einer starken Prinzipientreue, die sagen, von der Schuldenbremse werde man gerade in diesen goldenen Zeiten nicht abweichen dürfen –: Wenn wir, der Staat, wenn die Regierungen und die Parlamente die staatlichen Aufgaben nicht erfüllen können, dann müssen wir sehr wohl die Frage stellen, ob wir tatsächlich auf der Einnahmeseite Geld brauchen, wenn es darum geht, dringend notwendige Investitionen durchzuführen. Ich sage dabei ganz deutlich: In einer solchen Situation müssen wir den Menschen draußen reinen Wein einschenken. Verschuldung kann dann immer nur ein vorübergehendes Phänomen sein und keine Dauerlösung. Dann muss ich, wenn ich ehrlich bin, über die Einnahmen eines Staates reden.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Es gibt auch eine Ausgabenseite!)

Ich sage auch ganz deutlich, Herr Kollege Reinhart – ich habe das bereits ganz deutlich gesagt –: Die Einnahmeseite ist im Moment nicht das Problem, weder beim Land noch beim Bund. Deswegen brauchen wir uns darüber im Moment nicht den Kopf zu zerbrechen. Ich will jedoch nicht, dass wir in eine Debatte gehen, in der die Schuldenbremse und die schwarze Null als Selbstzweck definiert werden. Denn dann werden wir unserer Verantwortung als Parlament und als Politik nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Es gibt auch eine Ausgabenseite!)

Noch einmal zum Thema Bildung – ich habe vorhin schon etwas zu den Themen Weiterbildung und Weiterqualifizierung gesagt –: Fakt ist nun einmal auch, dass wir an unseren Schulen im Moment einen Rekordunterrichtsausfall haben. Und wenn wir einen Rekordunterrichtsausfall haben, dann reicht es nicht, sich hier hinzustellen und zu sagen: „Wir haben alles richtig gemacht.“ Dann war es wohl nicht ganz richtig.

Wenn wir, Herr Kollege Schwarz, über die Kita und über Kitagebühren sprechen: Wenn Sie konsequent wären, müssten Sie sagen: Bildung soll nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Ich glaube, dass dies ein Satz ist, den ich irgendwann auch schon einmal bei den Grünen gehört zu haben meine.

Schauen Sie sich an, was heute ein Kitaplatz im U-3-Bereich – aber auch darüber hinaus – teilweise kostet. Da hören Sie ganz oft, gerade auch von jungen Frauen, die die Betroffenen sind: Wenn ich meine zwei Kinder in die Kita schicke, kann ich das Geld, das ich durch meinen Job, z. B. in einer Halbtagsbeschäftigung, verdient habe, gleich 1 : 1 bei der Kita abliefern.

Dann hilft diesen Leuten, mit Verlaub, auch keine gestaffelte Gebühr. Den Leuten würde nur helfen, wenn die erste Bildungsinstitution, die ein Kind besucht, gebührenfrei wäre, wie es – zu Recht – bei der Schule und der Hochschule der Fall ist. Das ist Fakt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Abschließend noch etwas zum Verhältnis zu den Kommunen. Wenn das so wunderschön sein soll, wie Sie es hier darstellen und beschreiben, dann wundert es mich, warum die kommu-

nalen Landesverbände quasi einen flehenden Bittbrief an die Landtagspräsidentin schreiben, sie möge sich doch in den Prozess einbringen, damit sich die Landesregierung endlich im Sinne der Kommunen bewege.

Wenn ich mir das im Detail anschau, stelle ich fest, dass z. B. im Jahr 2016, als diese grün-schwarze Regierung ins Amt kam, eine der ersten Maßnahmen war, dass die Vorwegentnahme – also das Geld, das aus dem großen Topf der Kommunen genommen wird – um 300 Millionen € erhöht wurde. Da können Sie doch nicht ernsthaft sagen, Sie seien so gönnerhaft mit den Kommunen umgegangen. Sie haben ihnen 300 Millionen € weggenommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Zusätzlich!)

– Zusätzlich zu allem anderen. – Dann haben Sie den Kommunen Programme angeboten, die Sie kofinanzieren wollten.

Da muss ich einfach sagen: Es ist unlauter, wenn der Ministerpräsident hier regelmäßig den goldenen Zügel beklagt, den der Bund anlege. Was die Landesregierung tut, ist nicht im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung, die eines der wichtigsten Güter in der Aufgabenteilung im Land Baden-Württemberg ist. Deswegen ist das ohne Respekt vor den Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Frau Finanzministerin habe ich das vorhin schon wieder durchklingen gehört. Ich habe vorhin gesagt, dass Aufgaben, die sich z. B. aus dem Bundesteilhabegesetz oder zum Thema Integration ergeben, keine Aufgaben sind, die die Kommunen erfunden haben. Diese Aufgaben sind durch bundes- und landesgesetzliche Regelungen vorgegeben.

Jetzt kam von Frau Finanzministerin Sitzmann die Aussage, da gebe es Streit um die Frage der Konnexität. Konnexität ist immer das Zauberwort; das weiß ich. Es gibt immer Streit um die Frage, welche Kosten tatsächlich ausgelöst werden. Aber kommen wir jetzt doch einmal zum Grundproblem.

(Minister Manfred Lucha: Rechtliche Zuständigkeit!)

Was Sie meinen, ist nicht Konnexität, denn Sie haben im nächsten Atemzug gesagt, bisher habe es zwar noch keine Einigung gegeben, aber jetzt gebe es ja größere finanzielle Spielräume und man könne möglicherweise noch zu einer Einigung kommen. Soll ich das einmal übersetzen? Sie gehen mit den Kommunen nicht nach dem Prinzip der Konnexität um, sondern nach Kassenlage.

Das ist ein Problem. Sie haben rechtliche Verpflichtungen gegenüber den Kommunen, wollen diesen Geld aber nur dann zugestehen, wenn Sie es sich leisten können. Die Kommunen brauchen aber Planungs- und Rechtssicherheit. Deswegen: Gießen Sie endlich in eine gesetzliche Grundlage, was notwendig ist, und lassen Sie die Kommunen zukünftig nicht mehr im Stich.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Dieser Landeshaushalt verpasst viele Chancen.

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

(Andreas Stoch)

Der Landeshaushalt lässt gerade in dem Bereich, in dem viele Menschen draußen Sorgen haben, diese mit ihren Sorgen allein. Deswegen sage ich ganz deutlich: Es reicht nicht, Frau Finanzministerin, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: „Wir machen den Haushalt wetterfest.“ Die Menschen draußen wollen etwas anderes. Sie wollen, dass dieses Land wetterfest ist und in eine gute Zukunft geht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat Herr Fraktionsvorsitzender Rülke für die FDP/DVP noch einmal das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur noch einige wenige Anmerkungen zum Schluss.

Sie, Frau Ministerin, haben sich jetzt zur Grundsteuer geäußert. Durch die Medien ging eine Vorstellung von Ihnen; wenn ich es richtig verstanden habe, war das eine Mischung aus Flächen- und Wertmodell. Hier und am heutigen Tag aber haben Sie erklärt – ich darf das zitieren –, Sie legten Wert darauf, dass eine Grundsteuerreform komme, die – so wörtlich – bürokratiearm und aufkommensneutral sei. Darauf verlassen wir uns jetzt einmal. Wir hoffen, dass es bürokratiearm und aufkommensneutral ist. Das, was zu lesen war, führt dazu, dass man schon gewisse Sorgen haben muss, ob es tatsächlich bürokratiearm und aufkommensneutral wird. Wir werden das aber beobachten.

Sie, Herr Kollege Schwarz – ich lasse jetzt mal sämtliche Brautmetaphern weg; für diese ganzen Metaphern werden Sie sich wahrscheinlich noch bei den Damen Ihrer Fraktion zu rechtfertigen haben; aber das ist ja dann nicht unser Problem –, haben gefragt: „Was wollen Sie?“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Das Heiraten meine ich jetzt nicht, sondern das Inhaltliche. Beim Inhaltlichen kann ich nur darauf verweisen, dass wir permanent Vorschläge einbringen. In der vergangenen Woche konnte der Landtag von Baden-Württemberg beispielsweise über einen Gesetzentwurf zur Schulpolitik entscheiden. Den kann man für falsch halten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Der ist aber richtig!)

Wir halten ihn natürlich für richtig. Sonst hätten wir ihn nicht eingebracht. Als Regierungskoalition kann man ihn aber für falsch halten und deshalb ablehnen. Man kann ihn – wie in diesem Fall – auch ablehnen, weil er von der Opposition kommt. Aber man kann nicht sagen, wir würden nicht erklären, was wir wollen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig! Genau!)

Das gilt auch für das Thema Mobilität. Da habe ich sehr eindeutig gesagt, was wir wollen, nämlich möglichst weitermachen mit dem Verbrennungsmotor, aber nicht auf Basis fossiler Brennstoffe, sondern auf Basis synthetischer Kraftstoffe, und statt der Batteriemobilität wollen wir die Wasserstoffmobilität. Das habe ich sehr eindeutig gesagt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In diesem Sinn werden wir auch entsprechende Anträge einbringen, beispielsweise zur Bildung eines Sonderprogramms im Einzelplan 12 mit einer Einstellung einer Rücklage in Höhe von 100 Millionen €.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Rücklage für was?)

Im Umwelthaushalt ist die Forschungsfabrik HyFab etatisiert, für deren Aufbau man 57 Millionen € des Bundes haben möchte. Hierzu gibt es bis jetzt nur einen Letter of Intent. Wir schlagen die Vorfinanzierung der Bundesmittel durch das Land vor, sodass möglichst bald begonnen werden kann.

Im Verkehrshaushalt hätten wir gern eine stärkere finanzielle Unterstützung der Projekte Wasserstoffbus, Wasserstoffzug sowie den Aufbau einer Tankstelleninfrastruktur. Das sind ganz konkrete Vorschläge.

Außerdem hätten wir gern weitere Mittel für die „HyFab-BW – Forschungsfabrik für Brennstoffzellen und Wasserstoff“ – sowie die Förderung der wirtschaftsnahen Forschung zu diesem Thema. Dazu können Sie sich ja dann in den Haushaltsberatungen erklären.

Das sind zusätzliche Kosten; das ist klar. Da werden Sie dann sagen: „Jetzt sind Sie zwar konkret geworden, aber Sie erklären nicht, wie Sie es gegenfinanzieren.“ Wir bieten gern die Streichung des Aufwuchses bei den Ministeriumsstellen an – das sind fast 300 Stellen –, außerdem Kürzungen bei Titeln, bei denen übermäßig Ausgabereste aus den Vorhaushalten aufgelaufen sind, und im Staatsministerium eine Absenkung der Mittel für die geplante neue Kampagne – quasi in Ersetzung von „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ heißt die nächste Kampagne dann möglicherweise: „Wir können gar nichts.“ Deshalb kann man mit Sicherheit auch darauf verzichten.

Außerdem brauchen wir keine Repräsentationstitel für einen Strategiedialog Automobilwirtschaft. Sie haben erklärt: „Wir machen hier Strategiedialoge, und am Ende entscheidet dann die Wirtschaft, entscheidet der Markt.“ Wenn es nur so wäre, dass die Wirtschaft, der Markt entscheiden würden. So ist es aber nicht. Vielmehr werden durch Subventionen und irgendwelche Programme für Ladestationen die Weichen ganz klar in Richtung Batteriemobilität gestellt.

Ein Unternehmer aus meinem Wahlkreis hat im Wirtschaftsministerium und im Umweltministerium einen Vorschlag gemacht, wie man beispielsweise am Stuttgarter Neckartor das NO<sub>x</sub> bekämpfen könnte. Diesem wurde am Ende gesagt: „Dem Vorschlag treten wir nicht näher, weil wir Vandalismus befürchten.“ Wenn Sie aber zig Millionen Elektrostationen im Land aufbauen, befürchten Sie offensichtlich keinen Vandalismus. Diese ganzen Strategien, die Sie da bewerben, sind von vorn bis hinten nicht durchdacht. Dafür braucht man keine Repräsentationstitel.

Was wir allerdings brauchen – darüber haben wir im Landtag von Baden-Württemberg intensiv diskutiert –, ist der Schutz von jüdischen Einrichtungen im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Da ist jetzt die Rede von 1 Million €. Aber es kann sich doch jeder erlauben, wie schnell diese Million weg ist und dass das

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ganze ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Deshalb ist es notwendig, deutlich aufzustocken. Deshalb werden wir vorschlagen, hierfür nicht 1 Million €, sondern 5 Millionen € zu veranschlagen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Und im Bereich des Kultusministeriums können wir Ihnen auch einen Vorschlag machen, der deutlich Ressourcen einspart und der zu mehr Gerechtigkeit führt, nämlich den Klassenteiler bei Gemeinschaftsschulen so, wie bei allen anderen Schulen, auf 30 zu erhöhen und dann im Gegenzug die Mittel für Haupt- und Werkrealschulen sowie Leistungszulagen für Grundschulen entsprechend zu verbessern.

Was schon längst notwendig ist, ist die Bezahlung der Sommerferienarbeitslosigkeit von Vertretungslehrern, was 20 Millionen € im Jahr kostet.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Stefan Herre AfD)

Wer ein soziales Gewissen hat, kann diese Praxis nicht endlos so weiterführen, meine Damen und Herren.

Die CDU-Fraktion hat ausdrücklich recht, wenn sie vorschlägt, Schulleiter kleinerer Schulen auch nach A 13 zu bezahlen; denn jeder, der kommunalpolitisch tätig ist, weiß, wie schwierig es ist, dort Schulleiter zu finden.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ja!)

Deshalb muss man diesen Schritt endlich einmal gehen, um das Ganze etwas attraktiver zu machen. Das ist wirklich ein notwendiger Beitrag zur Bildungspolitik im Land Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Stefan Herre AfD)

Man muss auch etwas für die beruflichen Schulen tun. Deshalb schlagen wir vor, die unnötigen Mittel für unnötige Oberstufen an Gemeinschaftsschulen zugunsten des beruflichen Schulwesens umzuwidmen;

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Es gibt keine unnötigen Oberstufen!)

denn das berufliche Schulwesen ist eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg dieses Landes.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist nur eine kleine Auswahl, Herr Kollege Schwarz, von dem, was wir wollen. Wir stellen also fest: Diese Braut hat durchaus ihre Reize.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜ-NE: Ich werde sie mir noch einmal anschauen!)

– Sie können sich das noch einmal genau anschauen und prüfen und diskutieren und dann entscheiden, ob Sie diesen Reizen nähertreten wollen oder ob Sie das auf einen späteren Zeitraum verschieben, oder wie auch immer.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich mag mir das gar nicht vorstellen! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Jedenfalls werden wir durchaus unsere Beiträge zu der anstehenden Diskussion leisten. – Das ist wie immer bei solchen Beziehungskisten: Es melden sich dann die Eifersüchtigen usw.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Nein! Ich mag mir das einfach nicht vorstellen!)

Das kennen wir. Das ist wie im wirklichen Leben, aber damit gehen wir um. Wir werden jedenfalls diese Diskussion sehr rational führen,

(Zuruf: Wie immer!)

wie immer, wenn es um den Haushalt von Baden-Württemberg geht, und hoffen natürlich darauf, dass nicht alle Vorschläge, die von der Opposition kommen, nur deshalb abgelehnt werden, weil sie von der Opposition kommen. Wir haben am gestrigen Tag bewiesen, dass wir zum gemeinsamen Geist fähig sind. Vielleicht gelingt dies auch bei diesen Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, wir beenden damit die Aussprache.

(Abg. Konrad Epple CDU: Jetzt schon?)

Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe der Landesregierung, nämlich das Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21, Drucksache 16/7171, und das Haushaltsbegleitgesetz 2020/21, Drucksache 16/7172, zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden. Dann ist es so beschlossen.

Wir haben Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich würde Ihnen gern vorschlagen, dass wir um 16:45 Uhr weitermachen. –

(Minister Manfred Lucha: Noi! Früher! – Weitere Zurufe)

Sie sind damit einverstanden. Dann treffen wir uns um 16:45 Uhr zur Fortsetzung der Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 15:49 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 16:46 Uhr)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

### Regierungsbefragung

Das erste Thema lautet:

T e r r o r i s m u s / E x t r e m i s m u s

und wurde gemeldet von der FDP/DVP-Fraktion.

Ich erteile das Wort dafür Herrn Abg. Weinmann von der FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Nico Weinmann FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht zuletzt durch die Abschiebung ehemaliger Anhänger der Terrormiliz IS nach Deutschland wird die Frage nach den von den Rückkehrern ausgehenden Gefahren für die innere Sicherheit und dem generellen Umgang insbesondere mit den Frauen und Kindern diskutiert. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat erst vor wenigen Wochen eine bemerkenswert offene Studie zu islamistisch radikalisierten Frauen veröffentlicht.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Wie und bis wann möchten Sie die Empfehlungen dieser Studie des Landesamts für Verfassungsschutz umsetzen?

Wie möchten Sie sicherstellen, dass nicht nur die Sicherheitsbehörden, sondern auch Jugendämter und Schulen für das Problem hinreichend sensibilisiert sind und dass dort, wo es unvermeidbar und geboten im Sinne des Kindeswohls ist, beispielsweise eine rasche Änderung des Sorgerechts erzielt werden kann?

Kann sich die Landesregierung vorstellen, ähnlich den Häusern des Jugendrechts bei straffälligen Jugendlichen eine Institution zu schaffen, bei der Verfassungsschutz, Polizei, Jugendämter, Schulen und Familiengerichte gemeinsam zu Zwecken der Deradikalisierung zusammenarbeiten?

Und schließlich: Wie setzt sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass deutsche Kinder gegebenenfalls auch getrennt von den Eltern aus der Haft nach Deutschland kommen können?

Herzlichen Dank.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Abg. Weinmann, zu den aktuellen Meldungen zu Rückkehrern aus ehemals vom IS kontrollierten Gebieten: Unsere Sicherheitsbehörden stehen bundesweit im Informationsaustausch zur Gruppe der Rückkehrer aus ehemals vom IS kontrollierten Gebieten. Ich will von vornherein sagen, dass wir zum derzeitigen Zeitpunkt keine Erkenntnisse darüber haben, dass es bei möglichen Rückführungen nach Deutschland auch entsprechende Rückführungen nach Baden-Württemberg gibt. Ich glaube, das können wir beide, die wir heute Morgen im Parlamentarischen Kontrollgremium gesessen haben, hier durchaus auch öffentlich sagen.

Ich bin mir nicht mehr ganz sicher, ob Frau Präsidentin Bube es öffentlich gesagt hat oder ob ich mit ihr im Vieraugengespräch gewesen bin.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Jetzt wird es spannend!)

Die Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz hat jedenfalls heute Vormittag noch einmal bestätigt, dass es keine Erkenntnisse darüber gibt, dass die von Ihnen angesprochenen Rückführungen auch das Land Baden-Württemberg betreffen.

Für die Gruppe der Rückkehrer aus ehemals vom sogenannten Islamischen Staat kontrollierten Gebieten werden in Deutschland im Fall einer bevorstehenden Wiedereinreise alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen des Polizei- und Strafverfahrensrechts geprüft. Für jede Person wird eine individuelle Gefahreinschätzung vorgenommen. In jedem Fall wird umfassend und fortlaufend unter Einbindung der zuständigen Behörden geprüft, welche Maßnahmen in Betracht kommen.

Aber der Umfang der Maßnahmen richtet sich nach den rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen im Einzelfall. Diese werden bundes- und landesweit abgestimmt. Wo immer möglich werden dabei auch Maßnahmen der Deradikalisierung und der Reintegration einbezogen. Bei Personen, die als Rückkehrer aus Kriegsgebieten noch einer Szene zuzuordnen sind bzw. noch eine Radikalisierung aufweisen, kann im Einzelfall auch eine Beratung durch das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg, konex, in Betracht kommen. Das ist unsere zentrale Präventions- und Deradikalisierungseinheit in Baden-Württemberg.

In der Ausstiegsberatung Islamismus von konex werden sowohl islamistisch radikalisierte Personen, die sich freiwillig aus der Szene lösen bzw. sich von ihrer Ideologie distanzieren wollen, als auch deren Angehörige und im Einzelfall auch Personen aus dem engen sozialen Umfeld beraten. Bei Bedarf kann die Beratung im Einzelfall auch in Justizvollzugsanstalten erfolgen oder mit weiteren Maßnahmen, wie z. B. der Behandlung von traumatischen Erkrankungen und anderem mehr, abgestimmt werden.

Ein letzter Hinweis: Viele Jahre habe ich einsam die Auffassung vertreten, dass jemand, der in einer Terrormiliz gegen die Bundesrepublik Deutschland oder gegen Interessen der Bundesrepublik Deutschland gekämpft hat, aufgrund dieses Tatbestands sofort und unmittelbar seine deutsche Staatsbürgerschaft verlieren muss – dies auch vor dem Hintergrund dessen, dass wir sonst überhaupt keine Möglichkeit haben, hochgefährlichen und extrem radikalisierten Personen, die sich im Ausland an Sprengstoffen, am AK-47 und anderem mehr geübt haben, die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zu verwehren. Das ist bei einem deutschen Staatsbürger eben nicht möglich.

Ich bin sehr dankbar, dass diese Möglichkeit nun tatsächlich Gesetz wird. Diese Regelung geht auf eine alte Vorschrift im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz zurück. Allerdings gilt es nach der aktuellen Rechtslage nur für Personen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft haben. Das sind aber nicht wenige. Nageln Sie mich bitte nicht auf die genaue Zahl fest. Round about hat in diesem Personenkreis schätzungsweise die Hälfte der Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft eine doppelte Staatsangehörigkeit. Ich hoffe, dass die Behörden dieses neue Instrument auch entsprechend nutzen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt eine weitere Frage von Herrn Abg. Weinmann.

**Abg. Nico Weinmann FDP/DVP:** Vielen Dank, Herr Minister. – Gilt die Verweigerung der Wiedereinreise ab dem Moment des Erlasses dieses Gesetzes, oder gilt das auch für den Zeitraum davor? Wenn jemand 2015 oder 2016 an solchen Kampfhandlungen teilgenommen hat, gilt das dann rückwirkend? Das ist meine erste Frage.

(Nico Weinmann)

Zum anderen wollte ich auf meine originäre Frage nach den Vorschlägen und Empfehlungen, die das Landesamt für Verfassungsschutz auf seiner Homepage hinsichtlich der Behandlung von Frauen und Kindern abgegeben hat, zurückkommen.

Und letztendlich noch die Frage: Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um auf die Bundesregierung einzuwirken, dass Kinder, die in Gefangenschaft in den Kriegsgebieten im Irak und in Syrien sind, nach Deutschland kommen, sofern dies bei Ihnen verfolgt wird?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Zur zweiten Frage: Selbstverständlich werden die Empfehlungen des Landesamts für Verfassungsschutz entsprechend einfließen.

Zu Ihrer ersten Frage: Wenn ich die Bundesgesetzgebung richtig verfolgt habe, gibt es diese Rückwirkung zu meinem persönlichen Bedauern nicht. Die Antwort dazu müssten wir Ihnen aber noch rechtssicher nachliefern.

Das Gleiche gilt auch für die dritte Frage, die Frage nach den Kindern. Das würden wir Ihnen unmittelbar schriftlich geben.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine – – Entschuldigung. Herr Abg. Stein, bitte.

**Abg. Udo Stein** AfD: Danke schön, Herr Minister. – Ich habe folgende Frage: Wenn jemand wieder in die Bundesrepublik einreisen sollte, wie wollen Sie sicherstellen, dass er dies nicht kann, und wie wollen Sie das kontrollieren, nachdem er abgeschoben wurde?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Die Kontrolle insbesondere der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland obliegt primär der Bundespolizei. Diese Aufgabe wird von der Bundespolizei auch aktiv und erfolgreich wahrgenommen.

Ich bin auch mit dem Bundesinnenminister in einem sehr engen Kontakt. Wir nutzen insbesondere, was die baden-württembergischen Grenzen angeht – also beispielsweise die Grenze zur Schweiz, aber auch die Grenze zu Frankreich –, das Instrument der sogenannten Schleierfahndung, also verdachtsunabhängiger Kontrollen.

Diese Aufgabe, die die Bundespolizei wahrnimmt, wird durch Polizistinnen und Polizisten der Landespolizei Baden-Württemberg nach Kräften unterstützt. Wir haben eine exzellente Zusammenarbeit – im Übrigen auch über die Grenzen hinaus – beispielsweise mit der Schweizer Grenzschutz. Das ist eine gute, sehr verlässliche und erprobte Zusammenarbeit.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Stein noch einmal.

**Abg. Udo Stein** AfD: Danke für Ihre Ausführungen. – Aber Sie schließen aus, dass jeder, der über die Grenze geht, kontrolliert wird?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Selbst wenn man, was Sie sich möglicherweise vorstellen könnten, eine Mauer um Deutschland herum bauen würde – es gab ja auch in Deutschland mal eine Mauer – –

(Abg. Udo Stein AfD: Das ist Ihre Interpretation! Das habe ich so nicht gesagt!)

Nicht einmal am Eisernen Vorhang, nicht einmal an dieser deutsch-deutschen Grenze konnte irgendjemand ausschließen, dass jemand sie doch passiert. Immer wieder ist das gelungen. Deswegen geht Ihre Frage fehl.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr zutreffende Antwort!)

Es gibt auf der ganzen Welt keine Grenze, Herr Abgeordneter, bei der ein seriöser Politiker ausschließen würde, dass sie von einer Person passiert wird. Insofern müssen Sie sich einmal überlegen, welche Fragen Sie an mich stellen.

(Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Nordkorea!)

– Selbst dort schaffen es welche.

(Staatssekretärin Bärbli Mielich: Sehr richtig!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Jetzt liegen mir weitere Wortmeldungen vor.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich würde zunächst Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort erteilen. Danach können Sie noch einmal eine Frage stellen. Und ich habe noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Rottmann.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Herr Minister, ich möchte an die Frage des Kollegen Stein anschließen und davor noch einen kleinen Geschichtsunterricht für Sie anmerken.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Frage!)

Die Mauer um die ehemalige DDR diente dazu, Leute am Verlassen des Landes zu hindern, und nicht dazu, das Betreten des Landes zu verhindern.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Das ändert aber nichts an der Funktionsfähigkeit dieses Instruments, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ich glaube, Sie sollten es noch einmal nachlesen. Der Gedenktag war vor nicht allzu langer Zeit. Die Zeitungen sind voll von Berichten davon. Aber die Frage an – –

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ich bin sehr wohl informiert. Ich brauche da keine Belehrungen von Ihnen, Herr Fiechtner, wirklich nicht. Das können Sie sich sparen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Offensichtlich doch. Selbst ein Minister kann noch etwas lernen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Aber nicht von Ihnen!)

Aber jetzt meine Frage.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Über den 9. November brauche ich von Ihnen keine Belehrung.

(Beifall des Abg. Karl Rombach CDU)

Nehmen Sie das einfach zur Kenntnis.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ob Sie das brauchen, entscheiden ja nicht Sie. Ich stelle fest: Sie brauchen das. Und deswegen tue ich das.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, stellen Sie einfach Ihre Frage, bitte.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Es gibt ja Erfahrungen –

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ich wäre ganz dankbar, wenn Sie Ihre Belehrungen einstellen würden und eine Frage stellen. Das, was wir hier machen, heißt „Regierungsbefragung“ und nicht „Lehrstunde“.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Wissen Sie, damit Sie die Frage intellektuell überhaupt verstehen können, muss ich leider etwas voranschicken.

(Vereinzelt Lachen – Zurufe, u. a. Abg. Martin Hahn GRÜNE: Jetzt aber!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Oi!

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, stellen Sie bitte Ihre Frage!

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Wenn Sie mich vielleicht auch die Frage stellen lassen würden, wäre das sehr nett.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Stellen Sie sie doch! Sie reden doch die ganze Zeit drum herum!)

Die Situationen um die G-7-Gipfel haben sehr deutlich gezeigt, dass klarere, straffere, intensivere Grenzkontrollen durch Bundespolizei und andere Behörden sehr, sehr viele tatsächliche Täter, Verdächtige in das Netz der Polizei gehen ließen. Das ist zwar nur ein kleiner Ausschnitt, den man da hat feststellen können. Fest eingerichtete Grenzregime würden wahrscheinlich noch wesentlich mehr Menschen mit krimineller Vergangenheit erfassen können oder, noch besser, diese von vornherein ausschließen können.

Haben Sie irgendwelche Pläne, das Land Baden-Württemberg – das könnten Sie als Innenminister – zu schützen, indem Sie an den Grenzen tatsächlich konsequente Kontrollen durchführen, damit eben keine Gefährder mehr einreisen?

Ich muss sagen: Grenzen und auch Mauern haben etwas Gutes. Denken Sie an Israel, wo die Mauer die Attacken durch radikale, mörderische Araber maßgeblich verhindern konnte. Ich würde mir für unser Bundesland auch wünschen,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Schon mal was von Schengen gehört? – Zuruf: Frage!)

dass problematische Personen nicht hereinkommen. Also: Haben Sie vor, unser Bundesland,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nein, haben wir nicht!)

das in Ihrer Verantwortung ist, nachhaltig zu schützen? Denn das wäre Ihre Aufgabe.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nein!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Abgeordneter, ich hatte es zwar schon gesagt, aber ich wiederhole es für Sie gern:

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sagen Sie es gern noch einmal!)

Für den Schutz der Grenzen ist der ehemalige Bundesgrenzschutz, jetzt die Bundespolizei, zuständig. Das ist keine Aufgabe der baden-württembergischen Landespolizei.

Zweitens: Selbstverständlich arbeiten wir mit der Bundespolizei engstens und bestens zusammen. Es ist mein Wunsch – die Landespolizei macht das auch nach Kräften –, dass wir die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei bei der Erfüllung ihrer Aufgabe unterstützen. Es bleibt aber eine Aufgabe der Bundespolizei. Das bitte ich Sie einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Drittens: Sie haben ganz recht: In bestimmten Situationen – Sie haben Hamburg angesprochen, aber es gab auch andere Anlässe – hat die Bundespolizei ihre Fahndungs- und Sicherheitsmaßnahmen extrem hochgefahren. Das lässt das Recht in bestimmten Situationen zu. Es ist aber völlig undenkbar, dass die Bundespolizei diesen Zustand dauerhaft aufrechterhält. Dafür fehlen ihr selbstverständlich die personellen Ressourcen.

Ich will Ihnen ein anderes Beispiel aus der Arbeit der Landespolizei geben. Wir machen in Städten, auch vor dem Hintergrund der Sicherheit im öffentlichen Raum, immer wieder sogenannte Sicherheits- und Fahndungstage. Das heißt, wenn ich es einmal flapsig sagen darf: Wir knipsen in einer Stadt mal richtig für 24 Stunden überall das Licht an. Ich war selbst vor nicht allzu langer Zeit in Mannheim bei einem solchen Sicherheits- und Fahndungstag. Wir hatten 24 Stunden lang ungefähr 600 bis 700 Polizeibeamte, Fahnder vom Zoll usw. im Einsatz.

Selbstverständlich ist das immer sehr erfolgreich. Selbstverständlich gehen sehr viele Straftäter, sehr viele mit Haftbefehl gesuchte Personen usw. an einem solchen Sicherheits- und Fahndungstag ins Netz. Daraus den Schluss zu ziehen, dass wir jetzt in ganz Baden-Württemberg über das gesamte Jahr 24 Stunden am Tag eine solche Fahndungs- und Sicherheitskulisse aufbauen, das ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich und wäre natürlich auch aus personellen und sächlichen Gründen völlig unmöglich. An diesem Beispiel können Sie auch erkennen, dass das zum Schutz der Grenzen keinen Sinn ergeben würde. Abgesehen davon, dass das Bundesrecht eine solche Maßnahme nicht hergäbe, wäre es auch personell auf Dauer nicht leistbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Rottmann.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Innenminister, der Kollege Stein fragte vorhin nach der Wiedereinreise abgeschobener Menschen, und Sie brachten daraufhin die Berliner Mauer ins Gespräch. Dazu möchte ich folgende Frage stellen.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Nein, Entschuldigung! Der Herr Abgeordnete hat von Grenzen gesprochen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Aber Sie von Mauern!)

die nicht überwindbar sind. Und dann habe ich den Hinweis gegeben, dass selbst bei einer Grenze, die durch eine Mauer gesichert war, niemand garantieren konnte, dass nicht doch jemand rüberkommt.

(Abg. Udo Stein AfD: Das haben Sie in den Mund gelegt!)

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Das können wir dann alle im Protokoll nachlesen. Ich hatte verstanden, dass der Begriff „Mauer“ von Ihnen gekommen sei. Aber das können wir alle ja verifizieren, wie das war.

Meine Frage ist: Habe ich Sie richtig verstanden, dass nicht einmal eine Mauer wie die Berliner Mauer einen Schutz vor der Wiedereinreise gewährleisten könnte, den Sie vielleicht gern gewähren würden?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Jetzt habe ich es doch gerade nochmals erläutert, aber gern noch einmal: Auf die Frage des Abg. Dr. Fiechtner – –

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Darf ich meine Frage zu Ende stellen?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Herr Innenminister! – Sie haben noch eine weitere Frage, Herr Abg. Rottmann.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Meine Frage war einmal, ob ich Sie richtig verstanden habe, dass nicht einmal eine Mauer wie die Berliner Mauer den Schutz vor einer Wiedereinreise gewährt, und zum anderen, was Sie gern auch in Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden tun möchten, um Wiedereinreisen zu verhindern, die nicht stattfinden sollen.

(Zuruf von der CDU: Erstens: Nein!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Die zweite Frage habe ich jetzt, glaube ich, zwei Mal beantwortet. Das mache ich aber gern auch ein drittes Mal.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Vielleicht mit einer neuen Perspektive und einer Lösung!)

– Selbstverständlich mit einer Lösung. – Noch einmal: Der Schutz der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland ist eine Aufgabe der Bundespolizei. Deswegen hieß die früher Bundesgrenzschutz. Diese Aufgabe wird durch die Kolleginnen

und Kollegen der Bundespolizei engagiert, tatkräftig und gut erledigt.

Ich bin auch mit dem Bundesinnenminister in einem sehr, sehr engen und regelmäßigen Austausch, insbesondere was die Grenzen zu Frankreich und zur Schweiz angeht. Wir haben beispielsweise in den letzten Wochen die verdachtsunabhängigen Kontrollen hochgefahren.

Die Landespolizei Baden-Württemberg unterstützt die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei nach Kräften. Wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und im Übrigen auch mit anderen Polizeibehörden, beispielsweise der Schweizer Grenzschutz.

Dann noch einmal zur Frage des Abg. Dr. Fiechtner: Herr Abg. Dr. Fiechtner hat mich gefragt, ob ich durch diese Maßnahmen ausschließen könne, dass Personen in die Bundesrepublik Deutschland kommen, ohne dass sie durch diese Maßnahmen sozusagen aufgehalten werden. Daraufhin habe ich ihm gesagt: Selbst wenn man eine Mauer bauen würde,

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

könnte niemand seriös ausschließen, dass trotzdem jemand eine solche Grenze passiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dabei bleibe ich. Es gibt keinen hundertprozentigen Grenzschutz, und deswegen kann es auf die unseriöse Frage, ob man ausschließen könne, dass irgendeine Person eine Grenze passiert, eigentlich nur diese Antwort geben. Denn das kann überhaupt kein Mensch ausschließen. Seit es Grenzen gibt, ist es Personen im Grunde genommen immer wieder möglich – egal, wie diese Grenzen geschützt sind, selbst dann, wenn sie durch eine Mauer geschützt sind –, die Grenze zu passieren.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das wollen wir nicht mehr!)

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Vielen Dank. – Mir geht es nicht um die Frage seriös oder unseriös, sondern um die Frage nach dem Schutz. Ich ziehe meine Schlüsse aus der Antwort.

Danke schön.

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Ich habe es beim ersten Mal schon verstanden!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Stein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Es geht um die Frage: Mauer oder nicht Mauer!)

**Abg. Udo Stein** AfD: Danke schön, Herr Minister, dass ich noch eine Frage stellen darf.

Auch wenn Sie mir das Wort „Berliner Mauer“ in den Mund gelegt haben: Auch mir ist bewusst, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gibt – nie und nirgends. Deshalb möchte ich Sie fragen: Sehen Sie die Gefährdung in Baden-Württemberg in der aktuellen Situation als Auswirkung der Flüchtlingskrise?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ich weise seit vielen Jahren darauf hin, dass wir durch den islamistischen Terror eine hohe abstrakte Gefährdungslage haben. Das gilt für Westeuropa, das gilt für Deutschland, und das gilt selbstverständlich auch für Baden-Württemberg. Diese Lage ist seit 2015 noch einmal eine intensivere geworden.

(Abg. Udo Stein AfD: Danke schön!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben das Wort für Ihre Frage.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Herr Minister, Sie haben mich vorhin falsch zitiert, haben aber wahrscheinlich falsch zugehört. Ich weiß einen guten HNO-Arzt für Sie.

Ich möchte noch einmal ergänzend fragen – –

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Soll ich jetzt auch meine medizinischen Befunde über den Herrn Fiechtner hier – –

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sie haben mich vorhin leider falsch zitiert. Aber auch das ist üblich.

(Unruhe)

Welche Maßnahmen treffen Sie? Nachdem der Bundesinnenminister davon gesprochen hat, dass das Schengener Abkommen gescheitert sei – Sie kennen wahrscheinlich dieses Interview –, müsste doch die Konsequenz sein, dass ein strikteres Grenzregime an den Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland gehandhabt wird – also das, was eben die Voraussetzung ist; die Außengrenzen zu schützen klappt nicht, also muss man die Binnengrenzen wieder aktivieren.

Welche Maßnahmen – – Oder gibt es Ideen für Maßnahmen, die Sie auch auf Bundesratsebene mit der Bundesregierung umsetzen, dies zu institutionalisieren, dass tatsächlich wieder Schlagbäume errichtet werden? Natürlich muss man das entsprechende Personal gewinnen. Vielleicht kann man ja auch die Bundeswehr dazu aktivieren. Die wird ja jetzt für andere Sachen auch aktiviert, wie Sie bezüglich dieser Übungen berichtet haben.

Es geht auf jeden Fall darum, sicherzustellen, dass die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Baden-Württemberg, eben ein sicherer Hort ist. Denn eine funktionierende Grenze – das wissen wir auch als Individuen – ist die Voraussetzung für ein Überleben.

Welche Maßnahmen treffen Sie, dass Baden-Württemberg sicherer wird – mit der Bundesregierung zusammen?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bevor Sie antworten, Herr Innenminister: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich habe eine Bitte. Ich bitte schon darum, dass wir hier im Parlament gewisse Verhaltens- und Anstandsnormen bewahren. Das gilt auch für Sie. Daher bitte ich Sie, von solchen Bemerkungen, die Sie vorher zum Minister gemacht haben, Abstand zu nehmen. – Danke.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist alles reziprok, Frau Präsidentin!)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Vielleicht will ja der Kollege mit Ihnen noch ein bisschen diskutieren.

Wir arbeiten ständig daran, den Grenzschutz zu verbessern. Darüber bin ich mit dem Bundesinnenminister in einem ständigen Kontakt. Wir intensivieren ihn insbesondere dann, wenn das lage- und situationsgerecht ist.

Diese verdachtsunabhängigen Kontrollen an den Grenzen sind eine Aufgabe der Bundespolizei, die durch die Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei nach Kräften unterstützt wird. Wir haben eine gute Zusammenarbeit auch mit anderen Polizeibehörden, beispielsweise mit der Schweizer Grenzschutz.

Ich halte überhaupt nichts von der Symbolpolitik, irgendwo Schlagbäume und Grenzerhäuschen aufzubauen, denn diejenigen, für die wir uns interessieren, werden dann ganz sicher nicht an diesen Grenzerhäuschen vorbeifahren, sondern sich einen anderen Weg suchen. Deswegen glaube ich auch im Vertrauen darauf, dass unsere Bundespolizistinnen und Bundespolizisten eine exzellente Arbeit machen, daran, dass wir es der Polizei überlassen sollten, dort ihre Kontrollen zu machen, wo sie es für notwendig und für richtig hält.

Genau das passiert im Augenblick. Wir haben die verdachtsunabhängigen Kontrollen derzeit hochgefahren, haben sie auf einem hohen Schutzniveau. Ich bin ganz überzeugt – das übrigens schon immer –, dass es der richtige Weg ist, die verdachtsunabhängigen Kontrollen an dem Ort und zu den Zeiten zu intensivieren, wo die Polizei das für sinnvoll und notwendig hält. Das halte ich auch für wirksamer und effektiver, als uns – sei es auch nur gedanklich und hypothetisch – nach den alten Zeiten, in denen es in Europa Schranken und Grenzerhäuschen gab, zurückzusehen. Auch das, Herr Abgeordneter, waren keine Grenzen, über die nicht auch Leute gekommen sind.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So sieht es aus!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Blenke.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Ich schließe genau an das von Ihnen Letztgesagte an, Herr Minister. Vielen Dank für diese gute Antwort von Ihnen zum Schluss.

Bei den vorherigen Fragestellern klang eine gewisse Sehnsucht nach Wiedereinführung von strengen Grenzkontrollen, von Schlagbäumen bis hin zu Zäunen und Mauern durch.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach! – Abg. Udo Stein AfD: Das haben doch alles nur Sie gesagt!)

Ich möchte Sie einfach einmal bitten, uns die Errungenschaften darzulegen, die wir in Europa durch das Schengen-Abkommen bei der Reisefreiheit mit den offenen Grenzen haben,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

dass wir Europäer uns frei in Europa bewegen können, auch welche Freiheitsrechte das bewirkt bis hin zu dem, was das alles an wirtschaftlichen Vorteilen für uns bringt.

(Beifall der Abg. Daniel Andreas Lede Abal und Martina Braun GRÜNE sowie Karl Rombach CDU)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Abg. Blenke, es wird in der mir von der Präsidentin zur Verfügung gestellten Zeit absolut unmöglich sein,

(Zuruf von der AfD: Guter Versuch!)

hier die Vorteile der offenen Grenzen in Europa darzulegen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wir können es ja einmal testen!)

Sie haben aber völlig zu Recht das Stichwort Ökonomie angesprochen. Es gibt wahrscheinlich keine Region in ganz Europa, die ökonomisch so stark von den offenen Grenzen profitiert hat wie Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist das Exportland Nummer 1 in Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Ich erinnere mich noch gut an Währungsdisparitäten,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

als man sich gegen Währungsrisiken versichern musste. Das war für Unternehmen wie Daimler und Bosch ein überschaubares Problem, aber für den Mittelstand, für die Familienbetriebe ist das ein großes Problem gewesen. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass insbesondere die mittelständische Wirtschaft, die Handwerker, die Familienbetriebe in unserem Land von diesem Europa der offenen Grenzen – einschließlich des Euro – profitiert haben wie niemand anders, auch in Heilbronn. Das hat uns über viele Jahrzehnte Wohlstand und Zukunftsperspektiven für junge Menschen gegeben. Das sollte gerade uns in Baden-Württemberg unwahrscheinlich viel wert sein.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das ist die ökonomische Seite. Um ein anderes Beispiel zu nennen: Die Wahrheit beginnt ja dann sehr schnell am Brenner. Ich komme noch aus einer Generation, dass ich mich erinnern kann, dass Lastkraftwagen am Brenner nicht stundenlang, sondern tagelang in der Schlange gestanden sind.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Was das für eine Exportwirtschaft wie die in Baden-Württemberg in Zeiten bedeuten würde, in denen „just in time“ im Grunde genommen ein Grundsatz unseres Wirtschaftslebens ist, kann man sich gar nicht ausmalen. Es wäre für die baden-württembergische Wirtschaft eine Katastrophe, wenn wir die alten Brennerkontrollen, wie ich sie vor etwa 40, 50 Jahren noch persönlich miterlebt habe, wieder bekämen.

Abgesehen davon ist es für viele Menschen, insbesondere jüngere Menschen, selbstverständlich, sich hier in Stuttgart in den Zug zu setzen und gut drei Stunden später in Paris wieder aus dem Zug auszusteigen. Das ist das Europa der Freiheit, das viele Menschen sich wünschen. Es ist insbesondere auch ein Europa, das uns wirtschaftlich bzw. ökonomisch in den letzten Jahrzehnten außerordentlich viel gebracht hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Danke schön!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Es liegen mir noch zwei weitere Wortmeldungen vor. Aber die Zeit für dieses Thema ist um.

Ich rufe das nächste Thema auf.

(Minister Thomas Strobl steht am Redepult.)

– Herr Minister, Sie sind zwar gleich wieder dran, aber Sie können sich zunächst noch einmal an Ihren Platz begeben. Ich rufe erst einmal das zweite Thema auf, gemeldet von der AfD-Fraktion:

E s k a l i e r e n d e H o c h z e i t s k o r s o s

(Minister Guido Wolf: Das dauert! – Vereinzelt Heiterkeit)

Das Wort für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stauch.

**Abg. Hans Peter Stauch** AfD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich frage die Landesregierung nach angemessener Zeit nochmals zu Hochzeitskorsos.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Zu was?)

– Zu Hochzeitskorsos.

Am 8. Juli 2019 betonte Innenminister Strobl bezüglich Hochzeitskorsos, dass bei Straftaten der Spaß aufhöre. Im Folgenden kam es aber erneut und teilweise verstärkt zu weiteren Hochzeitskorsos mit Gefährdungslagen durch Blockieren von Autobahnen und weiteren Straßen und durch Schusswaffeneinsatz, wie beispielsweise in Aalen am 30. September 2019, am 4. und 7. Oktober 2019 und am 14. Juli 2019 sowie u. a. am 24. September 2019 in Mannheim, Heidelberg, Wiesloch, Sinsheim, am 14. Juli 2019 in Waiblingen mit Unfall. Man könnte die Aufzählung noch weiter ausdehnen. Es gibt genügend Vorfälle.

Immer wieder kommt es dabei zu gefährlichen Eingriffen in den Straßenverkehr und zu Verstößen gegen das Waffenrecht.

Kulturelles Brauchtum fällt nach Expertenaussagen als Beweggrund weg. Vielmehr handelt es sich um übersteigertes Männlichkeitsgehabe und nach anderer Ansicht – die halte ich für wahrscheinlich – um Machtdemonstration.

Ich komme nun zu meinen Fragen.

Erstens: Welche Maßnahmen und mit welchem Erfolg wurden seit meiner ersten Befragung zur Eindämmung des strafrechtlich relevanten und verkehrswidrigen Verhaltens bei Hochzeitskorsos eingeleitet?

Zur zweiten Frage. Da bisherige Maßnahmen offensichtlich wirkungslos sind und, wie beispielsweise in Frankreich oder Nürnberg 2019 mit Toten schon geschehen, Gefahren für Leib und Leben unbeteiligter Dritter bestehen, frage ich: Wurden bei der Innenministerkonferenz gemeinsame Handlungswege besprochen? Und, falls nein: Wie gedenkt die Landesregierung, diese Problematik endlich in den Griff zu bekommen?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Strobl.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Abgeordneter, zunächst möchte ich in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen: Für Autokorsos, bei denen die Teilnehmer sich und andere gefährden, Straßen blockieren oder gar Schreckschusswaffen abfeuern, habe ich kein Verständnis – null Komma null Verständnis.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Klaus Dürr und Daniel Rottmann AfD)

Wir werden alles tun, das auch zu unterbinden.

Ich will Ihnen das auch gern begründen. Das hat für mich überhaupt nichts mit Fröhlichkeit zu tun. Das hat im Übrigen auch nichts mit irgendeinem kulturellen Hintergrund von irgendjemandem zu tun – null Komma null –, sondern das sind Verstöße gegen Recht und Gesetz. Wir dulden das nicht, und die Polizei schreitet in allen Fällen auch sehr konsequent ein.

Gern nehme ich die Gelegenheit wahr, Ihnen einen aktuellen Überblick zum Thema „Hochzeitskorsos in Baden-Württemberg“ zu geben.

Im laufenden Jahr wurden seitens der Polizei drei Autobahnblockaden und 67 sonstige Straßenblockaden durch Hochzeitskorsos in Baden-Württemberg festgestellt; Stichtag war der 20. September. In den letzten zwölf Monaten – Stichtag 9. August – wurden landesweit insgesamt rund 90 Hochzeitskorsos polizeilich registriert. Die Polizei wurde bei sämtlichen vor Ort angetroffenen Autokorsos tätig. Es gelangten 25 Straftaten zur Anzeige, und es wurden 14 Schreckschusswaffen beschlagnahmt. Mir ist kein Fall bekannt, bei dem nachweislich eine scharfe Waffe abgefeuert wurde.

Um es klar zu sagen: Schusswaffen haben bei Hochzeitsfeiern nichts, aber auch rein gar nichts verloren.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Wenn aus einem Autokorso heraus geschossen wurde, werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Fahrzeuge konsequent durchsucht. Aufgefundene Schreckschusswaffen werden wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz beschlagnahmt, der Autokorso wird aufgelöst. Wie Sie sehen, ist die Polizei handlungsfähig und schreitet konsequent ein.

Herr Abgeordneter, ich freue mich, Ihnen an dieser Stelle mitteilen zu können, dass sich der Bund nicht zuletzt auf mein Drängen hin bewegt hat und nun die längst überfällige Verschärfung des Tatbestandskatalogs für Verkehrsordnungswidrigkeiten mit einem besonderen Gefährdungspotenzial angeht. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns hierbei aktiv einbringen werden. Die erste Sitzung des Expertengremiums „Sanktionsniveau“ findet noch in diesem Jahr statt. Die B-IMK hat am 15./16. Juni entsprechende Beschlüsse zur Verschärfung des Strafmaßes für besonders gefährliche Verstöße auch in den Bereichen Lärm und Abgase gefasst.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir das Thema Autokorsos weiterhin scharf im Blick haben. Das Innenministerium hat sich zuletzt am 12. September mit den Leitern der Führungs- und Einsatzstäbe der Polizeipräsidien umfassend ausgetauscht. Es wissen restlos alle, was bei ausufernden Autokorsos in Ba-

den-Württemberg zu tun ist, und wir werden auch unseren Druck in Berlin weiter aufrechterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Eine erste Zusatzfrage stellt Herr Abg. Dr. Murschel. – Es geht nach der Fraktionsstärke, nachdem die AfD die Frage eingebracht hat.

**Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE:** Vielen Dank, Herr Minister, vor allem für die klare Ansage, dass das kein Kavaliersdelikt und keine Spaßveranstaltung, sondern ein ernsthaftes Vergehen gegen die Straßenverkehrs-Ordnung und vor allem gegen Menschen gerichtet ist.

Mich interessiert, ob es statistische Zusammenhänge gibt. Gibt es z. B. räumliche Schwerpunkte im Land Baden-Württemberg, was diese Autokorsos angeht? Gibt es irgendwelche statistischen Korrelationen z. B. zwischen der Anzahl der Hochzeiten in einer Region oder einer Stadt und vermehrten Autokorsos? Gibt es solche statistischen räumlichen Zusammenhänge oder andere statistische Zahlen?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Auch über die Auswirkungen auf die Dauer der Ehen! – Heiterkeit bei der CDU)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Abg. Dr. Murschel, ich kenne solche Statistiken und Erhebungen nicht und habe gerade auch den Landespolizeidirektor bzw. den Vizepolizeipräsidenten des Landes den Kopf schütteln sehen. Ich schaue mir die einzelnen Fälle immer wieder einmal an. Nach meinem Eindruck gibt es diese Art von Korsos sowohl im ländlichen als auch im städtischen Bereich, und ich könnte sie nach meiner Beobachtung auch nicht an bestimmten Regionen festmachen.

Falls es bei der baden-württembergischen Landespolizei Erkenntnisse gibt, die diese spannende Frage erhellen, würden wir Ihnen das noch schriftlich mitteilen.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Danke!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Abg. Stein.

**Abg. Udo Stein AfD:** Danke, Frau Präsidentin. – Herr Minister, Sie sagten, es wurden nur Schreckschusswaffen verwendet. Ich kenne ein Video, das zeigt, dass mit einer automatischen Pistole geschossen wird. Können Sie hundertprozentig ausschließen, dass andere Waffen als Schreckschusswaffen zum Einsatz kamen?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das war beim AfD-Parteitag!)

Ich kann Ihnen das Video gern zur Verfügung stellen.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Abgeordneter, dann bitte ich Sie, uns das Video zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang gibt es natürlich auch Videos, die entsprechend bearbeitet worden sind. Wir schauen uns dieses Video an. Die Fachleute sollen sich dann die auf diesem Video erkennbaren Waffen an-

(Minister Thomas Strobl)

schauen und eine entsprechende Lageeinschätzung geben. Das Ergebnis teilen wir Ihnen dann gern mit.

(Abg. Udo Stein AfD: Danke schön!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Stauch, Sie haben das Wort für Ihre Frage.

**Abg. Hans Peter Stauch** AfD: Herr Minister, vielen Dank. – Wenn Sie so einen Hochzeitskorsos feststellen oder wenn gemeldet wird, dass aufgrund eines solchen Korsos eine Autobahn blockiert ist, löst das eine Alarmsituation bei den verschiedenen Polizeistationen aus, oder schicken Sie da nur einen Streifenwagen hin? Wie läuft das ab?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Das Polizeipräsidium Ludwigsburg hat eine Handreichung erarbeitet, wie in solchen Fällen in optimaler Weise vorzugehen ist. Diese haben wir uns im Landespolizeipräsidium angeschaut und für gut und insbesondere auch praxisnah befunden. Deswegen haben wir dafür Sorge getragen, dass diese Handreichung des Polizeipräsidiums Ludwigsburg allen Polizeipräsidien im Land Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt wurde. Es gibt also klare Hinweise dazu, wie man in einem solchen Fall vorzugehen hat.

**Abg. Hans Peter Stauch** AfD: Vielen Dank. – Darf ich noch eine Frage stellen?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ja, bitte, Herr Abg. Stauch.

**Abg. Hans Peter Stauch** AfD: Ziehen Sie bei solchen Vorfällen auch einmal in Betracht, Führerscheine einzuziehen oder zu beschlagnahmen oder auch Autos zu beschlagnahmen?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Selbstverständlich. Wenn die rechtlichen Möglichkeiten das hergeben, wird dies – davon gehe ich ganz sicher aus – auch gemacht. Wenn es sich beispielsweise um Fahrzeuge handelt, die, wie man auf Neudeutsch sagt, getunt sind, die also auf illegale Art und Weise technisch verändert worden sind, dann gehe ich sehr stark davon aus, dass unsere Polizistinnen und Polizisten von der Maßnahme der Beschlagnahme von Fahrzeugen und, wenn es die rechtliche Handhabung hergibt, auch von Führerscheinen Gebrauch machen.

(Abg. Hans Peter Stauch AfD: Vielen Dank!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Räßle.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Herr Minister, vielen Dank, dass Sie die Forderung nach null Toleranz für derartige Verbrechen oder Straftaten teilen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Sie haben jetzt sozusagen einen Knochen hingeworfen; Sie haben gesagt, Sie würden mit einem scharfen Auge darauf schauen. Vielleicht können Sie noch ein bisschen Fleisch um den Knochen tun. Was ist das scharfe Auge? Ist das nur Ihr Auge? Wie sieht es denn aus, wenn die Landesregierung auf solcherlei Taten ein scharfes Auge richtet?

Sie sagten außerdem, Sie sprechen hierüber mit Vertretern anderer Bundesländer. Sie konsumieren dort dann Häppchen und trinken etwas.

(Unruhe bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was haben Sie denn konsumiert?)

Aber was passiert denn dann im zweiten Schritt?

(Unruhe)

– Entschuldigung, er hat gesagt, er redet mit anderen Innenministern darüber.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Von Häppchen war keine Rede! – Abg. Martin Rivoir SPD: Weniger Schnittchen!)

Aber das Reden bringt ja letztendlich keinen Effekt. Ich möchte wissen: Was tun Sie? Wie handeln Sie, damit solche Taten nicht mehr passieren? Herr Stauch hat ja schon Entsprechendes angemahnt.

Zum Dritten möchte ich gern wissen, ob Sie sich mit der Landesregierung dafür einsetzen, dass der Gesetzgeber – also wir, das Parlament – vielleicht auf der Basis eines Gesetzentwurfs der Landesregierung dafür sorgt, dass die Rechtslage so verschärft wird, dass auch bei geringeren Vorkommnissen die Strafen deutlich drastischer ausfallen.

Vielen Dank.

(Zurufe, u. a. Abg. Thomas Blenke CDU: Sie können selbst einen Gesetzentwurf einreichen! – Unruhe)

– Wir hätten gern schon einen Gesetzentwurf eingereicht, aber dies wird ja immer und permanent abgelehnt. Vielleicht sind Sie, wenn Sie null Toleranz haben,

(Abg. Sascha Binder SPD: Wir haben keine Zuständigkeit! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Fragen Sie doch mal Ihre Bundestagsfraktion!)

auch einmal bereit, von Ihrer Seite einen Gesetzentwurf vorzulegen.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ich denke, dass ich die Fragen schon beantwortet habe, wiederhole es aber gern.

Erstens: Wenn ich sage, wir haben ein Auge auf diese Entwicklungen, die es gibt, dann meine ich nicht meine beiden Augen, sondern es sind im Grunde 60 000 Augen der baden-württembergischen Landespolizei – namentlich natürlich die Dienststellen, die damit betraut sind. Das wird natürlich vor allem bei den Polizeipräsidien in der Fläche bearbeitet.

Die Polizei ist bei diesem Thema sensibilisiert. Ich habe Ihnen berichtet, dass es eine Handreichung aus dem Polizeipräsidium Ludwigsburg gibt. Jetzt werden Sie wieder sagen: „Der redet halt nur.“ Natürlich sprechen wir darüber auch mit den Polizeipräsidenten und anderen. Das ist für die baden-württembergische Landespolizei ein Thema.

(Minister Thomas Strobl)

Zweitens: Wir sprechen nicht nur, sondern – Sie müssten mir freundlicherweise bitte schon zuhören – wir haben erfolgreich durchgesetzt – ist das bei Ihnen angekommen? –, dass im Bund die längst überfällige Verschärfung des Tatbestandskatalogs bei besonders gefahrenträchtigen Verstößen vorgenommen wird. Das heißt, wir haben eine Strafverschärfung beim Bund bereits durchgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jürgen Keck FDP/DVP)

Also nicht nur „Häppchen essen und reden“, sondern wir haben das aus Baden-Württemberg heraus erreicht.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Können Sie das kurz erläutern? – Gegenruf von der CDU: Hat er doch schon gesagt!)

Wir sind damit aber nicht zufrieden und lehnen uns nicht zurück, sondern sind der Auffassung, dass weitere Strafverschärfungen notwendig sind. Deswegen habe ich durchgesetzt, dass die Innenminister von CDU und CSU einschließlich des Bundesinnenministers weitere Verschärfungen auf den Weg bringen.

Da wir im Deutschen Bundestag bedauerlicherweise keine absolute Mehrheit haben und weil es mir und uns da zuweilen so geht wie Ihnen, dass Anträge nicht angenommen werden,

(Zuruf von der AfD)

brauchen wir dazu Partner. Daran arbeiten wir in der Bundesregierung.

Wir haben also schon viel erreicht, sind aber nicht zufrieden und arbeiten weiter daran, dass wir zur Bekämpfung nicht nur dieses Phänomens, aber auch dieses Phänomens weitere strafrechtliche und ordnungsrechtliche Maßnahmen bekommen bzw. entsprechende Verschärfungen im Bußgeldrecht und im Strafrecht durchsetzen können.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Lede Abal.

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE:** Herr Minister Strobl, wir haben jetzt viel über Hochzeitskorsos gehört. Nun gehört es natürlich zu den Gegebenheiten polizeilicher Arbeit, dass der Polizei die Termine von Hochzeiten in aller Regel nicht vorab bekannt sind.

Es gibt aber noch andere Korsos, die die Polizei beschäftigen, z. B. im Nachgang von Fußballspielen. Da ist die Sache ein bisschen anders; korsoträchtige Fußballspiele sind natürlich sehr wohl mit Datum bekannt.

Meine Frage: Stellt es sich von polizeilicher Seite so dar, dass Vorbereitungen getroffen werden bzw. dass möglicherweise an Schwerpunkten, wo erfahrungsgemäß Korsos auftreten, entsprechende Planungen für Einsätze erfolgen?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Abg. Lede Abal, ich gehe ganz sicher davon aus, dass sich die Polizei auf Fälle, in denen Autokorsos erwartbar sind, beispielsweise nach entsprechenden Fußballspielen, vorbereitet.

Ich kann aus meiner eigenen Heimatstadt berichten: Ich könnte mit einer ziemlichen Präzision sagen, nach welchen Fußballspielen an welchen Orten welche Leute mit welchen Fahnen solche Autokorsos veranstalten. Ganz sicher weiß die Heilbronner Polizei das noch einmal viel besser als ich. So, wie ich die Kolleginnen und Kollegen beim Polizeipräsidium Heilbronn einschätze, bereiten sie sich natürlich auch auf solche Einsätze entsprechend vor. Welche Maßnahmen dann im Einzelfall verhängt werden, entscheidet die Polizei lage- und situationsgerecht vor Ort.

Ich möchte Ihnen aber schon sagen, dass ich nach meiner eigenen Beobachtung solcher Korsos nach Fußballspielen nicht immer nur gute Gefühle hatte, insbesondere was das Thema Selbstgefährdung angeht. Wenn sich Personen, möglicherweise in alkoholisiertem Zustand, beispielsweise aus dem Fahrzeug herauslehnen, wenn scharfe Kurven gefahren werden etc., dann ist das etwas Gefährliches. Deswegen ist auch das nicht einfach nur ein Spaß.

Ich habe aber großes Vertrauen, dass die Polizei anlassbezogen, lage- und situationsbezogen auch in solchen Fällen die richtigen Maßnahmen ergreift und sich darauf entsprechend vorbereitet.

(Beifall der Abg. Thomas Blenke und Ulli Hockenberger CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Danke!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Zuerst ein Lob an Sie, Herr Minister. Sie haben in diesem Punkt ja offensichtlich wirklich etwas erreichen können.

Das deutet aber auch darauf hin, dass das Strafmaß im Augenblick nicht wirklich ein Abschreckungsmomentum enthält. Deswegen die Frage: Sind Ihnen bei Corsi, die dann z. B. auch zu Autobahnblockaden geführt haben und damit eine hohe Gefährdung nach sich zogen, Verurteilungen bekannt? Wenn ja: In welchem Ausmaß?

Und das Zweite ist: Gibt es irgendwelche Schwerpunktsetzungen ethnischer Art, wer Corsi, insbesondere solche, die dann auch zu echten Blockaden, zu intendierten Behinderungen führen, macht? Denn die Schreckschusswaffen sind ja nicht das Problem. Ich bin ohnehin Fan des freien Waffengebrauchs, wie es in einem freien Staat eigentlich möglich sein müsste. Hier nähern wir uns eher Nordkorea.

(Unruhe)

Das größere Problem sind sicher die Blockaden, die unter Umständen eine ganz hohe Gefährdung nach sich ziehen. Gibt es da bestimmte Schwerpunkte – Motivationsschwerpunkte, Herkunftsschwerpunkte –, die das eine oder andere Verhalten vielleicht erklären könnten?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt fehlt nur noch der Schwenk zur Zwangsehe!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Das beantworten wir Ihnen ganz sachlich und nüchtern schriftlich.

(Minister Thomas Strobl)

Eine Bemerkung möchte ich aber schon machen: In unserem Land zu sagen, wir näherten uns den Verhältnissen in Nordkorea – Herr Abg. Fiechtner, ich zitiere Sie wörtlich –, ist ein unsäglicher Vergleich. Der fällt auf Sie selbst zurück. Das weise ich einfach mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt weitere Wortmeldungen, zunächst von Herrn Abg. Baron.

**Abg. Anton Baron** AfD: Herr Minister, vielen Dank. – Sie hatten vorhin behauptet, Sie hätten im Bundestag keine Mehrheit für eine Verschärfung dieser Gesetzgebung. Sie haben mit der CDU, der AfD und der FDP aber sehr wohl eine bürgerliche Mehrheit dafür. Damit könnten Sie dieses Gesetz durchbringen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Von was träumen Sie nachts?)

Wer blockiert denn dann eigentlich im Bundestag die Verschärfung dieser Gesetzgebung, Herr Strobl?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Es ist Ihnen vielleicht entgangen, aber es gibt in Berlin eine Koalition.

(Abg. Anton Baron AfD: Also die SPD blockiert!)

– Die SPD blockiert nicht. Vielmehr sind wir in liebevollen Gesprächen mit den Sozialdemokraten, was diese Frage angeht.

(Heiterkeit – Abg. Gabi Rolland SPD: Na, na, na! Das wüsste ich jetzt aber! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist mit Abstand das Charmanteste, was seit Monaten zur Großen Koalition in Berlin gesagt wurde! – Zuruf: Das klingt ja schon fast erotisch!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Räßple. Zuerst hat Herr Abg. Räßple und dann hat Herr Abg. Stein das Wort.

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Herr Minister, ich schätze die deutlichen Worte, die Sie in dieser Sache immer verwenden.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Bitte kein Lob.

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Das war jetzt auch ironisch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das kann nicht anders sein!)

Ich habe noch eine Frage: Welche Maßnahmen werden zur Prävention solcher Taten ergriffen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Hochzeiten verbieten!)

Als wir vorhin über Korsos im Zusammenhang mit Fußballspielen gesprochen haben, haben Sie gesagt, Ihnen sei völlig klar, bei welchen Spielen so etwas vorkommt und welche Täterkreise in Betracht gezogen werden können. Ich denke, dass

Sie das dann auch bei den sogenannten Hochzeitskorsos machen können. Oder stellt sich hier die Lage anders dar?

Wenn bei einem Standesamt eine Hochzeit angemeldet ist, wissen Sie sicherlich, wo möglicherweise Gefahren lauern. Dann können Sie dort vielleicht mit einem erhöhten Polizeiaufgebot auftreten.

(Lachen – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ist das der Polizeivorbehalt zur Eheschließung? – Abg. Thomas Blenke CDU: Können wir vielleicht mal die restlichen Fragen zusammenfassen?)

– Wir sollten das nicht weiter ins Lächerliche ziehen. – Welche Präventionsmaßnahmen haben Sie getroffen?

(Abg. Georg Nelius SPD: Weniger heiraten! Hochzeiten verbieten!)

Welche Art von Überwachungsmethoden führen Sie dort durch? Welche Methoden werden in dieser Hinsicht angewandt?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Fußfesseln! – Abg. Thomas Blenke CDU: Verdeckte Ermittler im Standesamt!)

Danke schön.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Wir überwachen keine Hochzeitspaare.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Selbstverständlich gibt es aber auch mit Blick darauf entsprechende Präventionsmaßnahmen und Aufklärungen, was bei uns möglich ist und was bei uns nicht möglich ist. Ich bin ganz sicher, dass die Polizei, ebenso wie sie sich auf bestimmte Einsätze nach Fußballspielen vorbereitet – so, wie ich die Frage des Herrn Abg. Lede Abal beantwortet habe –, auch entsprechende präventive und repressive Maßnahmen einleitet, wenn ihr Erkenntnisse darüber vorliegen, dass nach einer Hochzeit ein solcher Autokorso geplant ist.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Stein.

**Abg. Udo Stein** AfD: Danke, Frau Präsidentin. – Herr Minister, ich habe noch eine Frage zu den Hochzeitskorsos. Vor längerer Zeit hat im Landkreis Schwäbisch Hall in der Umgebung von Gaildorf ein Hochzeitskorsos stattgefunden.

(Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Dort war ein Großvater mit seiner Enkeltochter neben der Straße unterwegs, als aus einem Auto heraus geschossen wurde, und zwar von einer ihm bekannten Person. Er sagt: „Die Enkeltochter hat tagelang geheult, hat Angst gehabt.“ Er traut sich aber nicht, Anzeige zu erstatten,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

weil ihm derjenige, der geschossen hat, persönlich bekannt ist. Was sagen Sie diesem Herrn, wie Sie dort die Sicherheit gewährleisten können?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Wenn ich das richtig sehe, Herr Abg. Stein, haben Sie zu diesem Thema schon einmal eine Landtagsanfrage gestellt.

Ich will Ihnen einfach nur noch einmal sagen: Für das Führen einer Schreckschusswaffe in der Öffentlichkeit benötigt man einen sogenannten kleinen Waffenschein. Kann der Besitzer der Waffe diesen nicht vorweisen, handelt es sich um eine Straftat nach dem Waffengesetz, die mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden kann. Das Schießen in der Öffentlichkeit mit einer Schreckschusswaffe ohne Erlaubnis stellt eine Ordnungswidrigkeit nach dem Waffengesetz dar. Die Strafandrohung ist – auch in Bezug auf Straßenblockaden, Nötigung – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren. Das sind schon heftige Freiheitsstrafen, die es hier gibt.

Selbstverständlich verfolgt die Polizei alle Straftaten, die ihr bekannt werden, mit aller Konsequenz – auch in diesem Bereich.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Eine Zusatzfrage.

**Abg. Udo Stein** AfD: In diesem Fall wurde also eine Freiheitsstrafe von drei Jahren verhängt, wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Nein. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

(Abg. Udo Stein AfD: Okay!)

Ich weiß gar nicht, ob es in diesem Fall ein Urteil gibt.

(Abg. Udo Stein AfD: Okay! Gut! Danke schön!)

Ich habe Ihnen nur zitiert, welchen Strafraumen die entsprechenden Straftatbestände bieten.

(Abg. Udo Stein AfD: Danke!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Jetzt habe ich noch die Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Fiechtner. Wenn Sie die Frage kurzfassen – der Minister fasst die Antwort sowieso sehr kurz –,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Vorbildlich!)

dann halten wir die Zeit ein.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ich muss leider noch einmal nachhaken. Nur kurz. Der Nordkoreavergleich bezog sich auf das Waffenrecht. Ich möchte das hier noch einmal ganz klar sagen: In einem freien Land sollten die Bürger die Möglichkeit haben, sich zu bewaffnen und sich zu verteidigen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da sollten Sie nach Amerika gehen! – Abg. Sabine Wölfl SPD: Schauen Sie mal in die USA! Unfassbar!)

Das ist ganz normal. Das können wir nicht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

Aber zur Frage. Sie haben eine Frage nicht beantwortet, nämlich die nach der ethnischen Zuordnung von diesen Vorfällen.

Da hätte ich doch gern gewusst: Gibt es dies betreffend Schwerpunkte? Das wäre für uns alle von großem Interesse.

(Zuruf: Freie Waffen für freie Bürger!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Das machen wir schriftlich, Frau Präsidentin,

(Heiterkeit der Abg. Thomas Blenke und Ulli Hockenberger CDU)

um der gewünschten Kürze entgegenzukommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: In der Kürze liegt die Würze! – Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr gute Antwort!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Die Antwort bekommen Sie schriftlich.

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. – Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir sind auch mit der Zeit am Ende. Ihnen, Herr Minister, vielen Dank für Ihre sehr kurzen Antworten. Diese haben ermöglicht, dass viele Abgeordnete ihre Fragen stellen konnten.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg – Drucksache 16/6726**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Drucksache 16/7085**

**Berichterstatter: Abg. Fabian Gramling**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Lindlohr.

**Abg. Andrea Lindlohr** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz ist nun schon einige Zeit in Kraft. Es hat verschiedene Regelungsbereiche, über die wir hier schon geredet haben. Sein Grundansatz, seine Grundaufgabe ist, dass es den fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen fördert, die sich um öffentliche Aufträge bewerben. Dieser Zweck ist uns sehr wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Daniel Born SPD: Uns auch!)

Wir haben an dieser Stelle jetzt schon mehrfach über die Evaluation gesprochen. Ein Punkt ist beispielsweise, dass der Mehraufwand zur Umsetzung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes sowohl von den Vergabestellen als auch von den Unternehmen als gering bewertet wird.

(Andrea Lindlohr)

Wir wissen, das Landestarifreue- und Mindestlohngesetz stellt seit der Einführung des arbeitsrechtlichen gesetzlichen Mindestlohns und unserer Bindung daran eigene landesspezifische Lohnvorgaben nur im Bereich der Personenverkehrsdienstleistungen auf, wenn also Bus- und Bahnstrecken vergeben werden. Für die Frage, wann wir Tarifbindung erzeugen können, ist das unsere Landeskompetenz für die Personenverkehrsdienstleistungen.

Das ist nur ein Teil der öffentlichen Vergaben, aber es ist ein wichtiger Teil, der sich auch gerade verändert hat. Wir haben viele Probleme im Land mitbekommen bei der Vergabe von Busverkehren und darüber hinaus natürlich auch bei den eigenwirtschaftlichen Busverkehren, die davon nicht erfasst sind, wo es aber viele Probleme gibt und ja auch Unternehmen insolvent gehen. Die öffentlichen Leistungen, die die Kommunen bestellt haben, nämlich dass der Bus dort fährt, dass er pünktlich und verlässlich fährt, dass es einen Busfahrer gibt und dass es funktioniert, sind in manchen Regionen gefährdet.

Was kann das Landestarifreue- und Mindestlohngesetz tun? Es setzt den Tarifvertrag des Verbands Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer als verbindlich für die Vergaben an. Wir haben in der Evaluation gesehen, dass es dort, wo durch uns, den Landesgesetzgeber, wirklich viel geregelt ist, in der Praxis auch schwieriger ist. Wir hören vom Verband Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer, dass er sich hier mehr Hilfestellung erwartet und auch Kontrollen wünscht. Das ist auch das Ergebnis der Evaluation.

Unsere Konsequenz ist also: Das Landestarifreue- und Mindestlohngesetz ist ganz besonders wichtig für den Bereich des öffentlichen Personenverkehrs. Hier gibt es auch Probleme. Die wollen wir lösen. Das Wichtigste ist, dass es eine Kontrollinstanz gibt – das schlägt die Evaluation vor –, die eben nicht bei den Stadt- und Landkreisen liegt, die auch arbeitsfähig ist und die auch in der Lage ist, verlässlich zu beraten. Es ist für die Vergabestellen schwierig zu verstehen, ob die Angebote, die sie in diesem Bereich bekommen, eigentlich funktionieren und aufgehen und auch richtig gerechnet sind.

An dieser Stelle wollen wir weiter arbeiten und sind, wie hier schon gesagt wurde, mit allen Beteiligten im Gespräch. Auch die Wirtschaftsministerin hat dies für die Regierung so gesagt. Das machen wir, die Fraktion, sowie alle, die ernsthaft an diesem Thema interessiert sind. Die anderen Fraktionen hier im Haus machen dies, glaube ich, auch, dass sie mit den Betroffenen sprechen und nach guten Lösungen suchen.

Wichtig wäre tatsächlich eine unabhängige Kontrollinstanz, damit dieser wichtige Bereich der Personenverkehrsdienstleistungen auch funktioniert und wir unserem Versprechen, dass es kein Lohndumping aufgrund von öffentlichen Aufträgen in diesem Bereich gibt, auch treu bleiben können. Das möchten wir.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt  
Beifall bei der CDU)

Wir werden auch beim nächsten Tagesordnungspunkt noch einmal über das Thema sprechen.

Interessant war in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs die Einbringung durch die Fraktion der AfD; Kollege Merz hatte

gesprochen. Ihn hat dabei besonders beschäftigt, wie wir uns verhalten sollen. Er hat an uns andere appelliert, dass wir nicht beachten sollen, wenn – Zitat – „irgendwelche Gewerkschaften dann pöbeln und kreischen“. Wir lernen also daraus: Die AfD ist nicht am gesellschaftlichen Zusammenhalt interessiert. Sie beschimpft einseitig wichtige gesellschaftliche Akteure,

(Abg. Stefan Räßle AfD: So ein Blödsinn! – Zurufe:  
Was?)

wie hier Gewerkschaftsorganisationen, die sie in dieser Form hier abqualifiziert. Da wenden wir uns dagegen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist doch nicht wahr,  
Frau Kollegin! – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz  
AfD)

Sie können gern im Protokoll der Plenarsitzung nachlesen. Das haben Sie so gesagt, und da wenden wir uns dagegen und uns der Sache zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt spricht für die Fraktion der CDU Herr Kollege Gramling.

**Abg. Fabian Gramling CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vor vier Wochen den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion erstmals beraten. Wir haben eine Woche später die Diskussion über das Landestarifreue- und Mindestlohngesetz ausführlich im Ausschuss fortgeführt. Heute werden wir uns dem Thema noch einmal widmen und die Argumente erneut austauschen. Ich kann Ihnen sagen: Auch am 13. November 2019 ist die Welt immer noch nicht so einfach, wie es sich die AfD immer wieder gern ausmalt.

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat das Mittelstandsforum gesagt!)

Wir haben im Ausschuss mehrheitlich beschlossen, dass wir den Gesetzentwurf der AfD ablehnen. Das empfehlen wir, die CDU-Fraktion, auch für die heutige Abstimmung. Eines möchte ich vorweg sagen: Für uns, die CDU, ist der Bürokratieabbau, der Abbau von Überregulierung, nach wie vor eines der zentralen Themen der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Mittelstandsvereinigung der CDU!)

Warum lehnen wir den Gesetzentwurf ab? – Wir treffen unsere Entscheidungen eben nicht voreilig. Deswegen werden wir den Beteiligungsprozess, welchen das Wirtschaftsministerium mit allen beteiligten Verbänden, mit den Wirtschaftsorganisationen und auch mit den Gewerkschaften gestartet hat, nicht vorwegnehmen.

Bereits in der Ersten Beratung habe ich erläutert, dass man dem Thema nicht gerecht wird, wenn man das Gesetz einfach abschaffen möchte, ohne sich vorher ernsthaft darüber Gedanken zu machen, ob man es als Ganzes und im Sinne aller Beteiligten verbessern kann. Aus Sicht des Normenkontrollrats

(Fabian Gramling)

könnte die Abschaffung des LTMG dazu führen, dass die Einhaltung gesetzlicher und tariflicher Bestimmungen nicht mehr im bisherigen Maß gewährleistet wird.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Das ist doch unbeschränkt möglich!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Gramling, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Born zu?

**Abg. Fabian Gramling** CDU: Gern.

**Abg. Daniel Born** SPD: Herr Kollege, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben eben gesagt, Sie hätten in der Fraktion mehrheitlich beschlossen, dem Antrag der AfD nicht zuzustimmen. Wie waren denn die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Fraktion?

**Abg. Fabian Gramling** CDU: Nein, im Ausschuss wurde mehrheitlich beschlossen. Im Wirtschaftsausschuss wurde das Thema beraten, und der Gesetzentwurf wurde im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Der wollte die Abweichler wissen!)

Es würde immer wieder einmal helfen, wenn man Politik mit dem Betrachten der Wirklichkeit beginnt, und deswegen muss man auch sehen, wie ein Gesetz in der Praxis sinnvoll umgesetzt werden kann. Deswegen sind der Dialog und die Transparenz im Umgang mit den Ergebnissen des Evaluationsberichts für uns sehr wichtig. Wir haben die Stellungnahmen von verschiedenen Verbänden jetzt vorliegen. Diese Stellungnahmen unterscheiden sich teilweise fundamental, was natürlich auch in der Natur der Sache liegt. Deswegen werden wir uns im Sinne einer verantwortungsvollen Politik des Themas annehmen und dann verantwortungsvoll darüber entscheiden. Dazu gehört, dass wir uns die Zeit nehmen, mit allen Beteiligten zu sprechen. Ich habe es angesprochen, dass das Wirtschaftsministerium in den Gesprächen ist. Wir werden diese Gespräche wohlwollend begleiten.

Wichtig ist uns, dass wir die Sicherung des Mindestentgelts gewährleisten, dass die Tariflöhne und die Mindestarbeitsbedingungen zur Förderung und Unterstützung eines fairen Wettbewerbs von allen Beteiligten anerkannt und auch berücksichtigt werden.

Fakt ist aber auch – da verschließen wir auch nicht die Augen vor der Wirklichkeit –, dass das LTMG aktuell mangelhaft ist. Natürlich kann man deswegen auch den Sinn eines Gesetzes infrage stellen. Das ist gar keine Frage. Trotzdem müssen wir dafür eintreten, dass wir fragen, ob wir ein Gesetz, das nicht so funktioniert, wie wir es gern hätten, entweder verbessern können oder im Zweifel abschaffen müssen. Diese Gespräche laufen aber, wie gesagt. Nach Abschluss der Gespräche können wir sehen, ob wir mit diesem Gesetz einen Mehrwert haben oder nicht. Diese offenen Fragen und die kontrahierenden Positionen müssen noch geklärt werden. Wir warten die Gespräche ab. Heute werden wir den Gesetzentwurf aus den genannten Gründen ablehnen.

Ich darf mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Merz, bitte, für die AfD. Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werde Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Der von meiner Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf zur Abschaffung des euphemistisch so genannten Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes – kurz LTMG genannt – ist und bleibt berechtigt. Unser Gesetzentwurf ist absolut notwendig. Ich habe in der Ersten Beratung am 17. Oktober bereits auf die Ergebnisse der umfangreichen Gutachten verwiesen, und wir durften auch die Stellungnahmen der Verbände bereits zur Kenntnis nehmen. Keiner der Betroffenen in Baden-Württemberg will und braucht dieses LTMG, auch kein einziger Arbeitnehmer.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das LTMG ist und bleibt ein wirtschaftspolitischer Fehler, ein Fehler, der endlich korrigiert werden muss. Ich hatte auch schon erwähnt, dass eine parlamentarische Mehrheit zur Abschaffung dieses LTMG jetzt vorhanden wäre, wenn sich nur ein jeder an seine Wahlversprechen halten würde.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Ja!)

Inhaltliche Zustimmung kam zunächst von der FDP/DVP. Dass sich die FDP/DVP-Fraktion nun darauf hinausredet, der Ansatz für den Bürokratieabbau wäre nicht breit genug, ist schon recht erbärmlich, nur um ja nicht der AfD recht zu geben und daher zustimmen zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Natürlich braucht es noch viel mehr Bürokratieabbau. Da haben Sie völlig recht. Und wir, die AfD, werden Ihnen hierzu auch noch viel mehr vorlegen. Aber es braucht auch einen Anfang.

Sie, die FDP/DVP, wollen heute einen Gesetzentwurf ablehnen, den Sie in der vergangenen Legislaturperiode inhaltlich schon einmal selbst so gestellt hatten.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Hört, hört!)

Jetzt, hier und heute, gäbe es dafür aber eine parlamentarische Mehrheit. Solche billigen Manöver erscheinen uns für eine angeblich wirtschaftsliberale und dem Namen nach freiheitliche Partei mehr als unwürdig. Und die Wähler und die Wirtschaft nehmen es zur Kenntnis, wenn Altparteien nur aus dem Prinzip „Anti-AfD“ immer mehr die Haltung zu eigenen, vorgeblichen Inhalten verlieren. Springen Sie, werde Mitglieder der FDP, doch bitte über Ihren eigenen Anti-AfD-Parteischatten, und stimmen Sie im Sinne und im Interesse der Wirtschaft in unserem Land für diesen Gesetzentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Den peinlichsten Kniefall vor Links-Grün hat aber wieder einmal die CDU geliefert. Sie will uns weismachen, dass man das Ganze nun, im November 2019, erst noch prüfen müsse und bloß nichts überstürzen dürfe. Ich erlaube mir, Ihren Fraktionskollegen Claus Paal zu zitieren. Er legte am 4. März 2015

(Dr. Heiner Merz)

– vor viereinhalb Jahren – ausführlich dar, warum man das LTMG abschaffen müsse,

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut! Guter Mann!)

und kam zu folgendem Schluss – ich zitiere –:

*Sie, die grün-rote Landesregierung, haben in den letzten vier Jahren einige wirtschaftspolitische Fehler gemacht. Sie haben Bürokratie aufgebaut, Sie haben Verbote geschaffen, Sie haben Vorschriften geschaffen. Heute haben Sie die Chance, zumindest einen Ihrer Fehler rückgängig zu machen. Nutzen Sie diese Chance!*

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Guter Mann! – Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Paal ist in der Lage, dazuzulernen!)

Grün-Schwarz macht nun anscheinend genau das weiter, was Grün-Rot vermurkste. Tatsächlich macht aber nur Grün weiter. Die CDU-Fraktion hat sich wirtschaftspolitisch offenbar vollkommen vom unternehmensfreundlichen Denken verabschiedet

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so sieht es aus!)

und sich auch hier demütig den Grünen unterworfen. Man muss Kretschmann und den Seinen fast schon Respekt dafür zollen, wie kurz sie einen immerhin fast gleich starken Koalitionspartner an der Leine halten können.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sogar Ihre eigene CDU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, die durch unsere Initiative offenbar erst das erste Mal nach ihrer Meinung gefragt wurde, wurde von Ihnen ignoriert.

Denken Sie, meine Damen und Herren von der CDU, doch bitte darüber nach, ob Sie nun nicht im Sinne unserer Wirtschaft Haltung beweisen wollen und ob nicht gerade auch Ihr Gewissen für unseren Gesetzentwurf spricht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Ansonsten bleibt es bei der bitteren Erkenntnis, dass auch die Union kein Ansprechpartner mehr für die baden-württembergische Wirtschaft wäre. Und nur die Wirtschaft ermöglicht den Wohlstand des ganzen Volkes.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Fabian Gramling CDU: Deswegen brauchen wir Europa! Richtig!)

Abschließend zitiere ich Artikel 27 Absatz 3 unserer Landesverfassung:

*Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.*

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Denken Sie, werte Damen und Herren der bürgerlichen Mehrheit hier,

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

bei der folgenden Abstimmung nun bitte darüber nach.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege Born, Sie haben das Wort für die SPD.

**Abg. Daniel Born SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD lässt nicht nur, wenn sie, wie in der letzten Rede, über die Gewerkschaften herzieht, alle Masken fallen.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Da bringt sie einen Antrag ein, der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um die Tariftreue im Land bringen soll.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz abzuschaffen heiße, Lohndumping zu unterstützen und ein System zu deckeln,

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

bei dem der einzelne Beschäftigte nichts zählt –

(Abg. Anton Baron AfD: Viele Fälle!)

und das wohlgemerkt bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. In der Welt der AfD zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Steuern für eine öffentliche Hand, die, wenn sie Aufträge vergibt, nicht danach schauen muss, ob die, die die Aufträge bekommen, auch tariftreu bezahlen. Das ist eine kruke Welt der AfD. Das ist nicht die Welt der Wirtschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Und dann merkt die AfD, man könnte ja noch etwas draufpacken, um noch ein weiteres Arbeitnehmerrecht zu schreddern, und nimmt darum auf den letzten Metern noch eine Abschaffung des Bildungszeitgesetzes mit auf. Es wird deutlich: Die Menschen in unserem Land, die hier leben, lernen und arbeiten, die mit ihrer Arbeit dieses Land jeden Tag ein bisschen besser machen,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

haben einen Gegner, und das ist die AfD.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zurufe von der AfD)

Die Menschen, die Unternehmen haben und sich damit an einem fairen Wettbewerb beteiligen wollen, bei dem es nicht darum geht, dass der gewinnt, der die geringsten Löhne bezahlt, haben einen Gegner: Das ist die AfD.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD)

Und die Menschen, die für lebenslange Bildung und für das Ehrenamt eintreten, haben einen Gegner: Das ist die AfD. All

(Daniel Born)

diejenigen, die für ein Land der guten Arbeit, des wirtschaftlichen Erfolgs und des Zusammenhalts eintreten, haben einen Gegner: Das ist die AfD.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Antrag macht einmal mehr deutlich:

(Abg. Carola Wolle AfD: Der 11.11. war auch schon!)

Sie sind die mit Abstand arbeitnehmerfeindlichste Partei, die die Bundesrepublik je gesehen hat.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege Born, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

**Abg. Daniel Born SPD:** Herr Baron kann sich noch dazu äußern. Ich mache jetzt hier weiter.

Ich liste jetzt einmal auf, was von Ihnen kommt.

(Zurufe von der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann machen Sie bitte weiter.

**Abg. Daniel Born SPD:** Abschaffung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung, Abschaffung der gesetzlichen Unfallversicherung, Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo steht das?)

Es gibt Beispiele en masse, wie Sie versuchen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ihre Rechte zu bringen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo steht das? – Zuruf von der AfD: Sie haben Millionen von Rentnern betrogen! Das ist die Realität!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege Born, Herr Abg. Dr. Merz möchte auch noch etwas fragen.

**Abg. Daniel Born SPD:** Nein, jetzt bin wirklich ich dran.

Sie haben mit Ihrer Fraktion im Bundestag dagegen gestimmt, dass Pflegekräfte besser bezahlt werden,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unglaublich! – Zurufe von der AfD)

die, die jeden Tag mit ihrer Arbeit dieses Land zusammenhalten. Dagegen haben Sie gestimmt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ihr Antrag atmet die gesamte soziale Kälte, von der Ihre Partei durchfressen ist: Marktradikalität, Wettbewerb auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, keine Sozialversicherung, Angst vor Armut und vor Abstieg.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wer hat denn die Zeitarbeitsgesetze gemacht?)

Wir Demokraten haben die Alternative dazu.

(Zurufe von der AfD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Born, Entschuldigung.

**Abg. Daniel Born SPD:** Das ist die soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich darf die AfD um Aufmerksamkeit bitten. Er hat keine Zwischenfragen zugelassen, und Sie hatten ganz normale Redezeit. Würden Sie bitte jetzt einmal zuhören! Es ist zu viel an Zwischenrufen.

(Zuruf von der AfD: Das machen wir doch! – Abg. Anton Baron AfD: Wir sind ein lebendiges Parlament, Frau Präsidentin!)

**Abg. Daniel Born SPD:** Als Demokratinnen und Demokraten machen wir diese soziale Marktwirtschaft immer wieder besser.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Die Wähler danken es Ihnen! Unter 5 %!)

Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz sowie das Bildungszeitgesetz

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist gar nicht Bestandteil dieses Gesetzes, Herr Born!)

sind konkrete Beispiele für Errungenschaften, wie wir diese soziale Marktwirtschaft besser und zukunftsfähiger gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen, die jeden Tag mit viel Fleiß dafür arbeiten, dass dieses Land besser wird, haben ein Recht auf Respekt und auf Wertschätzung. Diese Gesetze gehören mit zu diesem Respekt. Die AfD zeigt keinerlei Respekt vor den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Baden-Württemberg.

(Zuruf von der AfD: Frechheit!)

Die AfD ist die arbeitnehmerfeindlichste Partei,

(Abg. Carola Wolle AfD: Die Arbeitnehmer wissen, warum sie die AfD wählen und nicht mehr die SPD! Das ist Ihr Problem!)

die die Bundesrepublik jemals gesehen hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt hat das Wort für die FDP/DVP Herr Abg. Dr. Schweickert, und ich bitte, das zu respektieren.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Dr. Schweickert kann sich selbst verteidigen, Frau Präsidentin!)

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der AfD zur Abschaffung des LTMG. Es ist oft so: Wenn die AfD etwas einbringt und begründet, redet man nicht über Inhalte. Das finde ich sehr schade. Denn in dieser Evaluierung, auf die Sie sich beziehen, stehen ein paar Dinge, und eigentlich sollte man sich schon darüber un-

(Dr. Erik Schweickert)

terhalten, ob dieses LTMG seinen Zielen gerecht wird oder nicht. Dann kann man darüber eine Auseinandersetzung führen.

Herr Merz, wenn das einzige Argument, das Sie dann bringen, ist, irgendwie Haltung zu zeigen, dann muss ich Ihnen schon zurufen: Haltung zu zeigen hat auch etwas damit zu tun, wie man mit Menschen in Fraktionen und Parteien umgeht, die die Grenzen nicht nur ausloten, sondern überschreiten,

(Beifall bei der FDP/DVP)

die rechtsnational und die rechtsradikal argumentieren.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Solange – –

(Unruhe)

Lieber Herr Merz, Sie haben die Frage gestellt; deswegen beantworte ich sie Ihnen. Solange Sie solche Sachen dulden, werde ich nicht Hurra schreien, wenn die AfD mit einem Entschließungsantrag kommt, nach dem festgestellt werden soll: Die Erde ist keine Scheibe.

(Lachen des Abg. Emil Sänze AfD)

Dann kann das zwar richtig sein; aber, meine Damen und Herren, solange Sie das dulden,

(Unruhe)

werden wir uns herausnehmen, Haltung zu zeigen und zu sagen, dass, wie es in solchen Entschließungsanträgen heißt, die Erde vielleicht keine Scheibe ist. Aber für uns ist das nicht genug. Wir müssten dann in dem Entschließungsantrag feststellen: Die Erde ist ein rotationssymmetrischer Ellipsoid. Genau das werden wir dann beschließen und nicht Ihrem Antrag zustimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt zum Thema LTMG: Sie haben die Evaluierung angesprochen. Wenn man darin liest, kann man schon Zweifel daran haben, ob die Tarifbindung tatsächlich etwas gebracht hat, ob wir tatsächlich bessere Ausschreibungsergebnisse bekommen haben. Wir haben das ja auch im Ausschuss debattiert. Da sind Fragen offen geblieben.

Jetzt gibt es die einen, die sagen: Das reicht uns aus; wir sind der Meinung, das LTMG kann so weiter bestehen.

Wir seitens der FDP/DVP sind der Meinung: Nein, das LTMG hat seine Ziele, die da drinstehen, nicht erreicht. Da wird die Evaluierung sehr, sehr klar. Denn dort steht, dass sich – ich zitiere –

*... kein direkter kausaler Effekt in Bezug auf eine Verbesserung des Wettbewerbs eingestellt hat.*

Da muss man sich schon überlegen – das habe ich in der ersten Runde gesagt –, ob man es dann nicht mit Montesquieu hält:

*Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.*

Damit setzt man auch ein klares Zeichen in einer schwierigen Situation, dass man in den Bereichen, in denen man es in der Hand hat, dann auch tatsächlich einmal etwas zum Bürokratieabbau beiträgt, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der FDP/DVP)

und dies nicht immer nur in Sonntagsreden ins Schaufenster stellt.

Noch einmal: Das sind ja keine FDP-Aussagen, sondern das sind Aussagen, die im Gutachten der von der grün-schwarzen Landesregierung beauftragten Evaluierungskommission stehen. Darin steht – ich zitiere noch einmal –:

*Da sich aus den dargelegten Befragungsergebnissen keine eindeutige Argumentationsbasis in Richtung Fortbestand des LTMG ablesen lässt, sollte aus Gutachtersicht kritisch überprüft werden, ob der Fortbestand des LTMG vor dem Hintergrund der heutigen Umsetzungspraxis sinnvoll ist.*

Meine Damen und Herren, genau um das geht es, um nicht mehr und um nicht weniger.

Da kann man dann tatsächlich einmal die CDU zitieren. Sie haben ja mit Reinhard Löffler in der letzten Legislaturperiode genau zu diesen Themen Stellung genommen. Sie haben genau gesagt, was Sie machen, wenn so etwas nicht kommt:

*Dieses Gesetz ist nachträglich nichtig geworden und muss richtigerweise gestrichen werden.*

Ich zitiere weiter Herrn Löffler vom 28. Januar 2015:

*Das Land verliert damit seine Gesetzgebungskompetenz. Somit ist mit Wirksamwerden des Mindestlohngesetzes der Mindestlohn nach dem Tarifvertragsrecht nichtig geworden. „Bundesrecht bricht Landesrecht“ ...*

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Meine Damen und Herren, das waren Ihre Positionen. Kollege Paal ruft dazwischen: „Wir haben auch genug Äußerungen, die von Ihnen in genau die gleiche Richtung gekommen sind!“

(Abg. Claus Paal CDU: Das ist aber nur ein Teil!)

– Das ist nur ein Teil. Und der andere Teil – das hat die Evaluierung gezeigt – hat auch nichts gebracht.

Deswegen, meine Damen und Herren, kommen wir seitens der FDP/DVP zu dem Ergebnis, dass das LTMG tatsächlich ein Gesetz ist, das man nicht braucht, das man abschaffen kann. Deswegen werden wir bei unserem Gesetzentwurf im nächsten Tagesordnungspunkt genau dafür stimmen. Wir werden aber nicht auf halbem Weg stehen bleiben, sondern werden dann Nägel mit Köpfen machen und uns auch das zweite Gesetz, das in der Evaluierung negativ abgeschnitten hat, nämlich das Bildungszeitgesetz, noch einmal vornehmen. Deshalb werden wir genau so abstimmen, wie ich es Ihnen gerade gesagt habe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt hat der fraktionslose Abg. Dr. Fiechtner zwei Minuten Redezeit.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Präsidierende, Damen und Herren, Sonstige A bis Z! Mindestlohn –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt keinen Abgeordneten mit C!)

schon allein wenn ich dieses Wort höre, dieser rot-grünistisch versiffte Traum einer sozialistischen Einheitswelt:

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Wie passend, dass wir nur wenige Tage nach dem Gedenken an den Mauerfall über ein solch absurdes etatistisches Wahnprodukt sprechen. Natürlich kann man aufgrund des Bundesmindestlohns das LTMG aufheben, doch normalerweise sollte man nicht nur das LTMG abschaffen, sondern direkt auch den Mindestlohn. Wir brauchen keinen Sozialismus, und der Markt – das sind übrigens die Bürger, die frei entscheiden – regelt das von allein.

Wer eine gute Bezahlung will, kann sich entweder weiterqualifizieren, einen besseren Arbeitgeber suchen oder sich selbstständig machen. Wer auf den Staat angewiesen ist, der wird am Ende des Tages immer den Kürzeren ziehen.

Mit dem Mindestlohn hat der Staat ja sogar die Voraussetzung für Armut geschaffen. Denn damit haben Sie gerade den Geringverdienerbranchen einen einheitlichen Satz gegeben, der einen monetären Mitarbeiterwettbewerb verhindert. Es ist klar, dass sich da die sozialistischen Blockparteien empören.

Sie glauben nicht daran, dass der Markt so etwas regelt? Dann schauen Sie sich doch einmal da draußen um. Natürlich kaufen Unternehmen günstig, aber im Gegensatz zum Staat mit seinen Ausschreibungen nicht billig. Wie viele billige Unternehmen hat dieser Landtag hier insgesamt gebraucht, um die Sitzreihen zu installieren, und wie viele davon sind wegen der fragwürdigen Zahlungsmoral am Ende Bankrott gegangen?

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Der Staat heuchelt etwas von Mindestlohn und Wertschätzung und kauft dabei selbst immer billig, billig. Das Ergebnis sehen wir dann bei Stuttgart 21 oder beim Berliner Flughafen.

(Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Jubel im Saal!  
Das war die Ein-Mann-Partei!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, ich darf jetzt noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit bitten und gebe das Wort Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der von der Fraktion der AfD vorgelegte Gesetzentwurf zur Aufhebung des Tarifreue- und Mindestlohngesetzes des Landes wird u. a. auch mit der dadurch entstehenden Entlastung für die Unternehmen begründet. Das ist eine sehr einseitige Sichtweise der Dinge.

Die Stimmen der vom Landestarifreue- und Mindestlohngesetz berührten Stakeholder sind sehr unterschiedlich. So viel steht fest.

Ich möchte ganz kurz klarstellen: Der Änderungsantrag der AfD bezieht sich auf TOP 4. Das ist die Drucksache 16/7255, Herr Born. Denn Sie hatten den Änderungsantrag auf den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP bezogen.

(Abg. Daniel Born SPD: Nein, nein! Wegen Bildungszeit! Sie haben völlig recht!)

– Ja, dieser Gesetzentwurf ist TOP 4. Das wollte ich einfach nur klarstellen, damit da nicht Irritationen auftreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der AfD habe ich auf die Ziele, die mit dem Landestarifreue- und Mindestlohngesetz verfolgt werden, hingewiesen. Ich habe auch erwähnt, dass eine von meinem Ministerium in Auftrag gegebene Untersuchung überprüft hat, ob und, wenn ja, inwieweit diese Ziele erreicht wurden. Das Gutachten zu dieser Untersuchung wurde dem Landtag sowie allen maßgeblichen Verbänden, Wirtschaftsorganisationen und Gewerkschaften bekannt gemacht.

Das Gutachten enthält auch Handlungsempfehlungen, wie das Landestarifreue- und Mindestlohngesetz weiterentwickelt werden könnte.

Im Rahmen des von mir angesetzten Beteiligungsprozesses konnten sich die Betroffenen zum Gutachten auch schriftlich äußern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es auch noch einmal deutlich sagen: Wir befinden uns noch mitten in diesem Beteiligungsprozess. Ich möchte dem auch nichts vorwegnehmen. Mit den maßgeblichen Stakeholdern wollen wir in einem weiteren Schritt Gespräche führen und diese Ergebnisse abwarten. Das ist wichtig. Diese Gespräche müssen stattfinden und brauchen Zeit. Unsere Demokratie lebt vom konstruktiven Dialog mit den Stakeholdern. Es wäre nicht klug, wenn wir auf diese Ergebnisse verzichten würden.

Deshalb: Der jetzt von der Fraktion der AfD vorgelegte Gesetzentwurf würde ohne Not diesen laufenden Beteiligungsprozess obsolet machen. Geben Sie uns die Zeit, zusammen mit den Verbänden, den Wirtschaftsorganisationen und den Gewerkschaften die Ergebnisse der Untersuchung gemeinsam zu bewerten.

Meine Überzeugung ist: Nur im Dialog können wir die richtigen Konsequenzen aus dem Landestarifreue- und Mindestlohngesetz ziehen. Das sollten wir auch entsprechend umsetzen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Merz, bitte, noch für ein paar Sekunden.

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Danke schön, Frau Minister.

(Abg. Nicole Razavi CDU: „Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!“)

Ich glaube, mich zu erinnern, dass wir im Ausschuss schon darüber geredet haben und quasi Konsens bestand, dass das LTMG hier unnötig ist, weil im Mindestlohngesetz des Bun-

(Dr. Heiner Merz)

des schon das Wesentliche genauso enthalten ist und durch das baden-württembergische LTMG lediglich ein Doppelaufwand für die Unternehmen entsteht.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Merz, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Leider nicht. Ich habe keine Zeit.

(Unruhe)

Zu Herrn Dr. Schweickert: Das bin ich von Ihnen nicht gewohnt. Ihr Auftritt hier war wirklich ein Tiefpunkt. Hätten Sie irgendetwas zum Thema gesagt! Das einzige Argument, das wir hätten, dass wir an Sie appellieren – –

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

– Wenn Sie bei der Beratung am 17. Oktober zugehört oder aufgepasst hätten, hätten Sie die anderen Argumente mitbekommen. Ich habe lediglich an die FDP appelliert, zu ihrem Wort von damals zu stehen und unseren Gesetzentwurf jetzt mitzutragen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Merz, jetzt kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist überschritten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ihre Zeit ist um!)

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Gut. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

– Nein. Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich habe noch 17 Sekunden! – Gegenruf: 13! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine Redezeit mehr!)

– Sie reden aber nur ein Mal.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er kann die zehn Sekunden beim Verfassungsgerichtshof einklagen!)

Wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6726. Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/7085, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. – Das ist der Fall. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/6726 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Oh-Rufe von der AfD)

Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mit großer Mehrheit abgelehnt!)

Wir haben Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zum Bürokratieabbau für die Unternehmen in Baden-Württemberg – Drucksache 16/6758**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Drucksache 16/7086**

**Berichterstatter: Abg. Claus Paal**

Hierzu hat das Präsidium für die Allgemeine Aussprache ebenfalls eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst darf ich das Wort Herrn Abg. Schoch für die Grünen erteilen.

**Abg. Alexander Schoch** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute in der zweiten Lesung den von der FDP/DVP-Fraktion vorgelegten Entwurf des Gesetzes zum Bürokratieabbau für die Unternehmen in Baden-Württemberg – deutlicher gesagt: zur Abschaffung des Bildungszeitgesetzes und des LTMG, des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes.

Allein der Titel dieses Gesetzentwurfs ist schon etwas irreführend, da man den Eindruck bekommt, es finde damit tatsächlich Bürokratieabbau statt. Aber das ist erst einmal nicht der Fall.

Die zugrunde liegenden Gesetze wurden geschaffen, da es Handlungsbedarf gab, Handlungsbedarf in wirtschaftlicher Hinsicht und Handlungsbedarf, um auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren zu können. Es entstanden zwei schlanke Gesetze, die auch eine Evaluation beinhalten. Diese Evaluationen wurden entsprechend durchgeführt, und mit den Ergebnissen dieser Evaluationen beschäftigen wir uns auch.

Das Bildungszeitgesetz steht dafür, die berufliche Weiterbildung, die politische Weiterbildung und die Weiterbildung im Bereich des Ehrenamts zu fördern. Das Gesetz dient damit dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und dem Gemeinwesen.

Das Tariftreue- und Mindestlohngesetz hat seinen Ursprung in der Frage, ob der Wettbewerb noch funktioniert und ob er auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stattfindet.

Die Bewertung kam zu dem Ergebnis, dass wir das LTMG damals gebraucht haben, und wir brauchen es auch heute noch. Denn es gibt entsprechende Fehlentwicklungen; darauf hat auch schon Frau Lindlohr hingewiesen. Insbesondere bei der Vergabe von Verkehrsdienstleistungen besteht hier weiterhin dringender Handlungsbedarf.

Wir haben leider Gottes in der Vergangenheit auch Fehler gemacht, indem wir ein solches Gesetz viel zu spät verabschiedet haben, da es Entwicklungen gab wie in der Entsorgungswirtschaft, in der heute viele Kommunen darum kämpfen, ver-

(Alexander Schoch)

nünftige Ausschreibungen zu bekommen, und oftmals nur noch ein Bewerber da ist, da die Konzentrationsprozesse in diesem Bereich sehr groß waren und dies im Endeffekt zulasten der Kommunen geht.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Stellungnahmen des Normenkontrollrats. Der Normenkontrollrat hat in seinem Bericht klipp und klar deutlich gemacht, dass keine Abschaffung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes und auch keine Abschaffung des Bildungszeitgesetzes gefordert wird.

Daher lehnt die Landtagsfraktion GRÜNE den Gesetzentwurf der FDP/DVP ab.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat Herr Kollege Claus Paal für die CDU das Wort.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

**Abg. Claus Paal** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen zum Gesetzentwurf der FDP/DVP im Ausschuss haben für uns keine neuen Gesichtspunkte mit sich gebracht. Ich möchte die Fakten noch einmal zusammenfassen:

Wir haben mit unserem Koalitionspartner vereinbart, das Bildungszeitgesetz zu evaluieren, bevor wir entscheiden, was wir tun. Das ist faktenbasierte Politik. Diese ist natürlich mühsamer als Schnellschüsse. Wir begeben uns aber auf diesen Weg, weil wir ernsthafte Politik für diesen Standort betreiben.

Ein paar weitere Fakten: Die Evaluierung ergab keine Rechtfertigung für eine Abschaffung dieses Gesetzes. Die Evaluierung ergab auch keine Rechtfertigung, bei den drei Blöcken der beruflichen, politischen und ehrenamtlichen Weiterbildung grundsätzlich etwas zu verändern. Es bleibt deshalb beim Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub.

Wir sehen aktuell auch nicht, dass das Gesetz missbräuchlich angewendet wird. Aber an dieser Stelle sage ich wie in meiner ersten Rede hierzu auch, dass wir dieses Gesetz natürlich im Blick haben werden und es in der Zukunft jederzeit wieder anfassen können, wenn sich Veränderungen ergeben.

Allerdings hat die Evaluierung gezeigt, dass wir in einigen Punkten durchaus Verbesserungen angehen sollten. Die Stichworte sind Bürokratieabbau, Vereinfachungen, Klarstellungen und Rechtssicherheit. Mit den Überlegungen haben wir jetzt begonnen. Wir werden sehr schnell Vorschläge machen und diese mit den Betroffenen auf beiden Seiten, mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und übrigens auch mit dem Ehrenamt besprechen. Das Ehrenamt haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, meiner Ansicht nach ausgeblendet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich bin mir insgesamt sicher, dass es einen Weg gibt, den viele, vielleicht sogar alle, mitgehen werden und der den immensen Herausforderungen, vor denen wir wirklich stehen und die wir heute schon den ganzen Tag thematisiert haben, gerecht wird. Ich möchte auf diese immensen Herausforderungen und

Notwendigkeiten einmal eingehen, liebe Kollegen von der FDP/DVP, und ich würde mich sehr freuen, wenn wir an dieser Stelle noch mehr darüber sprächen und nicht über die Schnellschüsse, die Sie hier planen.

Wo soll Baden-Württemberg im Jahr 2030 stehen? Wie entwickelt sich unser Mobilitätsland, wie unser Maschinenbauland? Schaffen wir es, dass Baden-Württemberg zum führenden Technologieland in Sachen Klimaschutz und Luftreinhaltung wird?

(Abg. Stefan Räßle AfD: Jesses! Wenn ihr sonst keine Probleme habt!)

Halten wir auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz mit der weltweiten Entwicklung mit? Wie geht es beim Thema „Industrie 4.0“ weiter? Werden wir Technologieführer bei der regenerativen Stromerzeugung, bei den Power-to-X-Verfahren, beim Wasserstoff, bei synthetischen Kraftstoffen oder bei der Batterieforschung? Was die Batterieforschung angeht, habe ich heute gelernt, dass die FDP damit durchaus auch ihre Probleme hat.

Wie entwickeln wir den Luft- und Raumfahrtstandort Baden-Württemberg weiter? Wie helfen wir den KMUs in unserem Land, die aktuellen Entwicklungen – Digitalisierung, Globalisierung – zu bestehen und auch als Chance zu sehen? Und wie helfen wir den Menschen, sodass sie nicht mehr um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen, wie wir es jeden Tag erleben?

All dies hat auch mit Weiterbildung zu tun. Weiterbildung ist wichtiger denn je zuvor. Wir benötigen Kreativität, Erfindergeist und eine anpackende Mentalität. Wir benötigen optimal ausgebildete Menschen in unserer Arbeitswelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Um all dies zu bewältigen, benötigt unsere Gesellschaft auch dringend ein funktionierendes Ehrenamt, und wir brauchen die richtigen Investitionen im Land mit klaren Leitplanken. Wir haben von heute Morgen bis in den Nachmittag hinein im Rahmen der Haushaltsberatungen klargemacht, dass wir die richtigen Dinge tun, die richtigen Investitionen vornehmen und die richtigen Leitplanken setzen. Dies sind beispielsweise die Abschreibungsmöglichkeiten gerade für die KMUs in unserem Land im Bereich Forschung und Entwicklung. Es war nicht selbstverständlich, dass dabei auch der Mittelstand berücksichtigt wird. Hierauf konzentrieren wir uns.

Liebe Kollegen von der FDP/DVP, das sind die echten Herausforderungen für dieses Land. Sie setzen aktuell die falschen Prioritäten und stehen mit Ihrem Gesetz auf dem falschen Spielfeld. Dass wir in hohem Tempo die richtigen Prioritäten setzen müssen, das erleben wir Tag für Tag, wenn wir Zeitung lesen, wenn wir Unternehmen besuchen, wenn wir mit den Menschen reden. Deshalb ist der nun aufgestellte Haushalt, über den wir heute beraten haben, mit seinen Schwerpunkten genau richtig konzipiert.

Ihren Gesetzentwurf müssen wir genauso ablehnen wie den Änderungsantrag der AfD hierzu.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Abg. Wolle, Sie haben das Wort.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes und des Tarifreue- und Mindestlohngesetzes hat sich die AfD in der heutigen Debatte wie auch bereits am 17. Oktober klar positioniert, und zwar hat sie für die Abschaffung dieser Gesetze plädiert.

Sollte der hier vorliegende Gesetzentwurf der FDP/DVP zum Bürokratieabbau für die Unternehmen in Baden-Württemberg, also zur Aufhebung des Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes sowie zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg, heute tatsächlich eine Mehrheit finden, würde sich dennoch die Frage stellen, ob die baden-württembergischen Unternehmen tatsächlich von Bürokratie entlastet und befreit werden. Schön wäre es!

So wichtig die Streichung dieser überflüssigen Gesetze wäre – sie bilden nur einen kleinen Teil der bürokratischen Belastungen der Unternehmen in unserem Land. Der Normenkontrollrat Baden-Württemberg hat vor Kurzem einen Bericht zum Bürokratieabbau herausgegeben, der durchaus beachtenswert ist. Mehr als 50 Vorschläge zum Abbau von Bürokratie werden dort gemacht mit einem Einsparvolumen von 60 Millionen €.

Der Bericht zeigt beeindruckend auf, wie weit sich die Bürokratie im Laufe der Jahre in alle Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft förmlich hineingefressen hat. Er stellt eines klar heraus, nämlich, dass es vor allem kleine und mittlere Unternehmen sind, die wegen umfangreicher Dokumentations- und Nachweispflichten erhebliche zusätzliche Kosten zu bewältigen haben. Bürokratie kostet also nicht nur Zeit und Nerven, sondern vor allem Geld. Dadurch beeinträchtigt Bürokratie auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Baden-Württemberg.

Der Bericht des Normenkontrollrats stellt aber eines auch fest: Die stärksten bürokratischen Vorgaben und Richtlinien entstehen durch den Bund, insbesondere aber durch die EU.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Hier könnte die Landesregierung natürlich die Hände in den Schoß legen und sagen: Dafür sind wir nicht zuständig. Doch hat die Landesregierung über den Bundesrat sehr wohl Einfluss auf bundespolitische Entscheidungen, und sie hat natürlich auch Einfluss auf Entscheidungen auf EU-Ebene.

Jeder Betrieb kann ein Lied davon singen, wie viel Zeit allein für die Erfüllung von Vorgaben der EU verloren geht. Doch beim Blick in Richtung EU verfallen die Politiker der anderen Parteien regelmäßig in eine regelrechte Schockstarre. Dass das „Goldene Kalb“ offenbar unantastbar ist, zeigte sich erstmals am 16. Oktober 2019, als wir hier im Rahmen der Plenarsitzung über unseren Gesetzentwurf zur Stärkung der Mitwirkung des Landtags in EU-Angelegenheiten abgestimmt haben. Sie haben ihn abgelehnt. Sie sind ja gar nicht daran interessiert, dort mitzureden; Sie nicken praktisch alles ab und nehmen es zur Kenntnis. In Sonntagsreden wird die Bürokratie stets von Ihnen beklagt und wird Besserung gelobt. Geht es aber konkret um die Bändigung der EU-Bürokratiehydra,

so schließen sich die Reihen der EU-Fangemeinde wieder, und es geschieht – wie üblich – nichts. So wird das nichts, meine Damen und Herren.

Die Landesregierung hat auf den Bericht des Normenkontrollrats reagiert und erste Schritte in die richtige Richtung angekündigt. Diese müssen nun konsequent umgesetzt werden. Dabei gilt es, auch bei neuen Gesetzesvorgaben Bürokratie strikt zu begrenzen. Ich denke da mit Schaudern an die Landesbauordnung.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre die Abschaffung des Tarifreue- und Mindestlohngesetzes sowie des Bildungszeitgesetzes. Wir unterstützen daher den Gesetzentwurf der FDP/DVP mit dem inzwischen von uns eingereichten Änderungsantrag.

Reden Sie nicht nur über Bürokratieabbau, handeln Sie!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Born, Sie haben noch einmal das Wort für die SPD-Fraktion.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach, jetzt kommt das Bildungszeitgesetz, Herr Born! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

**Abg. Daniel Born** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 150 000 Baden-Württembergern und Baden-Württembergern werden von der Grundrente profitieren – 150 000 Menschen,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Und wie viel brauchen Sie? – Abg. Anton Baron AfD: Wie viele davon sind divers?)

für die es mehr Gerechtigkeit und mehr Respekt vor einem arbeitsreichen Leben geben wird. Die Grundrente ist ein Meilenstein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD)

Zur Wahrheit gehört aber: Die Grundrente repariert nur ein Stück weit dort, wo zu geringe Löhne bezahlt wurden. Ziel unserer sozialen Marktwirtschaft muss sein, dass bereits das Erwerbsleben ausreicht, um eine auskömmliche Rente zu haben.

Mehr Tarifbindung, Vermeidung von Lohndumping und die Förderung lebenslangen Lernens sind Leitplanken für die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem Landestarifreue- und Mindestlohngesetz und mit dem Bildungszeitgesetz hat Baden-Württemberg solche Leitplanken geschaffen. Es freut uns, dass offensichtlich nun auch die CDU die Bedeutung dieser Leitplanken erkannt hat.

Doch wenn man sich die Beiträge hier anhört, drängt sich der Eindruck auf: Wenn Sie den richtigen Hebel finden würden, würden Sie doch noch einmal über eine Abschaffung oder Reduzierung nachdenken.

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

(Daniel Born)

Gemerkt haben Sie mittlerweile ja, dass die von Ihnen groß angelegte Evaluation keinen solchen Hebel bereitgestellt hat. Vielmehr wurde in der Evaluation deutlich, dass das LTMG im Alltag angekommen ist und die Umsetzung keine Probleme verursacht.

Es wurde auch deutlich, dass es Nachbesserungsbedarf insbesondere bei Kontrollen und Sanktionen gibt. Für uns steht außer Frage, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge derjenige den Zuschlag bekommen soll, der sich tarifreu verhält. Darum gehört für uns dazu, dass es entsprechende Kontrollmöglichkeiten gibt.

Lassen Sie mich an diesem Punkt noch einmal erwähnen, dass ich es für einen schweren Fehler halte, dass Grün-Schwarz die Möglichkeit eines vergabespezifischen Mindestlohns in Baden-Württemberg 2017 an die Wand gefahren hat. Ein starkes Land wie Baden-Württemberg hat die Stärke, einen eigenen, regional notwendigen Mindestlohn durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ministerin Hoffmeister-Kraut hat angekündigt, Gespräche zum LTMG zu führen und danach Vorschläge zu unterbreiten, wo Verbesserungsbedarf bestehen könnte. Auf einen konkreten Zeitplan wollte sie sich nicht festlegen, was mich deshalb nicht wundert, weil sie bisher, in den letzten drei Jahren, egal, zu welchem Thema –

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Immer!)

nehmen wir nur einmal das drängende Thema Wohnungsbau politik –, und egal, wie ehrgeizig die Ziele auch waren, bei allen Zielen, für die sie einen Zeitplan aufgesetzt hat, am Schluss die Zeitpläne gerissen hat.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Ich kann Ihnen versichern, dass Sie unsere Unterstützung haben werden, wenn es Ihnen darum geht, das Gesetz noch wirksamer zu machen. Sollte es Ihnen aber darum gehen, die Beschäftigten mit weniger Rechten auszustatten, dann finden Sie den entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie.

Beim Bildungszeitgesetz liegt dessen Evaluation schon seit März vor. Verbände, Organisationen und Gewerkschaften haben sich zu Wort gemeldet. Man muss festhalten, dass die CDU und auch Frau Ministerin Hoffmeister-Kraut seitdem ihre permanenten Angriffe auf dieses wichtige Instrument eingestellt haben. Ich werde aber das Gefühl nicht los, dass der eine oder andere in der CDU-Fraktion mit der Faust in der Tasche dabei sitzt und eigentlich ganz gern doch noch mal an der Bildungszeit schrauben würde.

Aber es ist richtig, was Sie, Herr Paal, gesagt haben: Auch das Ehrenamt, die ehrenamtliche Schulung, die politische Bildung gehören mit zu einem sinnvollen Bildungszeitgesetz. Nutzen Sie einfach das, was Sie in den letzten Jahren an Erkenntnis gewonnen haben. Gönnen Sie allen in der CDU eine Bildungszeit,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut!)

und bringen Sie es rüber. Lassen Sie uns das Bildungszeitgesetz noch weiter verbessern; fangen Sie aber nicht an, etwas dabei abzuschrauben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut! Bildungszeit für die CDU!)

Nachdem Sie, die Landesregierung, die Überprüfung insgesamt überstürzt angegangen sind, zeigen sich aber schon jetzt erste Erkenntnisse, die man umsetzen kann. So sollten wir beispielsweise in einer landesweiten Informationskampagne darüber informieren, dass es die Möglichkeit der Bildungszeit gibt – gern auch mit Ihren Argumenten, Herr Paal, wie wichtig es ist, in die lebenslange Bildung zu gehen. Sie haben unsere Unterstützung, wenn Sie jetzt weitere Werbe-, Informations- und Zur-Kenntnisgabe-Maßnahmen auflegen wollen.

Wir sind froh, dass Grün-Schwarz die Angriffe auf das Bildungszeitgesetz eingestellt hat. Das ist eine gute Nachricht für Baden-Württemberg. Wenn sich jetzt die Wirtschaftsministerin für die verbleibende Zeit im Amt Projekte vornimmt, die am Schluss dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg helfen können, dann ist das eine noch bessere Nachricht für Baden-Württemberg.

(Abg. Claus Paal CDU: Das machen wir jeden Tag!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Schweickert, bitte, für die FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vorher von Haltungen gesprochen. Ich schätze, dass die SPD eine klare Haltung zum Bildungszeitgesetz hat.

(Abg. Daniel Born SPD: Aber so was von klar! – Abg. Gabi Rolland SPD: Eine ganz klare!)

Das ist zwar nicht meine. Das ist eine ganz andere. Aber die SPD steht dazu.

Ich hätte nicht gedacht, dass beim DGB-Empfang mal jemand auf mich zukommt und sagt, er sei froh, dass die FDP/DVP den Antrag zur Abschaffung des Bildungszeitgesetzes gestellt hat,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Hört, hört!)

weil sich dadurch die CDU positioniert hat.

(Abg. Daniel Born SPD: Das war aber jemand von der Arbeitgeberseite! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Wichtiges Detail!)

Das ist ein Punkt, an dem ich schon einmal den Finger in die Wunde legen muss, meine Damen und Herren. Wenn man so einen Eiertanz veranstaltet, wie wir ihn jetzt gesehen haben – von Wahlkampfaussagen über Koalitionsnebenabreden bis direkt nach der letzten Beratung –, dann frage ich mich schon, ob das alles so ehrlich gemeint ist.

(Abg. Claus Paal CDU: Da steht was von Evaluierung!)

Der Kollege Paal hat gefragt, was wir zum Thema Ehrenamt sagen. Ich zitiere:

*Noch ein Wort zum Ehrenamt: Die CDU als Volkspartei versteht Personen und Gruppierungen des Ehrenamts, die*

(Dr. Erik Schweickert)

*dem Gesetz offen gegenüberstehen. Sie profitieren davon, keine Frage. Nur sagen wir ihnen: Mit diesem Gesetz wird genau das Gegenteil dessen erreicht, was beabsichtigt ist. Diese Regierung gibt Geld aus, das ihr nicht gehört. Sie schwächt Unternehmen. Das kann dem Ehrenamt auch nicht recht sein. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben können nicht von Unternehmen getragen werden.*

Das sagte Herr Claus Paal am 5. Februar 2015. – Das zum Thema „Ehrenamt und Bildungszeitgesetz“.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Lernkurve!)

Wenn man natürlich sagt, das Bildungszeitgesetz widerspreche den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft – ein grobes Foul –, dann ist das entweder eine große Lernkurve – Herr Kollege Stoch – oder – das ist das, was ich eigentlich eher befürchte – der Versuch, Zeit zu gewinnen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein! Denken Sie doch einmal an das Gute!)

Denn mit unserem Gesetzentwurf geht es ja um Evaluierung. Frau Ministerin – oder Frau Staatssekretärin –, Sie haben am Anfang immer gesagt, Sie wollten die Evaluierung abwarten und die Zeit bis zur Evaluierung nutzen, um mit allen zu reden. Dann hören wir in den Ausschussberatungen und hier im Parlament, dass man jetzt erst anfangen will, nach dem Motto: „Wir gucken mal, ob wir überhaupt noch etwas zustande bringen.“ Man kann es ja machen wie die SPD und sagen: „Dann müssen wir das Gesetz boosten; dann müssen wir die Punkte, die tatsächlich nicht in Ordnung sind, angehen.“ Ich glaube, niemand hier im Saal sagt, dass das Bildungszeitgesetz so bleiben kann. Da muss man etwas tun. Aber auch das tun Sie nicht.

Deswegen sagen wir: Wenn man sieht, dass zwei Drittel der Anspruchsberechtigten das Bildungszeitgesetz überhaupt nicht kennen, dass lediglich 1,1 % das Bildungszeitgesetz 2017 in Anspruch genommen haben und dass insbesondere das Ziel, ältere Arbeitnehmer für die Digitalisierung fit zu machen, nicht erreicht worden ist, dann erkennt man, dass da eindeutig Unschärfen sind. Diese Unschärfen sind so groß, dass man unserer Meinung nach nicht mehr reparieren kann. Vielmehr muss man eine klare Haltung beweisen und sagen: Das Bildungszeitgesetz ist abzuschaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn Sie dann kommen – – Natürlich beinhaltet ein umfassender Bürokratieabbau nicht nur die Abschaffung des LTMG, nicht nur die Abschaffung des Bildungszeitgesetzes. Da muss man tatsächlich auch einmal weiter vorangehen.

Wir haben in der letzten Debatte gehört, dass der Normenkontrollrat Vorschläge gemacht hat, die an Ihr Haus, das Wirtschaftsministerium, Frau Staatssekretärin, gegangen sind. Von den 15 Vorschlägen haben Sie einen umgesetzt, bei den anderen: Nullnummer. Ich möchte schon, dass außer den LBO-Erleichterungen – diese waren der eine Vorschlag – auch bei den anderen etwas kommt,

(Abg. Claus Paal CDU: Sie wissen, welche Kosten dadurch reduziert wurden, oder?)

dass man nicht nur in Sonntagsreden diese Dinge nach vorn stellt; denn ein Eiertanz zwischen dem grünen Wirtschaftspaternalismus und der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit der CDU ist Gift für die Unternehmen bei uns im Land, meine Damen und Herren.

Kollege Born hat vorhin das Thema Grundrente angesprochen. Ich bin schon erstaunt, welche Kompromisse sich in dieser grün-schwarzen Regierung bilden. Ich hätte es noch verstanden, wenn man sagt: „Komm, wir schaffen eines ab, und das andere plustern wir so auf, dass wir es nach vorn bringen.“ Das wäre doch ein typischer Kompromiss gewesen. Aber es scheint gerade das Gegenteil von dem zu sein, wie es in Berlin läuft. In Berlin muss jeden Tag die SPD von der CDU mit irgendwelchen Zugeständnissen, die man macht, hinter denen man aber nicht steht, gerettet werden; in Baden-Württemberg ist es gerade umgekehrt: Hier denken die Grünen gar nicht daran, irgendwann auch einmal der CDU etwas hereinzuwerfen, sondern man weiß genau, dass dieser Eiertanz vollführt wird und dass die CDU plötzlich der große Vorkämpfer für die Bildungszeit ist.

Wenn wir sehen, was vorher war, meine Damen und Herren, dann haben wir große Zweifel daran, dass das, was hier gesagt worden ist, tatsächlich auch bis zum Ende umgesetzt wird.

Wir sind sehr gespannt, Frau Staatssekretärin, auf Ihre Ausführungen dazu, was Sie denn jetzt mit dieser Evaluierung machen wollen. Ich möchte nicht wieder hören: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Das, meine Damen und Herren, hört dieses Parlament seit drei Jahren. Es passiert nichts.

Deshalb: Wenn Sie nichts machen, dann ist es besser, Sie schließen sich unserem Begehren an und stimmen für den Bürokratieabbau, damit wir Bürokratieentlastung durchführen, indem wir das LTMG und das Bildungszeitgesetz abschaffen. Meine Damen und Herren, dazu kann ich Sie nur ermuntern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Präsidierende, Damen und Herren, Sonstige A bis Z!

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Allein für den Arbeitsbereich des Wirtschaftsministeriums werden 16 Maßnahmen zum Bürokratieabbau identifiziert. Es wird etwa vorgeschlagen, im Vergaberecht den Grenzwert für die freihändige Vergabe anzuheben, um Unternehmen zu entlasten. Aber auch das Landestariftreue- und Mindestlohnengesetz, LTMG, sowie das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg, BzG BW, sind im Fokus des Normenkontrollrats zum Abbau von Bürokratie.

Liebe Kollegen von der FDP/DVP, es wurde schon alles gesagt, nur nicht von uns.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wer ist denn „uns“?)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

So könnte man den ganzen Tagesordnungspunkt verstehen; denn sonst hätte man sich auch einfach der AfD anschließen können. Dennoch möchte ich Ihnen danken. So konnte ich einfach einmal testen, wie sich die Kollegen hier vorn fühlen, die nicht frei reden, sondern die Rede nur herunterstammeln. Mein Fazit: Es ist eine Schande, dass wir die freie Rede hier im Prinzip abgeschafft haben.

(Minister Peter Hauk: Er liest doch auch ab!)

Ansonsten gilt das zu Tagesordnungspunkt 3 Gesagte.

Im Übrigen: Der Flirt der CDU mit dem Mindestlohn war letztlich der Grund dafür, dass ich aus der CDU ausgetreten bin.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Sie hat die Wurzeln der freien Marktwirtschaft Ludwig Erhards verlassen und sich damit letztlich selbst ins Abseits gestellt.

(Zuruf: Gute Entscheidung!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann hat das Wort für die Regierung Frau Staatssekretärin Schütz.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das war es wert!)

**Staatssekretärin Katrin Schütz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zum Bürokratieabbau für die Unternehmen in Baden-Württemberg hat sich die FDP/DVP-Fraktion zwar eine unheimlich gute Überschrift einfallen lassen, aber sie hat dafür den falschen Ansatzpunkt gewählt.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Jetzt bin ich aber gespannt! – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ja, hört!)

Denn inhaltlich ist der Vorschlag eher dürftig. Sie möchte mit dem Gesetzentwurf nämlich sowohl das Bildungszeitgesetz als auch das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz einfach nur ersatzlos streichen.

Wie schon in der Ersten Beratung deutlich gemacht, sind in beiden Fällen bereits umfangreiche Evaluierungs- und Abstimmungsprozesse im Gang, die uns dadurch auch eine Grundlage für sachgemäße Entscheidungen geben. Von Anfang an hat das Wirtschaftsministerium hier ganz deutlich betont, dass sich der weitere Umgang mit dem Bildungszeitgesetz auf die Resultate einer ergebnisoffenen Evaluation stützen wird.

Im Frühjahr wurde der Bericht öffentlich vorgestellt und durch das Wirtschaftsministerium ausgewertet. Es war uns wichtig, dass hierzu auch alle Interessenvertreter Stellung nehmen und wir uns in persönlichen Gesprächen mit den Befürwortern und den Kritikern des Gesetzes ein umfangreiches Bild machen können.

Selbstverständlich ist es Teil dieses Prozesses, dass geprüft wird, in welchem Verhältnis Kosten und Nutzen beim Bildungszeitgesetz zueinander stehen. Dabei haben wir auch den

bürokratischen Aufwand im Blick, der mit der Umsetzung dieses Gesetzes verbunden ist.

Aktuell befinden wir uns in einer koalitionsinternen Diskussion und Abstimmung zum weiteren Umgang mit dem Bildungszeitgesetz. Die Ergebnisse dieses Prozesses werde ich hier heute nicht vorwegnehmen. Klar ist aber, dass eine ersatzlose Streichung des Bildungszeitgesetzes oder ein Kahlschlag nicht auf der Agenda stehen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Staatssekretärin, Herr Abg. Dr. Schweickert möchte gern noch eine Zwischenfrage stellen.

**Staatssekretärin Katrin Schütz:** Ich denke, dass sich vieles erübrigen wird, indem ich noch die Rede weiterführe, ...

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Okay.

**Staatssekretärin Katrin Schütz:** ... und dann schauen wir.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Wenn nicht, stelle ich sie noch mal!)

Klar ist also, dass die ersatzlose Streichung oder gar ein Kahlschlag eben nicht auf der Agenda stehen. Vielmehr geht es insbesondere darum, dass das Gesetz in seiner positiven Wirkung verbessert wird.

Wie beim Bildungszeitgesetz verfahren wir auch beim Landestariftreue- und Mindestlohngesetz. Sehr geehrte Abgeordnete der FDP/DVP-Fraktion, Sie begründen Ihren Gesetzentwurf zur Aufhebung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes damit, dass das Gutachten zur Evaluation nicht zwingend empfiehlt, am Gesetz weiter festzuhalten.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: So ist es!)

Das bereits zum Gesetzentwurf der AfD-Fraktion Gesagte gilt auch hier. Um ein sinnvolles und zukunftsfähiges Konzept für eine Weiterentwicklung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes erarbeiten zu können, ist ein konstruktiver Dialog mit den von diesem Gesetz berührten Stakeholdern notwendig. Auch die Verbände legen hier auf eine Beteiligung ganz großen Wert. Das wird das Wirtschaftsministerium auch nicht ignorieren.

Der vorliegende Gesetzentwurf würde aber genau diese Ergebnisse der bereits eingeleiteten Beteiligungsprozesse nicht berücksichtigen. Geben Sie uns hierzu die nötige Zeit, um die richtigen Konsequenzen ziehen zu können.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Wie lang ist das?)

Seien Sie versichert, dass wir alles tun, um in beiden Fällen dann eben auch die bestmögliche Lösung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu finden.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Noch in dieser Legislaturperiode? – Lachen der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

– Sie können sicher sein, dass wir daran arbeiten.

(Lachen bei der FDP/DVP)

(Staatssekretärin Katrin Schütz)

Es geht um eine gute Lösung, nicht um eine schnelle Lösung. Wir wollen alle Beteiligten mitnehmen; denn nur so kann es erfolgreich sein.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Vielen Dank. – Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, haben wir die Gelegenheit, einigermaßen zeitnah mit der Sitzung zum Ende zu kommen.

Nun kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m - m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6758. Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/7086, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7255, vor. Ich schlage Ihnen vor, dass wir den Än-

derungsantrag vorab insgesamt zur Abstimmung stellen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer dem Änderungsantrag der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke schön. Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Auch hierzu bitte ich darum, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. – Das ist der Fall. Dann bitte ich um das Handzeichen, wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/6758 zustimmt. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung angelangt.

Wir treffen uns morgen, 14. November, um 9:30 Uhr wieder.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:51 Uhr**

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion GRÜNE

**Nachwahl einer Vertretung des Landtags im Rundfunkrat  
des Südwestrundfunks**  
(nach Ausscheiden des bisherigen Rundfunkratsmitglieds Beate Böhlen)

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Frau Abg. Dr. Ute Leidig

12.11.2019

Andreas Schwarz und Fraktion